Inhalt

A. Keynes: Leben und Werk

A.I. Lebenslauf und Biographie

A.I.1. Keynes Lebenslauf (Kurzbiographie)

John Maynard Keynes wurde 1883 als Sohn eines bekannten britischen Nationalökonomen in Cambridge/ England geboren. Er besuchte die renommierte Privatschule in Eton und studierte Mathematik, Geschichte und Philosophie an der Universität Cambridge. Im Rahmen seines Studiums hörte er auch Ökonomie bei Alfred Marshall, dem renommiertesten Nationalökonomen seiner Zeit. Nach der Universitätsprüfung in Mathematik bewarb er sich um eine Stelle in einem der britischen Ministerien, wurde in der Aufnahmeprüfung Zweitbester, sodass er nicht ins Schatzamt (Finanzministerium) kam, sondern ins „Indian Office". Dort begann er, sein erstes Buch über indische Währung und Finanzen zu schreiben, stellte seine Dissertation über Wahrscheinlichkeitstheorie fertig, mit der er sich erfolgreich um eine Dozentenstelle (als Fellow) des King´s-College in Cambridge bewarb, wohin er 1909 wechselte. Dank seiner weit gespannten Interessen und Freundschaften wurde er Mitglied der Bloomsbury-Gruppe, in der sich Philosophen, Literaten und Künstler regelmäßig trafen, darunter die Schriftstellerin Virginia Woolf. 1911 wurde er mit 28 Jahren Herausgeber des Economic Journal, der wichtigsten ökonomischen Fachzeitschrift.

1937 erlitt Keynes einen schweren Herzinfarkt, der seine Aktivität aber nur vorübergehend einschränkte. Während des ersten Weltkriegs beriet Keynes die Regierung in Fragen der Kriegsfinanzierung und war 1919 Mitglied der britischen Delegation bei den Friedensgesprächen in Versailles. Mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags war er überhaupt nicht einverstanden. Deshalb schied er dort aus und schrieb 1919 in wenigen Monaten das Buch „Die ökonomischen Konsequenzen des Friedensvertrages", das ihn mit einem Schlag in der ganzen Welt bekannt machte. Zurückgekehrt in die akademische Welt veröffentlichte Keynes eine „Abhandlung über Wahrscheinlichkeit". Vor allem aber beteiligte er sich intensiv an der wirtschaftspolitischen Diskussion in England; so kämpfte er gegen die 1925 von Churchill durchgesetzte Rückkehr Englands zum Goldstandard zu einem Wechselkurs, der die Konkurrenzfähigkeit Englands gefährdete. Außerdem schrieb er in dieser Zeit sein zweibändiges Werk „Vom Gelde", mit dem er sich 1930 als Geldtheoretiker etablierte, heiratete eine russische Ballerina, die er über die Bloomsbury-Gruppe kennen gelernt hatte, gründete den „British Arts Council" und verwaltete die Finanzen des King's College und das „Sadlers Wells Ballet", nachdem er schon lange Jahre erfolgreich an der Börse spekuliert hatte.

1929 brach die Weltwirtschaftskrise aus. Keynes erkannte bald, dass er in seiner Abhandlung „Vom Gelde“ viel zu sehr der traditionellen Theorie gefolgt war, in der die Gesamtproduktion einer Volkswirtschaft gegeben ist und Arbeitslosigkeit nur ein vorübergehendes Phänomen sein kann. Unterstützt von einem Kreis junger Ökonomen entwarf er eine Theorie der Gesamtproduktion und der Gesamtbeschäftigung, die er in seinem Hauptwerk, der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ 1936 veröffentlichte. Dieses Werk bot eine völlig neue Sichtweise und zeigte, dass bei Unterbeschäftigung Produktion und Beschäftigung in einer Volkswirtschaft durch die Nachfrage nach Gütern begrenzt wird, während ihre von der herrschenden Theorie betonte Begrenzung durch die vorhandenen Ressourcen und ihren effizienten Einsatz nur bei Vollbeschäftigung gilt. Für die Bestimmung der Güternachfrage sind die Kreislaufzusammenhänge zentral, und für die Investitionsentscheidungen spielen die Unsicherheit der Zukunft und die Erwartungen eine viel größere Rolle als in der herrschenden Theorie angenommen. Außerdem erhält die Geld- und Fiskalpolitik einen hohen Stellenwert. Diese „Keynes’sche Revolution“ stieß weltweit auf große Resonanz, die zwischen enthusiastischer Zustimmung und schroffer Ablehnung variierte, und bestimmte für Jahrzehnte die Diskussion über gesamtwirtschaftliche Fragen.

Während des zweiten Weltkriegs, in dem Vollbeschäftigung herrschte und alle Güter knapp waren und wo er wieder die Regierung in Fragen der Kriegsfinanzierung beriet, entwickelte Keynes 1940 eine neue Inflationstheorie. In den späteren Kriegsjahren leitete Keynes die englische Delegation bei den Verhandlungen in Bretton Woods über eine neue Weltwährungsordnung sowie die damit verbundene Regelung der englischen Kriegsverschuldung gegenüber den USA. Seinen weit reichenden Plan konnte er jedoch gegen die Amerikaner nicht durchsetzen. Außerdem leitete er die zähen Verhandlungen über das Land-Lease-Abkommen, in dem die Kreditfinanzierung der englischen Kriegsausgaben durch die USA vereinbart wurde, sowie über einen Dollarkredit der USA nach Kriegsende.

Völlig überarbeitet, aber unveränderlich tätig, erlag Keynes1946 einem Herzschlag. Er wurde inzwischen geadelt und durch einen Gedenkgottesdienst in der Westminster Abbey beigesetzt.

A.I.2. Tabellarischer Lebenslauf

1883 wird John Maynard Keynes in Cambridge (England) geboren als Sohn des Ökonomieprofessors John Neville Keynes, der besonders durch sein Buch über Methoden der Ökonomie bekannt ist.

1897 beginnt Keynes die Privatschule in Eton zu besuchen

1902 Studium der Philosophie, der Geschichte und der Mathematik am King's College in Cambridge

1905 Examen in Mathematik, zugleich vertieftes Studium der Ökonomie in Cambridge

1906 Anstellung beim Indian Office der britischen Regierung bis 1908; 1913 veröffentlicht Keynes auf der Grundlage seiner dortigen Erfahrungen und Tätigkeiten das Buch "Indian Currency and Finance" (siehe Monographien Nr.1)

1907 Keynes kommt in engeren Kontakt zu dem Bloomsbury Circle um die Schriftstellerin Virginia Woolf

1908 kehrt Keynes an die Universität zurück und wird zunächst Lecturer, im Jahr darauf Fellow (Dozent) am King's College, Cambridge

1911 wird Keynes zum Herausgeber des Economic Journal gewählt, der führenden ökonomischen Zeitschrift in England. Diese Aufgabe behält Keynes bis 1945 bei.

1913 wird Keynes Mitglied der Royal Commission on Indian Finance and Currency

1914 wird er Berater des Schatzministeriums (Treasury); u.a. und zuständig für Fragen der Finanzierung der Kriegslasten

1919 nimmt Keynes als Vertreter des Schatzministeriums an den Friedensverhandlungen in Paris/Versailles teil. Wegen der ökonomisch unverantwortlichen Reparationsvereinbarungen tritt Keynes von dieser Aufgabe zurück und veröffentlicht

1919 sein Buch "The Economic Consequences of the Peace" (siehe Monographie Nr.2). Durch diese Veröffentlichung wird Keynes schlagartig weltweit bekannt.

1925 heiratet Keynes die russische Ballerina Lydia Lopokova

1925 Keynes engagiert sich gegen die Rückkehr Großbritanniens zum Goldstandard und schreibt, nachdem Churchill diese Rückkehr zu dem überhöhten Vorkriegskurs vollzogen hat, den Aufsatz „The Economic Consequences of Mr. Churchill"

1930 Aufgrund seiner künstlerischen Interessen und seines Finanzierungstalents wird Keynes Kurator der National Gallery. Außerdem verwaltet er nicht nur die Finanzen des King's College, sondern auch des Sadler's Wells Ballet, des späteren Royal Ballet

1930 veröffentlicht Keynes ein umfangreiches Werk in 2 Bänden "A Treatise on Money" (siehe Monographien Nr.9). Unmittelbar nach dessen Erscheinen beginnt Keynes, umgeben von einer Schar junger Ökonomen („The Circus"), zu denen Joan Robinson u.a. gehörten, die überkommene Theorie zu bezweifeln, weil sie es versäumt, die Höhe des tatsächlichen Sozialprodukts zu bestimmen und stattdessen von der Tendenz zu einem

Vollbeschäftigungseinkommen ausgeht. Sein „long struggle of escape" aus den herkömmlichen Denkschemata kulminiert

1936 in seinem Hauptwerk "The General Theory of Employment, Interest and Money" (siehe die entsprechende Rubrik)

1937 Herzattacke und schwere Krankheit

1940 wird Keynes Mitglied des Beraterstabes des Schatzministeriums und im anschließenden Jahr Direktoriumsmitglied der Bank of England

1942 wird Keynes als Lord Keynes of Tilton in den Adelsstand erhoben und damit Mitglied des House of Lords

1944 Keynes leitet die britische Delegation bei der Konferenz von Bretton Woods zur Errichtung eines neuen Weltwährungssytems

1945 wird Keynes Vorsitzender des britischen Arts Council

1946 stirbt Keynes am 21. April mit noch nicht ganz 63 Jahren an Herzversagen

A.I.3. Biographien über Keynes’ Leben und Werk

Über das Leben von Keynes und sein Lebenswerk sind mehrere Biographien geschrieben worden, die sein Leben und Werk als Einheit behandeln. Ihr Umfang ist sehr unterschiedlich.

A.I.3.1. Vier empfehlenswerte Bücher in deutscher Sprache aus den letzten Jahren

a) In der Reihe „Die größten Ökonomen" ist 2013 der Band über „John Maynard Keynes" erschienen, verfasst von **Jürgen Kromphardt**, dem langjährigen Vorsitzenden der Keynes-Gesellschaft. Wie in allen Biographien nimmt Keynes „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" (1936) einen zentralen Platz ein (hier circa ein Viertel der 196 Seiten). Dargestellt wurden aber auch die vorangehenden theoretischen Arbeiten und Keynes‵ wirtschaftspolitisches Engagement sowie der Einsatz von Keynes, um Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens in der Kriegs- und Nachkriegszeit zu finden.

b) **Blomert, Reinhard:** John Maynard Keynes, Reinbek bei Hamburg (Rowohlt-Verlag) 2007. Auf rund 140 Seiten berichtet Blomert knapp und anschaulich über das vielseitige Leben und Werk – angereichert durch einige Photographien.

c) Etwas umfangreicher - mit interessanten Ausführungen zu Keynes' Lebenslauf - ist das Buch von **Gerald Braunberger**, KEYNES für Jedermann. Die Renaissance des Krisenökonomen. Frankfurt (FAZ-Buch) 2009

d) Ähnlich umfangreich (ca. 170 Seiten) ist **Willke, Gerhard:** John Maynard Keynes. Frankfurt (Campus Einführungen), 1. Auflage 2002, 2. Auflage 2012. Das Buch stellt vor allem Keynes‵ „General Theory" auf 110 Seiten dar. Außerdem gibt es eine kurze biographische Übersicht (17 Seiten) sowie ca. 30 Seiten über die Rezeption des Buches damals und heute. Die 2. Auflage enthält einen neuen Abschnitt „Keynes-Renaissance in der aktuellen Krise".

A.I.3.2. Kürzere Darstellungen

a) In seinem Beitrag „John Maynard Keynes (1883 – 1946)" zu Joachim Starbatty (Hrsg.), Klassiker des Ökonomischen Denkens II, München (C.H. Beck), 1989 gibt **Harald Scherf** auf 7 Seiten einen Abriss des Lebenslaufs von John Maynard Keynes, stellt anschließend (auf 9 Seiten) Keynes‵ wissenschaftliches Werk vor – mit dem Schwerpunkt auf der „General Theory" und beschreibt abschließend kurz den anfänglich überwältigenden Erfolg seiner theoretischen und wirtschaftspolitischen Botschaft, der dann aber spätestens mit der Stagflation der 70er Jahre stark reduziert wurde.

Die Teile II und III von Scherf (1989) sind im Folgenden als pdf-file eingestellt:

Harald Scherf, John Maynard Keynes (1883-1946)

Aus: Joachim Starbatty, Hrsg., Klassiker des Ökonomischen Denkens II, München (C.H.Beck) 1989, S. 273-291

b) Eine etwas kürzere, ziemlich enthusiastische Darstellung von Keynes' Leben und Werk findet man auf ungefähr 40 Seiten in dem Abschnitt IX "The Heresies of John Maynard Keynes" des

Buches von **Robert Heilbroner:** The Wordly Philosophers: The Lives, Times, and Ideas of the Great Economic Thinkers. Von diesem Buch ist die 6. Auflage 1999 als Taschenbuch erschienen (Touchstone Books).

c) Eine weitere sehr lesenswerte Darstellung bietet:

Mark Blaug: John Maynard Keynes: Life, Ideas, Legacy, Basingstoke und London (Macmillan), 1990. Dieser schmale Band (ca. 90 Seiten) enthält neben den Abschnitten „Life", „The ideas" und „The Keynesian Revolution" einen langen, höchst interessanten Abschnitt „The Legacy: Talking to Leading Economics about Keynes", in dem Blaug Interviews mit herausragendem Ökonomen wie Samuelson, Friedman und Frank Hahn wiedergibt. Außerdem sind in dem Band einige gelungene Karikaturen und Photos abgedruckt.

d) Der von **Roger Backhous** und **Bradley Bateman** herausgegebene Sammelband „Cambridge Companion to Keynes" (Cambridge, University Press, 2006) enthält 15 Beiträge vor allem zu Keynes´ Werk und zu Keynes´ philosophischen und ethischen Überzeugungen.
Der erste Beitrag, geschrieben von den Herausgebern, liefert auch einige Angaben zum Lebenslauf. Sehr anschaulich berichtet der Beitrag Nr. 7 („Keynes and Cambridge") von Maria Marcuzzo über das Leben von Keynes in Cambridge.

e) Interessante Querverbindungen und Aspekte bietet das schmale Taschenbuch von **Harald Scherf**, „Marx und Keynes". Frankfurt (Suhrkamp-Verlag) 1986.

A.I.3.3. Die zwei wichtigsten und ausführlichsten Biographien

a) **Moggridge, Donald** (1992), Maynard Keynes. An Economists' Biography. London (Routledge).

Die Biographie von Moggridge ist mit 837 Seiten plus Registeranhänge sehr umfangreich berichtet auch über das private Leben von Keynes ausführlich. Moggridge ist zugleich einer der profundesten Kenner des Werkes von Keynes. Er hat zusammen mit Austin Robinson „The Collected Writings of John Maynard Keynes" in 30 Bänden von 1971 bis 1989 herausgegeben, davon viele Bände als Alleinherausgeber.

b) **Skidelsky, Robert:** John Maynard Keynes, A Biography. London (Macmillan). In 3 Bänden (1983-2000 erschienen). Mit ca. 1.800 Seiten (auch als Paperback erhältlich) ist sie die umfangreichste.

Mit den Biographien von Moggridge und Skidelsky (nur Band 1 und 2) setzt sich **Mark Blaug** in seiner Buchbesprechung „Recent Biographies of Keynes" (Journal of Economic Literature, Vol. 32, 1994, S.1204- 1215) ausführlich auseinander. Einen weiteren Besprechungsaufsatz hat **Sidney Pollard** über die Biographien von Moggridge und Skidelsky geschrieben, in dem man wichtige und aufschlussreiche Betrachtungen über Keynes' Charakter und Werk lesen kann (New Light on an Old Master. The Economic Journal, Vol. 104, 1994, S. 138-153).

Skidelsky's Darstellung der Jahre 1937-1946 in Band 3 seiner Biographie (John Maynard Keynes 1937-1946: Fighting for Britain, London, Macmillan, 2000) wird ausführlich in einem Besprechungsaufsatz von David Vines mit dem Titel „John Maynard Keynes 1937-1946: The Creation of International Macroeconomics"' (The Economic Journal, Vol. 113, 2003, S.F338-F361) gewürdigt. Vines wendet sich gegen den Tenor der Biographie von Skidelsky, Keynes darzustellen

„as the war hero who lost the financial war against the U.S.". Dabei würden die Verdienste von Keynes bei der Herausarbeitung einer internationalen Makroökonomie, die Vines ausführlich belegt, zu wenig gewürdigt.

A.I.3.4. Zwei ältere Biographien

a) **Harrod, Roy** (1951), The Life of John Maynard Keynes. London (Macmillan)

Harrod und Keynes haben jahrzehntelang zusammengearbeitet und diskutiert.

b) **Harris, Seymour** (1955), John Maynard Keynes. New York (Skribner)

A.I.3.5. Nicht zu empfehlende Biographien

a) **Hession, C.H.** (1983), John Maynard Keynes: A Personal Biography of the Man Who Revolutionized Capitalism and the Way we Live. New York (Macmillan) Mark Blaug sagt in seinem unter A.I.3.3. b) zitierten Aufsatz, dieses Buch sei voller falscher Behauptungen über eigentlich unstrittige Fakten, sodass es für seriöse Historiker ausscheide.

b) Nur ein Jahr älter ist das Buch von **Bruno Ventelou** (2005): Millennial Keynes. An Introduction to the Origin, Development, and Later Currents of Keynesian Thought. Übersetzt aus dem Französischen (Lire Keynes et le comprendre) Armonk/NY (M.E.Sharpe) 2005. Auffallend an diesem Buch ist ein polemisches Anti-Bush-Vorwort von Gregory Nowell sowie die weit ausholend Darstellung (einschließlich Treatise on Probability!). Enthält falsche Aussagen zur "General Theory". So behauptet der Autor (S.140f): Voraussetzung der Analyse von Keynes seien rigide Löhne. Insgesamt ist das Buch daher weniger empfehlenswert.

A.II. Die Monographien von Keynes

Das gesammelte Schrifttum von Keynes wurde ab 1973 im Auftrag der Royal Economic Society als „Collected Writings of John Maynard Keynes" vor allem von Donald Moggridge herausgegeben, der auch eine umfangreiche Biographie von Keynes geschrieben hat.

Sie umfassen einschließlich seiner Briefe über wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen über 30 Bände. Eine Aufzählung seiner Monographien und seiner bekannteren Artikel finden Sie auf der Homepage der „New School for Social Research" in New York, die Sie unter **„Links"** direkt aufrufen können.

In diesem **Überblick** sollen nur seine **Monographien** in der Zeitfolge ihrer Veröffentlichung kurz vorgestellt werden; gleichzeitig wird der Band der „Collected Writings" (C.W.) angegeben, in dem die jeweilige Monographie wiederabgedruckt ist.

Über ausgewählte Aufsätze von Keynes können Sie sich in der Rubrik „**Ausgewählte Aufsätze**" informieren. Eine Aufzählung seiner bekannteren Artikel finden Sie auf der Homepage der „New School for Social Research" in New York, die Sie unter „**Links**" direkt aufrufen können.

A.II.1. Indian Currency and Finance, 1913 (C.W. Vol. I)

Dieses erste Buch ist ein Ergebnis seiner mehrjährigen Tätigkeit im „Indian Office" der britischen Regierung und behandelt die Währungs- und Finanzprobleme der damaligen britischen Kolonie, ohne dass Keynes vorher in Indien gewesen war.

A.II.2. The Economic Consequences of the Peace, 1919 (C.W. Vol. II)

Dt.: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags. Berlin (Duncker & Humblot) 1920.

Die deutsche Version ist eine um ca. ein Viertel gekürzte Fassung. Sie ist 2006 unter dem Titel: Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages von Versailles mit einer neuen längeren Einleitung vom Verlag Berenberg (Berlin) erneut veröffentlich worden.

Von 1914-1918 war Keynes im britischen Schatzamt mit der Finanzierung der Kriegsaufwendungen befasst. Aufgrund seiner exzellenten Arbeit wurde er 1918 Mitglied der britischen Delegation bei den Versailler Friedensverhandlungen und dort insbesondere mit Finanzfragen betraut. Wegen seiner Kritik an den Verhandlungsergebnissen, insbesondere an den hohen (zunächst noch nicht einmal präzisierten) Reparationszahlungen, die Deutschland auferlegt wurden, schied er im Juni 1919 aus der Versailler Konferenz aus und publizierte im Dezember 1919 dieses Buch über die zu erwartenden ökonomischen Konsequenzen des Friedensvertrages. Er verband seine Analyse mit einer ziemlich drastischen Kritik an den führenden Vertretern der damaligen Siegermächte. Das Buch hatte einen immensen Erfolg und machte Keynes mit einem Schlag in der ganzen Welt berühmt. Schon im Laufe des Jahres 1920 wurde es in 10 Sprachen übersetzt (darunter ins Russische und ins Chinesische); bis 1922 wurden insgesamt 140.000 Exemplare verkauft.

A.II.3. Treatise on Probability, 1921 (C.W., Vol. VIII)

Zurückgekehrt in die akademische Welt, vollendete Keynes zunächst diese „Abhandlung über Wahrscheinlichkeit", die während des Krieges liegen geblieben war. Mit seinem Buch gewann Keynes erneut – wenn auch auf einem ganz anderen Gebiet – große Aufmerksamkeit; denn er setzte sich von der klassischen Wahrscheinlichkeitstheorie ab. Seine Positionen auf diesem Gebiet spielten dann später in seinem Hauptwerk, der „General Theory" (Nr. 11), eine wichtige Rolle.

Anschließend beteiligte sich Keynes in den 1920er Jahren intensiv an der wirtschaftspolitischen Diskussion. Dies schlug sich in zahlreichen Aufsätzen in wissenschaftlichen Zeitschriften und in Tageszeitungen nieder, deren wichtigste Keynes 1931 in dem Sammelband „Essays in Persuasion" (C.W., Vol. IX), veröffentlichte. Von den fünf Monographien (Nr. 4 bis 8) zu wirtschaftspolitischen Fragen, die er in dieser Zeit publizierte, sind dort die Monographien 6, 7 und 8 abgedruckt.

A Treatise von Probability (C.W., Vol. VIII)

von Elke Muchlinski[1]

"Probability is the study of the grounds which
lead us to entertain a rational preference
for one belief or another. There are rational grounds
other than statistical frequency" (1921, C.W., VIII: 106).

Keynes beginnt seine Arbeit an der Schrift A Treatise on Probability im Jahre 1906. Er reicht sie 1908 dem King's College in Cambridge als Doktorarbeit ein. Im Jahre 1921 wird die Schrift publiziert. In der Literatur wird sie als Theorie der Erkenntnis und als erste systematische Abhandlung über die logischen Grundlagen der Wahrscheinlichkeit seit 1855 gewürdigt.

weiter (als pdf-Datei)

A.II.4. Revision of the Treaty, 1922 (C.W, Vol. III)

In diesem Band, von Keynes selbst als Folgeband zu den „Economic Consequences of the Peace" bezeichnet, informiert Keynes über die Entwicklung der Reparationsfrage in den zwei Jahren nach dem Friedensvertrag von Versailles, dessen Bestimmungen in diesem Bereich er 1919 so heftig kritisiert hatte. Keynes berichtet, dass erfreulicherweise von diesen Bestimmungen praktisch nichts umgesetzt wurde, dass aber die ungeklärte Reparationsfrage nach wie vor die politische und ökonomische Situation in Europa belaste, zumal es für Deutschland unmöglich sei, die damals geforderten Zahlungen zu leisten. Er macht weit reichende Vorschläge, die zu einer drastischen Reduktion der Reparationsforderungen geführt hätten, verbunden mit einem Verzicht der USA und Großbritanniens auf Rückzahlung ihrer Kredite (USA vor allem an Großbritannien, dieses wiederum vor allem an Frankreich) zur Finanzierung des Weltkriegs. Erfolg hatten diese Vorschläge leider nicht. Erst 1931 in der Weltwirtschaftskrise, als es ökonomisch und vor allem politisch zu spät war, wird auf der Konferenz von Lausanne ein Ende der Reparationszahlungen vereinbart.

A.II.5. A Tract on Monetary Reform, 1923 (C.W. Vol. IV)

Dt: Ein Traktat über Währungsreform, München 1924
Peter Spahn (Uni Hohenheim)

Während Keynes in seinem Werk "Indian Currency and Finance" (1913) die Geldpolitik noch ganz dem Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts unterordnete und damit der traditionellen Norm des internationalen Goldstandards folgte, setzt er im "Tract" die Prioritäten neu. Im Zentrum seines Interesses steht nun nicht länger der externe, sondern der interne Geldwert. Der Ausgangspunkt des aus einigen Zeitungsartikeln hervorgegangenen Buches ist eine Untersuchung der "sozialen Auswirkungen von Veränderungen im Geldwerte", wobei Keynes den typischen Produktions-, Nachfrage- und Verteilungswirkungen von Inflations- und Deflationsphasen nachgeht und hier die Wohlfahrtseffekte bei drei Gesellschaftsgruppen: den Sparern, Unternehmern und Arbeitnehmern abzuschätzen sucht.

Er fasst seine Analyse so zusammen, "dass Inflation das Vermögen in einer Weise neu verteilt, die sehr schädlich ist für den Sparer, sehr vorteilhaft für den Unternehmer und wahrscheinlich [...] vorteilhaft für den Lohnempfänger. Ihre augenfällige Wirkung ist ihre Ungerechtigkeit gegenüber denen, die in gutem Glauben ihre Ersparnisse lieber Geldverschreibungen als Sachgütern anvertraut haben. [...] Die Inflation [...] bedeutet Ungerechtigkeit [...] insbesondere gegenüber den Sparer; und ist daher ungünstig für den Spartrieb. Die Deflation [...] bedeutet Verarmung für die Arbeiterschaft und das Unternehmertum, indem sie die Unternehmer in ihrem Streben, sich Verluste zu ersparen, zur Einschränkung der Produktion führt; sie ist daher vernichtend für den Arbeitsmarkt."

Der letzte Halbsatz zeigt, dass Keynes Instabilitäten im Preisniveau mit Blick auf Produktion und Beschäftigung diskutiert. Gleichwohl nennt er als wirtschaftspolitische Empfehlung (noch) nicht, ein Vollbeschäftigungziel zu verfolgen; es ist die Stabilität des internen Geldwertes, die den Vorzug erhalten solle, wenn sie im Konflikt mit der Stabilität des Wechselkurses stehe. Keynes nimmt damit eindeutig Stellung in der zentralen Kontroverse der zeitgenössischen währungspolitischen Diskussion, die um die Frage kreiste, ob und zu welchen Bedingungen England sich wieder dem internationalen Goldstandard anschließen solle. Gegen seinen Rat erfolgte ein Wiedereintritt zur Vorkriegsparität und England geriet – wie von ihm befürchtet – in eine lang anhaltende Stagnationsphase, begleitet von deflationären Tendenzen und hoher Arbeitslosigkeit.

Ein weiteres Thema des "Tract" ist das Problem der Staatsverschuldung. Keynes setzt ich hier mit den Vor- und Nachteilen radikaler Maßnahmen auseinander, die notwendig werden können, wenn die Zinsbelastung ein politisch tragbares Maß überschreitet. "In keiner Sozialorganisation, weder in einer antiken noch in einer modernen, werden die Erwerbstätigen und schaffenden Elemente damit einverstanden sein, mehr als einen bestimmten Teil ihres Arbeitsertrages der Rentner- oder Obligationärklasse zu überlassen." Faktisch wurde oft ein Ausweg über die inflationäre oder währungspolitische Entwertung der Staatsschuld gesucht; Keynes empfiehlt demgegenüber das Instrument einer Kapitalsteuer.

Im Hinblick auf die Geld- und Wechselkurstheorie liefert der "Tract" zum einen eine Ausarbeitung der von Marshall und Pigou entwickelten Geldnachfragetheorie, die den Weg für Keynes' innovative Beiträge in der "Treatise" und der "General Theory" bereitete. Zum anderen setzt er sich mit der

Theorie der Kaufkraftparität auseinander, die er angesichts des damals verfügbaren Datenmaterials für "leidlich bewährt" erachtet, und behandelt auch die Theorie des Devisenterminmarktes. Keynes zeigt hier, dass die Spanne zwischen Kassa- und Terminkurs einer Währung mit einer internationalen Zinsdifferenz einhergeht, so daß die Notenbanken auch umgekehrt über die Fixierung beider Kurse eine gewünschte Zinsspanne an verschiedenen Finanzplätzen aufrechterhalten können.

Der "Tract" schließt mit konkreten Empfehlungen zur Geld- und Währungspolitik in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten. Keynes' allgemeine Kritik, eine Wiederaufnahme des Goldstandards werde den historisch veränderten Präferenzen zugunsten eines höheren Stellenwerts binnenwirtschaftlicher Ziele nicht gerecht, geht einher mit der Vermutung, dass angesichts der Neuverteilung der Goldvorräte in Zukunft das amerikanische Federal Reserve Board die Geschicke der Weltwirtschaft zinspolitisch lenken werde, ein – wie sich zeigen sollte – realistisches Szenario, das selbst für einen Liberalen wie Keynes offenbar als eine Bedrohung britischer Nationalinteressen erschien.

A.II.6. The Economic Consequences of Mr. Churchill, 1925 (C.W., Vol. IX)

(C.W., Vol. IX, S. 207-30)

Dt.: Die wirtschaftlichen Folgen von Mr. Churchill. In Politik und Wirtschaft. Männer und Probleme. Ausgewählte Abhandlungen von J.M. Keynes ausgewählt und übersetzt von E. Rosenbaum. Tübingen/Zürich (Mohr/Siebeck) Polygraphischer Verlag 1956, sowie in Harald Mattfeldt: Keynes. Kommentierte Werkauswahl. Hamburg (VSA) 1985

Winston Churchill war Schatzkanzler in der 1925 neu gewählten konservativen Regierung von Premierminister Austin Chamberlain. Er befürwortete wie viele andere die Rückkehr Großbritanniens zum Goldstandard, und zwar zum Vorkriegskurs. Viele hofften wohl, so an die frühere Größe Großbritanniens anknüpfen zu können. Dieser Kurs war inzwischen deutlich überhöht und die Rückkehr zur alten Parität beeinträchtigte die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes, es sei denn, es gelänge, das Preis- und Lohnniveau um mindestens 10 % zu senken. Diese Lösung schwebte vielen vor; Keynes wandte sich jedoch vehement, aber vergeblich, gegen diesen Beschluss, weil er schon damals die Gefahren einer Deflation ebenso erkannt hatte wie die Schwierigkeiten, eine solche Politik durchzusetzen.

Nachdem er sich bereits in vielen Artikeln und Diskussionen gegen die Rückkehr zum Goldstandard zur alten Parität gewandt hatte, entschloss er sich, nachdem Churchill den Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht hatte, seine Ansicht in erweiterter Form als Buch zu veröffentlichen. Für die „Essays in Persuasion" fertigte er eine kondensierte Fassung an; diese ist im Vol. IX der C.W. abgedruckt.

A.II.7. The End of Laissez-faire, 1926 (C.W., Vol. IX

(C.W., Vol. IX, S. 272-294)

deutsch: Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft. München und Leipzig (Duncker&Humblot) 1926; zweite, unveränderte Auflage Berlin (Duncker&Humblot) 2011.

Peter Kalmbach (Uni Bremen)

Der Essay "The End of Laissez-faire" von John Maynard Keynes, der in der Gesamtausgabe seiner Werke 23 Seiten umfasst, erschien im Juli 1926 als Broschüre in der Hogarth Press und bereits im gleichen Jahr erstmals in deutscher Sprache unter dem erweiterten Titel "Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft" im Verlag Duncker&Humblot (zweite unveränderte Auflage 2011). Im heutigen Sprachgebrauch würde man als Untertitel eher "Ideen zum Verhältnis von Privatwirtschaft und Staat" wählen.

In seine 1931 erschienenen "Essays in Persuasion" hat Keynes nur eine stark gekürzte Version aufgenommen. Die vollständige Fassung ist erst im Band IX der "Collected Writings of John Maynard Keynes" wieder abgedruckt worden. Der deutsche Text ist wiederabgedruckt in: H. Mattfeld, Keynes. Kommentierte Werkauswahl. Hamburg (VSA) 1985. Der Essay basiert auf Vorlesungen, die Keynes im November 1924 in Oxford und im Juni 1926 an der Berliner Universität gehalten hat.

Durch die weltweite Finanzmarktkrise und die Bemühungen fast aller Industriestaaten, sie und ihre Folgen für die reale Wirtschaft zu bekämpfen, sind Keynes' Überlegungen über die Beziehungen zwischen Privatwirtschaft und Staat, über das Ende staatlichen Nichtstuns, aber auch über die Grenzen staatlichen Handelns und über die Art, es zu organisieren, wieder sehr aktuell geworden. Daher ist es erfreulich, dass dieser Essay in seiner deutschen Version 2011 neu aufgelegt wurde, zumal es sich dabei, wie Cairncross (1978, S. 38) feststellte, um die einzige von Keynes vorgelegte systematische Analyse über das erforderliche Ausmaß der staatlichen Aktivität in wirtschaftlichen Angelegenheiten handelt. Man sollte allerdings beachten, dass die darin enthaltenen Ideen lange vor dem Erscheinen der "General Theory" entwickelt worden sind: das, was wir heute unter „Keynesscher Theorie" verstehen, hat erst nach dem Erscheinen der "Treatise on Money" im Jahr 1930 Gestalt angenommen (siehe dazu z.B. Pasinetti 2007). Man kann natürlich nur darüber spekulieren, ob der Keynes nach der "General Theory" andere Akzente gesetzt hätte. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass er weniger als im Fall der "Treatise on Money" die Notwendigkeit gesehen hätte, sich von seinem früheren Werk zu distanzieren.

Keynes beginnt seinen Essay nicht mit unmittelbar wirtschaftspolitischen Fragen; vielmehr befasst er sich – philosophisch gebildeter als der Großteil heutiger Ökonomen – zunächst mit der Ideengeschichte von Individualismus und Liberalismus. Knapp und lakonisch werden die Entwürfe von Hume und Locke dargestellt – und diesen die durchaus andersartigen von Rousseau und Bentham gegenübergestellt. Die Vereinigung der höchst verschiedenartigen Ansätze wird als das Werk des frühen 19. Jahrhunderts angesehen: "Der Beginn des neunzehnten Jahrhunderts vollbrachte diese wundersame Einigung. Sie brachte den konservativen Individualismus von Locke, Hume, Johnson und Burke in Einklang mit dem Sozialismus und der demokratischen

Gleichheitslehre von Rousseau, Paley, Bentham und Godwin" (Keynes 2011, S. 20). Angereichert wurde diese Mixtur schließlich noch mit darwinistischen Ideen. All die verschiedenen Ansätze schienen das Gleiche zu predigen: Individualismus und Laissez-faire.

Keynes zufolge lautet die philosophische Doktrin des Individualismus, die Regierung habe kein Recht zu intervenieren, die weltanschauliche, es gebe dafür keine Notwendigkeit. Ökonomen sind insoweit noch nicht im Spiel. Ihnen kommt schließlich die wesentliche Aufgabe zu, den wissenschaftlichen Nachweis zu erbringen, dass staatliche Einmischung ganz unzweckmäßig ist. Entgegen einer häufig geäußerten Ansicht sind es aber nicht Ökonomen, die den Begriff des Laissez-faire erfunden haben. Man findet diesen Begriff z.B. nicht bei Smith, Ricardo oder Malthus. Auch die Physiokraten, denen der Begriff oft zugeschrieben wird, haben ihn nicht erfunden. Als Schöpfer dieser Bezeichnung wird vielmehr der Marquis d'Argenson genannt, der – in einer anonym erschienenen Schrift – diesen Begriff als erster 1751 benutzt zu haben scheint.

Die Herkunft des Begriffs laissez-faire aufzuzeigen sowie die philosophischen und weltanschaulichen Hintergründe darzustellen, ist jedoch nur ein Teil der von Keynes verfolgten Absicht. Hiervon findet sich dann etwa in den "Essays in Persuasion" von 1931 nichts wieder. Es geht ihm auch um den Nachweis, dass "sich die Schlußfolgerung, daß der größte Reichtum durch die ungehinderte, egoistische Tätigkeit der Individuen erzeugt werde, auf viele unrichtige Voraussetzungen [stützt]" (Keynes 2011, S. 36). Angeführt werden in diesem Zusammenhang einige der uns heute wohlbekannten Sachverhalte, die das Erreichen eines Wohlfahrtsoptimums verhindern. Dabei wird interessanterweise auch der Informationsaspekt angeführt. Unter den sechs angesprochenen "Komplikationen" besteht eine darin, dass "Unkenntnis vorherrscht" (Keynes 2011, S 36).

Keynes politische Botschaft kommt erst in den Kapiteln IV und V (in der deutschen Version sind dies die Kapitel III und IV) zur Sprache. Nur diese sind von ihm dann in die 1931 erschienenen "Essays in Persuasion" aufgenommen worden. Um seine Position zu erläutern, übernimmt er von Bentham die Unterscheidung zwischen der Agenda und der Non-Agenda des Staats. Dabei macht er deutlich, dass es ihm nicht darum gehe, bisher von Privaten wahrgenommene Aufgaben auf den Staat zu übertragen (in diesem Zusammenhang betont er, bei der Verstaatlichung der britischen Eisenbahnen handele es sich um ein ökonomisch vollkommen irrelevantes Problem). Bei dem, was ihm zufolge vom Staat geleistet werden müsse, gehe es vielmehr um "jene Funktionen, die über den Wirkungskreis des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die niemand trifft, wenn der Staat sie nicht trifft" (Keynes 2011, S. 47). So formuliert, gehören natürlich auch Dinge wie die Straßenverkehrsordnung zu den Aufgaben, die der Staat zum Wohl der Gesellschaft übernehmen muss. Für Keynes geht es aber dabei auch und vor allem um die vom orthodoxen Liberalismus abgelehnten staatlichen Eingriffe in wirtschaftliche Abläufe, in erster Linie um makroökonomische Steuerung mit dem Ziel, das Produktionspotenzial auszuschöpfen sowie Vollbeschäftigung herzustellen und zu erhalten. In einem 1932 gehaltenen Rundfunkvortrag führt er aus: "In Zeiten wie diesen findet sich die hervorragendste Gelegenheit für staatliche Planung auf der ganzen Welt allerdings in der Vermeidung und Milderung von Depressionen, die einen so enormen Verlust der weltweiten Potenziale zur Wertschöpfung mit sich bringen" (Keynes 2007, S. 103).

Dabei ist Keynes keineswegs ein eindeutiger Freund zentralistischer Lösungen. Insbesondere ist er nicht der Auffassung, dass das Allokationsproblem durch eine zentralisierte staatliche Bürokratie

besser als durch private Initiative gelöst werden könne. In den Schlussbetrachtungen zur "General Theory" betont er nachdrücklich die Vorteile der Dezentralisierung und des Spiels des Eigennutzes: "Die Steigerung der Effizienz, die sich aus der Dezentralisierung der Entscheidungen und der individuellen Verantwortung ergibt, ist vielleicht noch größer, als das neunzehnte Jahrhundert annahm" (Keynes 2009, S. 320).

Was die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben anbelangt, so plädiert er dafür, diese nach Möglichkeit auf halb-autonome Körperschaften zu übertragen, die zwar letztlich der Kontrolle des Parlaments unterlägen, aber unter normalen Umständen doch einen hohen Grad an Autonomie aufweisen sollten.

Solche halb-autonome Körperschaften müssten Keynes zufolge nicht erst neu entwickelt werden. Er verweist auf Universitäten, die Bank von England und den Londoner Hafen als Beispiele dafür, dass sich solche Formen bereits herausgebildet hätten oder jedenfalls Annäherungen daran stattfänden. Eine solche Tendenz sieht er aber auch ganz allgemein bei Aktiengesellschaften: "Eine der wenigst bemerkten und interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz der Großunternehmen, sich selbst zu sozialisieren" (Keynes 2011, S. 44). Keynes nimmt hier Auffassungen vorweg, die später unter Stichworten wie "managerial capitalism" oder "new industrial state" diskutiert werden sollten. Im Kern geht es dabei darum, ob sich aus der Trennung von Eigentum und Leitung, wie das für die Kapitalgesellschaft typisch ist, ein neuer und qualitativ anderer Kapitalismus entwickelt. Keynes glaubte seinerzeit, solche Tendenzen erkennen zu können. Aus heutiger Sicht und angesichts der vielfach zu beobachtenden Orientierung der Vorstände von Kapitalgesellschaften am shareholder value, aber auch nach dem, was sich in jüngster Zeit bei Privat- und Landesbanken abgespielt hat, wird man diesbezüglich zu einer zurückhaltenderen Einschätzung gelangen. Unabhängig davon ist es aber höchst bemerkenswert, dass von Keynes hier Fragen angesprochen werden, die heute unter dem Begriff "corporate governance" eine geradezu ausufernde Diskussion erfahren.

Konkret werden von Keynes folgende Vorschläge gemacht: Kontrolle von Währung und Kredit durch eine zentrale Institution, Publizität der relevanten Geschäftsinformationen, öffentliche Einflussnahme auf Höhe von Sparen und Investieren, wie auch auf den Anteil von Auslandsinvestitionen sowie Einflussnahme auf die Bevölkerungsentwicklung.

Als heutiger Leser und damit aus einem Abstand von mehr als achzig Jahren, kann man feststellen, dass diese Vorschläge von der Politik aufgegriffen und teilweise realisiert worden sind – wenngleich nicht immer in der Form, die wohl Keynes vorschwebte. So haben wir heute Zentralbanken, im Euroraum sogar eine übernationale, die die Kontrolle von Währung und Kredit übernommen haben, freilich mit einer oft einseitigen Orientierung an der Geldwertstabilität. Mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einerseits, den Publizitätspflichten für Kapitalgesellschaften andererseits stehen allen am Wirtschaftsleben Beteiligten heute weit mehr Informationen zur Verfügung, als das in den zwanziger Jahren auch nur vorstellbar war. Die öffentlichen Einflussmöglichkeiten auf Sparen und Investieren haben stark zugenommen – allein schon dadurch, dass der Staatsanteil erheblich angestiegen ist, aber auch durch eine entsprechende Ausgestaltung des Steuersystems und der öffentlichen Ausgaben (automatische Stabilisatoren) sowie durch entsprechende Gesetze (in Deutschland z.B. das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz). Mit der Deregulierung der Kapitalmärkte hat man allerdings heute weniger Möglichkeiten als in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, auf den von

Keynes ebenfalls angesprochenen Anteil der Auslandsinvestitionen Einfluss zu nehmen.

Was schließlich die Bevölkerungsentwicklung anbetrifft, so nehmen die Staaten auch darauf Einfluss, im Westen allerdings nicht in der rigorosen Form, wie es bei der chinesischen Ein-Kind-Politik praktiziert wird. So ist z.B. in Deutschland das Elterngeld mit der Absicht eingeführt worden, Beruf und Familie besser miteinander verbinden zu können und damit einer schrumpfenden Bevölkerung entgegen zu wirken. Oder, um ein anderes Beispiel zu geben: In den USA wird die Green Card dazu genutzt, die Zuwanderung nach den Bedürfnissen des amerikanischen Arbeitsmarkts zu steuern.

Die hier wieder vorgelegte Arbeit von Keynes ist nicht unwidersprochen geblieben. So kritisiert v. Mises (1927) schon den Titel der Arbeit und stellt fest: "Die berühmte Maxime lautet nämlich vollständig Laissez faire et laissez passer" (v. Mises 1927, S. 190). Das passer ist ihm zufolge auf die Freizügigkeit für Menschen und Güter bezogen. Sich gegen laissez passer auszusprechen wäre insofern ein Plädoyer für Protektionismus und Unterbindung der internationalen Freizügigkeit. v. Mises kommt zu dem kühnen Schluss: "Hätte Keynes vom Ende des Laissez faire et laissez passer gesprochen, dann hätte er nicht verkennen können, daß die Welt heute gerade daran erkrankt, daß seit Jahrzehnten eben nicht mehr nach dieser Maxime regiert wird"(a.a.O., S. 191).

v. Mises bedient sich hier einer bis zum heutigen Tag bei liberalen Autoren beliebten Argumentationsfigur: nicht zuviel Markt, sondern zuviel Staat, nicht zu wenig, sondern zu viel Regulierung, nicht der Liberalismus, sondern der Antiliberalismus sind an allen Übeln schuld. Dies wird den Ausführungen von Keynes nicht gerecht, der durchaus sieht, dass zur Entstehung der laissez-faire-Ideologie auch "die Unfähigkeit der Regierungen des 18. Jahrhunderts" (Keynes 2011, S. 22) beigetragen hat. Und spätestens zwei Jahre, nachdem v. Mises das geschrieben hatte, waren seine Überzeugungen widerlegt: Die Große Depression konnte nicht als die Folge eines allseitigen Antiliberalismus begriffen werden und ihre Bekämpfung sicher nicht darin bestehen, den Staat auf eine Nachtwächterrolle zu beschränken.

Literaturhinweise

Cairncross, A. (1978), Keynes and the Planned Economy, in: A.P. Thirlwall (Ed.), Keynes and Laissez-faire, London and Basingstoke(Macmillan), S. 36-58.

Keynes, J.M. (1926/1972), The End of Laissez-faire, London (Hogarth-Press), wiederabgedruckt in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX, London and Basingstoke(Macmillan), S. 272 – 294.

Keynes, J. M. (1926), Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft. München und Leipzig (Duncker&Humblot).

Keynes, J. M. (1931), The End of Laissez-faire, in: Essays in Persuasion, London (Macmillan), S. 312-322.

Keynes, J. M. (1936/1973), The General Theory of Employment, Interest and Money, London (Macmillan), wiederabgedruckt in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. VII,

London and Basingstoke(Macmillan), S. 272 – 294.

Keynes, J.M. (2007), Über Staatliche Wirtschaftsplanung, Rundfunkvortrag in der BBC vom 14.3. 1932, in: J.M. Keynes, On Air, Der Weltökonom am Mikrofon der BBC, Hamburg (Murmann-Verlag), S. 95 – 107.

Keynes, J.M.(2009), Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 11., erneut verbesserte Auflage, Berlin (Duncker&Humblot).

Keynes, J. M. (2011), Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft. Zweite, unveränderte Auflage mit einem Vorwort von Peter Kalmbach und Jürgen Kromphardt, Berlin (Duncker&Humblot).

Mattfeld, H. (Hrsg.) (1985), Keynes. Kommentierte Werkauswahl. Hamburg (VSA).

Mises, L. v. (1927), Buchbesprechung von Keynes, J.M., Das Ende des Laissez-Faire, Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 82(1927), S. 190-191.

Pasinetti, L.L. (2007), Keynes and the Cambridge Keynesians. A 'Revolution in Economics' to be accomplished, Cambridge u.a. (Cambridge University Press).

A.II.8. Can Lloyd George Do it? With H.D. Henderson, 1929 (C.W., Vol. IX)

(C.W., Vol. IX, S. 88-125)

Diese Streitschrift wurde von Keynes in seine „Essays in Persuasion" (London 1931) unter dem Titel „A Programme of Expansion (General Election, May 1929)" in gekürzter Fassung aufgenommen (S. 118-134). Diese Fassung ist wiederabgedruckt in den Collected Writings, Vol IX, S. 88-125. Die Fassung findet man in Deutsch unter dem Titel „Ein Programm der Ausweitung." (Allgemeine Wahlen, Mai 1929). In: Politik und Wirtschaft (s. Nr. 6), S. 184-193, sowie in Mattfeldt (s. Nr. 6) S. 117-126.

Lloyd George war der Spitzenkandidat der „Liberalen Partei" für die Unterhauswahlen vom Mai 1929. In seinem zusammen mit H. Henderson geschriebenen Pamphlet unterstützte Keynes dessen „Entwicklungs-Programm". Dieses Programm sah ein staatliches Programm öffentlich finanzierter Maßnahmen vor, das jährlich 100 Mio. Pfund Sterling kosten sollte und mit dem 500.000 Arbeitnehmer eine Beschäftigung finden sollten.

In Großbritannien hatte die Arbeitslosenquote in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg in jedem Jahr (außer 1924) bei oder leicht über 10 % gelegen; im April 1929 entsprach dies 1,14 Mio. Arbeitslosen. Für die Arbeitslosen wurden jährlich Unterstützungen von ca. 50 Mio. Pfund Sterling ausgegeben. Angesichts solcher Verschwendung produktiver Ressourcen befürwortete Keynes dieses Programm, und die Autoren wendeten sich gegen die zwei verbreitesten Gegenargumente:

a) Die vom Staat dafür aufgenommenen Finanzmittel verringern nur das Kapitalangebot für die

Privaten.

b) Kreditfinanzierte Staatsausgaben führen nur zu Inflation.

Das erste Argument entspricht dem ominösen „Treasury View“, den der britische Schatzkanzler in seiner Budgetrede so formulierte: „Es ist die immer mit Festigkeit vertretene Lehre des Schatzamtes, dass durch Staatsverschuldung und Staatsausgaben … sehr wenig zusätzliche Beschäftigung und keine dauerhafte Beschäftigung bewirkt werden kann“ (Politik und Wirtschaft, S. 186).

Dieses Argument entbehre jedoch jeder Grundlage. Dafür spreche schon, dass es auch für kreditfinanzierte Investitionen der privaten Unternehmen gelten müsse. Folglich gäbe es keinen Weg, durch mehr Kapitaleinsatz die Arbeitslosen in Beschäftigung zu bringen.

In Wirklichkeit gebe es jedoch drei Wege, um Ersparnisse für neue, beschäftigungssteigernde Investitionen bereitzustellen:

a) Die Summen, die jetzt für die Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden.

b) Ersparnisse, die nicht den Weg zu Investitionen finden, weil die Banken keine entsprechenden Investitionskredite vergeben.

c) Ersparnisse, die bislang für Auslandskredite verwendet werden.

In der detaillierten Beweisführung zu (b) betonen Keynes/Henderson den Unterschied zwischen Sparen und Investitionen: „Ein Land wird nicht durch die rein negative Handlung einer Person, nicht alles Einkommen für den laufenden Verbrauch auszugeben, bereichert. Bereichert wird es durch die positive Tat des Gebrauchs dieser Ersparnisse zur Vermehrung der Kapitalausrüstungen des Landes“ (ebenda, S. 191). Hiermit wenden sie sich gegen die auch damals weit verbreitete Gleichsetzung von Sparen und Investieren sowie von Sparern und Investoren, obwohl diese zumeist unterschiedliche Personen sind.

Gegen das zweite Argument, kreditfinanzierte Staatsausgaben führten nur zu Inflation, erwidern Keynes/Henderson, dies gelte erst, wenn in einer Phase der Hochkonjunktur Vollbeschäftigung fast oder ganz erreicht sei, nicht aber bei Unterbeschäftigung. Diese wichtige Unterscheidung zwischen der Situation der Vollbeschäftigung und der Unterbeschäftigung findet sich also bereits hier. Die herrschende Theorie ging dagegen seit Ricardo, der laut Keynes (Allgemeine Theorie, S. 27) „England so vollständig erobert (hat) wie die heilige Inquisition Spanien“, stillschweigend von einer Situation der Vollbeschäftigung aus.

Die Unterstützung durch Keynes’ Pamphlet half George Lloyd wenig. Die Wahlen gewann die Labour Party, die der Arbeitslosigkeit und vor allem der im Herbst 1929 ausbrechenden Weltwirtschaftskrise hilflos gegenüber stand. Der Premierminister MacDonald trat zwei Jahre später zurück und bildete eine Koalitionsregierung aller drei Parteien, die – wie in Deutschland Reichskanzler Brüning – mit Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen den Staatshaushalt auszugleichen versuchte, stattdessen aber nur die Krise verschärfte.

A.II.9. A Treatise on Money, two volumes, 1930 (C.W., Vol. V und VI)

Dt: Vom Gelde, München 1932,

Hans-Michael Trautwein(Uni Oldenburg)

Zwei Jahre nach der Fertigstellung des Tract on Monetary Reform (1923) begann Keynes mit den Arbeiten an einer "Abhandlung vom Gelde", die nach seinen Vorstellungen ein Standardwerk der modernen Geldtheorie werden sollte. Als die Treatise schließlich 1930 erschien, hatte sie sich zu einem zweibändigen Werk von fast 800 Seiten entwickelt, mit dem allerdings weder der Verfasser noch die übrige Fachwelt zufrieden waren. Im Vorwort spricht Keynes von mühsamen Wandlungen seiner Ansichten, die ihre Spuren im Werk hinterlassen haben, und schon kurz nach der Veröffentlichung wurde die Treatise von verschiedenen Seiten heftig kritisiert. Gleichwohl bildet dieses Werk einen wichtigen Zwischenschritt auf dem Weg zur Entwicklung der General Theory of Employment, Interest and Money, die 1936 veröffentlicht werden sollte. Es wird auch nach wie vor als fruchtbarer Ausgangspunkt für die Diskussion von Kapitalmarktversagen in modernen Geldwirtschaften betrachtet (siehe z.B. Hicks 1967, Leijonhufvud 1981 und Klausinger 1991). Denn der Gedanke, dass Preis- und Mengenänderungen auf Güter- und Arbeitsmärkten dadurch erzwungen werden, dass der Zinsmechanismus bei der Koordination der Investitions- und Spartätigkeit versagt, spielt nicht erst in der General Theory, sondern schon in der Treatise eine zentrale Rolle.

Die Treatise ist in die "reine Theorie" (Band 1) und die "angewandte Theorie des Geldes" (Band 2) unterteilt. Band 1 bildet den theoretischen Teil, während Band 2 vornehmlich empirische Aspekte des Bankenwesens, der Investitionstätigkeit und der Geldpolitik behandelt. In der Rückschau ist vor allem der erste Band von Interesse.

Zentrales Thema des ersten Bandes ist die Bestimmung des Geldwerts durch eine dynamische Analyse der (pro-)zyklischen Schwankungen des Preisniveaus. Dabei rückt Keynes von dem quantitätstheoretischen Ansatz ab, den er noch im Tract (1923) vertreten hatte. Die Entwicklung des Preisniveaus wird nun nicht mehr durch die Kassenhaltung bei exogen gegebener Geldmenge bestimmt, sondern durch das Verhältnis von Investieren und Sparen im Einkommenskreislauf und in der Vermögensanlage. Beides wird durch die Kreditvergabe der Geschäfts- und Zentralbanken entscheidend beeinflusst. Geld wird als Resultat der Kreditschöpfung der Geschäftsbanken betrachtet, wobei das im gleichen Zuge entstehende "repräsentative Geld" der Zentralbank nur noch eine Forderung auf sich selbst darstellt (Keynes nimmt dies selbst für den Goldstandard oder andere Konvertibilität in "Warengeld" an, da das politische Management der betreffenden Währung die Möglichkeit der Aufhebung der Konvertibilität einschließt). Vor allem aber kritisiert Keynes, dass die traditionelle Quantitätstheorie bestenfalls eine Bestimmung des Preisniveaus im monetären Gleichgewicht liefert, aber die Anpassungsprozesse bei Störungen des Gleichgewichts vernachlässigt. Das zentrale Kriterium für ein monetäres Gleichgewicht ist die Übereinstimmung des Marktzinses mit dem "natürlichen Zins", der die Investitionstätigkeit mit den gesamtwirtschaftlichen Ersparnissen in Einklang bringt. Wenn die beiden Zinssätze voneinander abweichen, entsteht ein Missverhältnis von Investitionen und Ersparnissen, das Kreditzyklen und kumulative Veränderungen des Preisniveaus auf den Gütermärkten nach sich zieht. Dass beide Zinsen voneinander abweichen, ist in einer modernen Kreditwirtschaft normal. Denn der "natürliche

Zins" variiert ständig aufgrund vieler Einflüsse auf die Rentabilität von Investitionen und die intertemporalen Konsumpräferenzen, während die Zinssetzungen im Bankensystem auf Konventionen beruhen und sich in der Regel relativ langsam verändern.

Im Ansatz der Treatise bewegte sich Keynes somit in der Tradition von Knut Wicksell, der 1898 in seinem Werk über Geldzins und Güterpreise die Dynamik von kumulativen Inflations- und Deflationsprozessen bei Differenzen zwischen Marktzinsen und Profiterwartungen aufgezeigt hatte. Wicksells Inflationstheorie wurde um 1930 von vielen anderen Ökonomen zu ganz unterschiedlichen Konjunkturtheorien ausgebaut. Wesentliche Beiträge lieferten Friedrich A. Hayek (1929, 1931), Erik Lindahl (1930), Gunnar Myrdal (1932) und nicht zuletzt Dennis Robertson (1926), der in Personalunion Student, Kollege, Mitarbeiter und ständiger Kritiker von Keynes war. Von anderen wicksellianischen Werken seiner Zeit unterscheidet sich Keynes' Treatise aber vor allem in folgender Hinsicht:

Anders als in den meisten wicksellianischen Ansätzen ergeben sich die Koordinationsfehler des Zinsmechanismus bei Keynes nicht allein daraus, dass Banken in der industriellen Zirkulation zwischen die Investoren und die Sparer treten und Abweichungen des Marktzinses vom "natürlichen Zins" ermöglichen. Durch ihre Wahl zwischen Spareinlagen, Wertpapieren und Realinvestitionen üben auch die Vermögensbesitzer in der finanziellen Zirkulation großen Einfluss auf die langfristigen Marktzinsen aus. Diese Zinsen bestimmen das Preisniveau der Kapitalgüter und somit deren Nachfrage in der industriellen Zirkulation.

Die Entscheidungen der Vermögensbesitzer hängen von den Ertragserwartungen ab. Hier betont Keynes eine systematische Unsicherheit, die aus dem Zusammenspiel von rationalen Informationsdefiziten, Massenpsychologie und spekulativem Spiel gegen den Markt entsteht. Die Unsicherheit führt zu abrupten Stimmungsänderungen auf den Finanzmärkten, die letztlich die Entstehung von Kreditzyklen erklären. Im Aufschwung fließt Liquidität aus der finanziellen in die industrielle Zirkulation, im Abschwung wird sie der industriellen Zirkulation wieder entzogen. So entstehen die antizyklischen Schwankungen des Geldwertes (bzw. prozyklischen Schwankungen des Preisniveaus), die Keynes erklären will.

In der Abhandlung vom Gelde (1930) deutete Keynes somit zwei Ideen an, die er später in das Zentrum seiner Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936) rücken sollte: Zum einen findet eine intertemporale Abstimmung der Produktions- und Konsumpläne (Investitionen und Ersparnisse) durch den "klassischen" Zinsmechanismus nicht automatisch statt; daher kann eine Erhöhung des Sparens durch den Ausfall von laufender Nachfrage negative Kreislaufwirkungen auf das Volkseinkommen erzeugen. Zum anderen klingt mit der Betonung des Einflusses von Vermögenskalkülen auf den Geldkreislauf das Motiv der Liquiditätspräferenz an, das für Keynes (1936) schließlich zum zinsbestimmenden Moment wird. Doch bei all diesen Gemeinsamkeiten besteht zwischen der Treatise und der General Theory ein entscheidender Unterschied: Die Abhandlung von 1930 dreht sich um die Erklärung von Schwankungen des Preisniveaus im Ungleichgewicht; Mengenänderungen des Sozialprodukts und der Beschäftigung werden ausgeblendet oder spielen allenfalls eine untergeordnete, vermittelnde Rolle. In der Allgemeinen Theorie von 1936 geht es hingegen um die Bestimmung des Sozialprodukts und um den Nachweis der Existenz von makroökonomischen Gleichgewichten mit Unterbeschäftigung.

Schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Treatise war Keynes über sein magnum opus nicht mehr glücklich. Es waren verschiedene Entwicklungen, die ihn in der Folgezeit auf die Spur zur Allgemeinen Theorie bringen sollten (siehe Moggridge 1992, Kap. 19-20). Eine große Rolle spielten die Weltwirtschaftskrise und der Zusammenbruch des Goldstandards in den Jahren 1930/31. Die massiven Einbrüche in Produktion, Beschäftigung und Außenhandel legten den Schluss nahe, dass die effektive Güternachfrage das Sozialprodukt weit stärker beeinflusst als von der "klassischen Preistheorie" angenommen. Zweitens machte die massive Kritik an der Treatise, die insbesondere von Ralph Hawtrey, Dennis Robertson und Friedrich A. Hayek vorgebracht wurde, einigen Eindruck auf Keynes. Hawtrey bemerkte in seiner Korrespondenz mit Keynes, dass dieser die Outputwirkungen von Kreditzyklen nicht hinreichend berücksichtigt habe. Robertson (1931) zeigte, dass Keynes im Hinblick auf die Preisentwicklungen bei Kapital- und Konsumgütern inkonsistent argumentierte, und Hayek (1931/32) bemängelte das Fehlen einer Kapital- und Zinstheorie als Grundlage für die Bestimmung des Gleichgewichtszinses. Last, but not least wurde Keynes zu Änderungen seiner makroökonomischen Ansichten durch den "Circus" getrieben, einen Diskussionzirkel von jüngeren Ökonomen in Cambridge, der sich in der Auseinandersetzung mit Keynes und seinen Kritikern gebildet hatte. Dieser Gruppe gehörten u.a. Richard Kahn, James Meade, Joan und Austin Robinson sowie Piero Sraffa an. Ihr Einfluss auf die allmähliche Entstehung der Allgemeinen Theorie ist nicht zu unterschätzen.

Literatur

Hayek, Friedrich A. (1929), Geldtheorie und Konjunkturtheorie. Wien: Julius Springer.

Hayek, Friedrich A. (1931), Preise und Produktion. Wien: Julius Springer.

Hayek, Friedrich A. (1931/32), Reflections on the Pure Theory of Money of Mr. J.M. Keynes, Economica 11: 270-95 (Part I) und 12: 22-44 (Part II)

Hicks, John (1967), A Note on the Treatise. In Critical Essays in Monetary Theory. Oxford: Oxford University Press. 189-202.

Klausinger, Hansjörg (1991), Theorien der Geldwirtschaft. Von Hayek und Keynes zu neueren Ansätzen. Berlin: Duncker & Humblot.

Leijonhufvud, Axel (1981), The Wicksell Connection: Variations on a Theme. In Information and Coordination. Essays in Macroeconomic Theory. New York: Oxford University Press. 131-202.

Lindahl, Erik (1930), Penningpolitikens medel. Malmö: Förlagsaktiebolaget (Englisch 1939: The Rate of Interest and the Price Level, Part II in Studies in the Theory of Money and Capital. London: George Allen & Unwin. 137-268).

Moggridge, Donald E. (1992), Maynard Keynes. An Economist's Biography. London: Routledge.

Myrdal, Gunnar (1932), Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse. In Beiträge zur Geldtheorie, hrsg. von Friedrich A. Hayek. Wien: Julius Springer. 361-487.

Robertson, Dennis (1926), Banking Policy and the Price Level. An Essay in the Theory of the Trade Cycle. London: Macmillan.

Robertson, Dennis (1931), Mr. Keynes' Theory of Money. Economic Journal 41: 395-411.

Wicksell, Knut (1898), Geldzins und Güterpreise. Eine Untersuchung über die den Tauschwert des Geldes bestimmenden Ursachen. Jena: Gustav Fischer.

A.II.10. Essays in Persuasion. London (Macmillan) 1931 (C.W. Vol. IX)

In diesem Sammelband veröffentlichte Keynes die wichtigsten Pamphlete und Aufsätze zu wirtschaftspolitischen Fragen, darunter auch umfangreiche Auszüge aus den Monographien Nr. 2, Nr. 6, Nr. 8. Er bezeichnete sie im Vorwort als „das Krächzen einer Kassandra", die nie den Lauf der Ereignisse rechtzeitig beeinflussen konnte. In den entsprechenden Band der Collected Writings (Vol. IX) wurden die Monographien Nr. 11 und Nr. 14 hinzugefügt.

Keynes gliederte die Beiträge, die er für seinen Sammelband auswählte, in 5 Abschnitte:

I. The Treaty of Peace (5 Beiträge)

II. Inflation und Deflation (7 Beiträge)

III. The Return to the Gold Standard (7 Beiträge)

IV. Politics (4 Beiträge)

V. The Future (2 Beiträge)

Die deutschen Übersetzungen der drei von Keynes in den Sammelband gekürzt aufgenommenen Monographien sind in deren jeweiligen Vorstellungstext aufgeführt. Acht weiterte Beiträge sind in der Übersetzung von Edward Rosenbaum erschienen in „Politik und Wirtschaft. Männer und Probleme. Ausgewählte Abhandlungen von John Maynard Keynes". Tübingen/Zürich (Mohr(Siebeck)/Polygraphischer Verlag) 1956.

Einige dieser Beiträge sind wiederabgedruckt in: Harald Mattfeldt: Keynes. Kommentierte Werkauswahl. Hamburg (VSA) 1985.

A.II.11. The Means to Prosperity 1933 (C.W., Vol. IX, S. 335-366)

Aufgrund der nach dem Erscheinen der Treatise on Money ausgebrochenen Diskussionen erkannte Keynes -die Weltwirtschaftskrise war inzwischen voll ausgebrochen -, dass er ganz in der Tradition seines ökonomischen Lehrers Alfred Marshall das eigentliche gesamtwirtschaftliche Problem gar nicht behandelt hatte. Er war nämlich implizit stets von vollbeschäftigten Ressourcen ausgegangen.

Dieses ca. 30 Seiten umfassende Pamphlet (wie Keynes es selber nennt) basiert auf vier Artikeln, die Keynes im März 1933 in „The Times" veröffentlichte und die eine heftige Diskussion auslösten. Kurz danach erschien es als Einzelschrift; für die USA fertigte Keynes eine erweiterte Version an, die für die Collected Writings ausgewählt wurde.

Keynes legt zwei miteinander verknüpfte Vorschläge vor. Der erste stützt sich auf die kurz zuvor von Kahn (1931) präzisierte Idee des Multiplikators; demzufolge haben zusätzliche kreditfinanzierte Staatsausgaben einen Produktions- und Einkommenseffekt, der ein Mehrfaches des Betrags dieser Ausgaben beträgt (Keynes schätzt den Multiplikator auf 2,0). Bei einer Steuer- und Abgabenquote von ca. 0,3 resultiert daraus eine Selbstfinanzierungsquote von 60%, so dass der Nettoverschuldungseffekt nur 40% der zusätzlichen Ausgaben betrage. Keynes fordert die Regierungen auf, durch derartige zusätzliche Ausgaben die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, da diese vor allem durch fehlende Güternachfrage geprägt sei.

Da eine auf diesem Wege ausgelöste Expansion von Produktion, Einkommen und Beschäftigung erhöhte Importe hervorruft, Großbritannien (und viele andere Länder) aber mit Leistungsbilanzproblemen zu kämpfen hatten, schlägt Keynes vor, die bevorstehende „World Economic Conference" solle – um dieser Seite des Problems Rechnung zu tragen – eine internationale Behörde gründen, die alle beteiligten Staaten mit zusätzlich geschaffener internationaler Liquidität versorgen soll. Dafür solle sie in Gold denominierte, international zur Zahlung verwendbare Noten emittieren, die jedes Land bis zu einem bestimmten Betrag gegen eigene Staatsanleihen erwerben kann, um danach über zusätzliche internationale Zahlungsmittel zu verfügen. Zu diesem Zweck sollten die Länder ihre Währung an den Goldpreis binden, mit der Möglichkeit der Anpassung des Wechselkurses. Diese Vorschläge scheitern auf der Konferenz (Juni/Juli 1933) vor allem am Widerstand der USA. Sie wurden erst 1944 – auf der Konferenz von Bretton-Woods – in den Vereinbarungen zum Weltwährungssystem in Form von Sonderziehungsrechten im Rahmen eines Systems fester, aber veränderbarer Wechselkurse verwirklicht.

A.II.12. Essays in Biography London (Macmillan) 1933 (C.W. Vol. X)

In diesem Band versammelte Keynes 1933 seine biographischen Essays, die er im Laufe der vorangehenden Jahre geschrieben hatte. Er unterteilte sie in:

I. Sketches of Politicians

II. Lives of Economists

III. Brief Sketches

In einer späteren Ausgabe von 1951 haben die damaligen Herausgeber in der Rubrik II die später geschriebenen Biographien über William Stanley Jevons und Mary Paley Marshall, die Frau von Alfred Marshall, dem großen Ökonomen und Lehrer von Keynes, hinzugefügt. Weitere biographische Texte wurden im Vol. X der Collected Writings einbezogen, sodass Vol X jetzt drei weitere Rubriken umfasst:

IV. His friends in King's (darunter Frank Ramsey)

V. Two Scientists

VI. Two Memories

Die beiden Naturwissenschaftler, über die Keynes in Rubrik V schreibt, sind Newton und Einstein. Über letzteren gibt Keynes nur einige kurze Eindrücke wider, die er in einem kurzen Gespräch mit Einstein nach einem Vortrag gewann, den er in Berlin gab. Höchst aufschlussreich ist die Biographie von Sir Isaac Newton, den Keynes als „Kopernikus und Faust in einem" charakterisiert.

In der Rubrik VI haben die Herausgeber des Vol. X (R. Kahn, R. Harrod, A. Robinson) zwei "Erinnerungsstücke" eingefügt, die Keynes im privaten Zirkel – der Bloomsbury-Gruppe – vorgetragen hat und die im Jahr 2004 in deutscher Übersetzung unter dem Titel "Freund und Feind – Zwei Erinnerungen" im Berenberg-Verlag in Berlin veröffentlicht worden sind (mit einer informativen Einleitung von Dorothea Hauser). In dem einen Vortrag erinnert Keynes sich an Dr. Melchior, Mitglied der deutschen Delegation bei den Versailler Friedensvertragsverhandlungen, in dem anderen an seine frühen Überzeugungen.

Für Ökonomen sind unter den Biographien heute vor allem die über Thomas Robert Malthus, über William St. Jevons sowie über Alfred Marshall und dessen Frau Mary Paley Marshall sehr lesenswert. Malthus war der Gegenspieler zu Ricardo, der zu Keynes' Bedauern „Großbritannien so vollständig eroberte wie die heilige Inquisition Spanien". Keynes knüpfte jedoch an Malthus' „ketzerische" Ansichten an.

Jevons und Marshall (letzterer durchaus von den Ansichten seiner Frau beeinflusst) repräsentieren

die ökonomische Lehre, in der Keynes aufwuchs und von der er sich erst durch einen „long struggle of escape‟ befreien konnte.

A.II.13. The General Theory of Employment, Interest and Money, 1936 (C.W., Vol. XII)

Dt: Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. 10. korrigierte und überarbeitete Auflage, Berlin (Duncker &Humblot) 2006.

In den Jahren während und nach der Weltwirtschaftskrise sah Keynes immer deutlicher: Seine wirtschaftspolitischen Vorschläge wiesen kein solides theoretisches Fundament auf und die notwendige neue Theorie müsse sich fundamental von der herrschenden neoklassischen Theorie unterscheiden. Aus diesem Grund schrieb er seine „General Theory‟, deren vorläufige Abschnitte er mit Cambridger und anderen Kollegen intensiv diskutierte (Einzelheiten s. C.W., Vol. XIII). Am 1.1.1935 schrieb er an George Bernard Shaw (abgedruckt in C.W., Vol. XIII, S. 492f):

‟To understand my state of mind, however, you have to know that I believe myself to be writing a book on economic theory which will largely revolutionise – not, I suppose, at once but in the course of the next ten years – the way the world thinks about economic problems. When my new theory has been duly assimilated and mixed with politics and feelings and passions, I can't predict what the final upshot will be in its effect on action and affairs. But there will be a great change, and, in particular, the Ricardian foundations of Marxism will be knocked away."

1936 legt Keynes in diesem seinem Hauptwerk das Ergebnis seiner theoretischen Analyse vor, die vielfach als „Keynes'sche Revolution‟ bezeichnet wird. Das zentrale Ergebnis seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" lautet: Die Zahl der Beschäftigten in einer Volkswirtschaft wird von dem Quantum an Gütern und Diensten bestimmt, das die Unternehmen erwarten verkaufen zu können; denn entsprechend dieser Erwartung produzieren sie und beschäftigen sie Arbeitskräfte. Entscheidend ist daher die effektive Nachfrage, mit der die Unternehmen tatsächlich rechnen und die sie ihrer Produktionsplanung zugrunde legen. Die effektive Nachfrage umfasst die inländische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern sowie die Nachfrage des Auslands. Nicht relevant ist dagegen die gewünschte Nachfrage bei gewünschten Einkommen der Haushalte, von der die neoklassische Theorie ausgeht.

Die Konsumgüternachfrage der privaten Haushalte hängt im Wesentlichen vom verfügbaren Einkommen ab, das ihnen in Abhängigkeit von der Höhe des produzierten Sozialprodukts in Form von Löhnen, Zinsen oder Gewinnen netto zufließt. Da die Haushalte jedoch einen Teil ihres Einkommens sparen, besteht eine Lücke zwischen der Nachfrage der Haushalte und der Produktionsmenge. Diese Lücke muss durch die Sachinvestitionen der Unternehmer geschlossen werden, damit die Produktion insgesamt abgesetzt werden kann und die Produktions- und Beschäftigungspläne der Unternehmen nicht nach unten revidiert werden.

Keynes weist die neoklassische These, die bereits im Say'schen Gesetz ihren Ausdruck fand, wonach diese Lücke durch den Zinsmechanismus geschlossen wird, indem der Zinssatz Investitionen und Ersparnis zum Ausgleich bringe, aus zwei Gründen zurück. Erstens wird der

Zinssatz nicht direkt durch Ersparnisse und Investitionen bestimmt, sondern durch Angebot und Nachfrage nach Geld. Dabei bestimmt die Zentralbank das Geldangebot, während die Geldnachfrage sich aus dem Bedarf an Geld für Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationszwecke ergibt. Zweitens werden die Investitionen nicht vom Marktzins allein bestimmt, sondern von der Differenz zwischen Marktzins und erwarteter Rendite aus den Investitionen. Die Abhängigkeit der Investitionen von den Renditeerwartungen macht sie zur Quelle der Instabilität.

"In the case of durable assets it is ... natural and reasonable that expectations of the future should play a dominant part in determining the scale on which new investment is deemed advisable. But ... the basis for such expectations is very precarious. Being based on shifting and unreliable evidence, they are subject to sudden and violent changes" (1936, S.315).

Die Schwankungen in der Investitionsgüternachfrage breiten sich über die gesamte Volkswirtschaft aus; denn wenn die Produzenten von Industriegütern ihre Produktion reduzieren, dann verlieren dort Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz oder ihr Einkommen verringert sich durch kürzere Arbeitszeiten. Sie können dann weniger Konsumgüter kaufen; daraufhin geht die Nachfrage nach Konsumgütern und anschließend die Produktion dieser Güter ebenfalls zurück. Die sinkende Industriegüternachfrage löst also eine Spirale nach unten aus, in deren Verlauf die Einbußen an Einkommen und Produktion größer sind als der ursprüngliche Nachfrageeinbruch. Es ist das Verdienst von Kahn (1931), erstmals diesen multiplikativen Prozess nach unten (analoges gilt für einen Prozess nach oben) präzise analysiert zu haben.

Dieser Multiplikatorprozess unterstreicht die entscheidende Rolle der effektiven Güternachfrage für Produktion und Beschäftigung. Nach Ansicht von Keynes können die Schwankungen der Investitionstätigkeit und damit der Beschäftigung vom privaten Sektor auch nicht endogen durch flexible Löhne ausgeglichen werden, weil - im Gegensatz zur klassischen und neoklassischen Lehre - eine Senkung des allgemeinen Lohnniveaus keinen sicheren positiven Beschäftigungseffekt hat.

Dabei liegt der Unterschied zur damals herrschenden Lehre nicht in der Vermutung, eine allgemeine Senkung der Nominallöhne sei wegen des Widerstands der Gewerkschaften und der Arbeiter nicht durchsetzbar; diese Rigidität der Löhne nach unten war und ist die Grundlage für die neoklassische Erklärung der Arbeitslosigkeit. Der Unterschied liegt vielmehr darin, dass Keynes eine allgemeine Lohnsenkung, selbst wenn sie möglich wäre, für ein ungeeignetes Mittel der Beschäftigungspolitik hält:

"There is no ground for the belief that a flexible wage policy is capable of maintaining a state of continuous full employment ... The economic system cannot be made self-adjusting along these lines" (Keynes, 1936, S. 267).

Kahn, der in den Erläuterungen zu Nr. 9 erwähnte Mitstreiter von Keynes, berichtet, diese lohnpolitische Problematik sei Keynes' Hauptanliegen gewesen:

"Keynes was mainly concerned, in the General Theory, with the failure of economists and others to appreciate the reluctance of money wages to fall and to realize that even if they did fall, unemployment would not be diminished, except in industries subject to competition with overseas suppliers" (Kahn, 1978, S. 554).

Die Weltwirtschaftskrise (s. dort) hatte dies deutlich gezeigt.

Aus dem Fehlen eines endogenen Stabilisierungsmechanismus, der die starken Schwankungen der Investitionstätigkeit ausgleichen könnte, folgert Keynes (1936, S. 320): "Die Aufgabe, das Volumen der Investitionen zu steuern, kann nicht in privaten Händen gelassen werden." Keynes meint allerdings, die Geldpolitik werde nicht immer in der Lage sein, diese Steuerungsaufgabe erfolgreich zu übernehmen. Schon 1933 hatte er in einem „Open letter" (C.W., Vol. XXI, S. 289-297) geschrieben: In der Depression sei der Versuch, durch bloße Vermehrung der Geldmenge Produktion und Einkommen zu steigern, mit dem Versuch vergleichbar, dadurch dicker zu werden, dass man sich einen längeren Gürtel kauft. Entscheidend sei es vielmehr, dass von dieser Geldmenge auch Gebrauch gemacht und mehr Geld für Güter ausgegeben wird.

Wegen dieser Grenzen der Geldpolitik müssen nach Ansicht von Keynes auch die Staatsausgaben und -einnahmen eingesetzt werden, um Einkommen und Beschäftigung zu stabilisieren. Diese wirtschaftspolitische Forderung erhebt Keynes freilich nicht als erster. Ganz im Gegenteil befürworteten damals viele Ökonomen öffentliche Ausgabenprogramme zur Senkung der Arbeitslosigkeit (s. Morgan, 1978, S. 2). Das Problem war jedoch, dass diese Forderung sich vor Keynes nicht aus der ökonomischen Theorie ableiten ließ, sondern ihr widersprach. Blaug formuliert daher die Quintessenz des Beitrags der Keynesschen Theorie zur Wirtschaftspolitik so (1978, S. 690/91):

"... the Keynesian Revolution succeeded because Keynes produced the policy conclusions most economists wanted to advocate anyway, but it produced these conclusions as logical inferences from a tightly knit if not always consistent theory, and not as endless epicycles on a full employment model of the economy".

Ziel dieser wirtschaftspolitischen Empfehlungen ist die Steuerung des Investitionsvolumens. Damit verfolgt er das Ziel, das kapitalistische System für den Kampf zur Überwindung der Arbeitslosigkeit leistungsfähiger zu machen. Er fordert die Erweiterung der Aufgaben des Staates.

"... as the only practical means of avoiding the destruction of existing economic forms in their entirety and as the condition of the successful functioning of individual initiative" (1936, S. 380).

Keynes möchte das kapitalistische System mit seinen individuellen Entscheidungsrechten wegen seiner Effizienzvorteile erhalten wissen, die aus der Dezentralisierung der Entscheidungen und dem "Spiel des Eigeninteresses" resultieren. Vor allem aber sei das individualistische System der beste Garant der persönlichen Freiheit, indem es - verglichen mit jedem anderen System - einen größeren Freiraum für die Ausübung persönlicher Entscheidungen bietet (vgl. ebenda).

Es bleibt mithin als wesentliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerung aus seiner Analyse die Forderung nach einer indirekten geld- und fiskalpolitischen Globalsteuerung der Investitionen und der Konsumgüternachfrage. Diese Nachfragesteuerung soll mit indirekten Mitteln erfolgen, die den privaten Entscheidungsträgern Anreize geben oder Belastungen auferlegen (Subventionen, Prämien, Steuern), sie aber nicht "direkt" zu einer bestimmten Verhaltensweise verpflichten.

Vor dem Hintergrund der dauerhaften hohen Arbeitslosigkeit in England zwischen den beiden Weltkriegen hält Keynes dabei eine bloße Dämpfung der Fluktuationen, die die durchschnittliche Höhe der Gesamtnachfrage unverändert lässt, nicht für ausreichend. Vielmehr fordert er eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, also eine Einkommensumverteilung zugunsten der Bezieher niedriger Einkommen mit hoher Konsumquote, und eine Reduzierung des Zinsniveaus:

"If capitalist society rejects a more equal distribution of incomes and the forces of banking and finance succeed in maintaining the rate of interest somewhere near the figure which ruled on the average during the nineteenth century [...], then a chronic tendency towards the underemployment of resources must in the end sap and destroy that form of society" (1937, S. 132)

Dieses Zitat belegt, für wie wichtig Keynes die andernfalls drohende Tendenz zur chronischen Arbeitslosigkeit hält.

Literatur

Blaug, M. (1978): Economic Theory in Retrospect, 3. Aufl., London.

Kahn, R. (1978): Some Aspects of the Development of Keynes's Thought. Journal of Economic Literature, Bd. 16.

Keynes, J.M., (1937): Some Economic Consequences of a Declining Population. Eugenics Review. Wiederabgedruckt in: Moggridge, D. (1973), The Collected Writings of J.M. Keynes, Bd. XIV: The General Theory and After, London/Basingstoke.

Morgan, B. (1978): Monetarism and Keynesianism. Their Contribution to Monetary Theory, London/Basingstoke.

A.II.14. How to Pay for the War, 1940 (C.W., Vol. IX, S. 367-439)

In diesem schmalen Band, der in den Collected Writings, wo er im Band IX abgedruckt worden ist, rund 60 Seiten umfasst, entwickelt Keynes konkrete Vorschläge, wie Großbritanniens Regierung die kriegsbedingten Mehrausgaben während des 2. Weltkriegs finanzieren sollte. Bereits kurz nach Kriegsbeginn im September 1939 veröffentlichte Keynes zwei lange Aufsätze in der Times vom 14. und 15. Nov. 1939, an die sich eine umfangreiche Korrespondenz und eine heftige öffentliche Diskussion anschlossen. Deren Ergebnisse veranlassten Keynes, im Februar 1940 einen überarbeiteten Text, in dem er seine Argumente untermauerte und seine Vorschläge präzisierte, als Buch zu veröffentlichen.

Keynes formuliert die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, gleich im ersten Satz des Vorworts: „This is a discussion of how best to reconcile the demand of war und the claims of private consumption." Es ging Keynes also darum, die Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft mit den Ansprüchen des privaten Verbrauchs möglichst gut zu vereinbaren. Keynes beschreibt das Problem, vor dem sich Großbritannien sah, wie folgt: Durch die zusätzlichen Rüstungsausgaben und andere kriegsbedingte Aufwendungen erhöhten sich die Produktion, die Beschäftigung und die Arbeitszeiten in Großbritannien deutlich, so dass das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sogar bei unveränderten Stundenlöhnen anstieg. Diesen höheren verfügbaren Einkommen, die sich nach aller Erfahrung in zusätzliche Konsumgüternachfrage umsetzen, konnte jedoch nicht durch steigende Konsumgüterproduktion Rechnung getragen werden. Vielmehr war es notwendig, alle zusätzlichen Ressourcen für die Kriegswirtschaft einzusetzen. Daher war ein Überschuss der Nachfrage über das Angebot zu erwarten.

Es herrschte Übereinstimmung, dass unter normalen Umständen ein solcher Überschuss der Nachfrage über das Angebot bei nicht mehr ausdehnbarer Produktion ziemlich rasch zu steigenden Preisen führen muss. Allerdings wurde vor Keynes die Entstehung von Inflation bei nicht ausdehnbarer Produktion vor allem über den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau abgeleitet. Diese Argumentation über die Geldmenge setzt stillschweigend voraus, dass mit steigender Geldmenge auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt. Keynes dagegen bezieht sich direkt auf diese Größe; denn den häufig vereinfacht als proportional angenommenen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau hatte er durch seine Theorie der Liquiditätspräferenz und darin insbesondere durch die Einführung der Spekulationskasse infrage gestellt (s. die Rubrik „General Theory"). Insofern stellte seine Nachfragesog - Theorie der Inflation eine Neuerung dar.

Für die konkrete Kriegssituation Großbritanniens sah Keynes zwei andere Entwicklungen als möglich an, durch die zwar die Inflation vermieden, aber die Übernachfrage nicht beseitigt würde, nämlich erstens staatliche Preiskontrollen (bis zum Preisstopp) oder zweitens ein freiwilliger Verzicht der Güterproduzenten und –händler auf Preissteigerungen, falls diese sich scheuen, in dieser Kriegssituation die Preise heraufzusetzen und damit vom Krieg zu profitieren. Beide Entwicklungen aber würden zu negativen Ergebnissen führen, denn in der resultierenden Mangelwirtschaft käme es zu einer sehr ineffizienten und ungerechten Güterverteilung, da diejenigen am ehesten zum Zuge kämen, die über persönliche Beziehungen verfügen und für die

Waren unter dem Ladentisch reserviert werden, und die Wahlfreiheit der Konsumenten würde stark eingeschränkt.

Auch das Zulassen von Inflation bewertete Keynes negativ, u. a., weil eine Inflation bei nur langsam reagierenden Löhnen eine Umverteilung hin zu den Unternehmern bedeutet und damit die Arbeitnehmer real schlechter stellt und ihre Versorgung mit Konsumgütern beeinträchtigt.

Eine dritte Variante war ebenfalls in der Diskussion. So sprach der britische Schatzkanzler damals davon, es könne vielleicht notwendig sein, bestimmte Güter, die für die Lebenshaltungskosten wichtig sind, zu subventionieren, um einen Anstieg der Löhne und der Preise zu verhindern. Dies hielt Keynes jedoch für keine bessere Lösung; denn wenn man auf diese Weise die Kaufkraft der bestehenden Löhne und damit die Nachfrage nach Konsumgütern erhöht, so wird das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage noch weiter auseinanderdriften.

Da Keynes den Ausweg, höhere Importe durch steigende Auslandsverschuldung zu finanzieren und dadurch das Konsumgüterangebot zu erhöhen, für problematisch hielt, stellte er einen eigenen Vorschlag vor: Um eine Anpassung der Konsumgüternachfrage an das Angebot herbeizuführen, sollte die Hälfte des Überschusses der Nachfrage nach Konsumgütern über deren Angebot (das er kriegswirtschaftlich bedingt als konstant setzt, obwohl er sogar einen Rückgang der Konsumgüterproduktion für erforderlich hält) durch eine Erhöhung der Einkommensteuern abgeschöpft werden. Dies würde wegen deren progressiver Gestaltung besonders die wohlhabenderen Schichten treffen. Die andere Hälfte des Überschusses aber sollte durch ein Programm erzwungenen Sparens beseitigt werden: Allen privaten Haushalten sollte vorgeschrieben werden, einen bestimmten Teil ihres Einkommens in Form von Forderungen zu sparen, die erst nach dem Krieg freigegeben werden, wenn die staatliche Nachfrage drastisch zurückgehen werde und möglicherweise ebenfalls die private Nachfrage nach Konsumgütern, wenn nach dem Krieg viele Personen aus dem im Rüstungssektor und aus der Armee entlassen werden. Die dann freizugebenden Guthaben würden eine Basis bieten, um einen Nachfrageeinbruch zu verhindern.

Keynes verbindet diesen Grundzug seines Vorschlages mit einzelnen Regelungen, durch die erreicht werden soll, dass die Bezieher sehr niedriger Einkommen (Keynes fasst in dieser Gruppe alle Personen zusammen, die vor dem Krieg weniger als 250 Pfund Sterling im Jahr verdient haben) ihren Konsum nicht einschränken müssen, sondern ihn evtl. sogar aufgrund von höheren Familienzuschüssen ausdehnen können. Zu den Niedrigverdienern in dieser Abgrenzung gehörten immerhin nach Angaben von Keynes 88% der Bevölkerung. Gleichzeitig würden die mittleren und höheren Einkommen zu einem Rückgang ihres realen Konsums veranlasst. Auf diese Weise könne der Krieg auch als eine Gelegenheit genutzt werden, um eine positive soziale Verbesserung zu erreichen.

In seinem Buch betont Keynes mehrfach, dass die aktuelle Kriegssituation den Verhältnissen der Vorkriegszeit genau entgegengesetzt sei, in der die Produktion durch die Nachfrage beschränkt war – für diese Situation hatte er 1936 seine „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Geldes und des Zinses" (s. die Rubrik „General Theory") veröffentlicht. Jetzt dagegen sei die umgekehrte Situation relevant, in der die Produktion durch die verfügbaren Ressourcen beschränkt wird.

Keynes war 1940 schon seit vielen Jahren enger Berater der jeweiligen Regierungen, insbesondere

des Schatzkanzlers, und er wusste daher, dass ein solcher Vorschlag nur Erfolg haben konnte, wenn er mit möglichst genauen Zahlen unterlegt wird. Deswegen rechnet Keynes in seinem Buch im Detail vor, welche Summen für die Kriegswirtschaft aufzubringen seien, wie viel zusätzliche Produktion in Großbritannien noch möglich sei und wie viel zusätzliche Importe Großbritannien sich leisten könnte. Auch rechnet er die Wirkung seiner Vorschläge genau durch.

Trotz des hohen Renommees, das Keynes in der englischen wirtschaftspolitischen Diskussion besaß, wurden seine Vorschläge nur zum Teil umgesetzt. Die Einkommensteuer und diverse Zusatzsteuern wurden zwar kräftig erhöht, aber sein Programm erzwungenen Sparens wurde nur in einem geringen Umfang (ca. ein Fünftel der von ihm vorgeschlagenen Summe) verwirklicht. Aber Keynes war insofern erfolgreich, als er die finanzpolitisch Verantwortli-chen dazu brachte, in ihre Budgetplanungen die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge einzubeziehen.

Durch die Gesamtheit der getroffenen Maßnahmen gelang es, die Preisentwicklung in Großbritannien während des 2. Weltkriegs ab März 1941 ziemlich gut im Zaum zu halten (der offizielle Lebenshaltungskostenindex stieg nur von 127 in März 1941 auf 132 im Januar 1945 (Vorkriegsniveau = 100). Aber die Außenwirtschaft entwickelte sich bedenklich schlecht: Zwar gelang es Großbritannien, durch hohe Steuern, Rationierung und Verknappung von Konsumgütern die Importe unter dem Vorkriegsniveau zu halten, aber die Exporte brachen sehr stark ein (um ca. 70 %), so dass Großbritannien am Kriegsende gegenüber dem Ausland hoch verschuldet war.

Die Folgen dieser Auslandsverschuldung beschäftigten Keynes während und nach dem 2. Weltkrieg; zum einen im Zusammenhang mit den Verhandlungen über ein neues Weltwährungssystem, die zu dem System von „Bretton Woods“ führten, zum anderen bei den Verhandlungen mit den USA über eine Nachkriegsanleihe, die Anfang 1946 mit einem entsprechenden Abkommen endeten. In beiden Fällen leitete Keynes die britische Delegation; er konnte nur einen Teil seiner Vorstellungen gegenüber den USA – die am längeren Hebel saßen - durchsetzen. Die Arbeitsbelastung, die mit diesen Verhandlungen verbunden war, trug erheblich zu seinem frühen und plötzlichen Tod durch Herzversagen am 21. April 1946 im Alter von 62 Jahren bei.

A.III. Ausgewählte Aufsätze und Beiträge von Keynes

A.III.1. Zur Einführung

Keynes war ein sehr produktiver und prägnanter Schreiber: Neben den 14 Monographien, die in der voranstehenden Rubrik erläutert werden, schrieb er unzählige wissenschaftliche Aufsätze, biographische Skizzen, wirtschaftspolitische Streitschriften, Beiträge zu Tages- und Wochenzeitungen, Memoranden für die britische Regierung und Briefe, Briefe, Briefe. Seine „Collected Writings“ (herausgegeben vor allem von D. Moggridge) umfassen mehr als 30 Bände.

Eine Auflistung seiner wichtigeren Aufsätze findet man im Internet auf der Homepage der „New School for Social Research“ (New York), die Sie unter „Links“ direkt aufrufen können.

In dieser Rubrik werden seine wichtigsten wissenschaftlichen Aufsätze und Beiträge vorgestellt. Hier nicht enthalten sind seine biographischen Artikel und Skizzen, die Keynes 1933 als „Essays in Biography“ in Buchform veröffentlicht hat. Dieses Buch ist als Nr. 12 der Monographien dort vorgestellt.

Auch seine wichtigsten, bis 1931 publizierten wissenschaftlichen Aufsätze hat Keynes in einem Sammelband (zum Teil leicht gekürzt) zusammengestellt und 1931 als „Essays in Persuasion“ (London 1931) veröffentlicht. Diese Publikation ist als Nr. 10 der Monographien dort vorgestellt.

A.III.2. In dieser Rubrik werden die folgenden Artikel vorgestellt

(bitte anklicken)

Von diesen Aufsätzen liegen der erste (A.III.2.1.), zweite (A.III.2.2.), vierte (A.III.2.4.) und siebte (A.III.2.7.) auch in deutscher Sprache vor, ebenso mehrere andere Aufsätze, die hier nicht vorgestellt werden. Siehe dazu im einzelnen Abschnitt A.III.3.

A.III.2.1. Am I a Liberal? (1925)

Am I a Liberal? "Nation and Athenaeum" 1925

John Maynard Keynes, The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX, Essays in Persuasion, London 1972, S. 295-306
Deutsch in Norbert Reuter (2007), Wachstumseuphorie und Verteilungsneutralität Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen gestern und morgen. 2. Auflage Marburg (Metropolis).

von Peter Kalmbach, Bremen

Keynes hat konservative, Labour- und liberale Regierungen beraten, sich selbst der liberalen Partei aber politisch am meisten verbunden gefühlt. Das mag aus verschiedenen Gründen überraschen. Um nur einen zu nennen: Es war sein Werk, das wie kein anderes im 20. Jahrhundert dazu beigetragen hat, die alten liberalen Ideen von der Überlegenheit einer staatlich möglichst unbeeinflussten und sich selbst überlassenen Wirtschaft in Frage zu stellen. Als von Hayek 1944 sein Buch The Road to Serfdom veröffentlichte, richtete sich das nicht nur gegen planwirtschaftliches Denken, sondern eben auch gegen die an Einfluss gewinnenden Ideen von Keynes, der in den Augen von Hayeks ganz sicher alles andere als ein Liberaler war.

In der auf der Liberal Summer School vorgetragenen und dann 1925 in Nation and Athenaeum veröffentlichten Rede Am I a Liberal? unternimmt es Keynes, sein Verhältnis zum Liberalismus zu diskutieren. Dieser Beitrag fällt in den von seinem Biographen Skidelsky (1992) auf die Periode 1924-1929 datierten Zeitraum, in dem Keynes am stärksten mit der Politik der Liberalen Partei in seinem Land verbunden war und in dem er darauf auch Einfluss zu nehmen versuchte.

Keynes liefert in seinem Beitrag alles andere als ein liberales Bekenntnis ab. Er gibt zunächst zu erkennen, was ihn hindert, sich der konservativen Partei oder der Labour Party anzuschließen. Gegenüber den Konservativen hören wir von ihm zuerst noch sehr allgemein: "They offer me neither food nor drink – neither intellectual nor spiritual consolation" (Keynes IX, S. 296). Er begründet seine Distanz zur konservativen Partei dann aber vor allem mit deren Verteidigung eines Erbrechts, das die Übertragung von Vermögen und Unternehmenskontrolle sichern soll.

Distanziert äußert sich Keynes auch gegenüber der Labour Partei. Insbesondere gegenüber deren extremem linken Flügel ("the Party of Catastrophe") grenzt er sich scharf ab. Eine bessere Meinung hat er von der moderaten Führung der Labour Partei, traut ihr aber nicht zu, die auf Vorurteil und Missgunst basierenden Strömungen ganz zu neutralisieren. Insbesondere ist es aber seine Herkunft und ein gewisses elitäres Bewusstsein, das für ihn die Labour Partei wenig attraktiv macht. Das findet Ausdruck in seiner häufig zitierten Bemerkung: "[T]he class war will find me on the side of the educated bourgeoisie" (Keynes, CW IX, S.297)."

Was nun den Liberalismus anbetrifft, so befasst sich Keynes kaum mit der Frage, die der Titel eigentlich erwarten lässt, nämlich wie nahe seine Überzeugungen mit denen der liberalen Partei übereinstimmen. Er dreht vielmehr den Spieß geradezu um, indem er die ihm zu seiner Zeit wichtigen Fragen benennt, seine Antworten darauf andeutet und die liberale Partei gleichsam auffordert, sich von liebgewordenen, aber nicht mehr in die Zeit passenden Vorstellungen zu

verabschieden und sie einlädt, sich diese seine Antworten zu eigen zu machen. Der Beitrag endet mit der Frage: "Am I a Liberal?" Die Frage ist aber mehr an die Liberalen gerichtet: Sind diese so weit, sich den von Keynes für zentral gehaltenen Fragen zuzuwenden und darauf Antworten zu geben, die auf seiner Linie liegen?

Es sind fünf Fragen, die Keynes für diesen Lackmustest nennt: Die Friedensfrage, Fragen der Regierung, Geschlechterfragen, Drogenfragen und ökonomische Fragen. Was die Fragen von Krieg und Frieden anbetrifft, empfiehlt Keynes eine möglichst pazifistische Haltung ("let us be pacifist to the utmost", CW IX, S. 301). Was die Fragen der Regierung anbelangt, so sieht Keynes zusätzliche Aufgaben auf den Staat zukommen, spricht sich für Dezentralisierung und für die Gründung halb-autonomer Korporationen aus, an die Aufgaben delegiert werden sollen, ohne freilich demokratische Prinzipien und die Souveränität des Parlaments zu verletzen. "Sex questions" sind für Keynes in erster Linie Fragen, die die beiden Geschlechter, insbesondere aber die Frauen betreffen (Geburtenkontrolle, Scheidung, Rolle erwerbstätiger Frauen), angesprochen wird aber auch die Haltung der Politik gegenüber einem abweichenden sexuellen Verhalten. Bei der Drogenfrage steht vor allem, der Zeit entsprechend, die Frage der Prohibition im Vordergrund. Keynes sieht aber auch das Glücksspiel als eine Art von Droge an und stellt fest: "I expect that the prohibition of alcoholic spirits and of bookmakers would do good" (CW IX, S. 303). Allerdings gibt er aber auch zu bedenken, ob man davon nicht zumindest zeitweilige Ausnahmen zulassen müsse.

Doch kommen wir zu den ökonomischen Fragen, für die sich Keynes besonders zuständig sieht. Er orientiert sich zunächst an dem amerikanischen Ökonomen Commons, der drei ökonomische Epochen unterscheidet. Die erste bezeichnet er als die Epoche der Knappheit, die ihm zufolge zwischen dem fünfzehnten und siebzehnten Jahrhundert endet. Ihr folgt die Epoche der Fülle, verbunden mit laissez-faire und dem historischen Liberalismus. Die dritte Epoche, in die man nach der Auffassung von Commons und Keynes in der damaligen Zeit gerade eintritt, ist die "Epoche der Stabilisierung". In ihr kommt es zu einer Einschränkung individueller Freiheiten, einerseits durch verstärkte Staatseingriffe, vor allem aber durch kollektive Aktionen von Vereinigungen, Interessengruppen, Gewerkschaften, usw. Unter diesen veränderten Bedingungen ist es nicht länger möglich, alles den Kräften des Marktes, also dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu überlassen. Neue Instrumente und Politikansätze sind notwendig, um die Wirkung ökonomischer Kräfte mit den sich entwickelnden Vorstellungen von sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit in Übereinstimmung zu bringen. Keynes spricht in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Geldpolitik an: "It is not an accident that the opening stage of this political struggle ... should centre about monetary policy" (CW IX, S. 306). Dahinter steht Keynes' Kritik an der Wiedereinführung des Goldstandards in Großbritannien, dessen Wirkungsweise ihm zufolge den Ideen von sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit widerspricht, denen Rechnung zu tragen ist. Wie auch in anderen Arbeiten von Keynes stehen bei ihm nicht die Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung im Vordergrund. An denen ist Keynes nur mäßig interessiert. Es ist vielmehr die Instabilität der Marktwirtschaft, die damit verbundene Unberechenbarkeit der Entwicklung und die daraus sich ergebenden höchst ungleichmäßigen Folgen für unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung, vor allem im Hinblick auf die Sicherheit der Arbeitsplätze, die ihm als Problem erscheinen und die durch makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen verhindert werden müssen.

Literatur

Robert Skidelsky, John Maynard Keynes, Vol. II, The Economist as Saviour, 1920-1937, London 1992

A.III.2.2. Economic Possibilities for our Grandchildren (1930)

Economic Possibilities for our Grandchildren
"Nation and Athenaeum" 1930, (CW, Vol. IX, S. 321-332)

Deutsch in Norbert Reuter (2007), Wachstumseuphorie und Verteilungsneutralität Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen gestern und morgen. 2. Auflage Marburg (Metropolis).

Peter Kalmbach, Uni Bremen

Dieser Aufsatz erschien ursprünglich in zwei Folgen in Nation and Athenaeum und zwar am 11. und 18. Oktober 1930 – zu einer Zeit also, zu der die Weltwirtschaftskrise bereits voll ausgebrochen war. Schon das Thema widerlegt diejenigen, die Keynes für ausschließlich an der kurzen Frist interessiert halten. Für diese Einschätzung hat sein immer wieder zitierter Ausspruch "In the long run we are all dead" gesorgt. Dabei ist allerdings im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten, dass sich diese Aussage in dem bereits 1923 erschienenen Werk A Tract on Monetary Reform (siehe Nr. 5 in Monographien) findet und nicht in dem Hauptwerk von Keynes, der General Theory. Es ist deshalb nicht korrekt, diesen Ausspruch als Charakterisierung für die General Theory zu verwenden, und schon gar nicht, ihn als Beleg für Keynes' Desinteresse an der langen Frist anzuführen.

In diesem Aufsatz ist Keynes jedenfalls ganz uninteressiert an kurzfristigen Fragen. Obwohl der Beitrag mitten in der großen Depression verfasst wurde, geht es dem Verfasser um "the trend of things" (Keynes CW, IX, S. 322). Was ihn hier beschäftigt, ist die ganz langfristige Perspektive. Zunächst rückwärtsgewandt stellt er fest, dass in den 4000 Jahren, die vor dem Jahr 1700 liegen, kein nachhaltiger ökonomischer Fortschritt erfolgt sei, obwohl immer wieder einmal Verbesserungen, dann aber auch wieder Verschlechterungen eingetreten seinen. Dabei seien die Ausschläge in der ganzen langen Zeit aber höchstens so gewesen, dass eine besonders erfolgreiche Epoche um maximal 100 Prozent über einer besonders problematischen gelegen habe.

Vergleicht man das mit den Zahlen von Maddison (2001), die heute allgemein verwendet werden, wenn man langfristige Trends quantitativ auszudrücken versucht, so liegt Keynes mit dieser Einschätzung nicht so schlecht. Für die gesamte Welt schätzt Maddison, dass im Jahr 1700 das BIP pro Kopf (in konstanten Preisen) um 39% höher lag als im Jahr 0, für West-Europa um 42 Prozent. Angesichts der Länge der Zeitperioden, in der dieser Anstieg erfolgte, und insbesondere im Vergleich mit der Entwicklung, die dann im 19. Jahrhundert einsetzte, wird man das in der Tat als quasi stationär einschätzen können.

Beginnend mit dem 16. Jahrhundert hat sich aber etwas geändert. Kapitalakkumulation und technischer Fortschritt haben dazu geführt, dass trotz starker Bevölkerungsvermehrung in Europa und in den USA ein deutlicher Anstieg des Lebensstandards eingetreten ist – Keynes spricht von einer Vervierfachung. Nach den Berechnungen von Maddison lag in Westeuropa 1913 das reale BIP pro Kopf um den Faktor 4,5 über dem Wert von 1500, in den USA um den Faktor 13. Wie von Keynes zu Recht hervorgehoben wird, entfaltet der Zinseszins eine mächtige Kraft; wenn man

längere Zeiträume betrachtet, haben bereits vergleichsweise niedrige positive Wachstumsraten einen erheblichen Anstieg der Ausgangsgröße zur Folge.

Keynes sieht die Chancen weiterer Produktivitätssteigerungen keineswegs als ausgereizt an. Er hält es vielmehr für möglich, dass noch zu Lebzeiten seiner Generation so starke Effizienzsteigerungen eintreten werden, dass ein Viertel der menschlichen Anstrengungen genügen könnte, um die gesamtwirtschaftliche Produktion zu erstellen. Daraus können kurzfristig Probleme entstehen. In diesem Zusammenhang verweist Keynes auf die technologische Arbeitslosigkeit, die in der General Theory dann keinerlei Rolle mehr spielen sollte: "We are inflicted with a new disease of which some readers may not yet have heard the name, but of which they will hear a great deal in the years to come, technological unemployment" (Keynes, CW, IX, S. 325).

Das sind jedoch Anpassungsprobleme. Hundert Jahre voraus, also auf das Jahr 2030 blickend – das betrifft dann allerdings eher die Urenkel als die Enkel von Keynes – kommt er zu dem Ergebnis, dass eine so starke Steigerung unseres Lebensstandards möglich ist, dass man das ökonomische Problem als gelöst ansehen kann. "This means that the economic problem is not – if we look into the future – the permanent problem of the human race" (Keynes, CW, IX, S. 326).

Keynes stellt sich die Frage, ob die Menschheit mit einer so fundamentalen Veränderung überhaupt zu Rande kommen wird. Die Reichen seiner Zeit machen ihm da wenig Hoffnung. Er vertraut jedoch auf eine zunehmende Erfahrung mit "the new-found bounty of nature" (Keynes, CW, IX, S. 328). Die "Liebe zum Geld" – ein von ihm auch in anderen Arbeiten oft gebrauchter Begriff – wird unter den neuen Verhältnissen als das erkannt werden, was sie wirklich ist: "

Zuletzt spricht dann aber wieder Keynes, der Realist. "The time for all this is not yet. For at least another hundred years we must pretend to ourselves and to everyone that fair is foul and foul is fair; for foul is useful and fair is not" (Keynes, CW, IX, S. 331).

Literatur

Keynes, J. M. (1972), Economic Possibilities for our Grandchildren, in: The Collected Writings of John M. Keynes, Vol. IX, London u.a. 1972, S. 321 – 332.

Maddison, A. (2001), The World Economy, A Millennial Perspective, Development Centre of the OECD, Paris

Pecchi, Corenzo/Piga, Gustavo (2011), Revisiting Keynes: Economic Possibilition for our Grandchildren. Cambridge, MA, MIT-Press.

A.III.2.3. The General Theory of Employment (1937)

The General Theory of Employment (1937)

In: Quarterly Journal of Economics, Vol. 51, S. 209-223. Wiederabgedruckt in: J.M. Keynes, Collected Writings, Vol. XIV, S. 109-123. London etc. (Macmillan, Cambridge University Press) 1973

Mit diesem Artikel reagierte Keynes auf vier Besprechungen seiner „General Theory" im „Quarterly Journal of Economics" (Vol. 50, 1936) von renommierten Ökonomen nämlich Taussig, Leontief, Robertson und Viner. Er setzt sich besonders mit Viner auseinander, weil dieser die wichtigste Kritik geübt hatte. Er stellt vor allem klar, dass eine höhere Liquiditätsneigung sich nicht in einem höheren Geldbestand äußert – dessen Höhe ist vor allem von der Zentralbank bestimmt -, sondern in höheren Zinsen; denn diejenigen, die mehr Geld halten wollen, verkaufen Wertpapiere und deren sinkender Kurswert ist gleichbedeutend mit einem höheren Effektivzins.

Den größten Teil des ihm zugestandenen Textumfangs benutzt Keynes jedoch, statt auf Einzelargumente einzugehen, die drei Punkte herauszuarbeiten, in denen er am deutlichsten von früheren Theorien abweicht.

1. Als ersten Punkt nennt Keynes die Tatsache, dass die langfristig orientierten Nationalökonomen von Ricardo bis Marshall davon ausgehen, das Ausmaß der Beschäftigung der Ressourcen sei gegeben. Dazu müssten dann aber auch die Erwartungen (relevant sind vor allem die Renditeerwartungen der Investoren) entsprechend sicher sein. In Wirklichkeit aber seien Erwartungen sehr unsicher: „Actually, however, we have, as a rule, only the vaguest ideas of any but the most direct consequences of our acts" (S. 113).

Diese gelte vor allem für die Investitionen, denn: "The whole object of the accumulation of wealth is to produce results, or potential results, at a comparatively distant, and sometimes at an indefinitely distant, date. Thus the fact that our knowledge of the future is fluctuating, vague and uncertain, renders wealth a peculiarly unsuitable subject for the methods of the classical economic theory… By "uncertain" knowledge, let me explain, I do not mean merely to distinguish what is known for certain from what is only probable. The game of roulette is not subject, in this sense, to uncertainty… The sense in which I am using the term is that, in which the prospect of a European war is uncertain, or the price of copper and the rate of interest twenty years hence, or the obsolescence of a new invention or the position of private wealth owners in the social system, in 1970. About these matters there is no scientific basis on which to form any calculable probability whatever. We simply do not know." (S. 113/114)

Wegen dieser Unsicherheit werden Erwartungen meistens anders gebildet, nämlich durch:

a) Extrapolation der Vergangenheit
b) Verlassen auf die aktuellen Preise und Mengen
c) Verlassen auf die Erwartung anderer Personen, die man für besser informiert hält

Die Basis solcher Erwartungen sei so zerbrechlich (flimsy), dass diese plötzlichen und heftigen Schwankungen unterworfen seien. Die klassische Theorie dagegen versuche, bei der Beschäftigung

mit der Gegenwart davon zu abstrahieren, dass wir sehr wenig über die Zukunft wissen.

2. Eine zentrale Rolle spielen Zukunftserwartungen auch auf dem Geldmarkt, nämlich bei den Entscheidungen über die Kassenhaltung. Neben der Tauschfunktion hat Geld auch die Wertaufbewahrungsfunktion. Aber wieso, fragt Keynes, sollte jemand außerhalb einer Nervenheilanstalt sein Geld zinslos halten? Doch nur deshalb, weil wir unseren Erwartungen nicht trauen: „… our desire to hold money as a store of wealth is a barometer of the degree of our distrust of our own calculation and conventions concerning the future" (S. 116). Das entgangene Zinseinkommen ist der Preis, den man für das Halten von Geld in zinsloser Form entrichten muss. Je höher der Zins, desto höher das entgangene Einkommen; steigt der Zins, werden sich also mehr Leute entscheiden, ihr Geldvermögen zinstragend anzulegen. Mithin sorgt der Zins für die Anpassung der gewünschten Geldhaltung an die vorhandene Geldmenge.

3. Die Frage nach den Bestimmungsgründen des Niveaus der Gesamtproduktion hat die Theorie für mehr als 100 Jahre vernachlässigt, weil sie diese stillschweigend als gegeben angenommen hat. Sie kann mittels der Theorie der effektiven Nachfrage beantwortet werden. Diese Theorie „… can be summed up by saying that, given the psychology of the public, the level of output and employment as a whole depends on the amount of investment".

Die Konzentration auf diese drei Punkte ist sehr hilfreich, um den Kern der "Allgemeinen Theorie" von Keynes zu erkennen.

A.III.2.4. Some Economic Consequences of a Declining Population (1937) –

Some Economic Consequences of a Declining Population. "Eugenics Review", April 1937.

Wiederabgedruckt in Collected Writings, Vol. 14, S. 124-133

Deutsch in: Reuter, Norbert (2007):
Wachstumseuphorie und Verteilungsneutralität wirtschaftspolitischer Leitbilder zwischen gestern und morgen, 2. Auflage, Marburg (Metropolis), S. 129-138.

In dem Vortrag, der diesem kurzen Artikel zugrunde liegt, wendet Keynes die grundlegenden Ergebnisse seiner „General Theory" auf den von ihm für die Zukunft erwarteten Rückgang der Bevölkerung Großbritanniens an. Er weist allerdings zuvor auf die große Unsicherheit aller zukünftiger Entwicklungen hin; diese sei jedoch bei Bevölkerungsprognosen geringer als bei andern sozialen und ökonomischen Faktoren. Er fordert daher seine Zuhörer auf, sich – im Gegensatz zu dem, wozu fast jeder neige – vorzustellen, die Zukunft werde anders sein als die Vergangenheit.

In der Vergangenheit hatten es die Industriestaaten mit einer rasch wachsenden Bevölkerung zu tun, was einen starken positiven Einfluss auf die Nachfrage nach Kapitalgütern habe, da mit einem steigenden Bedarf an vielen Gütern und Diensten gerechnet werde. Bei einer schrumpfenden Bevölkerung sei es genau umgekehrt: Die Nachfrage nach Sachkapital geht zurück, insbesondere wenn mit zunehmenden Wohlstand solche Dienstleistungen vermehrt nachgefragt werden, die wenig kapitalintensiv produziert werden. Dem könne entgegen¬gewirkt werden, indem entweder die Einkommens- und Vermögensverteilung so geändert wird, dass die gesamtwirtschaftliche Sparquote zurückgeht, oder indem der Zinssatz gesenkt wird, sodass mehr Investitionen rentabel werden. Am besten wäre es, beide Politiken zu verfolgen. Es sei zwar richtig, dass bei gegebener Ressourcenausstattung eine niedrigere Bevölkerung einen höheren Lebensstandard erreichen könnte, wenn diese Möglichkeiten auch tatsächlich ausgenutzt werden, statt dass der „Teufel der Arbeitslosigkeit" durch den Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage uns „am Ellenbogen packt".

Da Keynes diese Gefahr für sehr groß hält, kulminiert sein Vortrag in einer Warnung, die es wert ist, wörtlich zitiert zu werden:

„With a stationary population we shall, I argue, be absolutely dependent for the maintenance of prosperity and civil peace on policies of increasing consumption by more equal distribution of income and of forcing down the rate of interest so as to make profitable a substantial change in the length of the period of production… If capitalist society rejects a more equal distribution of income and the forces of banking and finance succeed in maintaining the rate of interest somewhere near the figure which ruled on the average during the nineteenth century … then a chronic tendency towards the underemployment of resources must in the end sap and destroy that form of society" (S. 132).

Bisher steht vielen europäischen Staaten die Phase abnehmender Bevölkerung erst noch bevor – sie ist durch den "Baby Boom" der 1950er/1960er Jahre und durch die beachtlichen Zuwanderungsströme hinausgeschoben worden. Wird diese Phase jedoch erreicht, dann wird sich

zeigen, ob Keynes’ Warnungen gehört werden. Wenn nicht, wird – wenn seine Warnungen berechtigt sind – eine Situation chronischer Unterbeschäftigung, die Deutschland und andere Industriestaaten schon kennenlernen mussten, erneut unser Schicksal sein.

A.III.2.5. Alternative Theories of the Rate of Interest (1937)

Alternative Theories of the Rate of Interest

“Economic Journal” Vol.47, 1937.
“Collected Writings”, Vol. 14, S. 201- 215

A.III.2.5.1. Zum Entstehungszusammenhang

Nach dem Erscheinen der “General Theory” setzte eine weltweite Diskussion über dieses Buch ein, an der auch prominente schwedische Ökonomen teilnahmen. Diese hatten sich unabhängig von Keynes ebenfalls von der (besonders in Großbritannien stark dominierenden) herrschenden Lehre mit ihrer expliziten oder zumindest impliziten Annahme einer starken und rasch wirkenden Tendenz zur Vollauslastung aller Ressourcen befreit. Sie hatten bereits Theorien ausgearbeitet, die sich mit der zentralen makroökonomischen Fragestellung befassen, wovon das tatsächliche Niveau von Produktion und Beschäftigung abhängt. Sie hatten dabei die sehr hilfreiche Unterscheidung zwischen (geplanten) ex ante-Größen und (realisierten) ex post-Größen entwickelt.

Im Zuge dieser Diskussion schrieb Bertil Ohlin (1937) als führendes Mitglied der „Stockholmer Schule‟ den Artikel „Some Notes on the Stockholm Theory of Saving and Investment II‟ für das „Economic Journal‟, auf den Keynes als dessen Herausgeber sofort mit dem hier vorgestellten Artikel antwortete.

Die Artikel zeigen eine weitgehende Übereinstimmung in den Grundpositionen: Ohlin betont, der Zinssatz sei nicht in der Lage, für die Übereinstimmung von Ersparnissen und Investitionen zu sorgen. Das gelte für deren ex post-Größen, weil diese definitionsgemäß einander stets gleich sind, aber auch für die ex ante-Größen. Dies sei offensichtlich – wobei Ohlin darauf hinweist, dass sich die Konjunkturtheorie schon seit langem mit diesem Problem beschäftige. Die Übereinstimmung scheint jedoch bei der Zinserklärung zu enden; dies ist jedenfalls die Ansicht von Keynes in seinem Artikel.

A.III.2.5.2. Aufbau und Inhalt des Artikels

Im Abschnitt I rekapituliert Keynes den Kern der Ausführungen von Ohlin zur Zinserklärung: Ohlin sei entsprechend der wohlbekannten „Theorie der verleihbaren Fonds“ der Ansicht, der Zins sei der Preis für Kredite und werde folglich durch Angebot und Nachfrage nach Krediten bestimmt, die beide vom Zinssatz abhängig seien. Keynes zitiert wörtlich folgenden Satz von Ohlin: „Naturally, the quantities each individual is willing to supply depend on the interest rate.” Keynes erwähnt anschließend, auch Hicks habe den Zins ähnlich erklärt, nämlich als den Preis für "loans" (Kredite und Anleihen) und darauf hingewiesen, dass der Markt für "loans" das Spiegelbild des Geldmarkts sei.

Besonders stört es Keynes, dass Ohlin das Nettoangebot an Krediten als Zuwachs an Aktiva (assets) während einer Periode definiert; denn dies sei nichts anderes als die Ersparnis in dieser Periode. Folglich suggeriere Ohlin, die Ersparnis sei abhängig vom Zinssatz. Damit wäre man aber wieder bei den klassischen Positionen, wonach der Zinssatz Sparen und Investieren in Übereinstimmung bringe, was Ohlin selbst eingangs zurückgewiesen habe.

Gegen diese Vorgehensweise wendet sich nun Keynes und verteidigt seine Zinstheorie, wonach der Zins die Belohnung dafür darstellt, dass jemand auf Liquidität verzichtet. Aus der Sicht des Geldhalters stellt der Zinssatz die Opportunitätskosten des Haltens von zinslosen monetären Aktiva dar, für den Emittenten von Wertpapieren die Prämie (den Preis), die (den) er zahlen muss, damit die Käufer auf Liquidität, also auf liquides, jederzeit verfügbares Geld (Bargeld und Sichtguthaben) verzichten.

Keynes hebt in Abschnitt II hervor, dass Geld eine Bestandsgröße ist, Sparen und Kreditgewährung dagegen Stromgrößen. Er akzeptiert, dass ein Bedarf an Finanzmitteln, der vor der Realisierung einer Sachinvestition auftritt, ein Motiv für eine erhöhte Geldhaltung sein kann, aber das habe nichts mit Ersparnis zu tun.

Im Abschnitt III betont er, das Neue an seiner Analyse von Ersparnissen und Investitionen sei die Behauptung, diese würden nicht durch den Zinssatz, sondern durch das Volkseinkommen (d.h. über den Multiplikatorprozess- J.K) und einige andere Faktoren in Übereinstimmung gebracht. In diesem Abschnitt zeigt sich, wie verwirrend der Sprachgebrauch von Keynes war. Einerseits überlegt er, wie die Gleichheit von Sparen und Investitionen gesichert wird, anderseits schreibt er, diese beide Größen seien notwendigerweise (also definitorisch – J.K) einander gleich. Das erste gilt aber nur für die geplante (ex ante-) Größen, das zweite nur für die realisierten (ex post-)Größen einschließlich ungeplanter Lager-Investitionen! Zusätzlich unterscheidet Keynes noch zwischen gleich und identisch: Identisch seien S und I nicht, weil sie bei den einzelnen Individuen auseinander fallen, gleich sind sie jedoch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

In Abschnitt IV betont Keynes, die vorhandene Geldmenge könne nicht dadurch steigen, dass die Leute mehr Geld halten wollen. Sie kann nur steigen, wenn die Banken bereit sind, zusätzlich Aktiva zu erwerben. Er wendet sich damit gegen die damalige Diskussion über das „Horten“ von Geld, die so geführt wurde, als ob das Publikum (und nicht das Bankensystem) über die Höhe der Geldmenge entscheide, die insgesamt von den Nichtbanken gehalten wird.

A.III.2.5.3. Kritische Würdigung

Am Ende des Artikels von Keynes angekommen, stellt man fest, dass Keynes auf das von ihm wörtlich zitierte Argument von Hicks (1936) nicht eingegangen ist, wonach der Markt für „loans" ein Spiegelbild des Geldmarkts sei. In einem vereinfachten Modell, in dem der Geschäftsbankensektor außer Acht gelassen wird und es nur zwei monetäre Aktiva gibt, nämlich (zinsloses) Geld und (zinstragende) Wertpapiere, gilt eindeutig: Bei gegebener, von der Zentralbank fixierter Geldmenge bedeutet eine höhere Nachfrage nach Geldhaltung ein größeres Angebot an Wertpapieren, und umgekehrt. Insofern kann man den Zins entweder über das Angebot und die Nachfrage nach Kassenhaltung erklären oder über die Nachfrage und das Angebot von Wertpapieren.

Diese Überlegungen gelten auch, wenn man die Wertpapiere mit Hicks durch Kredite und Anleihen (loans) ersetzt. Daher hat Hicks formal recht, wenn er – was Keynes in seinem Artikel zitiert – behauptet: „The choice between them (den beiden Verfahren zur Zinsbestimmung) is purely a question of convenience(1936, S.246)". In Wirklichkeit ist dies nicht eine Frage der Annehmlichkeit, sondern kann viel folgenreicher sein.

Wählt man wie Keynes den Erklärungsweg über Geldangebot und Geldnachfrage, so trennt man deutlich die Entscheidung zu sparen von der nachgelagerten Entscheidung, in welcher Weise die Ersparnis angelegt wird, nämlich zinslos in höchst liquider Form, oder zinstragend, aber weniger liquide, in Wertpapieren der verschiedensten Art. Die Höhe der Ersparnis ist vor allem vom Einkommen abhängig, die Entscheidung zur Geldhaltung teils vom Einkommen, teils vom Zinssatz (Opportunitätskosten der Geldhaltung). Der Zinssatz erreicht in dieser Betrachtung die Höhe, bei der die gewünschte Geldhaltung genau der vorhandenen, von der Zentralbank fixierten Geldmenge entspricht. Die Nachteile dieser Betrachtungsweise sind:

a) Da der Wertpapiermarkt als Spiegelbild des Geldmarkts im Hintergrund bleibt, werden die Bestimmungsgründe des Verhaltens der Emittenten von Wertpapieren nicht beleuchtet.
b) Das Bankensystem und seine Kreditvergabe werden nicht thematisiert.

Beide Nachteile sind mit der alternativen Herangehensweise nicht verbunden. Auch bei ihr muss man die Ersparnisbildung und den Finanzierungsaspekt über Anleihen und Kredite deutlich voneinander trennen: Wenn die Haushalte aus ihrem gegebenen Einkommen weniger konsumieren und mehr sparen, bedeutet dies im ersten Schritt, dass dem Unternehmenssektor (ohne Finanzinstitute) nicht mehr, sondern weniger Mittel zufließen, da die Konsumausgaben der Haushalte zurückgehen. Die Unternehmen können diesen Verlust an Mittelzufluss ausgleichen, indem sie sich bei den Haushalten direkt (über zusätzliche Verkäufe von Wertpapieren an die Haushalte) oder indirekt über die Geschäftsbanken verschulden.

Eine Zunahme der Ersparnisse der Haushalte bei gegebenem Einkommen erhöht deren Geldvermögen, verringert aber jenes der Unternehmen. Das gesamtwirtschaftliche Geldvermögen nimmt also nicht zu; es wird nur anders verteilt (Spahn, 2006, S.7ff). Dementsprechend führt die höhere Ersparnis zugleich zu einer höheren Kreditnachfrage (durch die Unternehmen) und zu einem höheren Kreditangebot, sowohl direkt durch die Haushalte als auch indirekt über das Bankensystem.

Ein zinssenkender Effekte kann nur eintreten, wenn das Bankensystem aufgrund des bei ihnen angelegten Teils der zusätzlichen Ersparnisse willens und in der Lage ist, im Rahmen des Kreditschöpfungsmultiplikators mehr zusätzliche Kredite anzubieten, als die Unternehmen allein aufgrund der höheren Ersparnisse nachfragen, und die Zinsen senken, damit die Unternehmen diese Kredite nachfragen. Haben die Banken damit Erfolg, steigt die Geldmenge. Die negative Wirkung der erhöhten Ersparnis auf das Volkseinkommen wird dadurch (teilweise) ausgeglichen.

Übertragen auf das IS/LM-Diagramm bedeutet dies: Die Linksverschiebung der IS-Linie wird dank der Rechtsverschiebung der LM-Linie (teilweise) ausgeglichen, die sich durch die Erhöhung der Geldmenge ergibt. Das Einkommen geht also weniger zurück als bei unveränderter Geldmenge.

Es spricht einiges dafür, dass es für die Interpretation und Verteidigung der Theorie von Keynes günstiger gewesen wäre, wenn Keynes sich der Zinsbestimmung durch Angebot und Nachfrage nach Krediten und Wertpapieren mit dem Hinweis angeschlossen hätte, dass die Ersparnis vor allem vom Einkommen und dieses von den Investitionen bestimmt wird. An seiner Botschaft, dass auch ein voll flexibler Zins nicht in der Lage ist, ständig für Investitionen in Höhe der Ersparnisse zu sorgen, die sich bei Vollbeschäftigung ergäben, hätte sich dadurch nichts geändert. Gleichzeitig hätte er sich damit weiter von der Hinterlassenschaft der Quantitätstheorie entfernt, vorrangig mit einer gegebenen, exogenen Geldmenge zu argumentieren, statt diese als endogen zu betrachten.

Diese Annahme hat es leichter gemacht, Keynes Theorie wieder in neoklassisches Fahrwasser zurückzulenken. Vor allem bei der Neoklassischen Synthese und der AS/AD-Analyse (s. die entsprechende Rubrik, C.III.) sowie bei der Diskussion über den Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Beschäftigung (s. die Rubrik „The General Theory – Kernaussagen“, B.II.3.) ist die exogene Geldmenge einer der Stützpfeiler der neoklassischen Argumentation. Vermutlich diente Keynes’ Annahme einer gegebenen Geldmenge in der „General Theory“ vor allem der Vereinfachung; er stellte sie nur an einigen wenigen Stellen zur Disposition, z.B. bei der Diskussion über Lohnniveau und Beschäftigung.

Über Keynes’ Haltung zur Frage der Exogenität oder Endogenität der Geldmenge ist viel geschrieben worden. Detaillierte Untersuchungen zu diesem Problemkreis findet man bei Streißler (2002) und – speziell auf Keynes bezogen – bei Sheila Dow (1997).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Keynes hat durch sein Beharren auf seiner Liquiditätspräferenztheorie und durch seine Ablehnung der Ohlin’schen Argumentation einen unnötigen Streit angefacht und die neoklassische Uminterpretation seiner Theorie eher erleichtert als erschwert.

Literatur:

Dow, Sheila (1997), Endogenous Money.In: Harcourt, Geoffrey/ Riach, Peter (Hrsg)
A “Second Edition” of the General Theory, Vol.2, London & New York (Routledge), S.61-78.

Hicks, John (1936) Review Article: Mr. Keynes’ Theory of Employment. “The Economic Journal”, Vol.

46, S.238-253.

Ohlin, Bertil (1937), Some Notes on the Stockholm Theory of Saving and Investment II. “The Economic Journal”, Vol. 47, S.221-240.

Spahn, Heinz-Peter (2006), Geldpolitik. Finanzmärkte, neue Makroökonomie und zinspolitische Strategien, München (Vahlen)

Streißler, Erich (2002), Endogenität und Neutralität des Geldes in theoriegeschichtlicher Perspektive. In: Bertram Schefold (Hrsg), Exogenität und Endogenität. Die Geldmenge in der Geschichte des ökonomischen Denkens und in der modernen Politik, Marburg (Metropolis) S. 65-88.

A.III.2.6. Relative Movements of Real Wages and Output (1937)

Relative Movements of Real Wages and Output

“Economic Journal”, March 1939.
Wiederabgedruckt in Collected Writings, Vol. 7, S. 394- 412

In diesem Artikel greift Keynes eine damals laufende Diskussion auf, die sich auf der Grundlage unserer statistischen Untersuchungen mit dem Zusammenhang zwischen Reallohnniveau und Beschäftigung beschäftigt.

In seiner "General Theory" hatte Keynes die herrschende Meinung übernommen, wonach wegen des abnehmenden Grenzertrag der Arbeit (bei partieller Faktorvariation) der Reallohn bei abnehmender Beschäftigung unvermeidbar zunehmen müsse und vice verso. Pigou(1933) hatte so argumentiert, Marshall an einigen Stellen ebenfalls, wenn auch ohne theoretische Begründung.

Keynes hatte diese Meinung- leider- unbesehen übernommen, obwohl sie seine theoretische Position schwächte; denn seine Aussage, dass wegen einer zunehmenden Beschäftigung die Reallöhne zurückgehen müssen, ließ sich leicht in die neoklassische Aussage überführen, dass die Beschäftigung zunehme, weil die Reallöhne gesunken seien.

1938 und 1939 wurde in zwei Artikeln in "Economic Journal"(Dunlop, 1938 und Tarshis, 1939) jedoch gezeigt, dass sich der vermutete negative Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Reallohnniveau in Großbritannien und in den USA nicht nachweisen lässt. Dies veranlasste Keynes, auf seine 1936 vertretene Position zurückzukommen. Er stellt zunächst fest, dass schon Marshall sich in dieser Frage sehr differenziert geäußert hat. Und sein Cambridger Kollege Pigou habe noch 1927 in seinem Buch "Industrial Fluctuations" festgestellt, dass in Boomzeiten mit relativ hoher Beschäftigung die Reallöhne meistens höher gewesen seien als in Rezessionen. In seiner "Theory of Unemployment" habe er dann aber dezidiert den negativen Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung betont.

Keynes übernahm die Position vor allem aufgrund der Überzeugung, die Wirtschaftszweige seien kurzfristig steigenden Grenzkosten ausgesetzt, was gleichbedeutend mit einem fallenden Grenzprodukt der Arbeit ist. Er vertrat diese Position, obwohl sie- wie schon gesagt- der Klarheit seines theoretischen Hauptanliegens im Wege stand.

In den weiteren Abschnitten seines Artikels überlegt Keynes, weshalb die Statistiken nicht den von ihm und fast allen anderen Ökonomen behaupteten Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung zeigen, wobei er auf das Problem hinweist, dass der Reallohn durch Nominallohn und Preisniveau bestimmt wird. Beide Größen können sich anders entwickeln, als üblicherweise erwartet wurde.

Anschließend warnt Keynes davor, die bisher angenommenen Verläufe zu schnell über Bord zu werfen, bevor die empirischen Fragen nicht hinreichend geklärt sind.

A.III.2.7. The Long-Term Problem of Full Employment (1943)

The Long-Term Problem of Full Employment (1943) (CW, Vol. 27, S. 320-325)

Deutsch in: Reuter, Norbert (2007):
Wachstumseuphorie und Verteilungsneutralität wirtschaftspolitischer Leitbilder zwischen gestern und morgen, 2. Auflage, Marburg (Metropolis), S. 139-144.

Dieses kurze, interne Memorandum verfasste Keynes 1943 für die interne Diskussion im Schatzamt (Finanzministerium). Leider ist es erst 1980 im Band 27 seiner „Collected Writings" veröffentlicht worden. In ihm wird deutlich, dass die Theorie von Keynes nicht auf die Analyse konjunkturbedingter Arbeitslosigkeit beschränkt ist. Vielmehr kann diese eine Dauererscheinung werden, wenn der Mangel an Güternachfrage - relativ zu der Nachfrage, die für eine hohe Beschäftigung der vorhandenen Arbeitskräfte notwendig wäre – dauerhaft ist. Die Notiz macht deutlich, dass es für Keynes nicht nur konjunkturbedingten, sondern auch dauerhaften Mangel an Güternachfrage und eine entsprechende Nachfragemangel-bedingte Arbeitslosigkeit geben kann. Keynes erwartete gemäß diesen Memorandums nach dem Ende des 2. Weltkriegs eine Entwicklung in drei Phasen:

In der **ersten Phase** sei mit einer hohen Investitionsneigung zu rechnen. Ohne Rationierung und andere Kontrollmaßnahmen entstünde daraus ein Investitionsvolumen, das die Ersparnis bei Vollbeschäftigung überstiege.

In der **zweiten Phase** werde der dringendste Investitionsbedarf gedeckt sein, aber es werde noch gelingen, durch Maßnahmen der Investitionsförderung oder -dämpfung das Investitionsvolumen auf Höhe der Ersparnis bei Vollbeschäftigung zu halten.

In der **dritten Phase** werde es dann nicht mehr gelingen, ohne Rückgriff auf „wasteful and unnecessary" Projekte Investitionen in dieser Höhe zu erzielen. Dann werde es nötig sein, „to encourage wise consumption and discourage saving, and to absorb some part of the unwanted surplus by increased leisure, more holidays (which are a wonderful good way of getting rid of money) and shorter hours" (1943, S. 323).

Keynes vermutete, die ersten beiden Phasen würden vielleicht nach 15 Jahren vorüber sein. Diese Vermutung erwies sich zwar als zu pessimistisch; dazu mag beigetragen haben, dass kürzere Wochenarbeitszeiten und längerer Urlaub bereits in der Phase der hohen Beschäftigung (in Deutschland Voll- und Überbeschäftigung) durchgesetzt wurden.

Nach dem ersten Ölpreisschock vom Herbst 1973begann jedoch schlagartig die dritte Phase, in der es nicht mehr gelang, die Güternachfrage auf Vollbeschäftigungsniveau zu halten: Das Wachstum der Güternachfrage blieb hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurück. Zur Erklärung dieser Wachstumsdefizite lassen sich mehrere Punkte anführen:

a) Spätestens Anfang der 70er Jahre wurde in vielen europäischen Staaten – so auch in Deutschland – das Ende der Wiederaufbauphase erreicht und damit wurde auch der Nachholbedarf im öffentlichen Sektor und im Wohnungsbau im Wesentlichen gedeckt. Damit entfielen zwei wesentliche Ursachen für die hohe Nachfrage in den 60er Jahren.

b) Da weniger neue Wohnungen gebaut werden und die vorhandenen Wohnungen mit vielen langlebigen Konsumgütern bereits ausgestattet sind, wird die Ausweitung der privaten Konsumgüternachfrage schwieriger. Es ist notwendig, den Konsumenten neue Produkte schmackhaft zu machen und sie zu veranlassen, diese Produkte zu kaufen. Nur in diesem Sinne gibt es Sättigungstendenzen beim privaten Konsum. Sie zu überwinden wird schwieriger, wenn zu wenig neue Produkte auf den Markt kommen, wofür die Rahmenbedingungen nicht immer günstig sind. Zum einen sind – vor allem im Hinblick auf Umweltbelastungen – die Genehmigungsverfahren komplizierter und anspruchsvoller geworden, zum anderen haben sie an Bedeutung gewonnen, weil vermehrt von Betroffenen auf die Genehmigungsverfahren Einfluss genommen wird.

Zu diesen zwei allmählich sich ändernden Faktoren sind 1972-1974 zwei schlagartig einsetzende Änderungen hinzugetreten:

a) Mit dem 1972 veröffentlichten 1. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit (Grenzen des Wachstums, Meadows u.a. 1972) wird dem bis dahin ungebrochen vorherrschenden Wachstumsoptimismus ein entscheidender Schlag versetzt. Dieser zeigt seine volle Wirkung, als im Herbst 1973 die OPEC zeitweise ihre Mineralöllieferungen aussetzt und damit die Ressourcenabhängigkeit der Industrienationen demonstriert.

b) Aufgrund der u.a. durch die Ölpreissteigerungen vom Herbst 1973 erhöhten Inflationsrate schlugen die Bundesbank und anschließend die Notenbanken fast aller Industriestaaten einen sehr restriktiven Kurs in der Geldpolitik ein, mit entsprechenden Folgen für Zinssätze und Investitionen.

A.III.2.8. Zwei Erinnerungen

In deutscher Sprache sind im Berenberg-Verlag (Berlin, 2004) „Zwei Erinnerungen" erschienen, die Keynes zunächst im privaten Kreis, und zwar im Bloomsbury-Circle, vorgetragen hatte und die nach seinem Tode in einem Band unter dem Titel „Two Memories" (London, Rupert Hart-Davis, 1949) veröffentlicht wurden (Wiederabgedruckt in Band X der Collected Writings of John Maynard Keynes, 1951). Die erste Erinnerung beschäftigt sich mit einem wichtigen Gesprächspartner von Keynes bei den Versailler Friedensverhandlungen, dem Hamburger Bankier Caspar Melchior. In der zweiten Erinnerung unterzieht Keynes seine „frühen Überzeugungen" zu philosophischen und gesellschaftlichen Fragen einer kritischen Überprüfung.

A.III.3. Deutsche Übersetzungen

In deutscher Übersetzung liegen wichtige wissenschaftliche Aufsätze, fast alle aus der Zeit bis 1933, in zwei Sammelbänden vor:

A.III.3.1. Sammelband von Eduard Rosenbaum

In dem Sammelband ‚Politik und Wirtschaft. Männer und Probleme. Ausgewählte Abhandlungen von John Maynard Keynes', ausgewählt und übersetzt von Eduard Rosenbaum, Hand- und Lehrbücher auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften (hrsg. von Salin und Spiethoff), Tübingen/Zürich (Mohr/Siebeck & Polygraphischer Verlag) 1956, sind neben biographischen Essays über Lloyd George, Bonar Law, Lord Oxford, Edwin Montagu, Winston Churchill, Dr. Melchior, Robert Malthus, Francis Ysidro Edgeworth, F.P. Ramsey und Newton die folgenden Aufsätze zu finden:

a) zu Wirtschaftsfragen

Ein Programm der Ausweitung (Allgemeine Wahlen, Mai 1929) (gekürzte Fassung der Monographie Nr. 8)
Der große Wirtschaftssturz von 1930 (1930)
Wirtschaftsfragen (1931)

I. Sparen und Ausgeben (Januar 1931)
II. Der Wirtschaftsbericht (15. August 1931)
III. Das Wirtschaftsgesetz (19. September 1931)
Der Zusammenbruch der Geldwerte und seine Folgen für die Banken (August 1931)
Das Ende des Goldstandards (27. September 1931)

b) zu politischen Themen

Ein kurzer Blick auf Russland (1925)

I. Worin besteht der kommunistische Glaube?
II. Die Lebensfähigkeit des Kommunismus

Bin ich ein Liberaler? (1925)
Liberalismus und Arbeitspartei (1926)
Clissold (1927)
Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (1930)
Die angloamerikanischen finanziellen Abmachungen (1946)

Außerdem enthält der Sammelband eine deutsche Fassung der Monographie Nr. 6 (The Economic Consequences of Mr. Churchill, 1925) sowie eine Übersetzung der auch auf persönlichem Miterleben basierenden Würdigung des Lebens und des Lebenswerkes von John Maynard Keynes von E.A.G. Robinson aus dem Jahr 1947.

Leider sind im Nachwort des Übersetzers zwar die Fundstellen der Arbeiten, aber nicht die englischen Original-Titel angegeben.

Sammelband von Harald Mattfeldt

Harald Mattfeldt hat in seinem Buch ‚Keynes – Kommentierte Werkauswahl' (Hamburg – VSA-Verlag, 1985) neben den Monographien Nr. 7, 8 und 10 die Aufsätze

- Bin ich ein Liberaler?
- Ein Programm der Ausweitung

aus dem von Rosenbaum herausgegebenen Sammelband übernommen und außerdem die Artikel

- Gedanken über Freihandel (1931)
- Nationale Selbstgenügsamkeit (1933)
- Die Währungspolitik der britischen Arbeiterpartei (1932),

ausgewählt, die bereits ins Deutsche übersetzt waren. Die Quellen sind: Schmollers Jahrbuch, 57. Jg., 2. Halbband (1933), S. 561-570; Wirtschaftsdienst, Bd. 16 (1931), S. 749-752; Die Arbeit, Bd. 9 (1932), S. 597-603.

A.IV. Keynes: Kein Inflationist

Die Tatsache, dass sich Keynes in der „General Theory“ mit dem Thema „Inflation“ nicht beschäftigt, ist immer wieder dahingehend missverstanden werden, Keynes habe dem Problem der Inflation keine Bedeutung beigemessen. In der „General Theory“ spielte dieses Problem jedoch nur deswegen keine Rolle, weil Keynes dieses Buch vor dem Hintergrund der im Herbst 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise schrieb; während dieser Krise sanken weltweit Löhne und Preise (siehe dazu die nachstehende Unterrubrik „Weltwirtschaftskrise“). Deflation und nicht Inflation war das aktuelle Problem.

Für andere Zeiten betonte Keynes durchaus andere Ziele und Prioritäten. So setzte sich Keynes in seinem "Tract on Monetary Reform" (1923) (siehe dazu die Monographie Nr.5) für die Preisstabilität als wirtschaftspolitisches Ziel ein. Diese Forderung war zu ihrer Zeit vor allem deshalb revolutionär, weil sie das Primat des externen Gleichgewichts, d.h. die unbedingte Konstanz des Wechselkurses, in Frage stellte. Andererseits wies die Entwicklung des Preisniveaus keinen anhaltenden Trend auf. Über fast 300 Jahre war das Preisniveau etwa in England abwechselnd gestiegen und gefallen und dabei im Durchschnitt praktisch konstant geblieben! Aber Keynes ging über eine bloße Abwägung des stabilitätspolitischen Trade-off zwischen Wechselkurs- und Preisstabilität hinaus, indem er die wohlfahrts- und verteilungspolitischen Implikationen einer anhaltenden Verletzung des Geldwertziels in den Vordergrund rückte. Es bedurfte keiner "monetaristischen Konterrevolution", um die volkswirtschaftlichen Kosten der Inflation zu verstehen.

Als weiteres Beispiel sei Keynes’ Reaktion auf die Inflationsgefahren genannt, die in Großbritannien ab Beginn des 2.Weltkriegs auftraten, nachdem durch Rüstungsausgaben und Mobilisierung wehrfähiger Männer praktisch Vollbeschäftigung erreicht war. Sofort formulierte Keynes einen Vorschlag, wie der Krieg so finanziert werden könne, dass Inflation vermieden wird kann („How to Pay für the War“ – siehe Monographie Nr. 14).

Die säkulare schleichende Inflation entsteht erst in der Nachkriegszeit, also nach Keynes’ Tod 1946. Erst in dieser Zeit konnte Keynes in der Öffentlichkeit zuweilen als Prophet einer wirtschaftspolitisch garantierbaren Vollbeschäftigung ohne Beachtung des Ziels der Preisstabilität missverstanden werden. Jedoch war seine analytische Botschaft eine andere: Das Vollbeschäftigungsgleichgewicht ist bei realistischen Marktkonstellationen vermutlich nicht stabil, möglicherweise nicht einmal existent. Auf jeden Fall hätte Keynes stets beide Ziele, „hohe Beschäftigung“ und „Preisstabilität“ für wichtig erachtet.

Durch das Verhalten der Anbieter (siehe dazu Unterrubrik „Keynesianische Inflationstheorien“ in der Rubrik „Weiterentwicklung des Keynesianismus“, E.III.) verbanden sich in der Nachkriegszeit schleichende Inflation und hohe Beschäftigung. Es war daher eine tragische Ironie der Keynes’schen Revolution, dass die Abschaffung der Rolle des "barbarischen Goldes" in der Währungspolitik im Interesse einer beschäftigungspolitischen Autonomie schließlich in eine Stabilisierungsstrategie mündete, die ein substantielles Niveau der Arbeitslosigkeit aufrechterhielt, um den potentiell inflatorischen Lohndruck kontrollieren zu können. Globalisierung, Deregulierung und Bevölkerungswachstum in der 3.Welt markieren jedoch den Übergang zu neuen Marktbedingungen, in denen ein weltweites Überangebot an Arbeit die Wiederkehr eines "klassischen" Systems bewirkt, das neben Phasen der Preissteigerung auch Phasen der Deflation

aufweist. Die Keynes'sche Theorie bietet bislang fast den einzigen umfassenden Ansatz zum Verständnis derartiger Marktprozesse.

Mit der Geldmengenentwicklung allein lassen sich diese Prozesse nicht erklären. Jenseits einer trivialen Parallelität von Geldmenge und Preisen bei sehr hohen Inflationsraten gibt es wenige Belege für das Postulat einer Neutralität des Geldes und der Geldpolitik. Die Notenbanken haben mit ihrer Zinspolitik somit auch mittel- und langfristig einen starken Einfluss auf Wachstum und Beschäftigung. In den USA ist dies in der praktischen Geldpolitik sowie in der breiten Öffentlichkeit anerkannt. Das Beispiel der USA zeigt auch, dass eine keynesianisch orientierte Geldpolitik keineswegs eine inflationäre Tendenz aufweisen muss. Denn es geht nicht – wie in den monetaristischen Modellen à la Barro/Gordon unterstellt – darum, eine Überbeschäftigung anzustreben. "Keynesians were concerned with the problem of pushing the economy to its natural rate, not beyond it" (Frank Hahn).

Der Vorbehalt, Keynes' Name stehe für eine insgesamt eher laxe Wirtschaftspolitik, ist unbegründet. Für die Finanzpolitik wird Keynes' Erkenntnis, dass Sparpolitik in der Krise gesamtwirtschaftlich schädlich und im Hinblick auf Budgetsanierung kontraproduktiv ist, heute zumeist anerkannt. In langfristiger Perspektive plädierte er für einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Möglicherweise wäre er heute einer der Befürworter des europäischen Stabilitätspaktes – unter der Bedingung, dass die europäische Zentralbank neben der Sicherung der Geldwertstabilität auch einen Auftrag zur Konjunkturstabilisierung und Wachstumsförderung erhielte.

Bereits in seiner Schrift „The Economic Consequences of the Peace – Die wirtschaftlichen Konsequenzen des Friedensvertrages" aus dem Jahr 1919 schrieb er: (Deutsche Übersetzung von 1920, erschienen im Verlag Duncker&Humblot. Eine gekürzte Version ist 2006 im Berenberg-Verlag (Berlin) unter dem Titel „Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles" veröffentlicht worden. (dort S.112f.))

„Lenin soll erklärt haben, dass der beste Weg zur Vernichtung des kapitalistischen Systems die Vernichtung der Währung sei. Durch fortgesetzte Inflation können Regierungen sich insgeheim und unbeachtet einen wesentlichen Teil des Vermögens ihrer Untertanen aneignen. Auf diese Weise konfiszieren sie nicht nur, sondern sie tun es auch willkürlich, und während viele arm werden, werden einige in der Tat reich. Der Anblick dieser willkürlichen Verschiebung des Reichtums vernichtet nicht nur die Sicherheit, sondern auch das Vertrauen auf die Gerechtigkeit der bestehenden Verteilung des Reichtums. Diejenigen, denen das System über Verdienst und sogar über ihre Erwartung oder ihre Wünsche hinaus Gewinn bringt, werden „Kriegsgewinner" und sind der Bourgeoisie, die durch die Inflation arm geworden ist, nicht weniger verhasst als dem Proletariat. Je mehr die Inflation wächst und je wilder der wahre Wert der Währung von Monat zu Monat schwankt, desto mehr geraten alle dauernden Beziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern, die die unterste [gemeint ist: elementare – Jürgen Kromphardt]Grundlage des Kapitalismus bilden, in Unordnung, bis sie fast ihre Bedeutung verlieren und die Reichtumsbildung zum Spiel und zur Lotterie wird.

Lenin war gewiss im Recht. Es gibt kein feineres und kein sicheres Mittel, die bestehenden Grundlagen der Gesellschaft umzustürzen als die Vernichtung der Währung."

(Jürgen Kromphardt/ Peter Spahn)

A.V. Aussprüche und Parabeln

Aussprüche und Parabeln von Keynes

1. Die berühmteste und meist zitierte Formulierung von Keynes lautet:

„In the long run we are all dead"

Keynes hat sie in seinem "Tract on Monetary Reform" von 1923 (siehe dazu Rubrik "Monographien" - dort Nr. 5 - dieser Homepage) in einer Analyse der Quantitätstheorie und ihrer Aussage über den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflationsrate benutzt. Zu dieser bemerkt Keynes (1923, S. 80):

„Now, in the long run this is probably true… But this long run is a misleading guide to current affairs. In the long run we are all dead"

Er fügt die folgende Kritik an den langfristorientierten Ökonomen hinzu (ebenda):

„Economists set themselves too easy, to useless a task if in tempestuous seasons they can only tell us that when the storm is long past the ocean is flat again"

In der deutschen Übersetzung von 1924 (‚Ein Traktat über Währungsreform') lauten diese Sätze (S. 83):

„Nun ist das auf lange Sicht wahrscheinlich richtig… Aber die lange Sicht ist ein schlechter Führer in bezug auf die laufenden Dinge. Auf lange Sicht sind wir alle tot. Die Volkswirtschaft macht es sich zu leicht und macht ihre Aufgabe zu wertlos, wenn sie in stürmischen Zeiten uns nur sagen kann, daß, nachdem der Sturm lang vorüber ist, der Ozean wieder ruhig sein wird."

2. Im Zusammenhang mit der Schaffung zusätzlicher internationaler Liquidität formuliert Keynes in seiner Monographie „The Means to Prosperity" (1933) (siehe Monographien – dort Nr. 10), S. 357 in Vol. IX der Collected Writings)

"We cannot, by international action, make the horses drink. That is their domestic affair. But we can provide them with water"

Der deutsche Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, der 1968/1969 ein sehr erfolgreiches Konjunkturbelebungsprogramm durchsetzte, hat diese Formulierung gerne in folgender Weise verwendet:

„Man kann die Pferde zwar zur Tränke führen. Man kann sie aber nicht zwingen, das Wasser zu saufen."

3. Spekulation und verantwortungsloses Handeln auf zu wenig regulierten Finanzmärkten haben die jüngste Finanzkrise ausgelöst. Dadurch ist Keynes pointierte Warnung vor zu stark dominierender Spekulation hoch aktuell geworden:

„Speculators may do no harm as bubbles on a steady stream of enterprise. But the position is serious when enterprise becomes the bubble on a whirlpool of speculation. When the capital development of a country becomes a by-product of the activities of a casino, the job is likely to be ill-done.”

General Theory, p159.

„Spekulanten mögen als Luftblasen auf einem steten Strom des Unternehmertums keinen Schaden anrichten. Aber die Lage wird ernst, wenn das Unternehmertum die Luftblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielkasinos wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.”

Allgemeine Theorie, S.135.

4. In der "General Theory" (1936) setzt sich Keynes mit der Theorie der Klassiker und Neoklassiker (die er den Klassikern zuordnet) auseinander. Repräsentant der klassischen Theorie ist Ricardo (lebte von 1772 bis 1823), für den es keine allgemeine Überproduktion (also auch keinen allgemeinen Nachfragemangel) geben konnte. Sein geistiger Gegenspieler, mit dem er ausführlich diskutierte und korrespondierte, war Malthus (1766 – 1834), der diese Möglichkeit durchaus sah. Aber leider musste Keynes feststellen (1936, S. 32):

„Ricardo conquered England as completely as the Holy Inquisition conquered Spain."

In der deutschen Übersetzung (11. Aufl., 2009, S. 27 f.) lautet dieser Satz:

„Ricardo hat England so vollständig erobert wie die Heilige Inquisition Spanien."

5. Keynes kritisierte die klassischen Theoretiker u.a. mit folgendem Vergleich:

„The classical theorists resemble Euclidean geometers in a non-Euclidian world who, discovering that in experience straight lines apparently parallel often meet, rebuke the lines for not keeping straight – as the only remedy for the unfortunate collisions which are occurring." J.M. Keynes, 1936, General Theory, S. 16.

„Die klassischen Theoretiker gleichen euklidischen Mathematikern in einer nichteuklidischen Welt, die entdecken, dass scheinbar parallele gerade Linien in Wirklichkeit sich oft treffen, und denen kein anderes Mittel gegen die sich ereignenden bedauerlichen Zusammenstöße einfällt, als die Linien zu schelten, dass sie nicht gerade bleiben." J.M. Keynes, 1936, Allgemeine Theorie, dt. Übersetzung 2006, S. 14.

6. Einen literarischen Vergleich zum gleichen Thema trifft Keynes im Kapitel 3 seiner „General Theory" (1936, S. 33):

> **„The celebrated optimism of traditional economic theory, which has led to economists being looked upon as Candides, who, having left this world for the cultivation of their gardens, teach that all is for the best in the best of all possible worlds provided we will let it well alone, is also to be traced, I think, to their having neglected to take account of the drag on prosperity which can be exercised by an insufficiency of effective demand."**

In der deutschen Übersetzung (11. Aufl., 2009, S. 28/29) lautet diese Parabel:

Der berühmte Optimismus der traditionellen ökonomischen Theorie, der dazu geführt hat, dass jeder Ökonom als Candide (Romanfigur von Voltaire – Anm. K/S) angesehen wird, der nach Verlassen dieser Welt sich der Bebauung seines Gartens widmet und lehrt, dass alles aufs beste in dieser besten der möglichen Welten geregelt ist, wenn nur alles sich selbst überlassen bleibt, scheint mir auch auf deren Unterlassung zurückzuführen zu sein, die Hemmung des Wohlstandes zu berücksichtigen, die durch einen Mangel an effektiver Nachfrage ausgeübt werden kann.

7. Gegen den Versuch, die Unsicherheit der Zukunft in Risikowahrscheinlichkeiten umzudeuten, die sich berechnen lassen, wendet sich Keynes in seinem Aufsatz ‚The General Theory of Employment' in The Quarterly Journal of Economics, Vol. 51, No. 2 (Feb. 1937), S. 209-223. Wiederabgedruckt in D. Moggridge (Hrsg.) ‚Collected Writings of John Maynard Keynes' Vol. XIV, Part II, Basingstoke, London (Macmillian) 1987.

> **"By 'uncertain' knowledge, let me explain, I do not mean merely to distinguish what is known for certain from what is only probable. The game of roulette is not subject, in this sense, to uncertainty; nor is the prospect of a Victory bond being drawn. Or, again, the expectation of life is only slightly uncertain. Even the weather is only moderately uncertain. The sense in which I am using the term is that in which the prospect of a European war is uncertain, or the price of copper and the rate of interest twenty years hence, or the obsolescence of a new invention, or the position of private wealth owners in the social system, in 1970. About these matters there is no scientific basis on which to form any calculable probability whatever. We simply do not know.**

8. Auch in folgendem Zitat spricht er die Folgen unserer Unkenntnis der Zukunft an.

> **„The social object of skilled investment should be to defeat the dark forces of time and ignorance which envelope our future"** (GT, S.155)

Die deutsche Übersetzung lautet:
„Der soziale Zweck geschickter Investitionen sollte die Überwindung der dunklen Kräfte der Zeit und der Unwissenheit sein, die unsere Zukunft einhüllen." (Allg. Theorie, 10.Auflage, S.132)

9. In seinem Aufsatz ‘Some Economic Consequences of a Declining Population’ Eugenics Review, April, 1937, wiederabgedruckt in D. Moggridge (Hrsg.) ‚Collected Writings of John Maynard Keynes’ Vol. XIV (The General Theory and after), Part II, Basingstoke, London (Macmillian) 1987, S. 124-133, unterstreicht Keynes für Volkswirtschaften mit konstanter oder gar schrumpfender Bevölkerung (so wie im Deutschland der Gegenwart) die Schwierigkeit, eine genügend große Güternachfrage aufrecht zu erhalten:

> **„With a stationary population we shall, I argue, be absolutely dependent for the maintenance of prosperity and civil peace on policies of increasing consumption by more equal distribution of incomes and of forcing down the rate of interest as so to make profitable a substantial change in the length of the period of production.” (1937, S. 132)**

Unterbleibt eine solche Politik, würde die chronische Tendenz zur Unterbeschäftigung das kapitalistische System stark gefährden:

> **„If capitalist society rejects a more equal distribution of incomes and the forces of banking and finance succeed in maintaining the rate of interest somewhere near the figure which ruled on the average during the nineteenth century… then a chronic tendency towards the underemployment of resources must in the end sap and destroy that form of society.” (ebenda)**

10. In “An Open Letter to President Roosevelt” vom 31. Dezember 1933, in: CW, Vol. XXI, S.289-97; and in: Readings in Fiscal Policy Homewood, Ill. (Irwin) 1955 schreibt Keynes:

> **‟Some people seem to infer from this that output and income can be raised by increasing the quantity of money. But this is like trying to get fat by buying a larger belt.”**

In deutscher Übersetzung bedeuten diese Sätze:
„Einige Leute scheinen daraus abzuleiten, Produktion und Einkommen könnten erhöht werden, indem man die Geldmenge erhöht. Aber dies ist so, als würde man versuchen dick zu werden, indem man sich einen längeren Gürtel kauft.‟

11. Berühmt ist auch Keynes’ Vergleich des erfolgreichen Agierens an der Börse mit einem speziellen Schönheitswettbewerb:

> **„ Professional investment may be likened to those newspaper competitions in which the competitors have to pick out the six prettiest faces from a hundred photographs, the prize being awarded to the competitor whose choice most nearly corresponds to the average preferences of the competitors as a whole; so that each competitor has to pick, not those faces which he himself finds prettiest, but those which he thinks likeliest to catch the fancy of the other competitors, all of whom are looking at the problem from the same point of view. It is not a case of choosing**

those which, to the best one's judgment, are really the prettiest, nor even those which average opinion genuinely thinks the prettiest. We have reached the third degree where we devote our intelligences to anticipating what average opinion expects the average opinion to be. And there are some, I believe, who practise the fourth, fifth and higher degrees."(GT, S.156)

In deutscher Übersetzung bedeuten diese Sätze:

„(Es) kann das berufsmäßige Investment mit jenen Zeitungswettbewerben verglichen werden, bei denen die Teilnehmer die sechs hübschesten Gesichter von hundert Lichtbildern auszuwählen haben, wobei der Preis dem Teilnehmer zugesprochen wird, dessen Wahl am nächsten mit der durchschnittlichen Vorliebe aller Teilnehmer übereinstimmt, so dass jeder Teilnehmer nicht diejenigen Gesichter auszuwählen hat, die er selbst am hübschesten findet, sondern jene, von denen er denkt, dass sie am ehesten die Vorliebe der anderen Teilnehmer gewinnen werden, welche alle das Problem vom gleichen Gesichtspunkt aus betrachten. Es handelt sich nicht darum, jene auszuwählen, die nach dem eigenen Urteil wirklich die hübschesten sind, ja sogar nicht einmal jene, welche die durchschnittliche Meinung wirklich als die hübscheste betrachtet. Wir haben den dritten Grad erreicht, wo wir unsere Intelligenz der Vorwegnahme dessen widmen, was die durchschnittliche Meinung als das Ergebnis der durchschnittlichen Meinung erwartet. Und ich glaube, dass es sogar einige gibt, welche den vierten, fünften und noch höhere Grade ausüben." (Allg. Theorie, 10.Auflage,S.132f)

12. In seinem – sehr optimistischen – Aufsatz „Economic Possibilities for Our Grandchildren (s. dessen Vorstellung in der Rubrik „Wichtige Aufsätze und Beiträge") aus dem Jahre 1930 betont Keynes, dass langfristig das ökonomische Problem (der Knappheit materieller Güter – J.K.) lösbar sei und man sich dann den wirklich wichtigen Dingen zuwenden könne. Das ökonomische Problem sollte eine Angelegenheit von Spezialisten sein, die konkrete Probleme kompetent lösen – wie die Zahnärzte. In Keynes' Worten :

„If economists could manage to get themselves thought of as humble, competent people, on a level with dentists, that would be splendid "(C.W. Vol. 9, S.332).

In deutscher Übersetzung heißt dies:
„Wenn es die Ökonomen hinbekämen, dass man sie als bescheidene, kompetente Leute betrachtet, auf einer Ebene mit Zahnärzten, das wäre herrlich."

13. Keynes war dafür bekannt, das er häufig seine Meinung änderte. Dazu berichtet Samuelson: "Keynes… was always accused of continually changing his mind... He said:

'When my information change, I change my mind. What do you do, Sir?'"

Quelle: Marc Blaug; John Maynard Keynes. Life, Ideas, Legacy. Basingstoke, London (Macmillian) 1990. Interview mit Paul A. Samuelson.

B. The General Theory (1936)

Die "General Theory of Employment, Interest and Money" (dt.: Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes) ist in manchen Kapiteln ein schwieriges, stellenweise mühsam zu lesendes Buch; deshalb werden in diesem Kapitel – ohne von der Lektüre des Originals in englischer Sprache abraten zu wollen – folgende Abschnitte präsentiert:

B.I. Weltwirtschaftskrise und New Deal

In die Entstehungszeit der "General Theory" fällt die Weltwirtschaftskrise, deren Tiefe und Schärfe Keynes veranlasste, die herkömmliche Theorie zu verwerfen und seine eigene Makroökonomie zu entwickeln.

B.II. Kernaussagen der "General Theory"

B.III. Empfohlene Kurzdarstellungen

B.IV. Interpretation durch Hicks

Zur besseren Verständlichkeit und zur Verbreitung der Keynes'schen Theorie hat der Aufsatz von Hicks (1937) erheblich beigetragen. Dieser hat das IS/LM-Modell entwickelt und graphisch präsentiert; er hat dabei allerdings Keynes' Theorie einseitig interpretiert. Wegen der zentralen Bedeutung dieses Artikels wird er hier (mit Auslassungen) im Original reproduziert und an wichtigen Stellen kommentiert.

B.V. Durchsetzungen des Keynesianismus (In Vorbereitung)

B.VI. Neuere Veröffentlichungen zur "General Theory"

Die englische Originalversion dieses Werkes findet man im Internet an (mindestens) drei Stellen:

http://gutenberg.net.au/ebooks03/0300071h/0-index.html

http://etext.library.adelaide.edu.au/k/keynes/john_maynard/k44g/

http://www.marxists.org/reference/subject/economics/keynes/general-theory/index.htm

B.I. Weltwirtschaftskrise, Roosevelts „New Deal“ und Keynes‘ Theorie

Den historischen Hintergrund des bahnbrechenden Hauptwerks von Keynes (The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936) bildete die Weltwirtschaftskrise, die im Herbst 1929 durch den Börsenkrach an der New Yorker Börse ausgelöst wurde und sich rasch über die ganze Welt verbreitete, mit verheerenden wirtschaftlichen und politischen Folgen: Von 1929 bis 1932 brach insbesondere die industrielle Produktion weltweit massiv ein. Die Arbeitslosenquoten stiegen auf bis dahin ungekannte Höhen: In Deutschland auf 30 %, in den USA auf 25 % und in Großbritannien auf 22 %.

Soweit sich die Wirtschaftspolitik auf die damals herrschende ökonomische Theorie stützte, stand sie dieser Entwicklung hilflos gegenüber; denn diese Theorie lehrte, jede Abweichung von der Vollbeschäftigung löse automatisch Gegenkräfte aus, die die Wirtschaft mehr oder weniger rasch zur Vollbeschäftigung zurückführen, sofern Preise und Löhne flexibel reagieren. Diese Voraussetzung war damals erfüllt: Von 1929 bis 1932 sanken die Löhne in den drei genannten Ländern um mehr als 25 %, um 30 % bzw. um 7 %; die Preise ähnlich stark, nämlich um 24 %, 30 % und 15 %. Aber die Situation verschlechterte sich weiter, und zwar besonders in Deutschland und in den USA, wo Löhne und Preise am stärksten sanken. Viele prominente Ökonomen verließen sich daraufhin nicht mehr auf ihre Theorie, sondern forderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und andere Formen aktiven staatlichen Gegensteuerns. Darunter war auch Pigou (siehe die Rubrik „Herausragende Gegenspieler“), der im Oktober 1932 zusammen mit Keynes und vier anderen Ökonomen in einen Brief an „The Times“ entsprechende Maßnahmen forderte (auszugsweise abgedruckt in J. Kromphardt, Die größten Ökonomen: John Maynard Keynes 1883-1946 – Konstanz/München UVK und UVK-Lucius – 2013 auf S. 63 und vollständig in den „Collected Writings of John Maynard Keynes“, Vol.21, S.138f).

Was fehlte, war eine Theorie, die erklärte, weshalb die wirtschaftliche Entwicklung so desaströs verlief, und aus der sich staatliches Handeln überzeugt begründen ließ. An einer solchen Theorie begann Keynes 1930 zu erarbeiten. Nach mehrjähriger Forschung und Diskussion stellte er in seiner „General Theory“ nicht mehr Preisrelationen und Preisanpassungen in den Mittelpunkt, sondern die Gesamtnachfrage nach Waren und Dienstleistungen, und er begründete, weshalb eine Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung nur über eine Erhöhung dieser Nachfrage erreichbar ist, nicht aber über flexible Preise und Löhne (siehe dazu die nachfolgenden Rubriken).

In diesen Jahren nahm Keynes gleichzeitig an der damaligen wirtschaftspolitischen Diskussion teil. Das zeigt nicht nur der eben genannte Brief, sondern u.a. ein Brief an den US-amerikanischen Präsidenten Roosevelt, den er in der „New York Times“ vom 31.12.33 veröffentlichte. Roosevelt hatte im März 1933 sein Amt von Präsident Hoover übernommen, der die Wahl im November 1932 verloren hatte. Hoover tat wenig gegen die Weltwirtschaftskrise, versuchte trotz der Wirtschaftsmisere den Bundeshaushalt auszugleichen und behauptete im Wahlkampf „Prosperity is just round the corner“.

In seinem Wahlkampf hatte Roosevelt einen „New Deal" und eine Fülle von Maßnahmen versprochen, die er nach Amtsantritt auch zügig und energisch in Angriff nahm (siehe dazu im Einzelnen Reinhard Blomert, Roosevelts New Deal. Ein Vorgriff auf Keynes' General Theory? In: Jürgen Kromphardt, Hrsg., Keynes General Theory nach 75 Jahren. Marburg, Metropolis, S. 219-258).

In seinem Brief versucht Keynes, Präsident Roosevelt dahin zu bringen, im Rahmen seines „New Deal" die Maßnahmen in den Vordergrund zu rücken, die die Gesamtnachfrage erhöhen, und andere, die Keynes für nicht wirkungsvoll oder nur langfristig wirksam hält, in den Hintergrund treten zu lassen.

Um diesen überaus interessanten Brief, der zeigt, wie weit Keynes und der „New Deal" auseinander liegen, leichter zugänglich zu machen, hat die Keynes-Gesellschaft ihn übersetzen lassen (von Frau Dr. Katja Rietzler) und ins Netz gestellt: (**Brief vom 31. Dezember 1933**).

Über die Gründe für die Tiefe und Länge der Depression in den USA wird bis heute diskutiert. Milton Friedman und Anna Schwarz hatten in ihrer monumentalen „Monetary History oft he United States 1867 – 1960" (Princeton 1963) hauptsächlich die restriktive Geldpolitik der US-amerikanischen Notenbank verantwortlich gemacht. Dahinter steht die monetaristische Vorstellung (siehe dazu Hauptrubrik D: Die monetaristische Gegenrevolution), die Zentralbank könne über die Zentralbankgeldmenge (die „Geldbasis") die Geldmenge auch in expansiver Richtung steuern. Die Finanzkrise 2007ff hat jedoch erneut gezeigt, dass die Geldmenge nicht immer auf eine Erhöhung der Geldmenge reagiert.

Die Gegenposition, wonach die US-Zentralbank die Depression, die reale Ursachen hatte, nur nicht verhindern konnte, vertritt u.a. Peter Temin in seinem Buch von 1976 mit dem Titel: „Did Monetary Forces Cause the Great Depression?" (New York, 1976).

Ein weiterer Diskussionspunkt betrifft die Bedeutung und die Rolle des „New Deal", mit dem der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt (Amtsantritt 1.3.1933) seine neue Wirtschaftspolitik bezeichnete. Wie oben beschrieben, versuchte Keynes wiederholt, Roosevelt zu einer die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärkenden Politik zu drängen.

Dafür, dass sich die in den USA ausgebrochene Krise auf fast die gesamte Welt ausbreitete, machen viele Autoren auch das Festhalten der wichtigsten Industriestaaten am Goldstandard verantwortlich (insbesondere Barry Eichengreen: Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919 – 1939. New York (Oxford University Press), 1992). Mit seiner Streitschrift „The Economic Consequences of Mr. Churchill" von 1925 (siehe AII, Monographie Nr. 6) und schon früher hatte Keynes vehement, aber vergeblich, gegen die Rückkehr Großbritanniens zum Goldstandard gekämpft, die dann 1925 erfolgte.

Die im Jahre 2007 vom Zusammenbruch der US-amerikanischen Bank „Lehman Brothers" ausgelöste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Interesse an der Weltwirtschaftskrise erneut geweckt und zahlreiche Vergleiche zwischen der aktuellen Krise und der damaligen Weltwirtschaftskrise veranlasst. Auf der Grundlage der Daten und Graphiken von Eichengreen/O'Rourke, A Tale of two Depressions (http://www.voxeu.org./index.php?q=node/3421)) zeigt Jürgen Kromphardt in seinem Beitrag „Finanzmärkte und Realwirtschaft in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 und in Keynes' General Theory" in dem von Harald Hagemann und

Hagen Krämer herausgegebenen Band „Ökonomie und Gesellschaft – Jahrbuch 23: Keynes 2.0 – Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik" (Marburg, Metropolis, 2011), dass in der jüngsten Krise der Einbruch bei Produktion und Beschäftigung durch zügige expansive Maßnahmen der Geld- und Fiskalpolitik rasch aufgefangen werden konnte, im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise – damals wirkten beide Politikbereiche tendenziell kontraktiv.

Da in der heutigen Wirtschafts- und Finanzkrise häufig auf die damalige Weltwirtschaftskrise Bezug genommen wird, ist auch die damalige Diskussion wieder aktuell geworden, denn die Kritik von Keynes hätte sich auch gegen die bis vor kurzem vorherrschende Position in den Wirtschaftswissenschaften gerichtet, die verblüffend den Auffassungen ähnelt, die Keynes vorfand und mit seiner Theorie in Frage stellte. Zunächst verlief die heutige wirtschaftspolitische Diskussion überwiegend anders als damals, aber bei einigen Arbeitgebervertretern, ihnen nahe stehenden Politikern und einigen wirtschaftswissenschaftlichen Theoretikern ertönt schon wieder der Ruf nach Lohn- und Preissenkungen sowie nach Kürzungen bei den Sozialtransfers, um den Staatshaushalt (immerhin erst nach der Krise) trotz gleichzeitig angekündigter oder geforderter Steuersenkungen wieder auszugleichen.

Literaturhinweise

Ein sehr flüssig und spannend geschriebener Überblick über die Weltwirtschaftskrise gewinnt man durch das Buch von Florian Pressler „Die erste Weltwirtschaftskrise. Eine kleine Geschichte der Großen Depression.", dass 2013 in der Beck'schen Reihe (München) erschienen ist. Es umfasst auch die Vorgeschichte (die 1920er Jahre) und die Wege, auf denen die wichtigsten Industrienationen (insbesondere die USA, Großbritannien und Deutschland) mehr oder minder erfolgreich aus der Krise herausfanden. Pressler stellt nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die politischen Hintergründe plastisch dar. Der Autor beschränkt sich auf wenige, aber zentrale quantitative Daten (wie z.B. die Arbeitslosenzahlen). Es kommt ohne Tabellen und Graphiken aus. Die zwischen orthodoxen Ökonomen, Monetaristen und Keynesianern strittigen gesamtwirtschaftlichen Aspekte schimmern an vielen Stellen durch und werden in einigen Abschnitten zusammenhängend diskutiert.

Ähnlich flüssig und auch anschaulich geschrieben ist das Buch „The Great Depression in Europa, 1929-1939" (Basingstoke, Macmillan, 2000) von Patricia Clavin, das sich stärker auf Europa konzentriert, aber die Entwicklung in den USA nicht ausklammert.

Stärker auf die Jahre der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 konzentriert sich Charles Kindleberger in seinem Standardwerk „Die Weltwirtschaftskrise": Dieses ist als Band 4 der „Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert" im Deutschen Taschenbuchverlag (München) 1973 erschienen.

Auslöser der Weltwirtschaftskrise 1929 war – ähnlich wie 2008 bei der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff – der „Crash" der New Yorker Börse ab Oktober 1929. Dessen Ursachen und Verlauf beschreibt ausführlich John Kenneth Galbraith in „Der große Krach: Ursachen, Verlauf, Folgen" (Stuttgart / Seewald 1963)

Eine kurze, aber faktenreiche Darstellung der Entwicklung in Deutschland von der Hyperinflation (1921-23) bis zur Weltwirtschaftskrise bietet auf 170 Seiten Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag.

Inflation und Wirtschaftskrise (München, dtv, 1985). Dabei gibt der Untertitel den Inhalt besser wieder.

Wesentlich umfangreicher ist das Buch von Harold James „Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924 – 1936, erschienen 1988 bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart (das Orginal erschien 1986 als „The German Slump" in Oxford). Großen Raum nehmen auf den knapp 500 Seiten die Vorgeschichte seit dem Ende der Hyperinflation und die wirtschaftstheoretische Auseinandersetzung um die Krise ein. Ein abschließendes Kapitel behandelt die Überwindung der Arbeitslosigkeit im Dritten Reich.

Ein detailliertes Bild der damaligen wirtschaftlichen und damit verbundenen politischen Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industriestaaten liefert das Buch von Derek Aldcroft „Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wallstreet", das als Band 3 der „Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert im Verlag dtv 1978 veröffentlicht wurde.

B.II. Die Kernaussagen

1936 legt Keynes in seinem Hauptwerk das Ergebnis seiner theoretischen Analyse vor, die vielfach als „Keynes'sche Revolution" bezeichnet wird. Vier zentrale Ergebnisse seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" werden hier vorgestellt.

B.II.1. Die Güternachfrage bestimmt das Niveau von Produktion und Beschäftigung – abgesehen von einer Situation der Vollbeschäftigung

Die Zahl der Beschäftigten in einer Volkswirtschaft wird von dem Quantum an Gütern und Diensten bestimmt, das die Unternehmen erwarten verkaufen zu können; entsprechend dieser erwarteten Güternachfrage produzieren sie und beschäftigen sie Arbeitskräfte. Entscheidend ist daher die effektive Nachfrage, mit der die Unternehmen tatsächlich rechnen und die sie ihrer Produktionsplanung zugrunde legen. Die effektive Nachfrage umfasst die inländische Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern sowie die Nachfrage des Auslands. Davon zu unterscheiden ist die gewünschte Nachfrage bei gewünschten Einkommen der Haushalte, mit der die neoklassische Theorie operiert. Nur wenn alle Ressourcen einer Volkswirtschaft voll beschäftigt sind, begrenzt die Ressourcenausstattung Produktion und Beschäftigung.

B.II.2. Die Investitionen bestimmen Volkseinkommen und Ersparnis, nicht umgekehrt

Die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumgütern ist zwar die umfangreichste Nachfragekategorie, sie folgt jedoch im Wesentlichen der wirtschaftlichen Entwicklung, denn sie wird vom verfügbaren Einkommen bestimmt, das den Haushalten in Form von Löhnen, Zinsen, Gewinnen und Transfereinkommen netto zufließt.

Eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Dynamik spielen dagegen die Sachinvestitionen. Diese werden von der Differenz zwischen Marktzins und erwarteter Rendite bestimmt. Ihre Abhängigkeit von den Renditeerwartungen macht sie zur Quelle der Instabilität: "In the case of durable assets it is ... natural and reasonable that expectations of the future should play a dominant part in determining the scale on which new investment is deemed advisable. But ... the basis for such expectations is very precarious. Being based on shifting and unreliable evidence, they are subject to sudden and violent changes" (1936, S.315).

Die Schwankungen der Investitionsgüternachfrage breiten sich über die gesamte Volkswirtschaft aus; denn wenn die Produzenten von Industriegütern ihre Produktion reduzieren, dann verlieren dort Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz oder ihr Einkommen verringert sich durch kürzere Arbeitszeiten. Sie können dann weniger Konsumgüter kaufen; daraufhin geht die Nachfrage nach Konsumgütern und anschließend die Produktion dieser Güter ebenfalls zurück. Die sinkende Industriegüternachfrage löst also eine Spirale nach unten aus, in deren Verlauf die Einbußen an Einkommen und Produktion größer sind als der ursprüngliche Nachfrageeinbruch. Es ist das Verdienst von Kahn (1931), erstmals diesen multiplikativen Prozess nach unten (analoges gilt für

einen Prozess nach oben) präzise analysiert zu haben, der die entscheidende Rolle der effektiven Güternachfrage für Produktion und Beschäftigung unterstreicht.

Im Zuge des Multiplikatorprozesses ändern sich die Einkommen und die Spartätigkeit der privaten Haushalte. Die Ersparnisse passen sich an die Investitionen so lange an, bis die Lücke zwischen Investitionen und Ersparnissen, die den Prozess ausgelöst hat, wieder geschlossen ist. Erst dann kann die Produktion insgesamt abgesetzt werden und die Produktions- und Beschäftigungspläne der Unternehmen müssen nicht nach unten revidiert werden.

Keynes weist aus zwei Gründen die neoklassische These zurück, die bereits im Say'schen Gesetz ihren Ausdruck fand, wonach diese Lücke durch den Zinsmechanismus, vor allem durch Anpassung der Investitionen an die Ersparnis, geschlossen wird. Erstens wird der Zinssatz nicht direkt durch Ersparnisse und Investitionen bestimmt, sondern durch Angebot und Nachfrage nach Geld. Dabei bestimmt die Zentralbank das Geldangebot, während die Geldnachfrage sich aus dem Bedarf an Geld für Transaktions-, Vorsichts- und Spekulations-zwecke ergibt. Zweitens sind häufig die Schwankungen der Renditeerwartungen viel zu stark, als dass sie durch Variation des Zinssatzes kompensiert werden könnten.

B.II.3. Flexible Preise und Löhne ändern an diesen Zusammenhängen nichts

Noch weniger können die Schwankungen der Investitionstätigkeit und damit der Beschäftigung vom privaten Sektor endogen durch flexible Löhne und Preise ausgeglichen werden, weil - im Gegensatz zu den Thesen der klassischen und neoklassischen Lehre - eine Senkung des allgemeinen Lohnniveaus keinen sicheren positiven Beschäftigungseffekt hat.

Dabei liegt der Unterschied zur damals herrschenden Lehre nicht in der Vermutung, eine allgemeine Senkung der Nominallöhne sei wegen des Widerstands der Gewerkschaften und der Arbeiter nicht durchsetzbar; diese Rigidität der Löhne nach unten war und ist die Grundlage für die neoklassische Erklärung der Arbeitslosigkeit. Der Unterschied liegt vielmehr darin, dass Keynes eine allgemeine Lohnsenkung, selbst wenn sie möglich wäre, für ein ungeeignetes Mittel der Beschäftigungspolitik hält: "There is no ground for the belief that a flexible wage policy is capable of maintaining a state of continuous full employment ... The economic system cannot be made self-adjusting along these lines" (Keynes, 1936, S. 267).

Dieses Ergebnis erzielt Keynes im 19. Kapitel seiner „General Theory", wo er die Wirkungen flexibler Preise und Löhne analysiert. Er nimmt dafür an, das gesamtwirtschaftliche Niveau der Nominallöhne werde gesenkt und daraufhin sinke das Preisniveau, wenn auch in geringerem Umfang (u.a. deswegen, weil bei Keynes in mikroökonomischer Tradition die Unternehmen mit steigenden Grenzkosten produzieren), so dass die Reallöhne ebenfalls sin-ken, wenn auch weniger als die Nominallöhne. Ein historisches Beispiel für eine solche Entwicklung lieferte in Deutschland die Brüning'sche Notverordnung von 1931, wonach alle Tariflöhne und alle Kartellpreise um 10 % gesenkt werden mussten. Da nur ein Teil der Preise auf diese Weise von dieser Verordnung betroffen war, sank das Preisniveau weniger als das Lohnniveau und die Reallöhne gingen zurück.

Diese Veränderungen beeinflussen die Güternachfrage und die Beschäftigung teils positiv, teils negativ. Die auftretenden Effekte sind in der folgenden Tabelle übersichtlich dargestellt. Dabei ist ein Effekt mit aufgeführt, den Keynes nicht nennt, nämlich der Geldvermögenseffekt, auf den erst Pigou (1943) hinweist. Die Übersicht ist so gestaltet, dass jeweils zwei inhaltlich zusammenhängende gegenläufige Effekte gegenüber gestellt sind.

Nr.	Bezeichnung	Auslöser: Änderung der/des	Positiver vs negativer Effekt auf dieGüternachfrage
1	Bestands-Effekte	Preise	Geldvermögens- vs Geldschulden – Effekt
2	Geldmarkt-Effekte	Preise	Zins-(Keynes)- vs Geldmengen-Effekt
3	Außenhandels-Effekte	Preise	Export- vs terms of trade-Effekt
4	Verteilungs-Effekte	Reallohn	$+\Delta I$ (wegen $+\Delta G$)- vs $-\Delta G$ (wegen $-\Delta L$)-Effekt
5	Subjektive Effekte	Löhne/Preise	Stimmungs- vs Erwartungs-Effekt

Die Bestandseffekte (Nr. 1) resultieren daraus, dass bei einem sinkenden Preisniveau der reale Wert der Geldvermögen und der Geldschulden ansteigt. Die Geldvermögensbesitzer haben also an Kaufkraft gewonnen. Dies könnte sie veranlassen, ihre Konsumgüternachfrage zu erhöhen. Ihnen gegenüber stehen die Schuldner, deren reale Schuldenlast sich vergrößert, so dass viele von ihnen sich veranlasst sehen, ihre Ausgaben zu reduzieren, um ihre Schulden weiterhin bedienen zu können. Sie werden also ihre Güternachfrage reduzieren.

Die Geldmarkteffekte (Nr. 2) beruhen ebenfalls auf dem sinkenden Preisniveau: Der Zinseffekt resultiert daraus, dass im Moment der Preisniveausenkung der nominale Wert der Transaktionen in der Volkswirtschaft niedriger wird. Deshalb wird weniger Geld für Transaktionszwecke benötigt. Die so begründete Kassenhaltung geht zurück und damit sinkt bei gegebener Geldmenge der Zins, bis der Geldmarkt wieder ins Gleichgewicht kommt. Diesem bei zinsabhängigen Investitionen positiven Effekt auf die Güternachfrage steht der Geldmengeneffekt gegenüber. Dieser ergibt sich, weil alle, die einen Teil ihrer Ausgaben über Kredite finanzieren (dies betrifft insbesondere die Investitionen der Unternehmen und die Käufe langlebiger Konsumgüter), feststellen, dass sie für die geplanten Käufe wegen des allgemein gesunkenen Preisniveaus weniger Kredite aufnehmen müssen. Dann geht die Kredit- und Geldschöpfung in der Volkswirtschaft zurück. Die Geldmenge fällt geringer aus als ohne die Preissenkung. Da nun die Geldmenge niedriger ist, kompensiert sie ganz oder teilweise die im Rahmen des Zinseffektes verringerte Geldnachfrage, so dass es insgesamt ungewiss ist, ob die Zinsen überhaupt sinken. Ist dies nicht der Fall, gibt es auch keinen positiven Gütermarkteffekt.

Auch die beiden gegenläufigen Außenhandelseffekte (Nr. 3) resultieren aus dem sinkenden Preisniveau, das für die Exportentwicklung günstig ist, weil die inländischen Produkte nun relativ billiger werden. Diesem positiven Effekt kann jedoch ein negativer Effekt gegenüber stehen, der von den relativ teurer gewordenen importierten Gütern ausgelöst wird. Sofern die Nachfrage nach

den Importgütern wenig preiselastisch ist (z.B. für Mineralöl und für Nahrungsmittel), müssen die Inländer einen größeren Teil ihres Einkommens für Importgüter ausgeben, so dass für die Nachfrage nach heimischen Produkten weniger Einkommen übrig bleibt. Damit geht die Nachfrage nach heimischen Erzeugnissen zurück. Dies kann den positiven Exporteffekt ausgleichen.

Die Verteilungseffekte (Nr. 4) resultieren aus den gesunkenen Reallöhnen, die bei unveränderter Arbeitsproduktivität eine Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen bedeuten. Die höheren Gewinne können positiv auf die Investitionstätigkeit einwirken (bei unveränderten Absatzerwartungen könnte dies allerdings mehr Rationalisierungsinvestitionen bedeuten, die zwar kurzfristig zusätzliche Güternachfrage darstellen, nach ihrer Installation jedoch Arbeit durch Kapital ersetzen, also die Beschäftigung verringern), die niedrigen realen Lohneinkommen dämpfen dagegen die Nachfrage nach Konsumgütern.

Als subjektive Effekte nennt Keynes einen Stimmungseffekt und den gegenläufigen Erwartungseffekt: Durch die Lohnsenkung kann die Stimmung der Geschäftsleute verbessert werden, da sie eine solche Maßnahme als eine Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten – sei es bei der Regierung, sei es bei den Gewerkschaften – interpretieren, wodurch sich ihre Stimmung und damit das Geschäftsklima und die Zukunftsaussichten verbessern. Der entgegengesetzt wirkende Erwartungseffekt tritt ein, wenn mit weiteren Lohn- und Preissenkungen gerechnet wird. Bei einer solchen Erwartung lohnt es sich, Güterkäufe aufzuschieben, um in späteren Perioden von niedrigeren Preisen zu profitieren. Es lohnt sich für die Unternehmen ebenfalls, die Einstellung von Arbeitskräften zu verschieben, weil sie bei bereits eingestellten Arbeitnehmern die Entlohnung nicht so einfach reduzieren können wie bei Neueinstellungen.

Insgesamt ist es nicht möglich, angesichts dieser gegenläufigen Effekte das Vorzeichen der Beschäftigungswirkung flexibler Preise und Löhne vorherzusagen. Dieses Ergebnis war für Keynes zentral, wie auch Kahn, der in der Erläuterung zu Nr. 9 (A.II.9.) erwähnte Mitstreiter von Keynes, berichtet: "Keynes was mainly concerned, in the General Theory, with the failure of economists and others to appreciate the reluctance of money wages to fall and to realize that even if they did fall, unemployment would not be diminished, except in industries subject to competition with overseas suppliers" (Kahn, 1978, S. 554).

B.II.4. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Aus dem Fehlen eines endogenen Stabilisierungsmechanismus, der die starken Schwankungen der Investitionstätigkeit ausgleichen könnte, folgert Keynes (1936, S. 320): "Die Aufgabe, das Volumen der Investitionen zu steuern, kann nicht in privaten Händen gelassen werden." Keynes meint allerdings, die Geldpolitik werde nicht immer in der Lage sein, diese Steuerungsaufgabe erfolgreich zu übernehmen. Schon 1933 hatte er in einem „Open Letter„ (C.W., Vol. XXI , S. 289-297) geschrieben: In der Depression sei der Versuch, durch bloße Vermehrung der Geldmenge Produktion und Einkommen zu steigern, mit dem Versuch vergleichbar, dadurch dicker zu werden, dass man sich einen längeren Gürtel kauft. Entscheidend sei es vielmehr, dass von dieser Geldmenge auch Gebrauch gemacht und mehr Geld für Güter ausgegeben wird.

Wegen dieser Grenzen der Geldpolitik müssen nach Ansicht von Keynes auch die Staatsausgaben und -einnahmen konjunkturpolitisch eingesetzt werden, um Einkommen und Beschäftigung zu steuern. Diese wirtschaftspolitische Forderung erhebt Keynes freilich nicht als erster. Ganz im Gegenteil befürworteten damals viele Ökonomen öffentliche Ausgabenprogramme zur Senkung der Arbeitslosigkeit (s. Morgan, 1978, S. 2). Das Problem war jedoch, dass diese Forderung sich vor Keynes nicht aus der ökonomischen Theorie ableiten ließ, sondern ihr eher widersprach. Blaug formuliert daher die Quintessenz des Beitrags der Keynesschen Theorie zur Wirtschaftspolitik so (1978, S. 690/91): "... the Keynesian Revolution succeeded because Keynes produced the policy conclusions most economists wanted to advocate anyway, but it produced these conclusions as logical inferences from a tightly knit if not always consistent theory, and not as endless epicycles on a full employment model of the economy".

Ziel dieser wirtschaftspolitischen Empfehlungen ist die Steuerung des Investitionsvolumens. Damit verfolgt er das Ziel, das kapitalistische System mit seiner privaten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel zu erhalten, indem es für den Kampf zur Überwindung der Arbeitslosigkeit leistungsfähiger gemacht wird. Daher fordert er die Erweiterung der Aufgaben des Staates: "... as the only practical means of avoiding the destruction of existing economic forms in their entirety and as the condition of the successful functioning of individual initiative" (1936, S. 380).

Keynes möchte also das kapitalistische System mit seinen individuellen Entscheidungsrechten wegen seiner Effizienzvorteile erhalten wissen, die aus der Dezentralisierung der Entscheidungen und dem "Spiel des Eigeninteresses" resultieren. Vor allem aber sei das individualistische System der beste Garant der persönlichen Freiheit, indem es - verglichen mit jedem anderen System - einen größeren Freiraum für die Ausübung persönlicher Entscheidungen bietet (vgl. ebenda).

Die wesentliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerung aus seiner Analyse besteht also in der Forderung nach einer indirekten geld- und fiskalpolitischen Globalsteuerung der Investitionen und der Konsumgüternachfrage. Diese Nachfragesteuerung soll sich auf die Globalgrößen privater Konsum, private Investitionen und eventuell Exporte sowie Importe beziehen und sie soll mit indirekten Mitteln erfolgen, die den privaten Entscheidungsträgern Anreize geben oder Belastungen auferlegen (Subventionen, Prämien, Steuern), sie aber nicht "direkt" zu einer bestimmten Verhaltensweise verpflichten.

Vor dem Hintergrund der dauerhaften hohen Arbeitslosigkeit in England zwischen den beiden Weltkriegen hält Keynes dabei eine bloße Dämpfung der Fluktuationen, die die durchschnittliche Höhe der Gesamtnachfrage unverändert lässt, nicht für ausreichend. Vielmehr fordert er eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, also eine Einkommensumverteilung zugunsten der Bezieher niedriger Einkommen mit hoher Konsumquote, und eine Reduzierung des Zinsniveaus: "If capitalist society rejects a more equal distribution of incomes and the forces of banking and finance succeed in maintaining the rate of interest somewhere near the figure which ruled on the average during the nineteenth century [...], then a chronic tendency towards the underemployment of resources must in the end sap and destroy that form of society" (1937, S. 132)

Literaturhinweise

Eine Darstellung der makroökonomischen Kreislaufzusammenhänge auf der Grundlage der Theorie von Keynes wird in allen Lehrbüchern der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre und der makroökonomischen Theorie gegeben. Allerdings weicht diese von dem ursprünglichen Theoriegebäude von Keynes häufig in vielen, teilweise auch zentralen Punkten ab, indem stattdessen eine Variante der Neoklassischen Synthese (s. die entsprechende Rubrik auf dieser Website) präsentiert wird.

Die besten kürzeren Darstellungen der Theorie von Keynes in deutscher Sprache findet man in den Teilen II und III des Beitrags von **Scherf** (1989) über John Maynard Keynes sowie (deutlich länger) bei Oliver Landmann (1976). Darüber hinaus empfiehlt sich als einführende Lektüre das knapp gehaltene Buch von Gerhard Willke (2002) aus der Reihe der Campus-Einführungen sowie das schmale Taschenbuch von Harald Scherf über „Marx und Keynes“ (1986).

Den Beitrag von Scherf finden Sie auf dieser Website: **Scherf**

Für eine neue Auflage der „General Theory“, die der Verlag Palgrave-Macmillan im Jahre 2005 herausgebracht wurde, hat Paul Krugman eine mehrseitige, sehr lesenswerte und aktuelle Einleitung geschrieben, die unter**http://www.pkarchive.org/economy/GeneralTheoryKeynesIntro.html** gelesen und ausgedruckt werden kann.

Die deutsche Fassung dieses Betrags finden Sie auf unser Website : **Einleitung von Paul Krugman zur Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes von John Maynard Keynes**

zitierte Literatur:

Blaug, M. (1978): Economic Theory in Retrospect, 3. Aufl., London.

Kahn, Richard (1931), The Relation of Home Investment to Unemployment. Economic Journal, Vol. 41, S. 173-198.

Kahn, R. (1978): Some Aspects of the Development of Keynes's Thought. Journal of Economic Literature, Bd. 16.

Keynes, John Maynard (1936), The General Theory of Employment, Interest and Money, London (Macmillan), Wiederabgedruckt in: Keynes, J.M., Collected Writings, Vol. X, London u. New York (Macmillan-St. Martins's Press), 1973.

Keynes, John Maynard (1937), The General Theory of Employment. Quarterly Journal of Economics, Vol. 51, S. 209-223.Wiederabgedruckt in: Keynes, J.M., Collected Writings, Vol. XIV, Part II, S. 109-123, London und New York (Macmillan, C.U.P.) 1973.

Landmann, Oliver (1976), Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, in: Bombach, Gottfried u.a., Hrsg., Der Keynesianismus, Band I: Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik, Berlin (Springer), S. 133-210.

Morgan, Brian (1978), Monetarists and Keynesians. Their Contribution to Monetary Theory. London/Basingstoke (Macmillan).

Scherf, Harald (1986), Marx und Keynes. Frankfurt/Main (Suhrkamp).

Scherf, Harald (1989), John Maynard Keynes (1883-1946). In: Starbatty, Joachim (Hrsg.), Klassiker des ökonomischen Denkens, Bd. 2: Von Karl Marx bis John Maynard Keynes. München (Beck).

Willke, Gerhard (2002), John Maynard Keynes. Frankfurt/Main (Campus).

B.III. Kurzdarstellungen der Allgemeinen Theorie

Keynes wendet sich mit seiner „Allgemeinen Theorie" an seine Fachkollegen, nicht an Studierende und interessierte Laien. Entsprechend anspruchsvoll und wenig eingängig ist das Werk zu lesen. Umso wichtiger war es, den Kern seiner Botschaft und den Aufbau seiner Argumentation verständlich(er) darzustellen. Keynes' Buch gilt dagegen zu Recht als schwierig, weil es (ungewollt oder nicht) den mühsamen „long struggle of escape" widerspiegelt, den Keynes durchstehen musste. Empfehlenswerte kürzere Darstellungen dieser Art sind nachstehend aufgeführt, nicht hingegen Lehrbücher zur Makroökonomie, insbesondere weil diese fast alle nicht die Theorie von Keynes darstellen, sondern eine neoklassisch entstellte Version (siehe C.III).

B.III.1. Joan Robinson Einführung (in Englisch)

Als enge Mitarbeiterin von Keynes und Mitglied des "Circus", der ab 1930 über Keynes neue Ideen diskutierte, schrieb **Joan Robinson** schon 1937 eine Einführung in Keynes' Allgemeine Theorie (Robinson, Joan: Introduction to the Theory of Employment. London/New York/MacMillan/St. Martin's 1937). Joan Robinson gelingt es in diesem schmalen Band, die Kernpunkte der „Allgemeinen Theorie" von Keynes und seiner wirtschaftspolitischen Botschaft klar und verständlich darzustellen. Joan Robinson war während der Entstehungszeit der „Allgemeinen Theorie" nach Richard Kahn die engste Mitarbeiterin von Keynes und unbelastet von den Fesseln der orthodoxen Theorie. Leider ist das (leicht lesbare) Buch nicht ins Deutsche übersetzt worden.

B.III.2. Oliver Landmann Einführung (in Deutsch)

Einer der besten kürzeren Darstellungen der Theorie von Keynes von deutschen Autoren findet man in: **Landmann, Oliver**: Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie, in: Bombach, Gottfried u.a. Hrsg., Der Keynesianismus, Band 1: Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Berlin (Springer), 1976, S.133-210)

B.III.3. Kurzdarstellungen in neuen Biographien in deutscher Sprache

In den letzten Jahren sind in Deutsch mindestens vier kürzere Biographien zu Keynes erschienen (siehe dazu A.III). Diese enthalten alle eine mehr oder minder kurze Darstellung der Kernelemente der "Allgemeinen Theorie" enthalten

In dem Buch „Die größten Ökonomen: John Maynard Keynes" von **Jürgen Kromphardt** (München/Konstanz, UVK und Lucius) wird die „Allgemeine Theorie" auf ca. 40 Seiten (von 194 Seiten) präsentiert.

Das Buch von **Gerhard Willke** „John Maynard Keynes" (1. Auflage 2002, 2. Auflage 2012) konzentriert sich trotz seines allgemein gehaltenen Titels auf die „Allgemeine Theorie" (110 von ca. 170 Seiten im Campus-Verlag, Frankfurt).

In dem Buch „Keynes für Jederman" (FAZ-Buch, 2009) von **Gerald Braunberger** nimmt die „Allgemeine Theorie" etwas weniger Seiten ein. Seine Aufführungen zu den Auswirkungen sinkender Löhne und Preise sind allerdings nicht sehr klar und treffen nicht genau zu. Dafür setzt sich Braunberger in den letzten Abschnitten mit den Kritikern auseinander (S.210-250)

Der schmale, mit Fotos und Karikaturen belebte Band „John Maynard Keynes" von **Reinhard Blomert** (Reinbek bei Hbg, Rowohlt, 2007) beschränkt sich darauf, den Kerngedanken der „Allgemeinen Theorie" auf ca. 7 Seiten (von 158) darzustellen.

B.III.4. Kurzdarstellungen von Paul Krugmann

Paul Krugman, der US-amerikanische Nobelpreisträger hat 2005 ein längeres Vorwort zu einer amerikanischen Neuausgabe der „General Theory" geschrieben. Sie finden es im Internet unter folgendem Link: http://www.pkarchive.org/economy/GeneralTheoryKeynesIntro.html

Für die deutsche Fassung klicken Sie bitte hier: Einleitung von Paul Krugman zur Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes von John Maynard Keynes

Außerdem hat Krugmann 1998 die Kernaussage der Theorie von Keynes in einer Parabel präsentiert, nämlich anhand des Beispiels einer Babysitter-Genossenschaft.

Das englische Original (The Dismail Science: Baby-Sitting and the Economy) finden Sie im Internet unter folgendem Link: http://zonecours.hec.ca/documents/H2009-1-1921895.Baby-sittingtheeconomy-Krugman.pdf

Für die deutsche Fassung klicken Sie bitte hier: Die Ökonomie des Babysittens

B.IV. The General Theory - Ihre Interpretation durch Hicks (1937)

Das Hauptwerk von Keynes, die „General Theory of Employment, Interest and Money“ aus dem Jahr 1936, fand sogleich nach seinem Erscheinen große Beachtung, ja, es wurde von manchen Ökonomen sehnsüchtig erwartet. Im „Quarterly Journal of Economics“ wurde es bereits im Erscheinungsjahr von vier Ökonomen besprochen; auf die Kritik antwortete Keynes (1937a) mit seinem Aufsatz „The General Theory of Employment“. Auch John Hicks veröffentlichte 1936 einen langen verständnisvollen Besprechungsaufsatz (Hicks, 1936). Den nachhaltigsten und zugleich zwiespältigsten Einfluss hatte jedoch sein Artikel „Mr. Keynes and the ‚Classics’: A Suggested Interpretation“ in der Zeitschrift ‚Econometrica’ (1937). Mit freundlicher Genehmigung der „Econometric Society“ wird dieser klassische Artikel hier mit einigen Kürzungen reproduziert.

„Mr. Keynes and the ‚Classics’: A Suggested Interpretation“

Dieser Aufsatz ist in deutscher Übersetzung zu finden in: Barens, Ingo/Caspari, Volker (Hrsg.), Das IS-LM-Modell. Entstehung und Wandel. Marburg (Metropolis) 1994.

Die Gegenüberstellung von „Mr. Keynes“ und „the Classics“ bezieht sich auf das Vorgehen von Keynes, alle Ökonomen, die in der neoklassischen Tradition schreiben, als „Klassiker“ zu bezeichnen, darunter auch Arthur Pigou und sein damals erst kurz zuvor erschienenes Buch „The Theory of Unemployment“ (London, 1933). Hicks konfrontiert nun diese „klassische Ökonomie“ mit der Theorie von Keynes, indem er beide in Gleichungen fasst und für ihre graphische Darstellung das berühmte IS/LM-Diagramm entwickelt, das man heute - mit modifiziertem theoretischen Hintergrund - in allen Lehrbüchern der Makroökonomie findet. Meade (1936/37) hat zu gleicher Zeit den Kern der „General Theory“ ebenfalls als Gleichungssystem formuliert, aber ohne graphische Illustration.

Mit dieser Darstellung reduziert Hicks die Theorie von Keynes zumindest graphisch auf eine kurzfristige statische Gleichgewichtsanalyse. Die für Keynes so wichtige Instabilität der Investitionstätigkeit und die zentrale Rolle der (unsicheren) Erwartungen für die wirtschaftliche Entwicklung bleiben außen vor. Mit dem IS/LM-Diagramm bestimmt Hicks diejenige Kombination von Zinssatz und Volkseinkommen, bei der auf dem Gütermarkt (bzw. bei Hicks auf dem Konsumgüter- und auf dem Investitionsgütermarkt) und auf dem Geldmarkt Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herrscht. Auf dem Gütermarkt besteht Gleichgewicht, wenn die zinsabhängigen Investitionen genau der einkommensabhängigen Ersparnis entsprechen; auf dem Geldmarkt wird das Gleichgewicht bei Übereinstimmung der vorgegebenen Geldmenge (des „Geldangebots“) mit der vom Zins und vom Einkommen abhängigen gewünschten Kassenhaltung („Nachfrage“ nach Geld) erreicht. Der Arbeitsmarkt bleibt außer Betracht.

Die wichtigste Neuerung von Keynes besteht für Hicks (s. dort Abschnitt III) in der Analyse der Geldnachfrage (der Nachfrage nach Liquidität), die sich im gekrümmten Verlauf der LM-Kurve niederschlägt: Diese verläuft bei sehr niedrigem Zinssatz (i) und Einkommen (Y) fast horizontal, bei sehr hohem Einkommen und Zinssatz dagegen fast vertikal. Bei hohen Werten von Y und i wird der gesamte vorhandene Geldbestand zur Finanzierung der Transaktionen benötigt. Zusätzliche Güternachfrage führt dann nicht zu mehr Produktion, sondern nur zu höherem Zinssatz. Dies ist

der klassische Bereich. Im anderen Extrembereich ist es umgekehrt: Eine Erhöhung der Geldmenge verändert den Zinssatz nicht; zusätzliche Güternachfrage dagegen führt zu mehr Produktion und Beschäftigung, ohne dass der Zinssatz steigt: „We are completely out of touch with the classical world", betont Hicks.

Den gesamten mittleren Bereich, in dem eine höhere Nachfrage sowohl die Produktion als auch den Zinssatz ansteigen lässt, während eine höhere Geldmenge zu einem niedrigeren Zinssatz und damit zu höherer Produktion führt, weist Hicks nun allerdings dem klassischen Bereich zu („the classical theory will be a good approximation"), so dass für Keynes nur der Extrembereich der horizontalen LM-Linie übrig bleibt. Im Gegensatz dazu hatte Keynes in seinem Buch betont, in der Regel sei die Beziehung zwischen Geldnachfrage und Zinssatz so, dass der Zinssatz fällt, wenn die Geldmenge steigt (Keynes, 1936, S. 171). Der Bereich der horizontalen LM-Linie dagegen stelle die Ausnahme dar: „But whilst this limiting case might become practically important in the future, I know of no example of it hitherto" (ebenda, S. 207). Die dagegen verstoßende Zuordnung des Normalbereichs der LM-Kurve zur „Klassik" veranlasst Hicks, den Abschnitt III mit dem falschen, aber berühmt gewordenen Satz zu schließen: "So the General Theory of Employment is the Economics of Depression" (S. 155).

Der Beitrag von Hicks zur Verbreitung der Theorie von Keynes ist daher zwiespältig. Einerseits hat das von ihm entwickelte IS/LM-Diagramm erheblich dabei geholfen, aus dem schwierigen Buch von Keynes den statischen Kern seiner Theorie herauszuarbeiten und verständlich zu machen. Andererseits hat er eine Grundlage für die Keynes verfälschende Tendenz gelegt, dessen Theorie auf den empirisch wenig relevanten Extremfall der waagerechten LM-Kurve (der Liquiditätsfalle) zu reduzieren. Dies hat dann später zu der verbreiteten, aber schon mit dem Titel der „General Theory" nicht zu vereinbarenden Praxis geführt, Keynes zu unterstellen, für ihn sei nur die Fiskalpolitik relevant, da die Geldpolitik im Bereich der Liquiditätsfalle wirkungslos bleibt, und anschließend die Keynesianer als „Fiskalisten" abzustempeln.

Außerdem hat Hicks wichtige Aspekte beim IS/LM-Diagramm ausgeklammert. So betonte Keynes (1937b) in seiner Antwort auf die vier im Quarterly Journal of Economics erschienenen Rezensionen, er biete eine theoretische Erklärung, weshalb Produktion und Beschäftigung so starken konjunkturellen Schwankungen ausgeliefert sind, und er weiche von der orthodoxen Theorie darin ab, dass diese ein Wissen über die Zukunft unterstellt, das weit größer ist, als wir es tatsächlich haben, während in seiner Theorie Erwartungen über die unsichere Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Beide Punkte, die konjunkturelle Anfälligkeit der Investitionen und die Unsicherheit der Zukunft, treten im IS/LM-Modell allerdings nicht direkt in Erscheinung.

Den Artikel von Hicks hat Keynes seinerzeit nicht öffentlich kommentiert, aber in seinem Brief an Hicks vom 31.3.1937 (in Band XIV der Collected Writings nachzulesen) hat er zwar zunächst (mit britischem Understatement) geschrieben, er habe „really next to nothing to say by way of criticism" (Bd. XIV, S. 79), dann aber doch zwei wichtige kritische Bemerkungen gemacht. Erstens bestand er darauf, er habe nicht behauptet, eine Erhöhung der Investitionsneigung lasse den Zinssatz unverändert, sondern nur gesagt, der Zinssatz müsse nicht steigen (nämlich nicht in der Liquiditätsfalle) („it is important to insist … that an increase in the inducement to invest need not raise the rate of interest"). Keynes lehnt es also ab, seine Theorie auf den Extremfall der horizontalen LM-Linie zu reduzieren. Zweitens betont er auch hier die Bedeutung der erwarteten

Rendite für die Investitionsentscheidungen, während das aktuelle Einkommen für diese Entscheidungen keine wichtige Rolle spiele (Bd. XIV, S. 80f).

Hicks seinerseits ist im Laufe der Zeit immer wieder auf die Theorie von Keynes und auf seinen eigenen „IS/LM"-Artikel zurückgekommen. Dabei standen aber andere Fragen im Vordergrund.

Zitierte und weiterführende Literatur:

Barens, Ingo (1999): From Keynes to Hicks – an Aberration? IS-LM and the Analytical Nucleus of the General Theory. In: Howitt, Peter u.a. (Hrsg.): Money, Markets and Method. Cheltenham/Northampton, Ma. (Edward Elgar), S. 85-120.

Barens, Ingo/Caspari, Volker (1999). Old Views and New Perspectives: On Re-reading Hicks's "Mr. Keynes and the Classics". The European Journal of the History of Economics Thought. Bd. 6, S. 216-241.

Coddington, Alan (1979): Hicks' Contribution to Keynesian Economics. Journal of Economic Literature, Vol. 17, S. 970-988.

Hagemann, Harald/Steiger, Otto (1988): Keynes' General Theory nach fünfzig Jahren. In dem von ihnen herausgegebenen Band mit demselben Titel. Berlin (Duncker & Humblot), insbes. S. 13-20.

Hicks, John (1936): Mr. Keynes' Theory of Employment. The Economic Journal, Vol. 46, S. 238-253.

Hicks, John (1967): Critical Essays in Monetary Theory. (Oxford University Press).

Hicks, John (1974): The Crisis in Keynesian Economics. Oxford (Blackwell).

Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money. London etc. (Macmillan).

Keynes, John Maynard (1937a): Letter to J.R. Hicks. In: Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. XIV, hrsg. von Donald Moggridge: The General Theory and After. Part II: Defence and Development. Cambridge (Cambridge University Press) 1973, S. 79-81..

Keynes, John Maynard (1937b): The General Theory of Employment. Quarterly Journal of Economics, Vol. 51, S. 209-223 (Collected Writings, Vol. XIV, S. 109-123).

Meade, James (1936/37): A Simplified Model of Mr. Keynes' System. Review of Economic Studies, Vol. 4, S. 98-107.

Anlage 1: „Mr. Keynes and the ‚Classics': A Suggested Interpretation"

B.V. Zeitgenössische Wegbereiter

B.V.1. Michal Kalecki

Michal Kalecki (*1899 in Lodz, gestorben 1970 in Warschau) kam als ökonomischer Autodidakt früher und parallel zu John Maynard Keynes zu Erkenntnissen über die Wichtigkeit der Kreislaufzusammenhänge. Kalecki hatte von 1917 bis 1921 und nach einer Unterbrechung durch seinen Militärdienst erneut Ingenieurswissenschaften in Danzig studiert. Er musste jedoch das Studium abbrechen, da sein Vater arbeitslos wurde. Er schlug sich als Wirtschaftsjournalist durch, bis er 1929 Mitarbeiter am Konjunktur- und Preisforschungsinstitut in Warschau wurde.

B.V.1.1. Kreislauftheoretische Erklärung der Konjunkturschwankungen

Während seiner Tätigkeit an diesem Institut veröffentlichte Kalecki mehrere Artikel zur Theorie der Konjunkturschwankungen, in denen er wie selbstverständlich und ohne Literaturhinweise die gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge heranzog, um die treibenden Kräfte der Konjunkturschwankungen zu ergründen. Da Kalecki die Ökonomie vor allem in Gestalt der marxistischen Theorie kennengelernt hatte, war ihm die Analyse der Gesamtwirtschaft nicht fremd. Keynes dagegen musste sich erst in einem „long struggle of escape" von der neoklassischen Methode, in der er geschult worden war, befreien. Diese bestand u.a. darin, die Ergebnisse einzelwirtschaftlicher Analyse einfach auf die gesamtwirtschaftliche Ebene zu übertragen, ohne sich über die Gefahr von „Trugschlüssen der Verallgemeinerung" im Klaren zu sein. Sein Lehrer Marshall verwendete dafür den „repräsentativen" Unternehmer und den „repräsentativen" Haushalt.

In seinem ersten Beitrag von 1933 nahm Kalecki zur Vereinfachung an, dass die Arbeitnehmer ihre Einkommen vollständig konsumieren, und leitete daraus in beeindruckend lapidaren Stil ab, dass in diesem Fall in einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Staat alle Ausgaben, welche die Unternehmen als Ganzes für Konsum und Investitionen tätigen, an sie zurückfließen; denn es gilt (Die Variablen haben die übliche Bedeutung, die Suffixe A und U stehen für Arbeitnehmer und Unternehmer):

(1.1) $Y = C_A + C_U + I$

(1.2) $Y = L + G$

Daraus folgt durch Gleichsetzen der rechten Seiten von (1.1) und (1.2)

(1.3) $L + G = C_A + C_U + I$

Da $L = C_A$ gilt, folgt schließlich:

(1.4) $G = C_U + I$

Kalecki formuliert sein Ergebnis so: „Damit bestimmen die Kapitalisten als Gesamtheit ihre Profite durch den Umfang ihrer Investitionen und ihres persönlichen Konsums. In gewisser Hinsicht sind sie >Herren ihres eigenen Geschicks<" (Kalecki 1933/1987, S. 42). Allerdings gelte dies nicht für den einzelnen Unternehmer, sondern nur für deren Gesamtheit. Für Kalecki als Wirtschaftsingenieur war der Umgang mit Formeln etwas Leichtes, aber für die damaligen Leser häufig ein Hindernis. Kalecki gab sich auch keine Mühe, sein Modell zu erläutern, sodass sein Artikel keine Resonanz in Polen fand, und schon gar nicht im Ausland.

Keynes hatte das Ergebnis von Kalecki bereits 1930 in seiner „Abhandlung vom Gelde" (A Treatise on Money) abgeleitet und als Witwenkrugtheorem bezeichnet. Die Unternehmen als Ganzes können nämlich so viel ausgeben wie sie wollen – das Geld fließt an sie zurück und ihre „Kasse" wird niemals leer, so wie der „Krug der Witwe" im Alten Testament.

Kalecki fügt noch eine Verfeinerung hinzu, indem er den Konsum der Unternehmen in einem autonomen Teil $C_{U,aut}$ und einen induzierten Teil aufteilt ($C_{U,ind} = c_U \cdot G$). so dass die Bestimmungsgleichung für die Gewinne nun lautet:

$$\textbf{(1.5)}\ p = \frac{C_{U,aut} + I}{1 - c_U} = \frac{C_{U,aut} + I}{s_U}$$

Anschließend formuliert Kalecki eine Investitionsfunktion, in der die Brutto-Investitionen positiv, aber verzögert von dem (erwarteten) Gewinn abhängen und negativ vom Zinssatz und vom Bestand an Sachkapital. Mithilfe dieser Funktion kann Kalecki das Auftreten von Konjunkturschwankungen erklären: Höhere erwartete Gewinne führen zu mehr Investitionen und diese wiederum zu höheren Gewinnen, was einen Aufschwung auslöst. Durch die gestiegene wirtschaftliche Aktivität steigen dann aber die Zinssätze, und die zusätzlich geschaffenen Produktionskapazitäten belasten die erwarteten Profite aus weiteren Investitionen. Die Investitionstätigkeit lässt daher irgendwann nach, ein konjunktureller Abschwung setzt ein.

Kalecki vernachlässigt allerdings, dass die zusätzlichen Investitionen die Arbeitnehmereinkommen aufgrund höheren Arbeitseinsatzes erhöhen – es gibt bei ihm keinen Multiplikatorprozess. Seine Kreislaufanalyse ist also rudimentär. Ebenso wenig macht Kalecki deutlich, ob er im Rahmen einer vollbeschäftigten oder unterbeschäftigten Wirtschaft argumentiert. Er berücksichtigt nur den Auslastungsgrad des Sachkapitals, der sich mit den schwankenden Investitionen verändert.

In einem weiteren Artikel in polnischer Sprache zeigt er 1935 (früher als Keynes), dass Lohnsenkungen nicht geeignet sind, die Beschäftigung zu erhöhen. Kalecki formuliert dort in bestechender Kürze und Klarheit (1935/1961/1976, S. 70): „Nun ist aber einer aber einer der Hauptzüge des kapitalistischen Systems in der Tatsache zu sehen, daß das, was zum Vorteil eines einzelnen Unternehmens ausschlägt, nicht unbedingt von Vorteil ist für alle Unternehmer als eine Klasse. Wenn ein Unternehmer die Löhne senkt, dann ist er ceteris paribus imstande, auch die

Produktion auszudehnen; wenn aber alle Unternehmer dasselbe tun, so fällt das Ergebnis ganz anders aus."

Wenn nämlich das Lohnniveau (bei unveränderten Preisniveau) allgemein gesenkt wird, sinken die Kaufkraft und die Konsumgüternachfrage der Arbeitnehmer; denn die Unternehmen werden trotz der Lohnsenkung nicht sofort die Produktion erhöhen und dafür mehr Leute einstellen. Sie unterlassen dies, weil die Preise sinken dürften. Sie werden daher abwarten – auch bei den Investitionen, die sie aufgrund der aus einzelwirtschaftlicher Sicht günstigeren Kostensituation geneigt wären zu tätigen (Stimmungseffekt in Keynes´ "Allgemeiner Theorie"(siehe B.II). Werden daraufhin die Löhne erneut gesenkt, es ergibt sich die Spirale von Lohn- und Preissenkungen, die in der Krise 1931 – 32 in allen Ländern gut zu beobachten gewesen sei.

Seine in Polnisch erschienenen „keynesianischen" Überlegungen, die Kalecki unabhängig von Keynes (und z.T. vor ihm) entwickelte, veröffentlichte Kalecki 1935 in erweiterter Form in Englisch (in: Econometrica) und in Französisch (Revue d'Economie Politique, Vol. 49, S. 283-305). Da sie dort als Beiträge zur Konjunkturtheorie bezeichnet wurde, fand Kalecki revoultionärer, wenn auch unvollständiger kreislauftheoretischer Ansatz keine Beachtung.

Ein Jahr später publizierte Kalecki seine konjunkturtheoretische Analyse erneut, diesmal im „Review of Economic Studies" (Kalecki, 1936/37). Inzwischen war Keynes' „Allgemeine Theorie" erschienen und Kalecki hatte sich mit ihr auseinandergesetzt, was ihm dadurch erleichtert wurde, dass er dank eines Stipendiums der Rockefeller-Foundation ab 1936 in Stockholm, London und Cambridge forschen konnte.

In seinem Artikel schreibt Kalecki gleich zu Beginn (S. 77), sein Artikel sei „closely allied to the Keynesian theory". Mit Keynes' Bestimmung des kurzfristigen Gleichgewichts bei gegebenem Kapitalbestand und gegebenen Investitionen stimme er voll überein. Anders sei dies bei der Bestimmung der Investitionen. Da bei Keynes die Investitionen bei gegebenen Renditeerwartungen (Keynes' Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals) nur vom Zinssatz abhängen, gelangt dieser nur zu einer statischen Gleichgewichtslösung.

Kalecki dagegen verwendet seine schon 1933 entwickelte Investitionsfunktion, in der eine negative Rückwirkung des durch die Investitionen höheren Sachkapitalbestandes auf die Investitionen postuliert wird. Daraus resultiert eine dynamische Theorie, die bei geeigneten Parameterwerten (ähnlich wie bei Hicks, 1950 – s.E. VI.2) regelmäßige Schwankungen erzeugt. Statt jedoch sein Modell als eine Dynamisierung des statischen Systems von Keynes herauszustellen, formuliert er, seine Ergebnisse seien „fundamentally different from those of the Keynesiant theory" (S. 77). Da damals die Theorie von Keynes im Mittelpunkt der ökonomischen Diskussion stand, stellte Kalecki sein Modell damit ins Abseits. Denn Keynes' grundlegende Idee war es gerade, nicht der Vielzahl existierender und kontrovers diskutierten Konjunkturtheorien eine weitere hinzuzufügen, sondern die Grundlagen der dahinter stehenden neoklassischen Theorie anzugreifen.

B.V.1.2. Preistheoretische Fundierung

In seinen weiteren Arbeiten befasst Kalecki sich mit Problemfeldern, die Keynes (1936) zwar angesprochen, aber nicht weiter behandelt und analysiert hatte. Das eine Feld ist die preistheoretische Grundlage seiner Theorie, das zweite betrifft die Einkommensverteilung.

Keynes ging an vielen Stellen, darin Marshall folgend, von steigenden Grenzkosten aus, sodass eine höhere Beschäftigung mit höheren Preisen einhergeht. Andererseits argumentiert er in den meisten Kapiteln mit konstanten Nominallöhnen und Preisen, sodass die Unternehmen auf eine steigende Nachfrage nur mit Mengenänderungen reagieren. Das passt nur zu einer im Durchschnitt der Unternehmen horizontalen Grenzkostenkurve, entweder bei sehr vielen Anbietern oder bei einer Zuschlagskalkulation.

Kalecki (1954/1966) dagegen beginnt seine Darstellung der „Theorie der wirtschaftlichen Dynamik" mit einer unorthodoxen Erklärung der Preisbildung in Abhängigkeit von den Produktionskosten. Sein Ansatz lautet (1954/1966, S.11):

„Kurzfristige Preisänderungen können in zwei große Gruppen unterteilt werden: in solche, die hauptsächlich durch Veränderungen der Produktionskosten und solche, die in erster Linie durch Veränderungen der Nachfrage bestimmt werden. Im Allgemeinen sind Preisänderungen von Fertigprodukten „kostenabhängig", während Preisänderungen bei Rohstoffen einschließlich der Grundnahrungsmittel „nachfrageabhängig" sind. Die Preise der Fertigprodukte werden natürlich durch „nachfrageabhängige" Preisänderungen von Rohstoffen in Mitleidenschaft gezogen."

Kalecki betont, dass die „nachfrageabhängige Preisbildung" vor allem bei Rohstoffen und bei Nahrungsmitteln (deren Angebot kurzfristig unelastisch ist) anzutreffen ist, und befasst sich dann ausführlich mit der „kostenabhängigen Preisbildung", wie sie für die Industrie kennzeichnend sei.

Kalecki unterstellt realistischerweise, dass die Produktionskapazitäten der Unternehmen unterausgelastet und dass ihre direkten Produktionskosten, Löhne (W) und Materialkosten (M) je Stück, konstant sind. Für seine kurzfristige Analyse zählt Kalecki die Gehälter der Angestellten zu den produktionsunabhängigen Gemeinkosten. Es macht aber keinen Unterschied für seine Analyse, wenn man, wie heute üblich, auch die Gehälter zu den direkten Produktionskosten zählt. Kaleckis Preisbildungshypothese lautet:

„Bei der Preiserstellung geht die Unternehmung von ihren durchschnittlichen direkten Produktionskosten aus und berücksichtigt überdies die Preise, die andere Produzenten für ähnliche Waren verlangen. Die Unternehmung muss sicherstellen, dass ihr Preis im Verhältnis zu den Preisen anderer Unternehmungen nicht zu hoch ist, denn das würde ihren Umsatz empfindlich einschränken" (ebda, S. 12).

In Symbolen bedeutet dies:

(2.1) $p_i = m_i u_i + n_i \cdot p$ mit $(m>1; 0<n<1)$

Darin bezeichnet u die direkten Produktionskosten je Produkteinheit. m und n sind Koeffizienten, die nur kurzfristig konstant sind. Das Suffix i kennzeichnet das Verhalten des einzelnen Unternehmens. m und n drücken den „Monopolgrad der Position des Unternehmens" (ebda, S. 13)

aus. Die Gleichung (2.1) ist also mit der „sogenannten vollkommenen Konkurrenz" unvereinbar (ebda).

Kalecki zeigt anschließend, dass aus der Gleichung (2.1) für den einzelnen Unternehmer die folgende Gleichung für die Gesamtheit der Unternehmen folgt, wobei alle Größen gewogene Durchschnitte angeben.

(2.2) $p = m \cdot u + n \cdot p$

Aus Gleichung (2.2) folgt:

(2.3) $p = m/(1-n) \cdot u \; und \; p/u = m/(1-n)$

m und n bestimmen den Zuschlagssatz auf die direkten Produktionskosten. Je mehr die Unternehmen im Durchschnitt meinen, eine monopolartige Stellung zu haben, desto weniger zählen für sie die Preise der Konkurrenten, desto kleiner ist n und desto größer ist m.

Durch die Zuschlagskalkulation ist dann auch die Einkommensverteilung zwischen Löhnen einerseits und den anderen Einkommen (einschließlich Gehältern bei Kalecki) bestimmt. Damit kommen wir zu seiner Verteilungstheorie.

B.V.1.3. Kaleckis Verteilungstheorie

Der definitorische Zusammenhang, dass die Bruttowertschöpfung (Y) eines Unternehmens, einer Branche oder der Gesamtwirtschaft sich aus der Lohnsumme (W) sowie den Gemeinkosten (K_G) und Gewinnen (G) zusammensetzt, ergibt die Gleichung (3.1).

$$(3.1)\ Y = W + G + K_G$$

Um den Preisaufschlagsfaktor zu berücksichtigen, bezeichnet Kalecki das Verhältnis der Bruttowertschöpfung (Y) zu den direkten Produktionskosten mit k:

$$(3.2)\ k = \frac{Y + M}{W + M} = \frac{W + M + G + K_G}{W + M}$$

Folglich gilt auch:

$$(3.3)\ \frac{G + K_G}{W + M} = k - 1$$

Dann ergibt sich die Lohnquote als:

$$(3.4)\ \frac{W}{Y} = \frac{W}{W + (k - 1) \cdot (W + M)}$$

Dann bezeichnet Kalecki den Quotienten M/W = j. Damit folgt durch Division des Zählers und Nenners der rechten Seite:

$$(3.5)\ \frac{W}{Y} = \frac{1}{1 + (k - 1) \cdot (1 + j)}$$

Wie zu erwarten, ist die Lohnquote umso niedriger, je höher der Zuschlagssatz. In die gleiche Richtung wirkt ein höherer Materialeinsatz; denn er erhöht die direkten Produktionskosten und bei gegebenem Monopolgrad den Produktionspreis, während sich an der Lohnsumme nichts ändert.

Neben seiner Verteilungsgleichung (3.5) hatte Kalecki auch eine Bestimmungsgleichung für die Profite aus der Kreislaufbeziehung abgeleitet. Aus der zugehörigen Gleichung (1.5) folgt unmittelbar eine Profitquote:

$$(4.1)\frac{P}{Y} = \frac{1}{s_u} \cdot \frac{I}{Y}$$

Diese Kreislaufbeziehung hat jedoch keinen eigenständigen Einfluss, sondern wird von den Verteilungsfaktoren dominiert (S. 51). In Kaldors Verteilungstheorie (siehe E.IV) ist dies genau umgekehrt. Dort liefern die „Verteilungsfaktoren" nur eine Untergrenze für die Lohnquote und eine Obergrenze für die Profitquote. Innerhalb dieser Grenzen dominieren die Kreislaufeinflüsse; sie werden von den betroffenen Arbeitnehmern und Unternehmen hingenommen. Angemerkt sei außerdem, dass bei Kaldor die Arbeitnehmer eine positive Sparquote (s_A) haben, sodass bei ihm in dem Pendant zu Gleichung (4.1) im Nenner auch dieser Quotient steht.

Was geschieht nun in Kaleckis Theorie, wenn die vom Monopolgrad dominierte Verteilungsfunktion gemäß Gleichung (3.5) nicht mit der Profitquote gemäß Gleichung (4.1) übereinstimmt? Die Antwort ergibt sich aus folgender Überlegung: Wenn z.B. die Investitionen aufgrund eines Stimmungsumschwungs bei den Unternehmern oder aufgrund einer bahnbrechenden Erfindung ansteigen, so entsteht zusätzliche Nachfrage, die sich bei unausgenutzten Kapazitäten in einer steigenden Produktion niederschlägt. Dadurch verringert sich die Investitionsquote (I/Y) wieder und aus den Kreislaufzusammenhängen heraus sinkt auch die Profitquote gemäß Gleichung (4.1), nachdem sie zunächst durch die höheren Investitionen angestiegen war.

B.V.1.4. Weitere Beiträge von Kalecki

Zusätzlich zu seiner Erklärung des Entstehens regelmäßig wiederkehrender Konjunkturzyklen aus dem Verhalten der privaten Unternehmen befasst sich Kalecki auch mit den wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Konjunkturzyklen und mit den dahinter stehenden ökonomischen Interessen und Machtverhältnissen. Sehr bekannt ist sein Artikel von 1943 über „Politische Aspekte der Vollbeschäftigung (1943/1987). Dort versucht Kalecki nachzuweisen, dass der Staat einen dauerhaften Zustand der Vollbeschäftigung in einem kapitalistischen System nicht aufrechterhalte, weil die Wirtschaftsführer dagegen seien:

„Das Big Business hat Bedenken gegenüber eine Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung durch Staatsausgaben. Es hat diese Haltung während der großen Depression der dreißiger Jahre klar zum Ausdruck gebracht, indem es sich Experimenten zur Beschäftigungserhöhung einhellig widersetzte – und zwar in allen Ländern mit Ausnahme Nazi-Deutschlands. Es ist nicht leicht, für diese Haltung eine Erklärung zu finden, denn eine Output- und Beschäftigungserhöhung kommt ja klarerweise nicht nur der Arbeiterschaft zugute, sondern auch der Geschäftswelt, da sie deren Profite erhöht. Eine Vollbeschäftigungspolitik, die auf kreditfinanzierten Staatsausgaben beruht, bringt keine zusätzliche Besteuerung mit sich und beeinträchtigt daher die Profite in keiner Weise. In der Depression hungert die Geschäftswelt nach einer Hochkonjunktur" (S. 235).

Kalecki fragt anschließend: „Warum sollte sie einen „synthetischen Boom", wie der Staat ihn zu bieten hat, nicht freudig begrüßen?" und nennt als Antwort mehrere Gründe:

a) Die Wirtschaft ist gegen staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozess, weil – solange der Staat wenig eingreifen kann – die wirtschaftliche Entwicklung vor allem vom „Vertrauen der Wirtschaft" abhängt. Diese Abhängigkeit bedeutet für die Unternehmen eine starke indirekte Kontrolle der Wirtschaftspolitik, denn diese muss alles vermeiden, was das „Vertrauen der Wirtschaft" erschüttert.

b) Da die Beschäftigungspolitik häufig über öffentliche Investitionen betrieben wird, fürchtet die Wirtschaft, die öffentlichen Investoren könnten private Investitionsfelder besetzen und den Unternehmen dort profitable Investitionsmöglichkeiten nehmen.

c) Die Förderung des Massenkonsums (z.B. Steuersenkungen im Bereich niedriger Einkommen oder durch erhöhte Transferzahlungen) verstoße gegen ein „Grundprinzip der kapitalistischen Ethik": „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen, … es sei denn, du verfügst zufällig über privates Vermögen" (1943/1957, S. 237).

d) Bei Annäherung an die Vollbeschäftigung stellten Entlassungen keine wirksame Drohung mehr dar. Dadurch wird die soziale Stellung der Chefs unterminiert, das Klassenbewusstsein der Arbeiter steigt; außerdem steigt ihre Machtposition bei Auseinandersetzungen (z.B. Streiks), und dies kann zu politischen Spannungen führen. Diese aber fürchten die Unternehmer mehr, als sie Profite wünschen: „Arbeitsdisziplin" und „politische Stabilität" sind der Wirtschaft wichtiger als Profite. Ihr Klassenbewusstsein sagt ihnen, dass andauernde Vollbeschäftigung von ihrem Standpunkt aus „ungesund" ist und dass Arbeitslosigkeit ein integraler Bestandteil des normalen kapitalistischen Systems sei (ebda, S. 238).

Zur Stützung dieser macht- und klassenpolitischen Begründung für die Einstellung der Wirtschaft zu staatlichen Interventionen verweist Kalecki auf das nationalsozialistische Regime, dem es gelang, die Bedenken gegen seine Vollbeschäftigungspolitik zu beseitigen. Dafür nennt Kalecki zwei Argumente (ebda, S. 238):

a) „Das Unbehagen gegenüber einer Politik der Staatsausgaben wird im Faschismus durch die Tatsache überwunden, daß die Staatsmaschinerie von einer Partnerschaft aus Großindustrie und faschistischen Emporkömmlingen direkt kontrolliert ist."

b) „Das Unbehagen an den Ausgaben des Staates, sei es für öffentliche Investitionen oder für den privaten Konsum, wird dadurch überwunden, daß sich die Staatsausgaben auf die Rüstung konzentrieren. Daß ´Arbeitsdisziplin´ und ´politische Stabilität´ selbst in der Vollbeschäftigung gewährleistet bleiben, dafür sorgt schließlich die ´Neue Ordnung´, die von der Unterdrückung der Gewerkschaften bis zum Konzentrationslager reicht. Der wirtschaftliche Druck, den die Arbeitslosigkeit ausübt, ist durch politischen Druck ersetzt".

Für demokratische Systeme entwickelt Kalecki dagegen folgende Überlegungen, die zu einem politischen Konjunkturzyklus führen (1943/1987, S. 241):

„In der Depression werden – entweder aufgrund des Druckes der Massen oder auch ohne ihn – kreditfinanzierte staatliche Investitionen getätigt werden, um einer Arbeitslosigkeit großen Ausmaßes vorzubeugen. Heftigen Widerstand der wirtschaftlich Mächtigen wird es jedoch wahrscheinlich dann geben, wenn es zu Versuchen kommt, diese Methode auch zur Aufrechterhaltung des hohen Beschäftigungsniveaus einzusetzen, das während des (der Depression folgenden) Booms erreicht worden ist. … permanente Vollbeschäftigung (ist) überhaupt nicht nach ihrem Geschmack. Die Arbeiter würden „außer Kontrolle geraten" und die Industriekapitäne würden darauf brennen, ihnen „eine Lektion zu erteilen". Dazu kommt, daß während der Hochkonjunktur das Preisniveau steigt und dies für die kleinen und großen Rentiers ungünstig ist, so daß sie der Hochkonjunktur überdrüssig werden.

In dieser Situation wird sich wahrscheinlich eine mächtige Phalanx aus den Interessen des „Big Business" und der Rentiers formieren, und sie wird vermutlich mehr als bloß einen Nationalökonomen finden, der verkündet, daß die Situation sichtlich ungesund ist. Der Druck dieser Kräfte, insbesondere der des „Big Business", würde die Regierung höchstwahrscheinlich dazu bringen, daß sie zu einer orthodoxen Politik zurückkehrt und das Budgetdefizit zurückschraubt. In der Folge würde es dann zu einem Konjunkturbruch kommen, und da würde die Politik der Staatsausgaben wieder in ihrem Element sein".

Im deutschsprachigen Raum hat vor allem Rothschild (1986) die Thesen von Kalecki aufgegriffen und die Abkehr von der Vollbeschäftigungspolitik in Deutschland und vielen anderen Industriestaaten seit dem 1. Ölpreisschock 1973 erklärt (s. dazu auch Kromphardt, 1993, S. 196-198).

B.V.1.5. Resonanz auf Kaleckis Preisbildungs- und Verteilungstheorie

Kaleckis Ansatz, Preisbildung und Verteilung aus strukturellen Gegebenheiten auf der Angebotsseite, die sich im Monopolgrad niederschlagen, zu erklären, hat in der Nachkriegszeit erhebliche Aufmerksamkeit gefunden.

In Deutschland ist besonders Preiser (1961) zu nennen, dessen Theorie eine große Nähe zu der Theorie von Kalecki aufweist. Preiser nennt am Anfang Kaleckis Theorie als eine von zwei „Publikationen, denen die hier entwickelten Thesen am nächsten stehen" (S. 7), geht dann aber nicht im Detail auf Kalecki ein.

In Großbritannien erregten Kaleckis Theorien große Aufmerksamkeit; insbesondere war Joan Robinson von Kaleckis Lehren sehr beeindruckt, nachdem Kalecki diese ab 1936 in Cambridge persönlich vortragen konnte. Kaleckis Betonung der Rolle der Einkommensverteilung und seine Ansätze, ihre Änderungen zu erklären, füllten eine Lücke in Keynes' Theoriegebäude. Keynes (1936) hat zwar an mehreren Stellen auf die Notwendigkeit hingewiesen, zur dauerhaften Herstellung und Bewahrung eines hohen Beschäftigungsstandes die Einkommensverteilung gleichmäßiger zu gestalten, aber bei der Darstellung seiner Theorie setzt er fast durchgängig die Einkommensverteilung konstant. Eine Ausnahme bilden seine Überlegungen in Kapitel 19 seiner „Allgemeinen Theorie" (1936), wie eine Senkung des Lohnniveaus auf Produktion und Beschäftigung wirken würde (siehe B.II.3). Aber auch dort liefert er keine Theorie zur Erklärung der Einkommensverteilung.

Daher haben sich besonders Ökonomen, die in Cambridge studiert und geforscht haben, um die Einbettung von Kaleckis Theorien in das keynesianische Theoriegebäude verdient gemacht. Unter diesen Ökonomen sind sehr viele Italiener, die anschließend an italienische Universitäten lehren oder gelehrt haben (siehe dafür z.B. das von Mario Sebastian (1989) herausgegebene Buch „Kaleckis Relevance Today"). Sawyer (1981) hebt besonders hervor, dass die konventionellen makroökonomischen Ansätze auf der Annahme der vollständigen Konkurrenz beruhen (dies gilt im Übrigen auch für manche neoklassisch inspirierte Keynes-Interpretationen-J.K.). Kaleckis Ansatz dagegen basiere explizit auf oligopolistischen Strukturen.

In Deutschland wird diese Erweiterung der Theorie von Keynes insbesondere von vielen am „Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik" (FMK) beteiligten Ökonomen aufgegriffen, verfeinert und fortgeführt (siehe http://www.boeckler.de/index_netzwerk-makrooekonomie.htm), als Beispiel sei Eckhard Hein (1998) genannt.

Literatur

Hein, Eckhard (1998), Geldpolitik, funktionale Einkommensverteilung und Kapitalakummkulation: Theoretische und empirische Aspekte aus postkeynesianischer Sicht. In: Arne Heise, Hrsg., Renaissance der Makroökonomik. Marburg (Metropolis) 1998, S. 83-113.

Kalecki, Michal (1933/1966/1976), Umrisse einer Theorie des Konjunkturzyklus. 1935 in einer polni-schen Zeitschrift erschienen, 1966 englisch in Kalecki (1966). Deutsch in: Kalecki (1976), S. 41-56 sowie in Kalecki (1987).

Kalecki, Michal (1935/1966/1976), Der Mechanismus des Konjunkturaufschwungs. 1935 in Polnisch erschienen. Erste englische Fassung M. Kalecki (1966). Deutsch in Kalecki (1976).

Kalecki, Michal (1943/1987), Political Aspects of Full Employment.The Political Quarterly, Vol. 14, S. 322-331. Deutsch in: Michael Kalecki (1976) sowie in: Kalecki (1987), S. 235-241.

Kalecki, Michal (1954/1966), The Theory of Economic Dynamics. London (Allen & Unwin) 1954. Deutsch als: Theorie der wirtschaftlichen Dynamik. Wien etc. (Europa-Verlag) 1966.

Kalecki, Michal (1966/1976), Studies in the Theory of Business Cycles, 1933-1939. New York (Kelley Publishers). Deutsch in: Michal Kalecki (1976).

Kalecki, Michal (1976), Werkauswahl, Hrsg. von Karl Kühne, Neuwied (Luchterhand), S. 70-79.

Kalecki, Michael (1987), Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933-1971. Marburg (Metropolis).

Kromphardt, Jürgen (1993), Wachstum und Konjunktur. Grundlagen der Erklärung und Steuerung des Wachstumsprozesses, 3. Aufl., Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

Preiser, Erich (1961), Wachstum und Einkommensverteilung. Heidelberg (Carl-Winter-Universitäts-Verlag).

Rothschild, Kurt (1986), Der Wechsel vom keynesianischen zum neoklassischen Paradigma in der neueren Wirtschaftspolitik. Versuch einer soziologisch-historischen Einordnung. In: H.J. Krupp u.a., Hrsg., Wege zur Vollbeschäftigung. Freiburg (Rombach), S. 107-123.

Sawyer, Malcolm C. (1982), Macro-Economics in Question: The Keynesian-monetarist orthodoxies and the Kaleckian alternative. Brighton (Wheatsheaf Books Ltd.).

Sebastiani, Mario (1989), Hrsg., Kalecki's Relevance Today, Basingstoke & London (Macmillan).

B.V.2. Vordenker in Deutschland

Auch in Deutschland gab es während der Weltwirtschaftskrise Ökonomen, die eine aktive Politik gegen die Massenarbeitslosigkeit forderten und sich nicht von deren neoklassisch begründeter Ablehnung durch die meisten akademischen Ökonomen abhalten ließen, für eine Politik der Arbeitsbeschaffung einzutreten.

Die damalige Diskussion der theoretischen Grundlagen und der Umsetzung der daraus folgenden wirtschaftspolitischen Empfehlungen im Rahmen der institutionellen Restriktionen für eine aktive Wirtschaftspolitik wird in den Bänden I (Teil A), II und III der von Gottfried Bombach u.a. herausgegebenen Studie „Der Keynesianismus" ausführlich geschildert und dokumentiert. Deshalb wird an dieser Stelle auf diese Bände verwiesen.

Gottfried Bombach u.a., Hrsg.:

Der Keynesianismus. Berlin etc. (Springer)

Band I, Teil A: Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. 1976

Band II: Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland. 1976

Band III: Die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland zur Zeit von Keynes. 1981

B.VI. Zeitgenössische Kritiker

B.VI.1. Hayek

Friedrich August von Hayek und seine Auseinandersetzung mit Keynes

Dr. Ulrike Schenk (Berlin)

B.VI.1.1. Biographische Vorbemerkung

August Friedrich von Hayek wurde am 8. Mai 1899 in Wien geboren. Er stammte aus einer sehr angesehenen Akademikerfamilie. Väterlicherseits dominierten die Naturwissenschaftler. So lehrten an der Wiener Universität sein Großvater Zoologie und später sein Vater Biologie. Sein Großvater mütterlicherseits war ein enger Mitarbeiter von Böhm - Bawerk, der die Fami-lie Hayek sehr oft aufsuchte. In der Familie herrschte eine offene geistige Atmosphäre. Dass er von ihr zeitlebens beeinflusst war, zeigt sich unter anderem darin, dass er beide Strömun-gen in seinen späteren sozialphilosophischen Schriften zu verbinden versuchte.

Nach erfolgreicher Ablegung der so genannten „Kriegsmatura" studierte er an der Wiener Universität zunächst Rechtswissenschaft, wobei er aber in der Hauptsache die Vorlesungen von Friedrich von Wieser, Othmar Spann, Ernst Mach und Max Weber besuchte. Nach seiner Promotion zum Dr. juris an der Universität entschloss sich Hayek zum zusätzlichen Studium der Sozialwissenschaften, das er 1923 mit dem Dr. rer. pol. abschloss. (Doktorvater: Wieser) Ein Stipendium ermöglichte es ihm, als Forschungsassistent an der New Yorker Universität zu arbeiten und an der Columbia Universität die Vorlesungen des damals führenden amerika-nischen Konjunkturforschers Wesley C. Mitchell zu hören. Wieder nach Wien zurückgekehrt, gründete von Hayek gemeinsam mit Ludwig von Mises 1927 das Österreichische Institut für Konjunkturforschung, dessen Direktor er bis 1931 war. In dieser Zeit verfasste er seine wich-tigen konjunkturtheoretischen Schriften, die trotz der bescheidenen Ressourcen des Institutes bald internationale Beachtung fanden und ihn schließlich auf Einladung Professor Robbins an die Londoner School of Economics führten.

B.VI.1.2. Hayeks Konjunkturanalyse in „ Preise und Produktion"

In diese Zeit fällt auch die mit John Maynard Keynes geführte Auseinandersetzung. Die Kluft zwischen Hayek und Keynes ist groß. Nicht nur hinsichtlich der ökonomischen Analyseme-thoden, sondern auch in ihren philosophischen Denkrichtungen unterscheiden sie sich vonein-ander. Während sich Hayek in der englischen liberalen Tradition des 18. Jahrhunderts sieht und die gesellschaftlichen Systeme als sich selbstregulierend begreift, ist es nach Ansicht des englischen Ökonomen John Maynard Keynes häufig nötig, deren Funktionstätigkeit durch staatliche interventionistische Maßnahmen zu sichern, die auch auf das Handeln der Individu-en Einfluss nehmen. Während John Maynard Keynes das interventionistische Handeln des Staates legitimiert und sich so von dem individualistisch geprägten Liberalismus seiner engli-schen Vorfahren distanziert, bleibt Hayek dieser Tradition verpflichtet und legitimiert staatli-che Maßnahmen nur insoweit, wie diese die Fähigkeit zur Selbstregulation stärken. Die An-sicht, dass durch ein System flexibler Löhne und Preise der Wettbewerbsprozess gefördert, und dass das Wirtschaftssystem zum

Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung tendiert, ließ Hay-ek zunächst zum Gleichgewichtstheoretiker walrasianischer Prägung werden. Doch die Er-kenntnis über einen im walrasianischen Modell versteckten Zentralismus (vgl. Weizsäcker, C. C.:2005) führte zu einer späteren Revision dieser konstruktivistischen walrasianischen Positi-on (s. Abschnitt 4). An die Stelle des walrasianischen Ansatzes setzt Hayek dann das Konzept einer spontanen Ordnung, das sich nicht mehr vordergründig an den Prinzipien der effizienten Allokation, sondern an jenen der kulturellen Evolution orientiert. (s. Abschnitt 4)

Die Debatte mit Keynes fällt in die dreißiger Jahre und somit in die Zeit der Weltwirtschafts-krise. Im Mittelpunkt standen vor allem Fragen der Konjunkturtheorie und der Konjunkturpo-litik. Wenngleich sich Hayek wie Keynes in ihrer ökonomischen Analyse auf den schwedi-schen Ökonom Knut Wicksell (1851-1926) bezogen und die Divergenz zwischen Geldzins und natürlichem Zins zum Ausgangspunkt ihrer Debatte machten, waren ihre wirtschaftspoli-tischen Schlussfolgerungen entgegengesetzt.

Hayek, der in seinem 1931 veröffentlichten konjunkturtheoretischen Werk „Preise und Pro-duktion" wie der schwedische Ökonom Knut Wicksell zwischen dem natürlichen Zins und dem Geldzins unterscheidet, thematisiert im Unterschied zu letzterem nicht explizit die Ver-änderungen im Preisniveau, sondern die sich hieraus ergebenden Disproportionalitäten zwi-schen Produktions- und Konsumsektor. Galt Hayeks Hauptinteresse in der 1929 erschienen Habilitationsschrift „Geldtheorie und Konjunkturtheorie" noch den monetären Ursachen des Konjunkturzyklus, so ging es ihm nun um das Zusammenwirken von monetärer und realer Sphäre. In der symbiotischen Verknüpfung beider Sphären unterschied sich sein Ansatz von anderen zeitgenössischen monetär-konjunkturtheoretischen Ansätzen, die auf vereinfachten quantitätstheoretischen Vorstellungen beruhten und eine eindeutige Kausalbeziehung zwi-schen Geldmengenänderungen und Änderungen des allgemeinen Preisniveaus aufstellten. Im Unterschied zu diesen vor allem im englischsprachigen Raum vertretenen monetären Ansät-zen diskutiert Hayek die Einflüsse von Geldmengenänderungen auf die relativen Preise und die Produktionsstruktur. Dies war ein theoretisches Novum, das den überwältigenden Erfolg der Monographie „Preise und Produktion" erklärt (Schumpeter, J.A.1954: 1120) und für das er gemeinsam mit dem schwedischen Ökonom Gunnar Myrdal 1974 den Nobelpreis erhalten sollte.

Hayek bedient sich in seinen konjunkturtheoretischen Schriften der traditionellen Gleichge-wichtsanalyse, da „es uns mit [ihrer] Hilfe möglich ist, die große Zahl von Bewegungstenden-zen, die in jedem Wirtschaftssystem in jedem Augenblick wirken, zusammenzufassen" (Hay-ek, F.A. 1928: 247f.). In „Preise und Produktion" bildet eine langfristige Gleichgewichtsposi-tion mit vollausgelasteten Produktionskapazitäten und Vollbeschäftigung der Arbeit nicht nur den Startpunkt, sondern auch den Endpunkt der konjunkturtheoretischen Analyse.

Ungleichgewichtsprozesse ergeben sich bei Hayek aus einer Divergenz von Geld- und natür-lichem Zins. Für das Auseinanderdriften zwischen dem von den Banken festgelegten Geldzins und dem natürlichem Zins gibt es unterschiedliche Gründe. Diskutierte er in seiner Habilitati-onsschrift „Geldtheorie und Konjunkturtheorie" neben einer Erhöhung der Geldmenge und einer erhöhten freiwilligen Spartätigkeit auch den technischen Fortschritt als möglichen Ein-flussfaktor, reduzierte er die Untersuchungen hier auf die ersten beiden Faktoren (vgl.: Hage-mann, H. 1996). Dadurch konnte er sich darauf konzentrieren, einem veränderten freiwilligen Sparverhalten eine Geldmengenausweitung der Zentralbank gegenüberzustellen.

Den Referenzfall seiner Konjunkturanalyse in „Preise und Produktion" bilden Ungleichgewichtsprozesse infolge eines veränderten freiwilligen Sparverhaltens. Aufgrund des veränder-ten freiwilligen Sparverhaltens geht die aktuelle Nachfrage nach Konsumgütern zurück, die Kapitalbildungsquote nimmt zu; dafür muss der Geldzins sinken. Diese Zinssenkung meint Hayek daran ablesen zu können, dass die Konsumgüterpreise relativ zu den Kapitalgüterprei-sen sinken. Dahinter steht die Überlegung, dass wegen der niedrigeren Konsumgüterpreise der Ertrag aus den Investitionen niedriger ausfällt. Setzt man dieser niedrigen Ertragsrate den Zinssatz gleich, erhält man einen niedrigeren Zins. Mit der so abgeleiteten Geldzinssenkung geht eine Senkung der Kapitalkosten einher, was ein Einschlagen längerer Produktionsumwe-ge lohnend macht. Hayek zufolge, der sich hier auf die zins- und kapitaltheoretischen Be-trachtungen des österreichischen Ökonomen Böhm - Bawerks bezieht, werden in langen zeit-raubenden Produktionsumwegen zusätzliche Zwischenprodukte wie Werkzeuge, Hilfsmittel usw. hergestellt, die schließlich zu technisch ergiebigeren Produktionsmethoden führen. Je ausgedehnter die Zeitdauer des Produktionsprozesses ist, desto „kapitalistischer" die Produk-tion. In dem hier beschriebenen Referenzfall erfüllt das Sparen den ihm zugedachten Zweck: durch die Kapitalintensivierung sinken die Stückkosten und die Konsumgüterproduktion steigt an. Sofern keine neue Änderung der (aggregierten) Zeitpräferenz der Wirtschaftssubjek-te eintritt, wird sich die Ökonomie zu einem ergiebigeren Gleichgewicht bewegen und dort verbleiben.

Solange die Ungleichgewichtsprozesse durch ein verändertes freiwilliges Sparverhal-ten der Marktakteure ausgelöst werden, wird sich der Marktprozess also zu einem Gleichge-wicht mit größerem Gesamtprodukt hinbewegen. Anders verläuft dieser Prozess zu einem neuen Gleichgewicht jedoch dann, wenn dieses über eine expansive Kreditschöpfung der Banken bewusst herbeigeführt wird. Zunächst wird eine durch Kreditexpansion herbeigeführ-te Geldmengenerhöhung der Banken, genau wie das höhere freiwillige Sparen der Marktak-teure, zu einer Senkung der Geldzinsen führen. Durch den niedrig gewordenen Geldzins er-höhen sich die unternehmerischen Investitionstätigkeiten und die Produktionsumwege verlän-gern sich. Die noch unveränderte Konsumgüternachfrage trifft nunmehr auf eine verringerte Konsumgüterproduktion. Damit wird ein Konsumverzicht im Ausmaß der von den Investoren zusätzlich beanspruchten Ressourcen erzwungen (erzwungenes Sparen). Die eingetretene Knappheit an Konsumgütern hat Preissteigerungen zur Folge. Damit ist im Aufschwung ein kritischer Punkt erreicht, es entsteht eine Tendenz steigender Konsumgüterpreise und damit steigender Geldzinssätze. Wird die Kreditexpansion nicht verstärkt fortgesetzt, tritt ein gegen-läufiger Prozess ein, der zu einer Abnahme der Kapitalgüternachfrage führen wird. Hayek bezieht sich zur Erklärung des oberen Wendepunktes auf den bereits von Ricardo dargelegten Zusammenhang, nach dem unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung eine Erhöhung der Konsumgüternachfrage mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Kapitalintensität unvereinbar ist. Die durch den Aufschwung induzierte Zunahme nach Konsumgütern wird kürzere Pro-duktionsprozesse zur Folge haben. (Klausinger, Hansjörg 1990: 77).

Der eintretende wirtschaftliche Abschwung ist nach Hayek auf intersektorale Dispro-portionalitäten zurückzuführen. In der Krise werden nun die durch Kreditexpansion herbeige-führten Kapitalfehlleitungen korrigiert und die Nachfragestruktur wird der im Aufschwung aufgebauten Produktionsstruktur wieder angepasst. Die Krise ist nach Hayek zwar ein schmerzhafter, gleichwohl aber notwendiger Prozess.

Von der Geldtheorie seines Mentors Ludwig von Mises geprägt, sieht auch Hayek die Ursa-che konjunktureller Prozesse in einer von politischen Instanzen herbeigeführten künstlichen Senkung der Kreditzinsen unter ein Niveau, das sich auf unbeeinflussten Kapitalmärkten ein-gestellt hätte. Da es den Währungsbehörden in der Realität nur schwer möglich sein wird, das Kreditangebot der Banken jederzeit zu kontrollieren und den Geldzins unter den natürlichen Zinssatz anzusetzen, ist sich Hayek der Nicht - Umsetzbarkeit des sich hierauf gründenden Konzeptes des neutralen Geldes bewusst. Getragen von der Erkenntnis, dass durch eine ex-pansive Kreditpolitik „die realen Knappheitsverhältnisse und damit das ökonomische Problem einfach wegdefiniert werden" (Hayek, F.A. 1984: 26), zieht er den pessimistischen Schluss, dass es sich bei den Konjunkturzyklen um unglückliche, aber notgedrungene Begleiterschei-nungen einer modernen Kreditökonomie handeln muss. Durch das Eintreten des Geldes werde das in der Realsphäre existierende Gleichgewicht immer wieder gestört.

B.VI.1.3. Die Auseinandersetzung über „Preise und Produktion"

Dem großen Erfolg, den das konjunkturtheoretische Werk „Preise und Produktion" gleich bei seinem Erscheinen zu verbuchen hatte, standen zahlreiche kritische Einwände gegenüber, die gegen diesen Ansatz erhoben wurden. Abgesehen von dem Einwand, dass die Politik des neutralen Geldes in der Realität vor allem deshalb schwer durchzusetzen ist, weil niemand die Höhe des natürlichen Zinses kennt und in der Realität lediglich der Geldzins zu beobachten ist, wurde auch scharfe Kritik an dem dieser Politik zugrunde liegendem konjunkturtheoreti-schen Konzept Hayeks geübt.

John Maynard Keynes, der „Preise und Produktion" rezensiert hatte, beurteilte das konjunktu-relle Werk als „frightful muddles" (Keynes, J.M.1931: 252). Keynes abfällige Reaktion, mit der er den konjunkturtheoretischen Ansatz Hayek aufnahm, erklärt sich aus dessen ablehnen-der Haltung, konjunkturelle Prozesse auf durch das Kreditsystem herbeigeführte Ungleichge-wichte zwischen Investitionen und Ersparnissen zurückzuführen.

Keynes, der in seiner 1930 erschienenen Schrift „Treatise on Money" wie Hayek die Diver-genz zwischen natürlichem Zins und Geldzins zum Ausgangspunkt seiner theoretischen Ana-lyse macht, führt diese, im Unterschied zu Wicksell und Hayek, nicht auf unbegrenzte Kredit-vergabe der Banken, sondern auf die Entscheidungen der Vermögensbesitzer zurück, die zwi-schen der Anlage in Spareinlagen, Wertpapieren und Sachinvestitionen wählen müssen. Das vermögenstheoretische Argument, das sich in der „Treatise on Money" schon ankündigte, fand in der 1936 verfassten „General Theory" schließlich sein zinstheoretisches Pendant. Der Zinssatz bestimmt sich in der „General Theory" durch die Liquiditätsneigung der Wirtschafts-subjekte. Die Liquiditätspräferenz hängt einerseits vom Kassenhaltungswunsch für Transakti-onszwecke (Transaktionskasse)und andererseits von dem für Spekulationszwecke (Spekulati-onskasse) ab. Sowohl die Liquiditätsneigung der Akteure als auch deren Erwartungen hin-sichtlich der Rentabilität eines geplanten Investitionsvorhabens bestimmen ihr Investitions-verhalten.

Im Gegensatz hierzu steht die von Hayek vertretene Theorie in Abschnitt 2 geschilderte der Kapitalgüterproduktion. Keynes, der in der General Theory auf den kapitalgütertheoretischen Ansatz eingeht, moniert, dass „Änderungen im Zinsfuß Änderungen in den verhältnismäßigen Preisniveaus von Konsumgütern und Kapitalgütern gleichgesetzt werden." (Keynes, J. M.1936: 162). In Wirklichkeit aber werde durch die veränderten Preisrelationen die Grenz-leistungsfähigkeit

des Kapitals verändert, und deren Sinken habe bei gegebenem Zinssatz eine ungünstige Wirkung auf die Investitionstätigkeit. (ebenda)

Hayek kontert indirekt hierauf in dem mit Keynes Anfang der dreißiger Jahre geführten Briefwechsel. Im Unterschied zu Keynes habe er nicht das Investitionsverhalten einzelner Marktakteure, sondern das Verhältnis von Gesamtinvestitionen und Konsumtion untersucht und Veränderungen der Produktionsstruktur in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen ge-stellt. (Hayek, F.A. 1932a: 260)

Zeitlebens in dem klassischen Investitions- und Sparmechanismus gefangen, war es Hayek unmöglich, auf eine vermögenstheoretische Weiterführung des Wicksell`schen Ansatzes ein-zugehen und diese in seine kapitaltheoretischen Untersuchungen zu integrieren.

Die Kritik von Hayek richtet sich gegen das kapitaltheoretische Defizit in der keynesschen Theorie. Schon in dem mit Keynes intensiv geführten Briefwechsel bemängelt Hayek das Fehlen kapitaltheoretischer Aussagen in dem zweibändigen konjunkturtheoretischen Werk „Treatise on Money". Diese Kritik äußert Hayek auch an der 1936 erschienenen „General Theory". Aus Keynes fehlendem Bezug zu einer Theorie des Kapitals schließt Hayek, der dargelegte Zusammenhang zwischen Unterbeschäftigung und Nachfrage sei „übervereinfacht und eindimensional"(Hayek, F.A. 1984: 12). In selbiger Schrift moniert Hayek auch Keynes vereinfachte Darstellung von Nachfrage und Beschäftigung als Folge seines mangelnden Ver-ständnisses der Faktoren, die die „aufeinanderfolgenden Stufen im Produktionsstrom lenken und abwechselnd Kapitalakkumulation und – dekumulation mit sich ändernden Raten bewir-ken" (Hayek, F.A. 1984:12). „Zwischen beiden Enden [Nachfrage und Beschäftigung] liegt ein elastisches und veränderliches Reservoir, dessen Größe von einer Reihe von Umständen abhängt, die in der Keynesschen Analyse weitgehend vernachlässigt werden."(Hayek, F.A. 1984:12). Hayek begründet aus dem Fehlen des kapitaltheoretischen Bezugs das Scheitern des makroökonomischen Ansatzes und die sich aus den wirtschaftspolitischen Empfehlungen er-gebenden Fehlentwicklungen.

Kritische Einwände gab es auch gegen Hayeks Vorstellung von der Existenz eines einheitli-chen natürlichen Zinssatzes. Vorgebracht wurden diese zunächst von dem italienischen Öko-nomen Piero Sraffa. Das damalige Mitglied des Cambridge Circus wendet gegen das Konzept eines einheitlichen natürlichen Zinssatzes ein, dass jedes Gut über einen eigenen Zinssatz ver-füge und von einer aggregierten Größe nicht auszugehen sei (Sraffa, P. 1932a: 50 f.). In der Replik stimmt Hayek ihm zu und setzt an Stelle des einheitlichen Zinssatzes einen durch die Anzahl der Güter bestimmten Vektor gleichgewichtiger Zinssätze (Hayek, F. A. 1932: 237f.). In der Erwiderung auf Hayeks Replik entgegnet Sraffa, dass Hayeks Konzept eines Vektors gleichgewichtiger natürlicher Zinssätze logisch unvereinbar mit einem Konzept sei, das wie bei Wicksell auf einer Anpassung des Geldzinssatzes an den natürlichen Zinssatz beruhe (vgl. Riese, Hajo 1994).

Die Debatte zwischen Sraffa und Hayek sollte auch in die keynessche Theorie Eingang fin-den. Keynes, der in der „Treatise on Money" Wicksells Konzept eines natürlichen Zinssatzes noch als tragfähig betrachtet und aus ihm wirtschaftspolitische Empfehlungen ableitet, distan-ziert sich hiervon in der 1936 erschienen „General Theory". Im Unterschied zu Piero Sraffa monierte Keynes an dem Konzept des natürlichen Zinssatzes, dass dieses „unbekümmert um das Niveau der Beschäftigung" (Keynes, J. M. 1936: 203 f.) von einem einzigartigen Wert des Zinses ausgehe. Keynes setzt an Stelle dessen das Konzept eines neutralen Zinsfußes (Key-nes, J. M. 1936: 203), den er als Gleichgewichtszins unter den Bedingungen der Vollbeschäf-tigung definiert. Abweichungen von diesem und somit von der Vollbeschäftigungslösung führt Keynes auf eine

unzureichende effektive Nachfrage zurück. Während er den Zustand der Vollbeschäftigung wie die Vertreter der neoklassischen Theorie weiterhin als idealen Zustand aufrechterhält, hält er es dann, wenn die effektive Nachfrage zu niedrig ist, für nötig, dass der Staat mit seinen fiskal- und geldpolitischen Instrumentarien in das Marktgeschehen eingreift (vgl. Klausinger, Hansjörg 1991: 188 f.). Durch eine direkte oder indirekte Nachfragesteue-rung auf Beschäftigung und Produktion kann der Staat positiv Einfluss nehmen.

Diese Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Empfehlungen beruhen drauf, dass für Hay-ek, der sich auf die österreichische Kapitaltheorie stützt, die Arbeitslosigkeit „nicht so sehr eine Funktion der „aggregierten Nachfrage" als vielmehr „der fehlenden Elastizität der Pro-duktionsstruktur" ist (Hayek, F.A. 1984: 17). Dass sich Hayek in seinen frühen preistheoreti-schen Erklärungen auf die Annahme der Vollbeschäftigung bezog und diese als Ausgangs- und Endbedingung der Kreislaufbewegung setzte, wurde ihm von zahlreichen seiner keynesi-anisch orientierten Zeitgenossen vorgeworfen. Hayek, der sich noch in seinen späteren Schrif-ten dieses theoretischen Defizits bewusst war, argumentiert damit, dass die keynessche An-nahme einer „Verfügbarkeit ungenutzter Ressourcen jeder Art die entscheidende Wirkung der Veränderungen relativer Preise aus seiner Darstellung der Zusammenhänge vollständig elimi-niert." (Hayek, F. A. 1984: 26) Wenngleich Hayek die von Keynes Seite geführte Kritik an den Vollbeschäftigungsannahmen somit partiell nachvollziehen kann, sieht er sich der Tradi-tion der klassischen Ökonomie verbunden und hält die Annahme der Vollbeschäftigung wei-terhin aufrecht, um „das Funktionieren des Preismechanismus, die Bedeutung der Verhältnis-se zwischen verschiedenen Preisen und der Faktoren, die zu einer Veränderung dieser Ver-hältnisse führen, zu verstehen." (Hayek, F. A. 1984: 26)

B.VI.1.4. Hayeks Theorie des Wissens

Abgesehen von dem konjunkturtheoretischen Werk „Der Strom der Güter und Leistungen" (1984) ging Hayek in seinen späteren Schriften nur noch sporadisch auf ökonomische Prob-leme ein. Umso mehr verfolgte er dagegen einen sozialphilosophischen Ansatz, mit dem er sowohl das „etatistische" Denken von Keynes als auch die in der Nachkriegsära erstarkten zentralistischen Planungsökonomien angreifen konnte. Bestimmend für diesen Ansatz waren die in den dreißiger Jahren vorgebrachte Kritiken seitens schwedischer Wirtschaftswissen-schaftlern und jene der Kieler Schule am konjunkturtheoretischen Ansatz. So berief sich Hay-ek beispielsweise in seinem sehr bekannt gewordenen, 1937 erschienen Aufsatz „Wirtschafts-theorie und Wissen" explizit auf den schwedischen Ökonom Erik Lindahl, der seine Konjunk-turanalyse vor allem deshalb kritisiert, weil Probleme, die mit Risiken und Ungewissheit ver-bunden sind, nicht in Betracht gezogen wurden. Auch die in einer Debatte mit Hayek Ende der zwanziger Jahre aufgeworfene Frage des Kieler Ökonomen Adolph Lowe, ob es über-haupt möglich sei, eine Konjunkturtheorie im analytischen Rahmen der Gleichgewichtstheo-rie zu formulieren, prägt das spätere sozialtheoretische Denken Hayeks. In dem Aufsatz for-muliert Hayek erstmals seine Theorie zur Wissensnutzung und Wissensgenerierung; dabei stellt er die im allokationstheoretischen Ansatz gesetzte Annahme vollständigen Wissens und vollkommener Informationen in Frage. Hieran anlehnend distanziert er sich vom allokations-theoretischen Preiskonzept und stellt diesem eines gegenüber, in dem die unvollständig wis-senden Akteure durch das System der Preise in verkürzter Form über die mannigfaltig einge-tretenen räumlichen und zeitlichen Veränderungen informiert werden. Der anonyme Koordi-nationsmechanismus, nach Hayek das Spezifikum von Märkten, ist personellen

Strukturen deshalb überlegen, weil weder der einzelne Verstand noch die Vernunft eines Kollektivs be-fähigt sind, das individuelle Wissen aller am ökonomischen Prozess Beteiligten zu erfassen. Solange die Fähigkeit zur Selbstregulierung bewahrt bleibt und seitens des Staats in das Sys-tem der relativen Preise nicht bewusst eingegriffen wird, wird sich der gesellschaftliche Wohlstand erhöhen. Sein schärfstes Plädoyer gegen den Interventionismus verfasste Hayek 1944 mit dem Buch „A road to serfdom".

Seine liberal – ökonomische Auffassungen hinsichtlich einer flexiblen Preis- und Lohngestal-tung wurden durch seine sozialphilosophischen Betrachtungen legitimiert. In denen kon-struierte er in Anlehnung an Alfred Whitehead ein Gesellschaftsmodell, nach dem der gesell-schaftliche Wohlstand auf einer Anpassung an Vorgänge beruht, von denen die Individuen keine Kenntnisse haben. Die Aussage, nach der die Katallaxie, also ein sich durch allgemeine Regeln spontan koordinierendes Tauschsystem, a priori zu einem hohen Wirtschaftswachstum führen wird, stieß schon zu Hayeks Lebzeiten auf zahlreiche Kritik. Karl Popper, der in Ab-grenzung zum strikten Anti - Interventionismus Hayeks von einer Stückwerk –Technologie und Stückwerk – Technik spricht, argumentiert, „dass [nur] eine Minderheit sozialer Instituti-onen bewusst geplant wird, während die große Mehrzahl als ungeplantes Ergebnis menschli-chen Handelns einfach gewachsen ist." (Popper, K. 1965: 52)

Solange die politischen Entscheidungsträger nicht den Anspruch auf eine totale gesellschaftli-che Umgestaltung erheben und sich auf partielle Markteingriffe wie die Durchführung kon-junktur- oder steuerpolitischer Maßnahmen beschränken, ist diesen, so Karl Popper, nicht ablehnend gegenüberzustehen. James Buchanan, der in eine andere Kerbe schlägt, macht Hayek den Vorwurf, das Versagen der spontanen Ordnung nicht gesehen und kein Kriterium für das Auslösen selektiver Intervention geliefert zu haben (Buchanan, J. 1977: 25 f.) Abge-sehen von der Kritik an dem von Hayek vertretenen „evolutionären Teleologismus" und den hiermit einhergehenden Anti – Interventionismus, ist aber auch zu konstatieren, dass er seine früheren zinstheoretischen Überlegungen in die spätere Analyse nicht mehr einbezieht. Misst man Hayek an dem Anspruch seiner eigenen früheren geldtheoretischen Studien, so muss man gegen ihn den Vorwurf erheben, den evolutionären preistheoretischen Ansatz zu Lasten einer Zins- und Beschäftigungstheorie aufgestellt zu haben.

Jüngst stellte C. Christian von Weizsäcker in seinem Artikel „Hayek und Keynes – eine Syn-these" einen Zusammenhang zwischen der keynesschen Unterbeschäftigung und dem evoluti-ven preistheoretischen Ansatze her. Im Unterschied zu den hayekschen Betrachtungen werden auf kurze Sicht geld- und fiskalpolitische Maßnahmen in spontanen Systemen zu Beschäfti-gungseffekten führen. Weizsäcker, der das sozialphilosophische Konzept des spontanen Marktes mit der technisch – analytischen Frage nach der Entstehung und Aufhebung der Un-terbeschäftigung zu verbinden sucht, betrachtet im Unterschied zu Hayek das System der Preise nicht als vollkommen flexibel, sondern als langsam und träge (sticky prices). Die nur langsam reagierenden relativen Preise verzögern eine Anpassung der Marktakteure an die eingetretenen räumlichen und zeitlichen Gegebenheiten. In Situationen kurzfristig eintreten-der Nachfrageänderungen werden diese sich zunächst in Mengeneffekten und erst später in Preiseffekten niederschlagen. Eine Schlüsselrolle kommt bei Weizsäcker daher den Reserve-kapazitäten zu, die sich aufgrund von Nachfrageänderungen ändern werden. Weizsäcker, der das Beschäftigungsproblem durch die technische Größe der Reservekapazitäten zu fassen sucht und damit Aussagen zur Zinstheorie auszuweichen sucht, muss sich somit auch die Fra-ge nach dem Verhältnis zwischen Zinstheorie

und Preistheorie stellen lassen.

Literatur

Buchanan, James (1977), Law and the invisible Hand, in: Buchanan, J.M. (1977): Freedom and Constitutional Contract, College Station and London, S. 25 – 39.

Hayek, F. A.(1928), Das intertemporale Gleichgewichtssystem der Preise und die Bewegun-gen des Geldwertes, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 28, S. 247 – 294.

Hayek, F.A. (1931), Preise und Produktion, Wien: Julius Springer.

Hayek, F.A. (1932a), in: Hrsg. Moggridge, D. (1973), The Collected Writings of J.M. Keynes, Bd. XIV: The General Theory and After, London/Basingstoke, The General Theory and After, Part I, Preparation.

Hayek, F.A. (1932b), Money and Capital: A Reply, in: The Economic Journal, 42, S. 237 – 249.

Hayek, F.A. (1984), Der Strom der Güter und Leistungen, Tübingen: Mohr Siebeck.

Hayek, F. A.(1996), Persönliche Erinnerungen an Keynes und die "Keynesche Revolution", in

Hayek, F, A.(1996), Freiburger Studien, Tübingen: Mohr Siebeck, S.93ff.

Hagemann, Harald (1996), Geld, Technischer Fortschritt und Konjunktur, in: Volker Caspari und Bertram Schefold (1996), Franz Oppenheimer und Adolph Lowe - Zwei Wirtschaftswis-senschaftler der Frankfurter Universität, Marburg: Metropolis – Verlag.

Keynes, J.M. (1931), A pure Theory of Money. A Reply to Dr. Hayek, in: Hrsg. Moggridge, D. (1973), The Collected Writings of J.M. Keynes, Bd. XIV: The General Theory and After, London/Basingstoke, The General Theory and After, Part I, Preparation.

Keynes, J. M.(1936), Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 10. überarbeitete Auflage, Berlin: Duncker & Humblot.

Klausinger, Hansjörg (1991), Theorien der Geldwirtschaft, Berlin: Duncker & Humblot.

Klausinger, Hansjörg (2005), Machlup, Morgenstern, Haberler, Hayek und andere, Marburg: Metropolis – Verlag.

Lowe, Adolph (1926), Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich? Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 24, S. 165 – 197.

Popper, K. R.(1965), Das Elend des Historizismus, 5. verbesserte Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck.

Pribram, K. (1998), Geschichte des ökonomischen Denkens, Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch.

Riese, Hajo (1994), Keynes, Sraffa und die monetäre Theorie der Produktion, in: Matzner, Egon und Nowotny, Ewald (1994): Was ist relevante Ökonomie heute?, Marburg: Metropolis – Verlag.

Schumpeter, J. A. (1954), History of Economic Analysis, London.

Sraffa, Piero (1932a), Dr. Hayek on Money and Capital, in: The Economic Journal, 42 – 53.

Sraffa, Piero (1932b), A Rejoinder, in: The Economic Journal, 42, S. 249 – 251.

Weizsäcker, C. C.(2005), Hayek und Keynes, Eine Synthese, in: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 56, Stuttgart.

B.VI.2. Arthur Cecil Pigou

Pigou (1877-1959) war außerordentlich begabt. Er gewann als Klassenbester der renommierten „Harrow School" ein Stipendium für das berühmte „King's College" in Cambridge, wo er Geschichte, Moralwissenschaften und Nationalökonomie studierte; letzteres vor allem bei Marshall (1842-1924), der „absoluten Autorität" der englischsprachigen Wirtschaftswissenschaften. Bereits 1902 wurde er „Fellow des Kings' College", eine Art Forschungsdozentur mit sehr geringen Lehrverpflichtungen, und als Marshall 1908 die Professur für „Political Economy" in Cambridge aufgab, wurde er mit gerade 30 Jahren sein Nachfolger. In dieser Zeit beendete Keynes gerade seine Dissertation; Pigou stellte ihn als Lektor ein.

Pigou bewunderte Marshall und setzte seine Lehrtradition fort. Seine Devise war: It's all in Marshall. Pigous bedeutendster und nachhaltigster Beitrag zur Volkswirtschaftslehre liegt auf dem Gebiet der Wohlfahrtsökonomie: 1912 und 1920 erschienen seine Bücher zu diesem Thema, mit denen er diesen Zweig der Nationalökonomie mit der Unterscheidung zwischen privaten und sozialen Kosten und Erträgen sowie dem Problem der externen Effekte sowie ihrer Internalisierung etablierte.

Nachhaltigen Einfluss hatten auch seine Überlegungen zu einem System optimaler Besteuerung, das Wohlfahrtseinbußen minimiert. Dabei behielt er das Spannungsverhältnis von distributiven und allokativen Zielen stets vor Augen („A Study in Public Finance", 1. Aufl., 1928).

Einen dritten Schwerpunkt bildet die Analyse gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen, angefangen mit dem Buch „Industrial Fluctuations" (1927). Hier und vor allem bei seiner „Theory of Unemployment" (1933) beschränkte er sich auf die Theorie und war sehr zögerlich, wenn es darum ging, aus seinen langfristig ausgerichteten theoretischen Analysen wirtschaftspolitische Empfehlungen abzuleiten, ganz im Gegensatz zu Keynes, der immer an wirtschaftspolitischen Fragen interessiert war und diese mithilfe der Theorie beantworten wollte.

Diese Scheu zeigen z.B. Pigous Antworten in den Hearings des damals sehr beachteten Macmillan-Committees des britischen Unterhauses (siehe dazu Clarke, 1988, S. 176 ff.) im Jahre 1930, wo er die hohe Arbeitslosigkeit vor allem mit fehlenden strukturellen Anpassungen erklärte.

Pigous Grundeinstellung lässt sich vereinfachend so darstellen, dass sich bei flexiblen Preisen und Löhnen nach einer Krise die Vollbeschäftigung wieder einstellen werde. In diesem Geiste schrieb er in der Weltwirtschaftskrise seine „Theory of Unemployment" (1933), die Keynes in seiner „General Theory" heftig attackierte, weil sie die einzige ausführliche Behandlung der (neo-)klassischen Beschäftigungstheorie bot. Während der allgemeine Konsens dahin ging, die Arbeitslosigkeit sei auf zu hohe Löhne zurückzuführen, unterstrich Pigou vor dem Macmillan-Committee, man könne auch die alternative Erklärung vertreten, „that the real wage is all right but there is not enough demand" (zitiert aus Clarke, 1988, S. 274).

Dies entsprach seiner Formulierung in der „Theory of Unemployment", bei freier Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und vollständig mobilen Arbeitskräften gebe es stets „a strong tendency for wage-rates to be so related to demand that everybody is employed" (1933, S. 252).

Da jedoch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt beschränkt ist, war Pigou bereit, in der Weltwirtschaftskrise 1932 wirtschaftspolitische Empfehlungen mitzutragen, die sich aus Marshall zwar nicht ableiten, aber doch mit ihm vereinbaren ließen.

So entwarf Pigou im Oktober 1932 einen Brief, den er zusammen mit Keynes, einem D.H. Macgregor (seinem Gegenpart als Professor of Political Economy an der Universität Oxford) und drei weiteren Ökonomen unterschreib, an die „Times", in denen diese erläutern, dass in der damaligen Situation der Weltwirtschaftskrise zusätzliche private Ersparnisse nicht den Weg zu höheren Investitionen finden und keine Ressourcen freisetzen, die dafür verwendet werden. Vielmehr gelte in dieser Situation: „… their entry into investment is blocked by lack of confidence". Eine entsprechende Überlegung gelte auch für lokale Gebietskörperschaften: Wenn diese darauf verzichten, z.B. eine Schwimmbad, eine Bücherei oder ein Museum zu bauen, so handeln sie nicht im nationalen Interesse, sondern erhöhten die Arbeitslosigkeit.

Als dieser Brief viele kritische Reaktionen hervorrief, insbesondere einen Brief von vier Professoren der London School of Economics (darunter von Hayek und Lionel Robbins), die sich gegen zusätzliche öffentliche Ausgaben aussprachen, wandten sich die sechs Autoren noch deutlicher gegen die „klassische" Argumentation dieser Professoren, solche Ausgaben würden die verfügbaren Fonds reduzieren, die dann nötig seien, wenn das Vertrauen zurückkehre. Sie fragten: What are these „resources" and „fonds"? Es werde so argumentiert, als bildeten diese einen festen, vorgegebenen Bestand. Diese Vorstellung sei eine Illusion. Schon Adam Smith habe sie begraben, indem er zeigte, dass die in einem Jahr verfügbaren Mittel zur Verwendung für Konsum und Investitionen fast ausschließlich aus dem bestehen, was in diesem Jahr mithilfe menschlicher Arbeit produziert worden sei. Wenn also Arbeit und Kapital brach liegen, kommt diese Produktion gar nicht erst zustande.

Der letzte Absatz ihres Antwortbriefes lautet:

„The purpose of our letter to you was to urge that, while in normal conditions money economy of individuals and groups of individuals means that labour and capital are set to producing capital goods instead of consumption goods, in present conditions it often means that they are reduced to idleness. A reply which, ignoring the conclusive evidence of unemployment statistics, tacitly assumes that this reduction to idleness is impossible, misses the whole point of our contention." (C.W. Vol. 21, S. 140)

Pigou konnte diese Briefe unterschrieben, weil der "state of confidence" schon bei Marshall eine große Rolle spielt. Marshall hatte daraus die wirtschaftspolitische Empfehlung abgeleitet, das Vertrauen müsse wieder hergestellt werden.

Allerdings war Pigou weit davon entfernt, Keynes auf dem Weg zur „General Theory zu folgen und sich seiner Position anzuschließen, dass auch in „normalen" Zeiten (außer bei Vollbeschäftigung) die Höhe von Produktion und Einkommen von der effektiven Nachfrage bestimmt wird und dass die Höhe der Investitionen nicht nur vom „Vertrauen" abhängt, sondern auch von der erwarteten Nachfrage und vom Zinssatz, der vom Geldmarkt bestimmt wird und dort Angebot und Nachfrage nach Kassenhaltung zum Ausgleich bringt, statt die Gleichheit von Investitionen und Vollbeschäftigungsersparnissen herbeizuführen.

Dementsprechend schrieb er 1936 eine vernichtende Kritik zur „General Theory" von Keynes (der ihn dort ebenfalls scharf kritisiert hatte). Er verwies zu Recht auf manche Unklarheiten, die zum Teil daraus resultierten, dass Keynes alle nominalen Größen in Lohneinheiten misst, aber er verliert keine Worte über das Prinzip der effektiven Nachfrage oder die Zinsbestimmung durch die Nachfrage und das Angebot an Geld statt durch das Angebot von Ersparnissen und die Nachfrage nach Investitionen. Pigou schließt mit dem boshaften Satz (S. 132): „We have watched an artist firing arrows at the moon. Whatever be thought of his marksmanship, we can all admire his virtuosity."

Auch später blieb Pigou seiner (neoklassischen) Überzeugung treu, dass bei flexiblen Preisen und Löhnen stets eine Tendenz zum Vollbeschäftigungsgleichgewicht bestehe. Zur weiteren Begründung führte er dafür 1943 den Geldvermögenseffekt ein (dieser wurde später als Pigou-Effekt bezeichnet), ohne darauf zu verweisen, dass Keynes in Kapitel 19 seiner „General Theory" bereits sieben andere, zum Teil gegenläufige Effekte behandelt hatte.

Erst 1950 fand er anerkennende Worte für Keynes' Leistung und gab zu, im Jahre 1936 die Bedeutung des Beitrages von Keynes und seiner Theorie der effektiven Nachfrage nicht erkannt zu haben. Überzeugen von ihr ließ er sich jedoch nicht.

Literatur

Cansier, Dieter (1989): Arthur Cecil Pigou (1877-1959). In: Starbatty, Joachim (Hrsg.), Klassiker der ökonomischen Denkens. 2. Band, München (Beck) 1989.

Clarke, Peter (1988): The Keynesian Revolution in the Making, 1924-1936. Oxford (Clarendon Press) 1988.

Pigou, Arthur C.:

- Wealth and Welfare. London (Macmillan) 1912.
- The Economics of Welfare. London (Macmillan) 1920.
- Industrial Fluctuations. London (Macmillan) 1927.
- A Study in Public Finance. London/New York (Macmillan/St. Martin's) 1928.
- The Theory of Unemployment. London (Cass) 1933.
- Mr. J.M. Keynes' General Theory of Employment, Interest and Money. In: Economica, New Series, Vol. 3 (1936), S. 115-132.
- Economics in Practice. Dt.: Praktische Fragen der Volkswirtschaft. Jena (Gustav Fischer) 1937.
- The Classical Stationary State. In: The Economic Journal, Vol. 53 (1943), S. 343-351.
- Keynes' "General Theory". A Retrospective View. London (Macmillan) 1950.

B.VI.3. Schumpeter

B.VI.3.1. Leben und Werk

Joseph Alois Schumpeter, geboren wie Keynes im Jahre 1883, ist unbestritten neben Keynes einer der zwei bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Schon im Alter von 25 Jahren veröffentlicht er seine Habilitationsschrift „Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie". Darin stellt er die neoklassische statistische Gleichgewichtsanalyse dar und arbeitet heraus, dass diese nicht geeignet ist, evolutorische Entwicklungsprozesse zu erklären. Dazu bedürfe es einer dynamischen Theorie.

Diese liefert er selbst wenige Jahre später mit seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (1912), in deren Mittelpunkt der dynamische, Innovationen durchsetzende Unternehmer steht. Dessen schöpferische Taten schaffen neue Güter, neue Produktionsverfahren, neue Märkte, neue Marktformen usw. und zerstören zugleich Bestehendes („schöpferische Zerstörung"). Dieses Hauptwerk von Schumpeter stellt Heinz Kurz in zwei beigefügten Texten anschaulich und eindringlich vor. (**zur Literatur**

In dem dritten beigefügten Text schildert derselbe Autor Schumpeters wechselvolles Leben (für weitere Biographien siehe Abschnitt IV). Dessen wichtigste Stationen sind

1883 Geburt in Triesch (Mähren), Teil des Habsburger Reiches
1906 Promotion an der Universität Wien (Jura einschließlich Nationalökonomie)
1907 1. Heirat und Arbeit am Internationalen Gerichtshof Kairo
1908 Habilitation mit „Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie"
1909 Professor in Czernowitz, ab 1911 in Graz
1912 Veröffentlichung der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung"
1919 Finanzminister in der 1. Regierung Österreichs nach dem 1. Weltkrieg
1921 – 24 Präsident der Biedermann & Co Bank-AG
1924 Konkurs der Bank. Schumpeter hoch verschuldet
1925 – 32 Professor in Bonn
1926 Tod seiner Mutter, seiner 2. Frau (im Kindbett) und des neugeborenen Sohnes
1932 Professor an der Harvard-Universität
1937 3. Heirat
1937 – 41 Präsident der Econometric Society
1939 Veröffentlichung (nach jahrzehntelanger Arbeit) des voluminösen Werks „Business Cycles – A theoretical, historical and statistical Analysis of the Capitalist Process"
1942 Sein populärstes Werk über „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" erscheint
1948 Präsident der „American Economic Association"
1950 Tod
1954 Schumpeters Witwe veröffentlicht seine unvollendete "History of Economic Analysis"

B.VI.3.2. Schumpeter und Keynes

Schumpeters Ziel, der bedeutendste lebende Ökonom der Welt zu werden, stand nur der seit 1919 durch seine Kritik am Versailler Friedensvertrag bereits weltberühmte Keynes im Wege.

Trotz dieser Konkurrenzbeziehung erkannten beide die Leistungen und Theorien des jeweilig anderen Autors an. So lobte Keynes in seiner „Abhandlung vom Gelde" (1930, dt. 1932) Schumpeters Analyse des Konjunkturzyklus und schreibt zu dessen Begründung der konjunkturellen Schwankungen:

„Abgesehen von den vielen kleinen Gründen für diese Schwankungen unter wechselnden Verhältnissen kann Professor Schumpeters Erklärung der Grundbewegungen uneingeschränkt übernommen werden. Er verweist auf die ‚Neuerungen, die von Zeit zu Zeit von der relativ kleinen Anzahl von ausnahmsweise energischen Geschäftsleuten vorgenommen werden: die praktische Anwendung wissenschaftlicher Entdeckungen und mechanischer Erfindungen, die Entwicklung neuer Formen der Organisation von Industrie und Handel, die Einführung unbekannter Erzeugnisse, die Eroberung neuer Märkte, die Ausbeutung neuer Quellen, die Auffindung neuer Handelswege und dergleichen. Veränderungen dieser Art wandeln, wenn sie in großem Umfang vorgenommen werden, die Fakten, auf denen die Masse der geschäftlichen Routiniers ihre Pläne aufbaute'." (1932, S. 321)

Schumpeter seinerseits beschließt im Jahre 1930, sein fast fertiges Buch über „Das Wesen des Geldes" nicht zu veröffentlichen. Dazu mag Schumpeters Erkenntnis beigetragen haben (so vermutet auch Heinz Kurz), dass sein Buch in der vorliegenden Form einem Vergleich mit Keynes' „Abhandlung von Gelde", die sofort weltweite Aufmerksamkeit fand, nicht standhalten konnte.

In den 1930er Jahren arbeitet Schumpeter weiter an seinem Buch über die Konjunkturzyklen; dabei verliert er sich in der Sammlung und Einordnung unzähliger statistischer und historischer Fakten, sodass es erst 1939 erscheint. Das Werk fand kaum Beachtung; denn 1936 hat Keynes sein Hauptwerk, die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und der Geldes". Darin entwickelt er eine neue makroökonomische Theorie, deren Ziel es ist, die schon in den 1920er Jahren weit verbreitete, chronisch hohe Arbeitslosenquote und ihren katastrophalen Anstieg während der Weltwirtschaftskrise (1929 – 1933) zu erklären. Diese „keynesianische Revolution" dominiert die Diskussion.

Die Bedeutung und den Beitrag dieses Werkes zur Volkswirtschaftslehre verkennt Schumpeter zunächst völlig. In seiner Besprechung im „Journal of the American Statistical Association" (Vol 21, 1936) bezeichnet er Keynes zunächst als einen der brillantesten Köpfe, die jemals ihre Energie auf ökonomische Probleme verwendet haben; dann aber kritisiert er sein Buch heftig, vor allem mit drei Argumenten. Erstens suche er, eine Theorie zu entwickeln, die seine wirtschaftspolitischen Empfehlungen untermauern soll (was zutrifft). Dies bezeichnet sich als „unheilige Allianz", die nichts mit Wissenschaft zu tun habe. Diese Sichtweise ist jedoch sehr einseitig und lässt erkennen, dass Schumpeter die wirtschaftspolitische Einstellung von Keynes missbilligt. Er war nämlich überzeugt, dass alle Krisen Reinigungskrisen seien, die man wirken lassen müsse.

Zweitens wendet Schumpeter ein, Keynes vernachlässige bei seiner Erklärung der Investitionen die zentrale Rolle der Innovationen. Dies tut Keynes in der Tat, aber er will ja auch keine Konjunktur- und Krisentheorie entwickeln, sondern die Möglichkeit einer dauerhaften Unterbeschäftigung begründen.

Drittens kritisiert Schumpeter Keynes�much Verwendung einer statischen Gleichgewichtsanalyse, die ungeeignet sei, um dynamische Entwicklungsprozesse zu beschreiben. Dies ist zutreffend; Schumpeter übersieht aber, dass eine dynamische Theorie ohne ein statisches Gleichgewichtssystem kaum auf eine feste Grundlage zu stellen ist.

Schumpeter übersieht bei seiner Kritik völlig, dass Keynes‘ makroökonomischer Ansatz ihm und überhaupt der Konjunkturtheorie ein Instrumentarium liefert, die komplexen Zusammenhänge und Interdependenzen zwischen den gesamtwirtschaftlichen Aggregaten herauszuarbeiten und zu präzisieren. Dementsprechend verständnislos und enttäuscht stand er dem Enthusiasmus gegenüber, mit dem sich die jüngeren Ökonomen seinerzeit mit der „General Theory“ von Keynes auseinandersetzten.

In seinen zehn Jahre später kurz nach dem Tod von Keynes im Jahre 1946 geschriebenen Würdigung von dessen Leben und Werk wird er der „Allgemeinen Theorie“ von Keynes etwas gerechter, aber er spricht ihr die Berechtigung ab, als „allgemein“ bezeichnet zu werden (S. 286). Er interpretiert sie stattdessen als „economics of depression“, also nur für eine bestimmte Situation gültig. Die Bedeutung der „Allgemeinen Theorie“ für die Entwicklung der Volkswirtschaft als Wissenschaft vermag er nicht anzuerkennen.

Diese Abwehrhaltung ist umso bedauerlicher, als Schumpeter und Keynes in mindestens zwei wichtigen Punkten übereinstimmen, die mit der (neo-)klassischen Tradition brechen:

1. Sparen ist keine Voraussetzung für Investitionen. Vielmehr werden diese im Wesentlichen finanziert durch Bankkredite und führen bei Vollbeschäftigung zu erzwungenem Konsumverzicht (= Sparen) durch steigende Preise oder – bei Unterbeschäftigung – zu höheren Einkommen (Multiplikatorprozess). In diesem Prozess steigen die Ersparnisse. Fazit bei beiden Autoren: Die Investitionen bestimmen die Ersparnisse, nicht umgekehrt.

2. Die Unternehmerentscheidungen über Investitionen, Produktion und Beschäftigung sind die treibende und bestimmende Kraft der kurzfristigen und langfristigen Entwicklung.

B.VI.3.3. Literatur zu Schumpeter

Harris, Seymour (1951) Hrsg., Schumpeter. Social Scientist. Cambridge (University Press). Mit Beiträgen seiner damaligen Kollegen und Schüler.

Kurz, Heinz (2012a) „Zum 100. Geburtstag von Joseph Schumpeters „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung". FAZ-Blog – **zum Artikel**

ders (2012b), Die Rastlosigkeit des Kapitalismus: Schumpeter und die Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung – **zum Artikel**

ders (2012c), Joseph Schumpeter: Ein wechselvolles Leben. FAZ-Blog – **zum Artikel**

ders (2005), Joseph A. Schumpeter. Ein Sozialökonomie zwischen Marx und Walras. Marburg (Metropolis).

Kurz, Heinz / Sturn, Richard (2011), Schumpeter für Jedermann. Von der Rastlosigkeit des Kapitalismus. FAZ-Verlag, Frankfurt.

März, Eckhard (1989), Joseph Alois Schumpeter (1883 – 1946). In: Starbatty, Joachim, Hrsg., Klassiker des ökonomischen Denkens. Band II, S. 251 – 272.

McCraw, Thomas (2007), Prophet of Innovation. Joseph Schumpeter and Creative Destruction. Cambridge (Mass) und London (Harvard University Press). Deutsch: Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie. Hamburg (Murmann) 2009.

Schumpeter, Joseph A. (1946), John Maynard Keynes (1883 – 1946). "The American Economic Review" Vol. 36. Wieder abgedruckt in: ders, Ten Great Economists. From Marx to Keynes. London (Allen & Unwin), 1951.

Swedberg, Richard (1991): Joseph A. Schumpeter. His Life and his Work. Princeton (University Press). Deutsch: Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie. Stuttgart (Klett – Cotta).

B.VII. Renaissance der „General Theory“

1. Wiederentdeckung der „General Theory“

Für einige Zeit schien dank des Siegeszuges des Monetarismus, der Angebotsökonomie sowie der „Neuen Klassischen Makroökonomie“ die „General Theory“ von Keynes – auch in der Version ihrer neoklassischen Uminterpretation in der neoklassischen Synthese (s. die Rubrik: Von der neoklassischen Synthese zur AS/AD-Analyse) – in der Theoriediskussion nur noch dogmengeschichtliche Bedeutung zu haben. Diese Einstellung zur Theorie von Keynes änderte sich schlagartig, als 2007 die weltweite Finanzkrise ausbrach und rasch auf die Realwirtschaft durchschlug. Fast in allen Industriestaaten reagierte die Wirtschaftspolitik mit geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen zur Stützung der Nachfrage. Dadurch gelang weithin, die negativen Auswirkungen der Finanzkrise in Grenzen zu halten – ganz im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise (siehe Rubrik B.I).

Dieser Erfolg stimmte manche Ökonomen nachdenklich, die vorher nur die Mainstream-Ökonomie ernstnahmen.

Unter Keynesianern dagegen setzten schon in den 1960er Jahren Bemühungen ein, die Theorie von Keynes aus der neoklassischen Umklammerung zu befreien. Diese Bemühungen, die mit dem Namen Clower und Leijonhufvud verknüpft sind, werden in der Rubrik CIV (Befreiung aus der neoklassischen Umklammerung) geschildert. In der Wirtschaftspolitik dominierten Monetarismus und Angebotsökonomie. Dies begann sich in den 1980er Jahren zu ändern, nachdem deren Wirtschaftskonzepte nicht die versprochenen Erfolge gebracht hatte.

Die Bewegung zurück zur Theorie von Keynes begann auf breiter Front in den 1980er Jahren, angeregt durch den 100. Geburtstag von Keynes im Jahr 1983 und die 50. Wiederkehr des Erscheinens der „General Theory“ im Jahre 1986. Zahlreiche Sammelbände beschäftigten sich intensiv mit diesem Werk und seiner aktuellen Relevanz.

Dies zeigt die folgende Aufstellung:

1.1: Sammelbände in deutsch

Zinn, K.G. (Hrsg.): Keynes aus nachkeynesscher Sicht. Zum 50.Erscheinungsjahr der „Allgemeinen Theorie“ von John Maynard Keynes. Wiesbaden (Deutscher Universitäts-Verlag), 1988.

Hagemann, H./Steiger, O. (Hrsg.): Keynes’ General Theory nach fünfzig Jahren. Berlin (Duncker & Humblot), 1988;

Auch das Buch von Christian Jäggi, Die Makroökonomik von Keynes (Berlin etc. Springer, 1986) fällt in diese Phase der Rückbesinnung.

1.2: Sammelbände in englischer Sprache:

Butkiewicz, J./Koford, K.(Hrsg.): Keynes'Economic Legacy. Contemporary Economic Theories. New York etc. (Praeger), 1986;

Eltis,W./Sinclair, P. (Hrsg.): Keynes and Economic Policy: The Relevance of the General Theory after Fifty Years. Basingstoke (Macmillan) 1988;

Hamouda, O./Smithin, J. (Hrsg.): Keynes and Public Policy after Fifty Years. Aldershot (Edward Elgar),Vol. 1 und 2, 1988;

Hillard, J. (Hrsg.): J.M. Keynes in Retrospect. The Legacy of the Keynesian Revolution. Aldershot (Edward Elgar), 1988;

Sinclair, P. (Hrsg.): Prices, Quantities and Expectations: Keynes and Macroeconomics in the Fifty years since the Publication of the General Theory. Oxford etc. (Oxford University Press,Clarendon Press), 1987;

Worswick, D./Trevithick, J. (Hrsg.): Keynes and the Modern World: Proceedings of the Keynes Centenary Conference, King's College, Cambridge. Cambridge etc. (Cambridge University Press), 1983;

Alle genannten Bände stehen grundsätzlich positiv zur "General Theory". Eine Ausnahme bildet:

Yeager, L et al (Hrsg.): Keynes's General Theory Fifty Years on: Its Relevance and Irrelevance to Modern Times. London (Institute of Economics Affairs) 1986.

In diesem von einem betont konservativen Institut herausgegebenen Band steht die angebliche Irrelevanz im Vordergrund. Milton Friedman immerhin nennt in seinem Beitrag die „General Theory" „a great book", und betont u.a., Keynes sei ein „Marshallian", der nicht wie ein Walrasianer ein allgemeines und abstraktes System simultaner Gleichungen errichten wollte, sondern eine einfache, fruchtbare Theorie. Er meint allerdings, Keynes sei durch die Erfahrung widerlegt.

1.3 In der gleichen Zeit hatten im angelsächsischen Sprachraum u.a. Victoria Chick in ihrem Band „Macroeconomics after Keynes. A Reconsideration of the General Theory (Oxford, Philip Alan, 1983) und Peter Howitt in seinem Artikel „The Keynesian Recovery" (Canadian Journal of Economics, Vol.19, 1986, S.626-641, wiederabgedruckt in Howitt, Peter, The Keynesian Recovery and other Essays. New York etc. (Philip Alan), S. 70-85) weiter daran gearbeitet, die ursprüngliche Lehre von Keynes herauszuarbeiten, von der neoklassischen Uminterpretation zu befreien und dadurch zu einer „Keynesian Recovery" beizutragen.

2 Fortsetzung der wissenschaftlichen Diskussion in den 1990er Jahren

Auch das nächste Jubiläum (1996 = 60 Jahre „General Theory") bot wieder Anlass, über die aktuelle Bedeutung der „General Theory" zu diskutieren und die Ergebnisse in Konferenzbänden zu publizieren. Insbesondere zu nennen ist Sharma, Sumitra (Hrsg.), John Maynard Keynes. Keynesianism into the Twenty-First Century. Cheltenham/Northampton (Edward Elgar) 1998. In diesem Sammelband schreiben 19 Autoren über die Kernideen der „General Theory" und ihre heutige Relevanz. Den Tenor des Bandes bringt Thirwall durch seinen Beitrag „The Renaissance of Keynesian Economics" zum Ausdruck.

Hervorzuheben ist auch der relativ kurze Artikel eines der führenden Monetaristen, Allan Meltzer, über „The General Theory after Sixty Years" (Journal of Post Keynesian Economics. Vol. 19 (1996), S. 35-45). Meltzer nennt als die wichtigsten Einsichten von Keynes die Bedeutung von Unsicherheit und Erwartungen, die Entwicklung von Institutionen, die die Unsicherheit reduzieren, und die zentrale Rolle der Investitionen. Keynes' Vorschläge zur Konjunktursteuerung hält er demgegenüber für zweitrangig, und er lehnt sie überwiegend ab.

In dieser Zeit wurde auch die tiefschürfende und ausführliche, zwei Bände umfassende, von Harcourt und Riach herausgegebene Auseinandersetzung mit der „General Theory" unter dem Titel „A Second Edition of the General Theory" (London & New York, Routledge,1997), publiziert. In diesem Werk legen namhafte Autoren Überlegungen für eine zweite Auflage der „General Theory" vor. Diese Veröffentlichung wurde durch Äußerungen von Keynes angeregt, er wolle Fußnoten zu seinem Hauptwerk verfassen, wozu er aber nicht mehr kam. Wegen dieser Anknüpfung beziehen sich die meisten Beiträge jeweils auf ein bestimmtes Kapitel der „General Theory".

3 Wichtige wissenschaftliche Veröffentlichungen im 21. Jahrhundert

3.1. Eine neuere Quelle zur aktuellen Interpretation der Theorie von Keynes bietet der umfangreiche, von John King herausgegebene Band „The Elgar Companion to Post Keynesian Economics" (Cheltenham Northampton, MA, Edward Elgar, 2003), der zu Keynes und zu seiner Theorie u.a. folgende Stichwörter behandelt:

Treatise on Probability; Keynes' Treatise on Money; Cambridge Economic Tradition; Say's Law; Keynes' General Theory; Effective Demand; Endogenous Money; Employment; Wages and Labour Markets

Dieser Band enthält außerdem Stichwörter zu Varianten des Keynesianismus, die sich bei der Weiterentwicklung dieser Theorie ergeben haben (s. dazu die Rubrik „Weiterentwicklung des Keynesianismus").

3.2. 2006 erfuhr Keynes die Ehre, in dem von R. Backhouse und B. Bateman herausgegebene Band „The Cambridge Companion to Keynes" (Cambridge, University Press) gewürdigt zu werden. Dieser Band ist Teil einer langen Reihe von „Companions", in der vor allem Philosophen von Aristoteles über Kant bis Wittgenstein und Habermas vorgestellt werden, aber auch Naturwissenschaftler (Galilei, Newton) und Sozialwissenschaftler. Von den Nationalökonomen sind bisher nur Adam Smith, John Stuart Mill, Marx und Keynes in diese Reihe aufgenommen worden.

Aus ökonomisch-theoretischer Perspektive ist in diesem Band besonders der Beitrag von Axel Leijonhufvud „Keynes as a Marshallian" hervorzuheben, in dem die tiefe Verwurzelung von Keynes in der Theorie von Marshall betont und ihre Konsequenzen für die Interpretation von Keynes' Theorie aufgezeigt werden.

Auch weitere Beiträge zu diesem Band behandeln die „General Theory" aus jeweils einem bestimmten Blickwinkel: Roger Backhouse: The Keynesian Revolution; David Laidler: Keynes and the Birth of Modern Macroeconomics; Bradley Bateman: Keynes and Keynesiansm. Die übrigen

Beiträge beschäftigen sich stärker mit der vielschichtigen Person von Keynes und sind daher als Beiträge zur Biographie von Keynes in der Hauptrubrik „Leben und Werk" in der Rubrik „Biographien" genannt.

3.3. Ebenfalls 2006 hat Paul Krugman, der amerikanische Nobelpreisträger und überzeugte Anhänger von Keynes, die „General Theory" neu herausgegeben und dazu eine mehrseitige Einführung geschrieben. Um Krugmans Überlegungen den Nutzern unserer Website leichter zugänglich zu machen, hat die Keynes-Gesellschaft sie von Frau Dipl.-Vw. Stephanie Schneider übersetzen lassen und die Einleitung hier eingestellt.

In dieser Einleitung – schreibt Krugmann – behandle ich fünf die Allgemeine Theorie betreffende Kernpunkte. Der erste ist die Botschaft des Buches – etwas, das durch das Buch selbst klar sein sollte, aber was oft verschleiert wurde von denen, die ihre Ängste und Hoffnungen auf Keynes projizieren. Der zweite ist die Frage, wie Keynes es geschafft hat: Warum hatte er, wo andere versagt haben, Erfolg dabei, die Welt davon zu überzeugen, ökonomische Ketzerei anzuerkennen? Drittens behandele ich die Frage, wie viel von der Allgemeinen Theorie in der heutigen Makroökonomie noch vorhanden ist: Sind wir nun alle Keynesianer oder haben wir entweder Keynes' Vermächtnis verdrängt oder, wie einige sagen, verraten? Der vierte ist die Frage, was Keynes misslang und warum. Schließlich werde ich darüber sprechen, wie Keynes die Volkswirtschaftslehre und die Welt veränderte.

Einleitung als pdf-Datei - (komplette Druckversion) 

Hinzuweisen ist auch auf das von Tom Cate herausgegebene Buch „Keynes General Theory Seventy Years Later" (Cheltenham, Northhampton MA, Edward Elgar, 2011) mit einem tiefschürfenden Beitrag von Elke Muchlinsky über „Keynes Economic Theory - Judgment under Uncertainty" sowie auf die ebenfalls von Thomas Cate (zusammen mit Geoff Harcourt und David Colander) 1997 herausgegebene alphabetisch sortierte „Encyclopädia of Keynesian Economics (Cheltenham / Northhampton MA, Edward Elgar) mit rund 200 Einträgen zu ökonomischen Stichwörter und zu den Namen von (überwiegend angelsächsischen) Autoren.

4 Rückkehr zu keynesianischer Wirtschaftspolitik?

Keynes war immer bestrebt, seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen in der tatsächlich betriebenen Wirtschaftspolitik zur Geltung zu bringen. Dieses Ziel verfolgen auch die Keynesianer, die überwiegend die ökonomische Theorie nicht als Selbstzweck (l'art pour l'art) betreiben, sondern die helfen wollen, die aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme zu lösen. Dies waren in Keynes' Augen zuerst die Folgen zu hoher Arbeitslosigkeit, zu anderen Zeiten (der Vollbeschäftigung) aber auch die Inflation, deren negative Folgen Keynes für sehr ungerecht verteilt hielt, weswegen er Inflation missbilligte.

Diesen Drang, auf die wirtschaftspolitische Diskussion und die Wirtschaftspolitik Einfluss zu nehmen, spürten auch viele Ökonomen, die sich auf die Theorie von Keynes stützten und entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen forderten.

4.1 Wichtige englischsprachige Publizisten:

Zu den wichtigsten Autoren, die eine von Keynes‘ Theorie gestützte Orientierung der Wirtschaftspolitik forderten, gehören im angelsächsischen Raum die Nobelpreisträger James Tobin (1918-2002) und Robert Solow sowie im 21. Jahrhundert insbesondere Paul Krugman sowie Robert Skidelsky.

Paul Krugman beeinflusst die öffentliche Diskussion vor allem durch seine regelmäßigen Kolumnen in der Zeitschrift „News Week“ (http://www.newsweek.com/search/site/paul%2520krugman).

Um zu dokumentieren, in welchem geistigen Klima und mit wie viel ideologischen Ballast und Vorurteilen die wirtschaftspolitische Diskussion in den USA geführt wird, zitiere ich den ersten Absatz seiner Einleitung zu der Neuausgabe der „General Theory“.

„Im Frühjahr 2005 wurde ein Gremium von konservativen Wissenschaftlern und führenden Politikern gebeten, die gefährlichsten Bücher des 19ten und 20sten Jahrhunderts zu identifizieren. Sie bekommen eine Vorstellung von den Neigungen des Gremiums durch die Tatsache, dass sowohl Charles Darwin als auch Betty Friedan oben auf der Liste rangierten. Aber die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes hat es auch sehr weit gebracht. John Maynard Keynes schlägt tatsächlich V.I. Lenin und Frantz Fanon. Keynes, der im oft zitierten Schlusssatz seines Buches erklärte, dass es früher oder später Ideen sind, nicht erworbene Rechte, von denen die Gefahr kommt, sei es zum Guten oder zum Bösen, würde vermutlich erfreut gewesen sein.“

Als zweiter wichtiger Kämpfer für eine keynesianische Orientierung der Wirtschaftspolitik ist Robert Skidelsky zu nennen, ein britischer Wirtschaftshistoriker, der sich zuerst als Autor der voluminösen, dreibändigen Biographie von Keynes hervorgetan hat (siehe die Rubrik „Biographien“ in der Hauptrubrik „Keynes Leben und Werk“).

Anschließend engagiert sich Skidelsky in vielen Vorträgen und Veröffentlichungen für die Umsetzung der theoretischen Einsichten von Keynes in die praktische Wirtschaftspolitik. Zu nennen ist hier vor allem sein Buch mit dem programmatischen Titel „Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert“. München (Kunstmann) 2010. Englischer Originaltitel: „The Return of the Master“ (New York Perseus Books, 2010) sowie sein Artikel “The Relevance of Keynes” im Cambridge Journal of Economics (Vol. 35, 2011, S. 1-13).

Einen Anspruch auf Wirkung in die wirtschaftspolitische Debatte hinein hat auch das von Backhouse, Roger / Batman, Bradley veröffentlichte schmale Buch „Capitalist Revolutionary. John Maynard Keynes.“ (Cambridge, Mass; London (Harvard University Press) 2011. Die Autoren bezeichnen Keynes als „revolutionären Kapitalisten“ und beleuchten auf 185 Seiten die vielen Seiten der Keynesschen Revolution und kritisieren, dass diese besonders in den USA offenbar weithin auf die Forderung nach aktiver Fiskalpolitik reduziert wird, unter Vernachlässigung anderer Aspekte seines vielschichtigen Hauptwerks.

Eine ausführliche und sehr positive Besprechung des Buches durch Elke Muchlinski (Mitglied der Keynes-Gesellschaft) finden Sie unter http://www.springerlink.com/content/81612528u225604u/?MUD=MP“. Dieser positiven Beurteilung ist weitgehend zuzustimmen. Eine Aussage des Buches auf S. 137, wonach Keynes in seinen letzten Jahren erklärt habe, er befürworte staatliche Haushaltsdefizite nicht, ist allerdings allzu verkürzt; denn Keynes forderte in Krisenzeiten zusätzliche kreditfinanzierte öffentliche Ausgaben, allerdings wollte er damit auch halbstaatliche

Organisationen beauftragen, deren Neuverschuldung dann außerhalb des staatlichen Budgets verblieben wäre.

Bei James Tobin ist besonders hervorzuheben, dass er sich energisch gegen die seit den 1990ern Jahren sehr erfolgreiche erneute Uminterpretation des Adjektivs „keynesianisch" durch die „Neue keynesianische Ökonomie" (New Keynesian Economics") zur Wehr setzt (siehe zu dieser Theorierichtung den Abschnitt E.I.3 in der Rubrik „Strömungen des Keynesianismus"). Seine prägnantesten Ausführungen dazu finden sich in seinem Artikel „Price Flexibility and Output Stability: An Old Keynesian View" im „Journal of Economic Perspectives", Vol. 7 (1993), S. 45-65:

Robert Solow setzt sich seit Langem dafür ein, die Beschränkung der makroökonomischen Analyse auf die Angebotsseite zu überwinden. Solow ist der Begründer der neoklassischen Wachstumstheorie (Solow, 1956), und er hat später mehrfach bedauert, damals selbst diesen Fehler gemacht zu haben. Für deutsche Leser sei zu diesem Thema auf Solows Beitrag „Die Beschränkung der makroökonomischen Diskussion überwinden" in dem von Ronald Schettkat und Jochen Langkau herausgegeben Sammelband „Aufschwung für Deutschland (Bonn, Dietz, 2007) hingewiesen, in dem auch andere international renommierte Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik in Deutschland plädieren.

Die große Bedeutung von Keynes für die makroökonomische Theorie und Politik betont auch Peter Clarke in seinem 2009 erschienen Buch „Keynes. The 20th Century Most Influential Economist." (London / Berlin / New York, Bloomsbury, 2009). Clarkes Beschreibung des Lebens und Werkes von Keynes bricht allerdings 1936 ab und springt dann in die Nachkriegszeit und diskutiert und diskutiert dort z.B. die Möglichkeit, die Staatsschuldenquote durch Wachstum und Inflation zu verringern.

Einen Hinweise verdient auch das von Paul Davidson herausgegebene „Journal of Post-Keynesian Economics", das besonders die postkeynesianische Sichtweise (siehe dazu die Unterrubrik E.I. 2 in der Rubrik „Strömungen des Keynesianismus") vertritt. Aus einer der von diesem Journal mitfinanzierten Konferenzen ging der von M. Forstater und Randall Wray herausgegebene Band „Keynes for the Twenty-First. Century The Continuing Relevance of the General Theory" (New York, Basingstoke, Palgrave Macmillan) hervor.

4.2 Keynesianische Wirtschaftspolitik für Deutschland

In Deutschland wird eine auf Keynes' Theorie gestützte Wirtschaftspolitik von einzelnen Autoren und von mehreren Institutionen gefordert. Zu nennen sind vor allem:

- Das von Gustav Horn geleitete „Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung" im Rahmen der Hans-Böckler-Stiftung. Dieses Institut veröffentlicht fortlaufend IMK Reports, Working Paper, Policy Briefe und Studies (http://www.boeckler.de/imk_2733.html).

- Die Abteilung „Wirtschafts- und Sozialpolitik" der Friedrich-Ebert-Stiftung. Auch sie veröffentlicht regelmäßig die Reihen WISO direkt" und „WISO Diskurs (http://www.fes.de/wiso/content/publikationen.php).

- Der bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angebundene „Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik" organisiert 2x jährlich Tagungen, in denen Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspolitiker miteinander diskutieren.

- Die Keynes-Gesellschaft, die mit ihrem jährlichen Preis für Publizistik Journalisten auszeichnet, die für ihre Analyse (auch keynesianische) Überlegungen und Einsichten einbezieht.

- Neuerdings finden in den DIW-Wochenberichten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) keynesianisch inspirierte Kreislaufzusammenhänge wieder Beachtung (siehe z.B. den Wochenbericht 26/2013 vom 24.6.2013 mit dem Titel „Investitionen für mehr Wachstum – Eine Zukunftsagenda für Deutschland". Dort wird festgestellt (S. 18): Die große Schwäche Deutschlands und die fehlenden Investitionen" und „Deutschland ist über die letzten 15 Jahre nur sehr mäßig gewachsen", begleitet von einer „sehr enttäuschenden Lohnentwicklung".

Eine wichtige Rolle in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion in Deutschland und auch im Ausland spielen die Vorträge und Diskussionen auf den alljährlichen Tagungen des „Forschungsnetzwerks Macroeconomics and Macroeconomic Policy" (FMM). Die interessantesten Vorträge werden jedes Jahr in englischer Sprache veröffentlicht. Nähere Informationen findet man unter http://www.boeckler.de/index_netzwerk-makrooekonomie.htm

Insbesondere zwei Einzelpersonen versuchen, in Deutschland den Kreislaufzusammenhängen wieder Gehör zu verschaffen:

A. Heiner Flassbeck, bis vor kurzem in der United Nations Conference of Trade and Development (UNCTAD) und vorher beim DIW tätig, schreibt fast täglich in seinem Blog "Flassbeck-Economics" (http://www.flassbeck-economics.de/).

B. Peter Bofinger hat 10 Jahre lang (2004 bis 2013) mit seinen Minderheitsvoten gegen die neoklassischen, angebotsorientierten Analysen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Mehrheit des Sachverständigenrats argumentiert und damit wertvolle Hilfestellungen für die wirtschaftspolitische Diskussion geleistet.

C. Thomas Fricke, bis 2013 Chefredakteur für Wirtschaft bei der „Financial Times Deutschland", schreibt einen Blog „Wirtschaftswunder (http://neuewirtschaftswunder.de/).

4.3 Zur Dominanz zweier neoklassischer Vorstellungen in der deutschen Wirtschaftspolitik

Trotz aller dieser und weiterer Bemühungen ist die deutsche Wirtschaftspolitik – abgesehen von der kurzen Phase nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2007/2008 – von Vorstellungen geprägt, die der Neoklassik entsprechen, aber häufig auf simplen Vorurteilen beruhen und nicht zwischen dem trennen, was einzelwirtschaftlich vorteilhaft ist, und dem, was die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge gebieten.

An zwei heftig diskutierten gesamtwirtschaftlichen Problemen sei dies diskutiert, nämlich der Schuldenaufnahme des Staates und den Folgen von Leistungsbilanzüberschüssen. Die Bewertung der **Staatsverschuldung** basiert häufig auf dem von prominenter Seite der „schwäbischen Hausfrau" zugeschriebenen Spruchweisheit, derzufolge ein Haushalt auf Dauer nicht mehr ausgeben könne, als er einnimmt. Diese Weisheit wird dann auch auf den Staatshaushalt übertragen – wohl, weil er auch als Haushalt (statt Budget) bezeichnet wird. Schon einzelwirtschaftlich trifft dieser „weise" Spruch als Ist-Aussage nicht zu; denn manche Leute hinterlassen bei ihrem Tod Schulden. Wohl aber ist er als normative, also als Soll-Aussage, geeignet.

Wenn man jedoch diese Norm auch auf den Staatshaushalt bezieht, kommen die Kreislaufzusammenhänge störend ins Spiel. Wenn nämlich die privaten Haushalte insgesamt sparen, d.h. weniger ausgeben, als sie durch Erwerbsarbeit als Einkommen erzielt haben, dann muss sich ein anderer Akteur verschulden, um die produzierten, aber nicht von den Privathaushalten nachgefragten Gütern zu kaufen. Andernfalls gehen Produktion und Beschäftigung zurück.

Als Schuldner kommen vor allem die privaten Unternehmen infrage, die ihre Investitionen zum Teil mithilfe von Krediten finanzieren. Investieren die Unternehmen weniger, als die Privathaushalte sparen, müssen sich der Staat oder das Ausland verschulden, damit die Volkswirtschaft nicht schrumpft. Die „Schuldenmacher" haben also eine positive Funktion: Staatsschulden können notwendig und hilfreich sein. Sie stellen zudem kein Problem dar, solange die Besitzer von Geldvermögen bereit sind, dem Staat Kredite zu gewähren, weil sie auf die Rückzahlung ihrer Kredite vertrauen.

Auch die Schulden, die das Ausland bei uns aufnimmt, um mehr inländische Güter zu kaufen, als es selbst an das Inland verkauft, stützen die inländische Produktion und Beschäftigung. Diese sind nicht immer ein Zeichen hoher Wettbewerbsfähigkeit, sondern können darauf beruhen, dass vom Inland wegen seiner schwachen wirtschaftlichen Entwicklung mäßig importiert wird. Dies führt dann zu **Leistungsbilanzüberschüssen** des Inlands und scheinen eine positive Entwicklung darzustellen.

Dem Überschuss des Inlands stehen allerdings die Leistungsbilanzdefizite des Auslands gegenüber. Durch diese fließt Nachfrage ins Inland, die dann im Ausland fehlt, soweit sich dort nicht die privaten Haushalte, die privaten Unternehmen oder der Staat kräftig verschuldeten.

Ist dies nicht der Fall, schrumpft die Wirtschaft im Ausland, was auf die Exporte des Inlands zurückschlägt. Dies ist die negative Lösung des „Problems" der Leistungsbilanzüberschüsse, die Inland und Ausland schadet. Eine positive Lösung bestünde darin, dass im Inland privat oder öffentlich mehr investiert wird, sodass die Einkommen – und die Nachfrage – und damit auch die Nachfrage nach ausländischen Gütern steigt. Dies würde dem Inland und dem Ausland nützen.

4.4 Lichtblicke auf europäischer Ebene

Obwohl die deutsche Regierung es zu verhindern versucht, werden auf europäischer Ebene die Kreislaufzusammenhänge nicht überall verdrängt. So werden jetzt Leistungsbilanzüberschüsse immerhin dann als Problem benannt, wenn sie 6% des BIP des betreffenden Mitgliedsstaats übersteigen. Selbst diese hohe Schwelle ist der deutschen Regierung und vielen Wirtschaftspolitikern ein Dorn im Auge und stößt bei vielen neoliberal und/oder neoklassisch orientierten Journalisten auf Unverständnis und Widerstand.

Auch von der Europäischen Zentralbank sind ermutigende Töne zu hören. So hat Lorenzo Bini Smaghi, das italienische Mitglied des Direktoriums der EZB, in seinem Vortrag „Slaves of Defunct Ecnomists‟ in der UniversitätsPavia am 24.02.2010 geschrieben: „To make sure that Keynes is back for good, and will not be returned to the shelves when the crisis is over, we need to fully understand the breadth of his analysis, in particular the role played by uncertainty in shaping economic outcomes. I would like to make a contribution here by reviewing a few key aspects of his analytical work regarding the importance of uncertainty, the role of government intervention and the effectiveness of stabilization policies."(s. im Internet ECB http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100224.en.html)

C. Neoklassische Kritik und Gegenkritik

C.I. Kernpunkte der neoklassischen Theorie

in Vorbereitung

C.II. Pigou-Effekt: Angriff und Abwehr

Bereits der „klassische" Aufsatz von Hicks aus dem Jahr 1937, hier vorgestellt in der Rubrik „Das IS/LM-Diagramm" (Hicks, 1937), enthielt das Bestreben, den Geltungsbereich der Lehre von Keynes einzuengen, um den neoklassischen Positionen eine große Bedeutung zuschreiben zu können. So hat Hicks die Theorie von Keynes auf die Situation der Liquiditätsfalle zu beschränken versucht und sie als Theorie der Depression bezeichnet; dies ungeachtet der Tatsache, dass Keynes (1936, S. 207) zu diesem horizontalen Bereich der Geldnachfragekurve bemerkt hatte: „But whilst this limiting case might become practically important in future, I know of no example of it hitherto". Der normale Bereich könne dagegen, behauptet Hicks, durch die klassische Theorie näherungsweise erklärt werden.

Wesentlich zutreffender ist die Einordnung, die seit der 3. Auflage von 1954 Samuelson in seinem weit verbreiteten Lehrbuch zur Volkswirtschaftslehre vornimmt. Er spricht zwar von einer neoklassischen Synthese, hätte aber besser von klassisch/keynesianischer Synthese gesprochen. Seine Sichtweise lässt sich so zusammenfassen: Bei Unterbeschäftigung ist die Produktion einer Volkswirtschaft durch die Güternachfrage beschränkt, es gelten daher die Überlegungen von Keynes. Wenn es gelingt, durch geeignete Geld- und Fiskalpolitik die Unterbeschäftigung zu beseitigen und zur Vollbeschäftigung zu gelangen, dann wird das Produktionsvolumen durch die vorhandenen Ressourcen (Arbeit und Sachkapital) begrenzt und damit gelten wieder die klassischen Einsichten: Insbesondere ist in dieser Situation ein Verzicht auf Konsum notwendig, wenn man mehr Produktionskapazitäten für Investitionen freisetzen möchte. In verschiedenen Auflagen seines Standardlehrbuchs "Economics. An Introductory Analysis" hat er diese "Synthese" in jeweils anderen Worten beschrieben, am klarsten in der Auflage 1967, S. 581: "With reasonably stable full employment a feasible goal, the modern economist can use a ‚neoclassical synthesis' based on the combination of the modern principles of income determination and the classical truth. Paradoxically, successful application of the principles of income determination does result in a piercing of the monetary veil masking real conditions, does dissipate the topsy-turvy clashes between the whole and the part …and does finally validate the important classical truths and vanquish the paradox of abortive thrift".

Ähnlich hatte sich übrigens Keynes (1936, S. 112) selber geäußert: „If the rate of interest were so governed as to maintain continuous full employment, Virtue would resume her sway; - the rate of capital accumulation would depend on the weakness of the propensity to consume. Thus, once

again, the tribute that classical economists pay to her is due to their concealed assumption that the rate of interest always is so governed.”

Wird Vollbeschäftigung verfehlt, ist also Keynes’ Theorie gültig, die konträr zu der bis 1936 allein herrschenden neoklassischen Theorie steht, wonach Unterbeschäftigung nur eine vor-übergehende Abweichung vom gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht darstellt, die von den Marktkräften bei flexiblen Löhnen und Preisen automatisch abgebaut wird. Gegen diese Theorie hatte sich Keynes im 19. Kapitel seiner „General Theory“ gewandt. Joan Robinson, wichtiges Mitglied des Kreises, der vor 1936 Keynes neue Ideen kontinuierlich mit ihm diskutierte, formulierte dies in ihrer “Introduction to the Theory of Employment“ (1937, S. 41) kurz und bündig: „Any changes in money wages will set up a number of complicated repercussions, which may lead to a change in employment, in one direction or the other, to some extent, but (apart from reactions upon the rate of interest, which we shall discuss later) a change in money wages is not likely to lead to any great change in employment in either direction.“

Die neoklassische Theorie erhielt neuen Auftrieb, als Arthur Pigou (1943) einen bisher (auch von Keynes) nicht beachteten Effekt flexibler Preise und Löhne in die Diskussion einbrachte, nämlich den Geldvermögenseffekt. Dieser besagt: Bei sinkenden Preisen steigt der reale Wert des Geldvermögens, und deswegen werden die privaten Haushalte aus ihrem Einkommen mehr konsumieren; denn sie müssen jetzt weniger sparen, um ein gestecktes Vermögensziel (in realen Größen) zu erreichen. Daher werde bei sinkenden Preisen die reale Güternachfrage steigen.

Diesem Effekt (alsbald als Pigou-Effekt bezeichnet) steht jedoch ein zumindest gleich starker Gegeneffekt gegenüber, nämlich der Verschuldungseffekt: Wie von Keynes beschrieben, steigt bei sinkenden Preisen der reale Wert der Geldschulden, und die Kreditnehmer sehen sich veranlasst, andere Ausgaben einzuschränken, um den Schuldendienst bestreiten zu können. Dieses Argument hat Kalecki (1944) sogleich dem Pigou-Effekt entgegengehalten. Des-halb ändert der Pigou-Effekt nichts an der Aussage von Keynes (General Theory, S. 267): „There is, therefore, no ground for the belief that a flexible wage policy is capable of maintaining a state of continuous full employment; - any more than for the belief that an open-market monetary policy is capable, unaided, of achieving this result. The economic system cannot be made self-adjusting along these lines.”

Dementsprechend wurde in den 50er Jahren die Keynes’sche Position von Keynesianern eindeutig formuliert und vertreten. So schreibt Lawrence Klein als Schüler von Paul Samuelson in seinem bekannten Buch „The Keynesian Revolution“ (1952) im Vorwort: „The Keynes theory is viewed in the following pages as a revolutionary doctrine in the sense that it produces theoretical results entirely different from the body of economic thought existing at the time of its development“ (S.VII).

Diese "gänzlich abweichenden Ergebnisse" beziehen sich insbesondere auf die Frage, ob marktwirtschaftliche Systeme mit flexiblen Löhnen und Preisen eine automatische Tendenz zur Vollbeschäftigung aufweisen. Klein trifft hierzu zwei klare Aussagen (S. 87):

"In the Keynesian system lower wages need not do any good".

"The numerous remarks throughout the recent literature that Keynes relied upon wage inflexibilities to obtain his results are entirely unsubstantiated".

Auch Alvin Hansen, zu seiner Zeit als der prominenteste US-amerikanische Vertreter des Keynesianismus anerkannt, ist in dieser Frage eindeutig. Bei seiner Wiedergabe des relevanten Kapitels 19 der „General Theory" in seinem weithin verwendeten „Guide to Keynes" (1953) , das nach den Kapiteln der General Theory gegliedert ist, schreibt er zu der von den Neoklassikern vertretenen Position: Keynes habe dieses Thema in Kapitel 19 seiner „General Theory" vertieft „exploriert": „This exploration was all the more necessary since classical theory continued (especially under the leadership of Pigou) to assume that wage-rate fluidity provided the economic system with a self-adjustment mechanism that tended always toward full employment. Wage rigidity, it was said, was to blame for any prevailing maladjustment. This Keynes denied, though he was prepared to admit, as we shall see, that a fall in wages and prices, once achieved, might, under certain conditions, promote rising employment. Abstracting from all the unfavourable short-run dynamic effects, in pure theory one could argue, he asserted, that a fall in wages and prices has monetary consequences similar to an outright increase in the quantity of money" (S. 173).

Der für die Entfaltung der neoklassischen Synthese später so wichtige Don Patinkin vertrat 1948 eine eng an Keynes angelehnte, differenzierte Position. In seinem Artikel „Price Flexibility and Full Employment" will er zeigen, „that even granted full flexibility of prices it is highly possible that a deflationary policy will not work, due to the dynamic factors in-volved" (1948, S. 557). Sein Ergebnis lautet (ebenda, S. 558): "I feel that it is impractical to depend upon the Pigou effect as a means of policy: the required price decline might be either too large (factor one), or it might be the initial step of an indefinite deflationary spiral (factor two)."

Patinkin wendet sich anschließend gegen die Behauptung, aus diesen Überlegungen folge ein "Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung"; denn solange die Löhne wegen des Angebotsüberschusses auf dem Arbeitsmarkt ständig fallen, könne man nicht von Gleichgewicht sprechen. Er definiert dabei Gleichgewicht als eine Situation mit konstanten Löhnen, so dass er in diesem Punkt ex definitione Recht hat.

Zum Schluss offeriert Patinkin (S. 564) drei Interpretationen der Keynes'schen Theorie:

a) Am weitesten entfernt von der klassischen Theorie sei folgende Position: Selbst wenn es keine Probleme von Unsicherheit und ungünstigen Erwartungen gäbe, man sich also in einem statischen System befände, und selbst wenn beliebig viel Zeit für die Anpassungsprozesse zur Verfügung stünde, würde eine Politik der Preisflexibilisierung nicht zur Herstellung der Vollbeschäftigung führen (weil der Ausgleich von Investitionen und Ersparnissen einen negativen Zinssatz erforderlich machte).

b) Etwas näher an der klassischen Theorie sei die folgende Interpretation: In einer statischen Welt würde Preisflexibilität Vollbeschäftigung garantieren, aber in einer dynamischen Welt mit Unsicherheit und ungünstigen Erwartungen gäbe es selbst bei beliebig langer Anpassungsdauer keine Sicherheit, dass Vollbeschäftigung hervorgerufen wird. Das System würde in einer Unterbeschäftigungssituation verharren.

c) Am nahesten zu der klassischen Theorie ist die Position, wonach selbst bei Unsicherheit über die Zukunft schließlich durch eine Politik der Preisflexibilität Vollbeschäftigung erreicht würde, aber die Länge der Anpassungszeit macht diese Politik unbrauchbar.

Patinkin schließt mit der Bemerkung: Je näher man sich an der klassischen Position befindet, desto leichter ist diese Position zu verteidigen. Bei der Position c) ist jedoch fragwürdig, sie wie Patinkin noch als keynesianisch zu bezeichnen. Insofern markiert die Einbeziehung dieser Position bereits den Übergang zur Neoklassischen Synthese (s. nächste Rubrik).

Beim Wiederabdruck dieses Aufsatzes in den von Lutz/Mints für die American Economic Association herausgegebenen „Readings in Monetary Theory" fügt Patinkin eine Fußnote ein (S. 283), in der er noch einmal deutlich betont: „It might be added that in the light of Chapter 19 of the „General Theory" – the chapter which provides the climax to Keynes' argument, and which explicitly examines the effects of wage flexibility – it is difficult to understand how wage rigidities can be considered a basic assumption of the Keynesian theory of unemployment. From this chapter it is quite clear that wage rigidities are not an assumption of Keynes' analysis, but rather a policy conclusion that follows from his investigation of the probable effects of wage flexibility."

Literatur

Hansen, Alvin (1953): A Guide to Keynes. New York (McGraw-Hill). Deutsch: Keynes' ökonomische Lehren. Ein Führer durch sein Hauptwerk. Stuttgart-Düsseldorf (Ring-Verlag) 1959.

Kalecki, Michael (1944): Professor Pigou on „The Classical Stationary State". A Comment. The Economic Journal, Vol. 54, S. 131f.

Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money. London (Macmillan). Wiederabgedruckt in: Moggridge, D. (Hrsg.), Collected Writings of J.M. Keynes Activities 1940-1946. London (Basingstone), Vol. 7, 1973.

Klein, Lawrence (1952): The Keynesian Revolution. London (Macmillan).

Lange, Oscar (1945): Price Flexibility and Employment. Principia Press of Trinity University. San Antonio (Texas).

Patinkin, Don (1948): Price Flexibility and Full Employment. The American Economic Review, Vol. 38, S. 543-564.

Pigou, Arthur (1943): The Classical Stationary State. The Economic Journal, Vol. 53, S. 343-351.

Robinson, Joan (1937): Introduction to the Theory of Employment. London/New York (Macmillan/St. Martin's).

Samuelson, Paul (1967): Economics. An Introductory Analysis. 7th ed.

C.III. Von der neoklassischen Synthese zur AS/AD-Analyse

C.III.1. Die zwei Begriffe einer „neoklassischen Synthese“

Der Begriff „Neoklassische Synthese“ wird in zwei sehr unterschiedlichen Weisen verwendet, wobei viele Autoren nicht sagen, auf welchen sie sich beziehen (dies gilt z.B. für den Beitrag „Neoclassical Synthesis“ von O.Blanchard zur 2.Auflage des New Palgrave Dictionary(2007).

Der eine, ältere Begriff stammt von Paul Samuelson, der bereits im zweiten Jahr den neu geschaffenen Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt. In der siebten englischsprachigen Ausgabe seines Lehrbuchs „Economics. An Introductory Analysis“ formuliert er ihn so (1967, S. 581):

„By proper use of monetary and fiscal policies nations today can successfully fight off the plague of mass unemployment and the plague of inflation. With reasonably stable full employment a feasible goal, the modern economist can use a ‘neoclassical synthesis” based on a combination of the modern principles of income determination and the classical truth. Paradoxically, successful application of the principles of income determination does result in a piercing of the monetary veil masking real conditions, does dissipate the topsy- tuvry clashes between the whole and the part that gave rise to countless fallacies of composition, and does finally validate the important classical truths and vanquish the paradox of abortive thrift.”

In deutscher Übersetzung lautet diese Definition (leicht verbessert gegenüber der Übersetzung in der 3. deutschen Auflage von 1964):

„Bei richtigem Einsatz der Währungs- und Fiskalpolitik sind die Völker heutzutage in der Lage, die Schrecken von Massenarbeitslosigkeit und Inflation zu bannen. Wenn das Ziel einer angemessenen stabilen Vollbeschäftigung erreichbar ist, steht dem modernen Volkswirt eine „neoklassische Synthese“ zur Verfügung. Sie beruht auf einer Kombination der Grundsätze der modernen Theorie der Bestimmung des Volkseinkommens mit den klassischen Wahrheiten. Paradoxerweise zerreißt eine erfolgreiche Anwendung der Grundsätze der modernen Theorie der Bestimmung des Volkseinkommens auch den „Geldschleier“, der über den güterwirtschaftlichen Beziehungen liegt. Dadurch lösen sich auch die alles auf den Kopf stellenden Widersprüche zwischen Teil und Ganzem, die zu zahllosen Trugschlüssen der Verallgemeinerung führten. Die alten klassischen Wahrheiten kommen wieder zur Geltung; das Paradox des erfolglosen Sparens verschwindet.“

Samuelson war also damals noch sehr optimistisch bezüglich der Wirksamkeit der Geld- und Fiskalpolitik; deren Notwendigkeit in Zeiten der Unterbeschäftigung aus der Theorie von Keynes folgt, denn er hielt es damals für möglich, Arbeitslosigkeit und Inflation zu beseitigen. Wenn das erreicht ist, ist die Volkswirtschaft wieder in dem Zustand der Vollbeschäftigung, den die neoklassische Theorie behandelt; in diesem Zustand begrenzen die verfügbaren Ressourcen (und nicht die Nachfrage) die Produktion. Bei derart erfolgreicher Wirtschaftspolitik gibt es daher eine

Synthese von „Keynes“ und (neo-)klassischer Theorie, die Samuelson als „neoklassische Synthese“ bezeichnet.

Von diesem Begriff ist eine zweite Art neoklassischer Synthese zu unterscheiden, die ausschließlich neoklassisch und nur scheinbar eine Synthese ist. Bei ihr wird das keynesianische IS/LM-Modell mit dem neoklassischen Arbeitsmarkt verknüpft und dann durch zusätzliche Effekte (Pigou-Effekt und Realkasseneffekt) ergänzt (s. z.B. Morgan, 1978). Ziel und Ergebnis dieser Erweiterungen bestanden darin, die zentrale Aussage von Keynes, es gebe auch bei flexiblen Preisen und Löhne keine automatische Rückkehr zur Vollbeschäftigung, auszuhebeln und durch ihr Gegenteil zu ersetzen.

C.III.2. „Neoklassische Synthese“ von IS/LM- Modell und neoklassischen Arbeitsmarkt

Schon Modigliani (1944) erweiterte die Güter- und Geldmarktanalyse des IS/LM-Modells um einen strikt neoklassischen Arbeitsmarkt und konstruierte so ein von ihm durchgängig neoklassisch interpretiertes Gesamtmodell. In diesem ist die Existenz eines Unterbeschäftigungsgleichgewichts an die Annahme rigider Löhne gebunden – außer im Bereich der Liquiditätsfalle, die er – ohne Hicks zu zitieren – als „Keynesian case“ bezeichnet: „There is one case in which the Keynesian theory of liquidity preference is sufficient by itself to explain the existence of underemployment equilibrium without starting out with the assumption of rigid wages“ (Modigliani, 1944, S. 74). Sind dagegen Preise und Löhne genügend flexibel, setzt sich der neoklassische Arbeitsmarkt mit seiner Tendenz zur Vollbeschäftigung immer durch.

Der Weg zur Vollbeschäftigung verläuft so: In der Ausgangssituation führe das aus dem IS/LM-Quadranten resultierende Produktionsvolumen zu einer Arbeitsnachfrage, die beim Ausgangsreallohn unterhalb des Arbeitsangebots liegt. Es besteht Arbeitslosigkeit. Dieses Überangebot an Arbeit führt zu sinkenden Nominallöhnen, etwas weniger sinkenden Preisen und damit auch zu Reallohnsenkungen. Diese Lohn- und Preissenkungen haben viele gegenläufige Effekte, wie Keynes in Kap.19 seiner „General Theory“ geschildert hat. Von diesen Änderungen werden zwei Effekte sinkender Preise willkürlich herausgegriffen, nämlich der Pigou-Effekt (Geldvermögenseffekt), der über einen höheren Konsum zu einer Rechtsverschiebung der IS-Linie führt (s. dazu auch die vorangehende Rubrik „Pigou-Effekt“), sowie der Zinseffekt, durch den sich die LM-Linie nach rechts verschiebt. Die neue Gleichgewichtsproduktion ist somit höher und liegt genau auf dem Niveau, das aus der Gleichgewichtsbeschäftigung gemäß der Produktionsfunktion resultiert.

C.III.3. Die Auseinandersetzung um den Pigou- Effekt und den Realkasseneffekt

Die ersten Versuche, die zentrale Aussage von Keynes, dass es auch bei flexiblen Preisen und Löhnen keine automatische Rückkehr zur Vollbeschäftigung gibt, durch den Pigou-Effekt und den Zinseffekt auszuhebeln, wurden bis in die 50er Jahre von den Keynesianern entschieden abgewehrt und konnten sich nicht durchsetzen. Dies änderte sich in der nächsten Diskussionsrunde, in der es darum ging, die Theorie von Keynes mit der traditionellen Preis- und Werttheorie in Übereinstimmung zu bringen.

Im Mittelpunkt dieses erneuten Versuchs, Keynes in die neoklassische Welt zurückzuholen, stand das Buch von Don Patinkin (1956) „Money, Interest und Prices‟ mit dem viel sagenden Untertitel „An Integration of Monetary and Value Theory‟. Hinzu trat später die Forderung nach einer Mikrofundierung der Makroökonomie; dazu sollte allerdings nur die neoklassische Mikroökonomie dienen, die auch der „Allgemeinen Gleichgewichtstheorie‟ zugrunde liegt.

Während Patinkin 1948 und 1951 (s. dafür die Rubrik „Pigou- Effekt) noch der Position zuneigte, wegen der Unsicherheit über die Zukunft könne man sich auf stabilisierende Tendenzen zur Vollbeschäftigung nicht verlassen, hat er in seinem Buch seine Position zur „General Theory‟ von Keynes bezüglich der Wirkungen flexibler Preise deutlich modifiziert: Er ersetzt den Pigou-Effekt, den der Schuldner-Effekt direkt kompensieren kann, durch den Real-balance-effect (Realkasseneffekt). Dieser beruht nur noch auf der Steigerung des realen Wertes des Bestandes an Bargeld; diesem steht kein Schuldner gegenüber, der auf den gestiegenen Realwert seiner Schulden reagieren müsste, sondern die Zentralbank.

Was die Wirkung des Realkasseneffektes betrifft, so trennt Patinkin – ohne dies deutlich zu sagen – zwischen der wirtschaftspolitischen und der wirtschaftstheoretischen Ebene. Auf die Wirtschaftspolitik gemünzt schreibt er in der 1. Auflage von 1956 und unverändert in der veränderten 2. Auflage von 1965 (S. 237 bzw. S. 339): “..,even if monetary policy could definitely restore the economy to full employment, there would still remain the crucial question of the length of time it would need. There would still remain the very real possibility that it would necessitate subjecting the economy to an intolerably long period of dynamic adjustment: a period during which wages, prices, and interest would continue to fall, and – what is most important – a period during which varying numbers of workers would continue to suffer from involuntary unemployment.”

Für die theoretische Ebene erklärt er jedoch im unmittelbar anschließenden Absatz, „der Realkasseneffekt zwinge die Keynesianer, die klassische Behauptung zu akzeptieren, es bestünden stabilisierende Kräfte, denen es am Ende gelingt, das Einkommen auf das Vollbeschäftigungsniveau zu heben ‟(eigene Übersetzung).

Von den drei möglichen Interpretationen der Keynes’schen Theorie, die Patinkin 1948 formuliert hatte (s. die Rubrik Pigou- Effekt), beschränkt er sich jetzt auf diejenige, die der klassischen Theorie am nächsten kommt und damit so nahe, dass man sie nicht mehr als keynesianisch bezeichnen kann.

Diese Position fiel bei vielen Ökonomen auf fruchtbaren Boden; denn nun ließ sich die Theorie von Keynes – was ihr langfristiges Gleichgewichtsergebnis betrifft – in die neoklassische Theorie, die sich vor allem für die langfristigen Endzustände interessiert, integrieren, wobei sie darin auf- bzw. untergeht. Abweichende Ergebnisse wurden ihr von vielen nur noch bei rigiden Preisen und Löhne zugestanden bzw. bei den unrealistischen Extremfällen einer völlig zinsunelastischen Investitionsgüternachfrage oder einer unendlich elastischen Geldnachfrage (Liquiditätsfalle).

Die Abwehr der keynesianisch orientierten Ökonomen fiel ziemlich schwach aus, abzulesen z.B. an den damals führenden keynesianisch orientierten Lehrbüchern von Erich Schneider in Deutschland und Paul Samuelson in den USA. Statt auf die Analyse von Keynes im Kapital 19 der „General Theory" zurückzugreifen, wo dieser eine große Zahl gegenläufiger Effekte auflistet (s. Rubrik „The General Theory", Kernaussagen, Abschnitt B.II.3), beschränkte sich Schneider von der 1. Auflage (1952) bis zur letzten 12. Auflage (1973) darauf, dem Pigou-Effekt „den Charakter einer völlig unbestätigten Hypothese" zuzuschreiben, sowie den negativen Erwartungseffekt und den unbestimmten Verteilungseffekt (weniger Konsum, evtl. höhere Investitionen wegen der höheren Gewinne) zu erwähnen (1952, S. 161). Außerdem stellt er fest, diese Frage könne nur im Rahmen einer Verlaufsanalyse (also nicht in komparativ-statischer Betrachtung) erschöpfend behandelt werden, was im Rahmen einer Einführung nicht möglich sei (S. 160). Zustimmend zitiert er allerdings eine Passage von J.M. Clark (1949, S. 101): „Weder steigende noch sinkende Löhne … sind a priori verlässliche Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit", und schließt sich so dem Ergebnis von Keynes an, ohne es im Einzelnen abzuleiten. .

Samuelson setzt von Anfang an den Pigou-Effekt mit dem Realkasseneffekt gleich, ohne diese Bezeichnung bis zur 12. Auflage (1989) zu verwenden, konzediert ihm theoretische Relevanz, verweist aber auf der wirtschaftspolitischen Ebene darauf, Pigou selbst habe nicht empfohlen, durch kräftige Preissenkungen (Deflation) das Arbeitslosenproblem zu lösen. Vielmehr habe er einer Erhöhung der Geldmenge den Vorzug gegeben (siehe dazu Rubrik „Pigou"). Auf die Überlegungen von Keynes in Kapitel 19 geht er wie Schneider nicht näher ein.

Wenig behelligt von solch unpräzisen Darlegungen konnte sich die neoklassische Synthese als Interpretation der „bleibenden" Erkenntnisse aus der Theorie von Keynes ausbreiten und Keynes' Forderungen nach beschäftigungsorientierter Geld- und Fiskalpolitik als Ergebnis der Annahme rigider Löhne und Preise hinstellen. .

C.III.4. Neoklassische Ergebnisse durch die AS/AD-Analyse

In der heutigen Diskussion spielen beide Varianten der neoklassischen Synthese keine Rolle mehr. Stattdessen wird die neoklassische Behauptung, sinkende Preise und Löhne führten zu mehr Beschäftigung, in den meisten Lehrbüchern zur Makroökonomie mittels der AS/AD-Analyse abgeleitet. In dieser wird eine steigende gesamtwirtschaftliche Angebotskurve (Aggregate Supply) mit einer fallenden gesamtwirtschaftlichen Nachfragekurve (Aggregate Demand) kombiniert. Dann zeigt die Graphik unmittelbar: Ist die Nachfrage kleiner als das Angebot, genügt ein Senken des Preisniveaus, damit beide bei einer höheren Produktion (und damit Beschäftigung) zum Ausgleich kommen.

Wo aber kommt die Nachfragekurve her? Manche Lehrbücher erzielen sie einfach aus der Aggregation der mikroökonomischen Nachfragefunktion nach den einzelnen Gütern. Dies ist jedoch eine unzulässige Verallgemeinerung, da die mikroökonomische Nachfragefunktion immer für ein gegebenes Volkseinkommen gelten. Andere Lehrbücher leiten die gesamtwirtschaftliche Nachfragefunktion aus dem IS/LM-Diagramm ab (vgl. dazu Kromphardt, 2006, S.186ff) Dabei wird angenommen, die Geldmenge bleibe trotz sinkenden Preisniveaus konstant, sodass über die mit dem Preisniveau sinkende Geldnachfrage der Zinssatz sinkt (sog. Keynes- Effekt).

Diese Annahme einer unveränderten Geldmenge bildet den Schwachpunkt dieser Ableitung, denn der Keynes- Effekt wird für eine konstante nominale Geldmenge abgeleitet, obwohl bei sinkendem Preisniveau die nominale Kreditnachfrage und damit die Geldschöpfung zurückgehen dürften. Auch die Quantitätstheorie hat immer den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau betont. Nur eine expansive Geldpolitik der Zentralbank könnte dieses aus dem sinkenden Preisniveau resultierende Absinken der Geldmenge verhindern. Führt die Zentralbank eine entsprechende expansive Geldpolitik durch, so ist die Stabilität der Nachfragekurve aber nicht einem Marktautomatismus geschuldet, sondern dem Eingreifen der geldpolitischen Instanzen.

Auf Keynes kann man sich bei dieser Ableitung jedenfalls nicht berufen. Zwar trifft er keine Aussage darüber, wie sich die Geldmenge bei einem sinkenden Preisniveau entwickelt, aber er hält ihr Schrumpfen für durchaus möglich und folgert daraus: „If the quantity of money is itself a function of the wage- and price-level, there is indeed nothing to hope in this direction” (wobei mit „direction“ der positive Beschäftigungseffekt sinkender Preise gemeint ist).

Auch die Abkehr der meisten Zentralbanken von der Geldmengenfixierung entzieht dieser Ableitung den Boden.

Der Verlauf der AS-Kurve ist ebenfalls nicht so eindeutig, wie die AS/AD- Graphik suggeriert. Sie wird dort ausschließlich mit steil steigendem Verlauf gezeichnet, obwohl viele Wirtschaftsbereiche durch hohe Fixkosten gekennzeichnet sind, sodass die fixen Stückkosten mit zunehmender Produktion fallen und das Ansteigen der variablen Stückkosten evtl. sogar überkompensieren (vgl. Kromphardt 2006, S.188ff). Aber diese Kurve ist weniger problematisch, weil ihre Lage nur vom Preis- und Lohnniveau, nicht aber von anderen Variablen des Modells abhängt.

Auf die genannten problematischen Punkte beider Kurven geht jedoch fast keins der makroökonomischen Lehrbücher ein. Ihre AS/AD-Analyse endet daher mit einem eindeutigen (gewünschten?) neoklassischen Ergebnis.

Literatur:

Blanchard, „Neoclassical Synthesis" Beitrag zur 2.Auflage des New Palgrave Dictionary(2007) zu finden in http://www.dictionaryofeconomics.com/Articels.aspx

Clark, John M. (1949), Sondergutachten zum UNO-Gutachten. National and International Measures for Full Employment. New York – zitiert nach Erich Schneider (1961), S. 203.

Keynes, John Maynard (1936), The General Theory of Employment, Interest and Money, London (Macmillan), Wiederabgedruckt in: Keynes, J.M., Collected Writings, Vol. X, London u. New York (Macmillan-St. Martin's Press), 1973.

Kromphardt, Jürgen (2006) Grundlagen der Makroökonomie 3.Auflage, München (Vahlen)

Modigliani, Franco (1944), Liquidity Preference and the Theory of Interest and Money. Econometrica, Vol. 12, S. 45-88. Wiederabgedruckt in: Lutz, Friedrich/Mints, Lloyd (Hrsg.), Readings in Monetary Theory. London (Allan & Unwin) 1952, S. 186-239.

Morgan, Brian (1978), Monetarists and Keynesians. Their Contribution to Monetary Theory. London/Basingstoke (Macmillan).

Patinkin, Don (1956, 1965, 1989), Money, Interest, and Prices. An Integration of Monetary and Value Theory. 1. Aufl. Evanston, Ill./White Plains, N.Y. (Row, Petersen & Co.) 1956, 2. veränderte Aufl.: New York (Harper & Row) 1965. 2. gekürzte Aufl. Cambridge, Mass./London (MIT-Press). 1989.

Samuelson, Paul (1948 ff), Economics – An Introductory Analysis. New York etc. (McGraw Hill). Ab der 12. Auflage mit William Nordhaus verfasst.

Schneider, Erich (1952 ff), Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band III. Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung. 1. Aufl. 1952, 6. Aufl. 1961, 12. Aufl. 1973. Tübingen (Mohr-Siebeck).

C.IV. Befreiung aus der Neoklassischen Umklammerung

Die Uminterpretation der Theorie von Keynes durch Patinkins Formulierung des Realkasseneffekts und durch die neoklassische Synthese unterstützte erfolgreich die Vorstellung, Keynes sei nur durch die Annahme rigider Löhne und Preise zu Ergebnissen gelangt, die von der neoklassischen Theorie und ihrer reinsten Ausprägung, der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, abweichen. Lasse man diese Annahme weg, gelte die neoklassische Theorie; Keynes' Theorie dagegen sei nur für einen Spezialfall gültig. Diese Vereinnahmung verstärkte die Neigung vieler Ökonomen, die wirtschaftliche Realität stets aus dem Blickwinkel der neoklassischen Allgemeinen Gleichgewichtstheorie zu interpretieren.

C.IV.1. Divergierende mikroökonomische Grundsätze: Marshall und Walras

Die Rückbesinnung auf Keynes erfordert es daher, die Unterschiede zwischen Marshalls partialanalytischer Prozessanalyse als theoretischer Grundlage von Keynes und dem Walrasianischen Totalmodell herauszuarbeiten, auf dem die Neoklassik aufbaut. Den ersten wichtigen Schritt dazu vollzog Clower (1963) mit seiner **dualen Entscheidungshypothese**.

Die duale Entscheidungshypothese von Clower (1963) besagt: Die privaten Haushalte gehen bei ihren Nachfrageentscheidungen in zwei Schritten vor: Auf einer ersten Stufe ermitteln sie ihre gewünschte Nachfrage nach Gütern und ihr Angebot an Arbeit in neoklassischer Weise, nämlich unter der Annahme, sie könnten dank vollständiger Konkurrenz und Vollbeschäftigung zu den herrschenden Preisen bzw. Löhnen alle gewünschten Güter nachfragen sowie das von ihnen gewünschte Arbeitsangebot und das dazugehörige Einkommen realisieren.

Auf der zweiten Stufe treffen die einzelnen Haushalte in einer partialanalytischen Betrachtungsweise ihre Nachfrageentscheidungen aufgrund ihres tatsächlichen Einkommens, das sich auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der dort herrschenden Gegebenheiten bestimmt. Dieses Einkommen weicht von dem gewünschten Einkommen immer dann ab, wenn die Haushalte bei den gegebenen Löhnen nicht so viele Stunden arbeiten können, wie sie möchten, wenn also unfreiwillige Arbeitslosigkeit besteht. Die Betrachtung ist partialanalytisch, weil die Haushalte nicht berücksichtigen (können), wie die Summe der einzelnen Entscheidungen im Zuge eines gesamtwirtschaftlichen Kreislaufprozesses auf die realisierbaren Einkommen zurückwirkt.

Mit seiner dualen Entscheidungshypothese ist es Clower gelungen, einen entscheidenden Unterschied zwischen der Theorie von Keynes und der neoklassischen Theorie herauszuarbeiten: Für Keynes hängt die Konsumgüternachfrage der Haushalte in einer Periode von ihrem tatsächlichen Einkommen ab; die Neoklassiker gehen dagegen immer davon aus, dass auf allen Märkten, so auch auf dem Arbeitsmarkt, durch flexible Preise Angebot und Nachfrage bereits

ausgeglichen worden sind, so dass jeder Haushalt sein beim erreichten Gleichgewichtslohn geplantes Arbeitsangebot auch realisieren kann. Genau diese Annahme verwirft Keynes; er zeigt, dass in vielen Fällen die Kreislaufzusammenhänge Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage nicht in Übereinstimmung bringen, auch nicht bei flexiblen Preisen und Löhnen. Die neoklassische Theorie befasst sich folglich nur mit einem Spezialfall, nämlich der Idealwelt vollbeschäftigter Ressourcen.

Bei Keynes (1936) findet man die duale Entscheidungshypothese nicht, weil er von Anfang an in der Tradition seines akademischen Lehrers Alfred Marshall (1842-1924) allein die zweite Stufe betrachtete, in der die Unternehmen auf dem Gütermarkt und die Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt bei den herrschenden Preisen und Löhnen üblicherweise (d.h. unterhalb des Grenzfalls vollbeschäftigter Ressourcen) einer begrenzten Nachfrage gegenüber stehen.

C.IV.2. Zurück zu Marshalls Mikroökonomie

Diese Diskussion wird in dem damals viel beachteten Buch von Leijonhufvud (1968) weiter vertieft. Es weist in seinem Titel „Keynesian Economics and the Economics of Keynes" auf die Diskrepanz zwischen der Theorie von Keynes und dem, was inzwischen als keynesianische Theorie firmierte und in den meisten Lehrbüchern offeriert wurde, hin (einen kurzen Überblick über seine Thesen gibt Leijonhufvud, 1967). Auch Leijonhufvud betont die unterschiedliche mikrotheoretische Fundierung der Theorie von Keynes, die auf der Analyse seines akademischen Lehrers Alfred Marshall basierte, und der auf Walras basierten Allgemeinen Gleichgewichtstheorie.

Um das Verhalten der Unternehmen unter diesen Umständen zu analysieren, unterscheidet Marshall (1920, S. 363f, s. auch Lekachman, 1959, S. 271ff) drei Zeitperioden und drei dazugehörende Preisarten: Die Marktpreise bilden sich in der ultrakurzen Periode, in der die Bestände der angebotenen Waren gegeben sind (Beispiel: Frischfisch) und in der die Anbieter versuchen, ihr gesamtes Angebot zu verkaufen. Die „normalen Preise" bilden sich in der kurzen Periode („short run") durch Anpassung des Angebots (der Produktion) an die Nachfrage bei gegebenen Produktionsanlagen und Arbeitskräftebestand (nach Menge und Qualität). In der „langen Periode" von mehreren Jahren schließlich, in denen Produktionskapazitäten und Produktionskosten durch Veränderungen beim Sachkapitalbestand und bei den Arbeitskräften angepasst werden können, bilden sich die „long run normal prices". Dabei spielen Kostenverläufe aufgrund der Vorteile der Massenproduktion (economies of scale) eine wichtige Rolle.

In modernen Industriegesellschaften haben Märkte für Waren, deren angebotene Bestände von den Anbietern am selben Tag verkauft werden (müssen), nur geringe Bedeutung; denn diese Notwendigkeit besteht nur für rasch verderbliche, nicht lagerfähige Produkte (Frischfisch, frisches Gemüse, Blumen etc.). Daher verzichtet Keynes auf die Betrachtung der ultrakurzen Periode und konzentriert seine Analyse auf den „short run". Dies ist keine vage Angabe über den betrachteten Zeithorizont, sondern eine inhaltliche präzise Aussage über die betrachtete Situation und die dazu gehörenden Verhaltensweisen der Anbieter. Auf die Analyse der „langen Periode", die den Hauptgegenstand der neoklassischen Theorie bildet, verzichtet Keynes, wenn es um die aktuellen Probleme der Beschäftigung bzw. Arbeitslo-sigkeit geht. Mit seinem Diktum „in the long run we all are dead" hat er dieser Präferenz drastisch Ausdruck verliehen.

In der kurzen Periode sind die Anbieter in den Absatzmengen beschränkt. Sie handeln also „in the short run“ unter dem Eindruck, dass sie zu den von ihnen geplanten „normalen Preisen“, welche die Stückkosten decken und einen normalen Profit ermöglichen, nur eine begrenzte Menge absetzen können. Über die Höhe des möglichen Absatzes bilden sie Erwartungen, und aufgrund dieser Erwartungen legen sie die Höhe ihrer Produktion fest. Die Produktion wird mithin an die effektive, nämlich die erwartete mengenmäßige Nachfrage angepasst.

Wenn die Grenzkosten mit steigender Menge zunehmen, erhöht sich auch der „normale Preis“. In diesem Umfang wird das Angebot auch durch Preisänderungen an die Nachfrage angepasst. Im Wesentlichen aber erfolgt der Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf den Gütermärkten durch Anpassung der Produktion an die Nachfrage (Produktion auf Lager oder Lieferungen vom Lager könnten als Puffer einbezogen werden, was aber keine grundsätzliche Modifikation bedeuten würde); denn Mengen reagieren schneller als Preise, was Ramser (1981, S. 37) „zu den allgemein akzeptierten stilisierten Fakten des ökonomischen Prozesses“ zählt.

Es ist daher falsch zu behaupten, bei Keynes werde der Gütermarkt durch vollkommen flexible Preise geräumt. Eine solche Aussage verkennt die nahe liegende und mehrfach insbesondere von Clower (1975); Patinkin (1976) und immer wieder von Leijonhufvud (zuletzt 2006) hervorgehobene Verankerung der Theorie von Keynes in der Marshallschen Tradition. Nur auf dem Geldmarkt, wo Kurse und Zinssätze sehr flexibel sind, erfolgt dieser Ausgleich durch Preisvariationen.
Da auf dem Arbeitsmarkt die Anbieter (die Arbeitnehmer) überwiegend ihre Angebotsmenge nicht reduzieren können (die meisten von ihnen müssen arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und die Normalarbeitszeit ist vertraglich vorgegeben), entsteht – falls die Nachfrage nach Arbeit sinkt – Arbeitslosigkeit.
Marschalls Partialanalyse lässt die Frage offen, wie die Entscheidungen auf den einzelnen Teilmärkten koordiniert und miteinander in Übereinstimmung gebracht wurden. Für seine gesamtwirtschaftliche Analyse schloss Keynes diese Lücke, indem er die aus ihnen resultierenden gesamtwirtschaftlichen Kreislaufströme heranzog und untersuchte, ob diese auf die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen so zurückwirken, dass schließlich ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht erreicht wird. Diese zentrale Frage nach der Art und Weise der Koordinierung haben Clower/Leijonhufvud (1975) sowie Leijonhufvud (1981) in den Vordergrund gerückt; denn die Allgemeine Gleichgewichtstheorie hat für diese Frage nur scheinbar eine Lösung gefunden.

C.IV.3. Die Lösung des Koordinationsproblems in der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie ist rein fiktiv

Die Allgemeine Gleichgewichtstheorie geht auf das mikroökonomische Totalmodell von Walras (1874) zurück, in dem durch vollkommen flexible Preise und Löhne bei vollständiger Konkurrenz auf allen Märkten Abweichungen zwischen Angebot und Nachfrage rasch geschlossen werden. Dabei ist jeder Anbieter so klein, dass er auf den Marktpreis keinen Einfluss nehmen und bei dem herrschenden Marktpreis jede von ihm produzierte Menge verkaufen kann. Er handelt also als

Mengenanpasser und dehnt, da er mit steigenden Grenzkosten produziert, seine Produktion so weit aus, bis seine Grenzkosten die Höhe des Marktpreises erreicht haben.

In dieser Ökonomie von Mengenanpassern bleibt allerdings ein zentrales Problem ungelöst: Wie bilden sich die Preise, wenn alle Unternehmen und Konsumenten Preisnehmer sind? Walras meint dazu, die Preise bildeten sich durch Herantasten (Tâtonnement) an den Gleichgewichtspreis. Er sagt aber nicht, wer diese tastenden Schritte vornimmt, noch berücksichtigt er, dass Herantasten Zeit erfordert. Vielmehr nimmt er vereinfachend an, die Anpassungen erfolgten so rasch, dass die tatsächlichen Transaktionen erst vorgenommen werden, wenn sich der markträumende Gleichgewichtspreis herausgebildet hat. Diese Annahme hat den Vorteil, dass die Theorie sich auf die Gleichgewichtssituation beschränken kann.

Die auf Walras aufbauende moderne „Allgemeine Gleichgewichtstheorie", die vor allem von Arrow/Debreu (1954) formuliert worden ist, hat dann aber gezeigt, dass diese Ergebnisse an einschränkendere Bedingungen geknüpft sind, als Walras meinte. Insbesondere setzt die Ermittlung von Gleichgewichtspreisen für alle Märkte vollständige Information voraus, und zwar entweder bei allen Akteuren oder bei einem zentralen Preisermittler, dem Auktionator. Letzterer würde in Analogie zu dem Auktionator an der Börse handeln. So wie dieser aus Angebot und Nachfrage täglich den Gleichgewichtskurs für jedes Wertpapier ermittelt, so soll der Walras-Auktionator die Gleichgewichtspreise sämtlicher Güter ermitteln. Dazu erhält er von allen Anbietern und Nachfragern ihre Angebots- bzw. Nachfragekurven mitgeteilt.

Dabei genügt es nicht, wenn jeder Nachfrager (privater Haushalt) für jedes Gut eine Nachfragekurve mitteilt; denn jeder Haushalt ist zugleich Anbieter auf dem Arbeitsmarkt. Je nachdem, welches Einkommen sich für ihn auf dem Arbeitsmarkt auf der von ihm gemeldeten Arbeitsangebotskurve ergibt, liegen die Nachfragekurven nach den einzelnen Gütern auf einem unterschiedlichen Niveau. Jeder Haushalt muss also eine Schar von Nachfragekurven für alle alternativen Kombinationen von Lohnsatz und Arbeitseinsatz auf seiner Angebotskurve angeben. Dadurch erhält der Auktionator die Information, welche Gütermengen der Haushalt bei welcher Lohnsumme zu kaufen bereit ist. Der weiter vorne behandelte Clower (1963) hat diese Nachfrageschemata als hypothetische Nachfrage bezeichnet.

Da es den Auktionator nur an der Börse gibt, haben die Vertreter der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie nach anderen Institutionen gesucht, die die Gleichgewichtspreise ermitteln könnten. Das Ergebnis dieser Überlegungen ist: Es müsste eine vollständige Menge „kontingenter Zukunftsmärkte" geben; das sind Märkte, auf denen bedingte Geschäfte mit zukünftiger Wirksamkeit abgeschlossen werden (ein Beispiel dafür sind die Devisentermingeschäfte mit gleichzeitigem Gegengeschäft). Auch solche Märkte gibt es in der Realität nur vereinzelt.

Daher kann die Allgemeine Gleichgewichtstheorie keine Aussagen über die Realität machen, sondern nur als Referenzsystem interpretiert werden. Arrow/Hahn (1971, S. VI/VII) beantworten in ihrem Standardwerk zu dieser Theorie die Frage, „whether this enquiry into an economy, apparently so abstracted from the world, is worthwhile", so: Man könne aus der Frage, ob die Realität so aussehen könnte, viel darüber lernen, weshalb dies nicht der Fall sein dürfte. Mit

anderen Worten hat die Allgemeine Gleichgewichtstheorie lediglich die logische Möglichkeit eines walrasianischen Systems aufgezeigt: „Nothing whatever has been said of whether it is possible to describe any actual economy in these terms." (Hahn, 1981, S. 4).

Clower (1975, S. 93) drückt dies noch drastischer aus: „Genau genommen handelt es sich bei der neo-walrasianischen Theorie lediglich um die Beschreibung einer Märchenwelt hypothetischer („notional") wirtschaftlicher Aktivitäten, die nicht die geringste Ähnlichkeit mit einer der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft angehörenden Ökonomie besitzt. Sie ist unverfälschte und reine Science Fiction, elegant und raffiniert, darüber besteht kein Zweifel, aber dennoch Science Fiction."
Bedenklicherweise wird diese Begrenzung wird jedoch nicht von allen Vertretern der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie beachtet. So schreiben Hildenbrand/Kirman (1976, S. 27), die Ergebnisse der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie seien für sehr große Volkswirtschaften „almost true". Als Argument für ihre behauptete Gültigkeit wird dann zuweilen angeführt, die Wirtschaftssubjekte verhielten sich eben so, als ob es einen Auktionator gäbe. Für diese Hypothese wird aber weder eine Erklärung geliefert, weshalb die Wirtschaftssubjekte sich so verhalten, noch gibt es dafür einen empirischen Beleg. Außerdem fragt man sich vergeblich, wie die Wirtschaftssubjekte sich überhaupt in dieser Weise verhalten können, wenn der Auktionator, der ihre Entscheidungen erst koordinieren soll, gar nicht existiert.

Die neoklassische Verfälschung der Theorie von Keynes beschreibt und kritisiert u.a. Geoff Tily (2010) in seinem Buch „Keynes Betrayed". Es handelt sich dabei um die 2. Auflage von G. Tily (2007) mit dem nüchternen Titel „Keynes' General Theory, the Rate of Interest and Keynesian Economics."

C.IV.4. Interpretationen der Theorie von Keynes

Noch während im Anschluss an Clower und Leijonhufvud die vorher verwischte Trennungslinie zwischen Keynes und neoklassischer Theorie wieder schärfer gezogen wurde und die Keynes'sche Theorie aus der neoklassischen Umklammerung befreit werden sollte, begann eine neue, sehr wirksame Attacke gegen den Keynesianismus, nämlich die „monetaristische Gegenrevolution" (s. die Rubrik „Keynes und Friedman").

Die Erfahrung der erfolgreichen monetaristischen Gegenrevolution verstärkte die Diskussion darüber, was den Keynesianismus eigentlich auszeichne und wie die einzelnen Strömungen innerhalb dieser Theorie voneinander abzugrenzen und zu bewerten seien. Stark beachtet wurde seinerzeit der Artikel von Coddington (1976) über „Keynesian Economics", in dem dieser drei Ausrichtungen des Keynesianismus unterscheidet: Erstens den „hydraulischen" Keynesianismus, der auf dem IS/LM-Modell aufbaut, für den die Kreislaufströme wie in einem Wasserkreislauf weitgehend vorhersagbar und steuerbar sind und in dem die für Keynes so wichtige Unsicherheit der Zukunft und Instabilität der Erwartungen genauso wie in der neoklassischen Synthese keine Rolle mehr spielen. Demgegenüber steht zweitens der fundamentalistische Ansatz, bei dem die Unsicherheit und die Schwankungsanfälligkeit der Erwartungen kaum Prognosen und Steuerung zulassen. Als dritten Ansatz nennt Coddington den Versuch von Clower und Leijonhufvud, zwischen diesen Extremen zu Keynes zurückzufinden.

Im deutschen Sprachraum ist das sechsbändige Keynesianismus-Projekt von Bombach u.a. (1976ff) hervorzuheben. Im ersten Band insbesondere gelang es im Beitrag von Landmann über „Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie", die Lehre von Keynes aus der Umklammerung durch die neoklassische Synthese zu befreien, in die sie durch die Verknüpfung des Keynes'schen Güter- und Geldmarkts mit einem neoklassischen Arbeitsmarkt geraten war. Die Bände II, III und IV dokumentieren und kommentieren die beschäftigungspolitische Diskussion in Deutschland vor Keynes, zur Zeit von Keynes und in der Wachstumsepoche der Bundesrepublik Deutschland. Band V (erschienen 1984) behandelt „ Perspektiven einer Neuformulierung der makroökonomischen Theorie" sowie „Löhne, Preise, Einkommen und Beschäftigung in einer offenen Volkswirtschaft". Band VI (1997) schließlich erörtert den Einfluss keynesianischen Denkens auf die Wachstumstheorie.

Zur gleichen Zeit begannen einzelne Autoren, die Lehren der zunächst siegreichen monetaristischen Gegenrevolution anzuzweifeln. Am raschesten erfolgreich war die Gegenwehr gegen die Variante des Monetarismus, in der behauptet wird, dank rationaler Erwartungen würde die Inflationsbekämpfung selbst kurzfristig keine negativen realen Auswirkungen haben. Die tatsächliche Entwicklung sprach eine andere Sprache. So stellte R. Gordon (1981, S. 506) zu dieser These fest:

„This … revolution dominated macroeconomic discussions in the late 1970s … But by the end of the decade it became apparent that the revolution had misfired, and doubts began to appear even in survey articles by adherents of the new framework."

Auch die "Neue klassische Makroökonomie", in der sich Monetarismus und die Theorie temporärer Gleichgewichte bei vollständiger Konkurrenz verbanden, geriet unter Beschuss und wurde z.B. von W. Buiter (1980) als „The Macroeconomics of Dr. Pangloss" kritisiert. Etwas später kritisierte Blinder die von Lucas gelegten theoretischen Grundlagen dieser neuen Makroökonomie und stellte fest: „When Professor Lucas changed the answers given by Mr. Keynes, he was mostly turning better answers into worse ones" (Blinder, 1987, S. 136; siehe auch Blinder, 1988).

Im nächsten Jahrzehnt boten der 100. Geburtstag von Keynes im Jahr 1983 und die 50. Wiederkehr des Erscheinens der „General Theory" 1986 Anlass, sich intensiv mit diesem Werk und seiner aktuellen Relevanz zu beschäftigen. Diese Renaissance der Keynes'schen Theorie wird in der Rubrik B.VII (Renaissance der „General Theory") behandelt.

Literatur:

Arrow, Kenneth/Debreu, Gerard (1954), Existence of an Equilibrium for a Competitive Economy. 'Econometrica', Vol. 22, S. 265-290.

Arrow, Kenneth/Hahn, Frank (1971), General Competitive Analysis. San Francisco, Edinburgh (Holden-Day, Oliver & Boyd).

Blinder, Alan (1987), Keynes, Lucas and Scientific Progress. “American Economic Review”, Vol.77 (may 1987), S. 130-136. Wiederabgedruckt in: Ders. Macroeconomics under Debate, New York etc. (Harvester/Wheatsheaf), 1989, S. 116-127.

Blinder, Alan (1988), The Challenge of High Unemployment “American Economic Review Papers and Proceedings”, Vol. 78, S. 1-15.

Bombach , Gottfried u.a. (Hrsg) (1976ff), Der Keynesianismus. Bände I bis VI. Berlin etc. (Springer).

Buiter, Willem (1989), Introduction: After the New Classical Macroeconomics. In: Buiter, Willem, Macroeconomic Theory and Stabilization Policy (Collected Essays). Manchester (Manchester U.P.).

Clower, Robert (1963), Die Keynesianische Gegenrevolution: Eine theoretische Kritik. ‘Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaftslehre und Statistik’, Band 99, S. 8-31. Wiederabgedruckt in: Hagemann, Harald u.a., Hrsg. Die Neue Makroökonomik. Marktungleichgewicht, Rationierung und Beschäftigung. Frankfurt/New York (Campus), S. 37-59. Englische Fassung in: Hahn, Frank/Breechling, F.P.R. (Hrsg.), The Theory of Interest Rates. London (Macmillan) 1965, S. 103-125. Wiederabgedruckt in: Walker, Donald (Hrsg.), Money and Markets. Essays by R. Clower. Cambridge (C.U.P.), 1986.

Clower, Robert (1975), Reflexions on the Keynesian Perplex.’Zeitschrift für Nationalökonomie’, Bd. 35. Wiederabgedruckt in: Donald Walker (Hrsg.), Money and Markets. Essays by R. Clower. Cambridge etc. (C.U.P.), 1986. Deutsch: Über die keynesianische Verwirrung. In: Hagemann, Harald u.a. (Hrsg.), Die neue Makroökonomik. Marktungleichgewicht, Rationierung und Beschäftigung. Frankfurt/New York (Campus), 1981, S. 86-104.

Clower, Robert/Leijonhufvud, Axel (1975), The Coordination of Economic Acitivities. ‘American Economic Review’, Vol. 65, S. 206-212.

Coddington, Alan (1976), Keynesian Economics. The Search for First Principles. ‘Journal of Economic Literature’, Vol. 14, S. 1258-1273.

Gordon, Robert (1981), Output Fluctuations and Gradual Price Adjustment, ‘Journal of Economic Literature’, Vol. 19.

Hahn, Frank (1981), General Equilibrium Theory. In: David Bell und Irving Kristol (Hg.), The Crisis in Economic Theory. New York (Basic Books). Deutsch: Die allgemeine Gleichgewichtstheorie. In: D. Bell und I. Kristol (Hg.), Die Krise der Wirtschaftstheorie. Berlin etc. (Springer) 1984, S. 154-174.

Hildenbrand, Werner/Kirman, Alan (1976), Equilibrium Analysis. Variations on Themes by Edgeworth and Walras. Amsterdam-Oxford-New York (North-Holland).

Jäggi, Christian (1986), Die Makroökonomik von J.M. Keynes. Berlin (Springer).

Leijonhufvud, Axel (1967), Keynes and the Keynesians. A Suggested Interpretation. 'The American Economic Review', Vol. 57, S. 401-410. Deutsche Übersetzung: Keynes und die Keynesianer: Ein Interpretationsvorschlag. In: Brunner, Karl u.a. (Hrsg.), Geldtheorie, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1974, S. 208-218.

Leijonhufvud, Axel (1968), On Keynesian Economics and the Economics of Keynes. A Study in Monetary Theory. New York, Oxford (O.U.P.). Deutsch: Über Keynes und den Keynesianismus. Eine Studie zur monetären Theorie. Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1973.

Leijonhufvud, Axel (1981), Information and Coordination. New York/Oxford (Oxford University Press)

Leijonhufvud, Axel (2006), Keynes as a Marshallian. In: Backhouse, R. / Bateman, B. (Hrsg.), The Cambridge Companion to Keynes, Cambridge (University Press).

Lekachman, Robert (1959), A History of Economic Ideas. New York (Harper).

Marshall, Alfred (1920), Principles of Economics. An Introductory Volume. 8. Aufl., London (Macmillan).

Patinkin, Don (1976), Keynes Monetary Thought – A Study of its Development. Durham (Duke U.P.).

Ramser, Hans-Jürgen (1981), Stand und Entwicklungsperspektiven der Konjunkturtheorie. In: Timmermann, Manfred, Hrsg., Nationalökonomie morgen. Ansätze zur Weiterentwicklung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung, Stuttgart etc. (Kohlhammer).

Tily, Geoff (2007), Keynes' General Theory, the Rate of Interest and Keynesian Economics. Basingstoke etc. (Palgrave/Macmillan)

Tily, Geoff (2010), Keynes Betrayed, Basingstoke etc. (Palgrave/Macmillan)

Walras, Leon (1874), Éléments d'Économie Politique Pure, Lausanne/Paris/Basel 1874-1877. Englische Übersetzung : Elements of Pure Economics, London 1954.

C.V. Zur Relevanz von Angebot und Nachfrage

C.V.1. Einleitung

Die Weltwirtschaftskrise wurde vom Börsenkrach des Oktober 1929 ausgelöst, der sehr rasch die Investitionstätigkeit der Unternehmen dramatisch beeinträchtigte und einen Multiplikatorprozess nach unten in Gang setzte. Im Verlauf der Krise sanken Löhne und Preise, aber ähnlich stark sanken Produktion und Beschäftigung, und die Arbeitslosigkeit stieg drastisch (s. "**Weltwirtschaftskrise"** in der Rubrik "The General Theory", **B.I**).

Keynes erkannte, dass der Zusammenbruch der Güternachfrage der Schlüssel zum Verständnis dieser Entwicklung war (s. ‚The General Theory'). Daher rückte er in seiner Analyse die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in den Vordergrund. Gleichzeitig verwendete er auch eine gesamtwirtschaftliche Angebotsfunktion. Für ihn waren Angebot und Nachfrage wichtig; denn das wirtschaftliche Geschehen wird auf allen Märkten von Angebot und Nachfrage bestimmt. Das gilt einzel- und gesamtwirtschaftlich.

Richtig ist, dass in der Weiterentwicklung der Theorie von Keynes die Nachfrageseite wesentlich mehr Aufmerksamkeit fand als die Angebotsseite. Später, als insbesondere durch die beiden Ölpreisschocks von 1973 und 1979 die Probleme auf der Angebotsseite stärker ins Blickfeld rückten, forderten viele Ökonomen zu Recht, der Angebotsseite auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ein größeres Gewicht zu geben. Darüber hinaus traten jedoch ‚Angebotsökonomen' auf den Plan, die der Nachfrageseite und vor allem der Nachfragesteuerung jede Bedeutung absprachen.

Diese Position hatte zeitweise einen sehr starken Einfluss in der wirtschaftspolitischen Diskussion und hat sie in Deutschland auch heute noch, obwohl ihre theoretische Begründung sehr schwach und ihre wirtschaftspolitischen Erfolge mäßig sind, wie in Teil C.V.II kritisch beleuchtet wird. Die Nachfrageseite sollte offensichtlich nicht vernachlässigt werden. So gibt es inzwischen zumindest im Ausland immer mehr Ökonomen, die dazu aufrufen, beide Seiten (Angebot und Nachfrage) zu beachten. Allerdings hinkt die deutsche Diskussion noch deutlich hinter dieser Entwicklung her (Teil C.V.III).

C.V.2. Zum Alleinvertretungsanspruch vieler Angebotsökonomen

Die Angebotsökonomen begründen ihre Position mit zwei Aussagen:

a) Maßnahmen auf der Nachfrageseite sind langfristig völlig wirkungslos und kurzfristig kaum wirksam.
b) Sie sind überdies überflüssig; denn der Markt regelt alles bestens, wenn sich die Marktkräfte nur frei entfalten können.

C.V.2.1. Zur angeblichen Wirkungslosigkeit nachfragepolitischer Maßnahmen

Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf die Geldpolitik, später geriet auch die Fiskalpolitik ins Visier.

C.V.2.1.1. Argumente zur Geldpolitik

Für diese Argumentation hatten die Monetaristen bereits vorgearbeitet: Milton Friedman (1968) als ihr prominentester Vertreter hatte bereits zu zeigen versucht, dass geldpolitische Maßnahmen nur kurzfristig die Mengen von Produktion und Beschäftigung beeinflussen können; langfristig schlagen sich diese Maßnahmen jedoch nur in den Preisen nieder. Nachgewiesen hat Friedman dies für den Fall, dass in der Ausgangssituation nur „natürliche Arbeitslosigkeit" herrscht. Betrachtet man deren Definition genauer, entspricht sie einer Situation ohne jede nachfragebedingte Arbeitslosigkeit. Dass dann nachfragesteuernde Maßnahmen die Beschäftigung nicht erhöhen können, ist eigentlich unstrittig, aber nicht das zu lösende Problem. Dieses lautet vielmehr: Was kann getan werden, wenn gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel und nachfragebedingte Arbeitslosigkeit herrschen, so wie in Deutschland, wo die Schwäche der Binnennachfrage in allen Konjunkturanalysen festgestellt und beklagt wird.

Im nächsten Schritt wurde dann auch die kurzfristige Wirksamkeit angezweifelt. Für die Geldpolitik lieferte Friedman in Vorbereitung darauf das Argument, die Wirkungen der Geldpolitik seien mit sehr variablen Wirkungsverzögerungen behaftet; es sei daher unsicher, ob sie zum gewünschten Zeitpunkt wirkten oder nicht erst dann, wenn sie bereits wieder unerwünscht sind. Seine Berechnungen waren allerdings sehr dubios (s. Rühmann, 1980). Daher sind die Wirkungsverzögerungen zwar ein Argument gegen den Versuch einer konjunkturpolitischen Feinsteuerung, nicht aber gegen eine mittelfristig orientierte Nachfragepolitik, da sie nicht deren Wirksamkeit selbst in Frage stellt, sondern nur ihre zeitliche Verteilung.

Der entscheidende Schritt bestand dazu darin, dass Anhänger des Monetarismus die Hypothese von Muth (1961) für die makroökonomische Analyse aufgriffen, wonach rationale Akteure auch rationale Erwartungen bilden, indem sie bei ihrer Erwartungsbildung ihre Informationen über ihnen relevant erscheinende Größen sowie über ihre ökonomische Umwelt einbeziehen. Dafür müssen die Akteure über eine Theorie verfügen, die ihnen sagt, wie die von ihnen berücksichtigten Größen auf die zu prognostizierende Variable einwirken. Durch die kühne Annahme, die Akteure würden dafür ausschließlich die monetaristische Theorie einschließlich der Annahme ständig geräumter Märkte verwenden, leiteten Lucas (1972) und Sargent/Wallace (1975) für die Geldpolitik die Vorhersage ab, bei rationalen Er-wartungen werde eine restriktive oder expansive Geldpolitik auch kurzfristig keine mengenmäßigen Auswirkungen haben, sondern nur auf die Preise wirken.

Die meisten ökonometrischen Modelle prognostizierten seinerzeit jedoch mengenmäßige Auswirkungen. Deshalb formulierte Lucas (1973) die sog. Lucas-Kritik an ökonometrischen Modellen: Er verwies darauf, es müsse bei der Beurteilung der Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen berücksichtigt werden, dass diese bei rationalen Akteuren zu Verhaltensänderungen führen. Daher seien Prognosen aufgrund von Verhaltensgleichungen, die aus Daten der

Vergangenheit gewonnen werden, unzuverlässig oder gar unzulässig. Dieser Kritik wird jedoch inzwischen Rechnung getragen, indem Erwartungsgrößen in die Prognosemodelle eingefügt werden.

C.V.2.1.2. Argumente zur Fiskalpolitik

Die Wirksamkeit der Fiskalpolitik ist bereits dann eingeschränkt, wenn für die Konsumnachfrage der privaten Haushalte die permanente Einkommenshypothese von Friedman gilt. Diese Hypothese besagt, dass die Haushalte ihren Konsum im Wesentlichen nur an solche Änderungen des Einkommens anpassen, die sie für dauerhaft halten. Wird daher eine Steuersenkung nur befristet gewährt, so dass die Haushalte in der Rezession nur vorübergehend bei gegebenem Bruttoeinkommen über ein höheres Einkommen verfügen können, dann reagieren die Haushalte nur wenig, weil sie wissen, dass diese Erhöhung ihres verfügbaren Einkommens nur vorübergehend ist.

Die empirischen Daten zeigen allerdings, dass der private Konsum sehr stark mit dem tatsächlichen verfügbaren Einkommen variiert. Beide Größen weisen eine „relativ hohe Korrelation" auf (Forschungsinstitute, 2006, S. 264). Dies spricht dafür, dass die Haushalte auf Änderungen des verfügbaren Einkommens auch dann stark reagieren, wenn sie die Änderung nur für vorübergehend halten. Sie werden sich dann zwar keine dauerhaft höheren Konsumausgaben aufladen, indem sie z.B. eine größere Wohnung kaufen oder mieten, aber sie werden Ausgaben tätigen, die sie dann, wenn ihre verfügbaren Einkommen sinken, wieder reduzieren können.

Eine noch stärkere Einschränkung der Wirksamkeit fiskalpolitischer Maßnahmen wird von einigen Ökonomen mittels der sog. Ricardianischen Äquivalenz behauptet. Die Überlegung ist die folgende: Bei defizitfinanzierten höheren Staatsausgaben antizipieren die heutigen Steuerzahler, dass sie später höhere Steuern werden zahlen müssen, um die staatlichen Zinszahlungen zu finanzieren. Dadurch wird ihr künftiges verfügbares Einkommen und damit ihr möglicher zukünftiger Konsum verringert. Um ihren Konsum über die Zeit zu glätten, würden sie daher bereits heute ihren Konsum reduzieren, um aus den damit erzielten Ersparnissen später die zusätzlichen Steuern zahlen zu können. Ricardo (1821) hatte in der Tat darauf hingewiesen, dass es bei nüchterner Betrachtung und genügend langem Zeithorizont für den Durchschnitt der Haushalte gleichwertig (äquivalent) ist, ob der Staat bestimmte zusätzliche Ausgaben durch Steuern oder durch Kreditaufnahme finanziert: Zwar verringert sich bei Kreditaufnahme das aktuelle verfügbare Einkommen nicht, aber die Zinsen, die der Staat zahlen und die Steuerzahler aufbringen müssen, reduzieren über die Laufzeit des Kredits das verfügbare Einkommen der Steuerzahler genauso stark (herabdiskontiert auf die Gegenwart), wie die heutige Steuerzahlung dies tun würde.

Ricardo fügte dieser Überlegung jedoch sofort hinzu, dass die Haushalte so nicht empfinden, sondern das Gefühl haben, dass sie wohlhabender sind als bei sofortiger Steuerzahlung, obwohl dies in langfristiger Sicht nicht der Realität entspricht. Hinzu kommt: Selbst wenn der einzelne Steuerzahler die Ricardianische Überlegung anstellt, weiß er nicht, inwieweit er individuell von künftigen höheren Steuern belastet werden wird, da ihm unbekannt ist, welche Steuern der Staat erhöhen wird, um die Zinsen zu zahlen, und in welchem Umfang die Erhöhung ihn betreffen wird. Es ist also kein Wunder, dass sich empirisch die Ricardianische Äquivalenz nicht als dominante

verhaltensleitende Maxime ergibt (Muscatelli u.a., 2004). So konzediert auch die EZB, dass sich im Konjunkturverlauf die automatischen Stabilisatoren, die sich in Defiziten in der rezessiven Phase niederschlagen, für die Glättung von Produktions- und Nachfrageschwankungen als wirksam erwiesen haben (EZB, 2005, S. 71).

C.V.2.2. Begründung der Irrelevanz der Nachfrageseite - das Beispiel des Sachverständigenrates

Während bis dahin noch über die größere oder geringere Wirksamkeit von Nachfrageänderungen diskutiert wurde, erfolgt mit dem Übergang zur Angebotsökonomie ein radikaler Schwenk: Die Angebotsökonomen lassen sich nicht mehr in Diskussionen über die Wirksamkeit der Geld- und Fiskalpolitik verstricken, sondern behaupten schlicht, diese sei überflüssig, weil der Markt alle Dinge optimal regele, wenn man nur die Marktkräfte sich frei entfalten ließe.

In Deutschland vollzog der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 1977 diesen grundlegenden Wechsel, den er im Jahresgutachten des Vorjahres vorbereitet hatte. Seine Argumentation sei hier beispielhaft vorgestellt. Für seine Angebotsposition hat der Sachverständigenrat das Say'sche Theorem wiederbelebt, demgemäß sich „im Zusammenspiel der Vielen das Angebot seine Nachfrage schafft". Diese Aussage hatte er in Zi. 241 des Jahresgutachtens 1977 so begründet:

„Die dauerhaften Impulse für wirtschaftliche Tätigkeit müssen jedoch von der einzelwirtschaftlichen Basis ausgehen, von der unternehmerischen Nutzung rentabel erscheinender Produktionschancen. Dabei wird Arbeit nachgefragt und Einkommen geschaffen, woraus dann Nachfrage nach Gütern entsteht. Im Zusammenspiel der Vielen schafft so das Angebot seine Nachfrage".

Dabei blieb auch dem Rat nicht verborgen, dass das Angebot und damit die Nachfrage damals nicht das Vollbeschäftigungsniveau erreichten:

„Gegenwärtig ist nicht für jeden, der zu arbeiten wünscht, ein Platz am Markt. Weil nicht genügend Angebot rentabel erscheint, mangelt es auch an Einkommen und an wirksamer Nachfrage. Als autonome Ursache des Beschäftigungsproblems kommt die Angebotsseite insbesondere dann ins Spiel, wenn Investitionsrisiken, Anpassungshemmnisse im Struk-turwandel und hohe Produktionskosten das Ertragskalkül so stark belasten, dass zu viele darauf verzichten, ihre Produktionsanlagen zu erweitern und zusätzliche zu schaffen." (ebenda, Zi. 242)

Ein Nachfragemangel wird als autonome Ursache ausgeschlossen, denn die Nachfrage resultiert nur aus dem Angebot. Deshalb auch die anschließende wirtschaftspolitische Aussage:

„Eine Nachfrageausweitung durch den Staat ist vor dem Hintergrund dieser Diagnose jedoch keine Therapie, die eine grundlegende Besserung der Beschäftigungslage verspricht, jedenfalls so lange nicht, wie die Angebotsprobleme ungelöst bleiben." (ebenda)

Für den damaligen langjährigen Vorsitzenden des Sachverständigenrats, Olaf Sievert, war diese Aussage so selbstverständlich und unumstößlich, dass er in einer Darlegung der Position des

Sachverständigenrates schreibt: „Dass aus Furcht vor Nachfragemangel noch nach neuen Aufgaben, etwa für den Staat, gesucht wird – man möchte es nicht für möglich halten“. (Sievert, 1980, S. 22).

Aufgrund seiner Diagnose geht der Sachverständigenrat nun auf die Suche nach Ursachen dafür, dass nicht genügend Angebot rentabel erscheint, und er wird vor allem auf dem Arbeitsmarkt fündig, denn die neoklassische Arbeitsmarktanalyse zeigt (allerdings unter der Annahme vollständiger Konkurrenz auf den Gütermärkten!), dass unfreiwillige Arbeitslosigkeit nur dann bestehen kann, wenn der Reallohn zu hoch ist und über dem gleichgewichtigen Lohnsatz liegt. Insofern kann für Sievert eine Situation kurzfristiger nachfragebedingter Unterbeschäftigung nicht anhalten, „ohne dass Rigidität der Löhne im Spiel ist, und zwar Rigidität in der Reallohn/Produktivitätsrelation“ (ebenda).

Der Einkommens-, Kaufkraft- und Nachfrageaspekt der Löhne wird nicht angesprochen. Gleiches gilt für die Verringerung staatlicher Defizite, die für den Sachverständigenrat zur Angebotspolitik dazugehört. Dazu schreibt Sievert (1980, S. 25): „Reduktion staatlicher Defizite ist wachstumspolitisch expansive Politik, mag sie auch konjunkturell, also nachfrage-seitig gesehen, kontraktiv sein“. Dieses Zitat macht noch einmal deutlich, dass die Nachfrage-seite, wenn sie überhaupt erwähnt wird, als unbedeutend und höchstens kurzfristig störend dargestellt wird.

Mit seiner Propagierung einer angebotsorientierten Politik und einer Abwendung von der Nachfrageorientierung fand der Sachverständigenrat viel Unterstützung. So hat z.B. der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium (1981) wenige Jahre später ebenfalls für eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik geworben und die nötigen Maßnahmen in seinem Gutachten über ‚Wirtschaftspolitik bei defizitärer Leistungsbilanz’ detailliert geschildert.

Viele Angebotsökonomen leisten – um nicht einseitig zu erscheinen – der Nachfrageproblematik einen Lippendienst und schreiben scheinbar großzügig: Wenn Probleme nachfragebedingt sind, dann muss man sie auch über die Nachfrageseite zu beheben versuchen. Aber sie fügen hinzu: Unsere Wachstumsprobleme haben ihren Ursprung auf der Angebotsseite und deswegen kommt es auf diese Seite an; die Nachfrageseite ist nicht relevant.

C.V.2.3. Die wirtschaftspolitische Umsetzung der Angebotsökonomie und deren Ergebnisse

Auf der wirtschaftspolitischen Ebene wurde der Schwenk zur Angebotsseite in Form einer Angebotspolitik in den USA insbesondere von zwei Wirtschaftsjournalisten, nämlich Irving Kristol (1981) und George Gilder (1981) propagiert, und sie wurde vom Beraterteam des Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan zum Teil seines Regierungsprogramms gemacht. Diese angebotspolitische Konzeption konzentriert sich auf drei Punkte:

a) Die Inflation ist durch eine restriktive Geldpolitik zu bekämpfen, unterstützt durch eine moderate Lohnentwicklung, wofür die Macht der Gewerkschaften reduziert werden muss.

b) Der öffentliche Sektor, der als Belastung des Privatsektors angesehen wurde, soll zugunsten der

Privatwirtschaft und der Privatinitiative eingeschränkt werden. Dafür sollten Steuern und Abgaben gesenkt, aber die Staatsausgaben noch mehr reduziert werden (insbesondere durch den Abbau von Sozialleistungen, aber auch durch die Reprivatisierung öffentlicher Unternehmungen), damit das Staatsdefizit deutlich zurückgeht.

c) Die Spielräume der privaten Unternehmer sollen über die bereits genannten Maßnahmen hinaus durch den Abbau von Investitionshemmnissen in Form von Genehmigungsvorschriften, z.B. im Bereich der Umweltverträglichkeit und des Arbeitsschutzes, erweitert werden.

Im Vereinigten Königreich hatte der Umschwung schon gut ein Jahr früher eingesetzt, als Margaret Thatcher 1979 zur Regierungschefin gewählt wurde und auf eine angebotsorientierte Politik mit besonderer Betonung der von den Monetaristen geforderten rigiden Inflationsbekämpfung setzte.

Auch in Deutschland schwenkte die Politik (wenn auch weniger spektakulär) auf die Angebotspolitik um. Das erfolgreiche Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) wurde 1980 nach vier Jahren nicht verlängert, der Abbau der Defizite im öffentlichen Haushalt erhielt Priorität. Die Deutsche Bundesbank verschärfte nach dem zweiten Ölpreisschock vom Herbst 1979 ihren restriktiven geldpolitischen Kurs.

Der angebotspolitische Kurs brachte jedoch in den beiden ‚Vorreiter'-Staaten nicht den erhofften Erfolg; insbesondere führte die restriktive Geldpolitik zu massiven Einbrüchen bei Produktion und Beschäftigung. Am schnellsten reagierte darauf die US-amerikanische Notenbank: Bereits im Oktober 1982, als sich abzeichnete, dass der deutliche Rückgang der Inflation seit Beginn der neuen Politik zu einem schrumpfenden BIP (1982: - 2,2 %) und einer von 7,2 % (1980) auf 9,7 % erhöhten Arbeitslosenquote beigetragen hatte, schwenkte sie auf eine expansive Geldpolitik um, um auf der Nachfrageseite Investitionen zu ermuntern. Auch in Großbritannien gelang die angestrebte Eindämmung des Geldmengenwachstums nicht. Dazu passend haben sich in den USA in der Konjunkturanalyse die ‚New Keynesian Economics' weitgehend durchgesetzt, in denen angesichts wenig flexibler Löhne und Preise den Nachfrageschwankungen und ihrer Steuerung durch Geld- und Fiskalpolitik ein entscheidender Einfluss auf Produktion und Beschäftigung zugemessen wird.

C.V.3. Zur Notwendigkeit, Angebot und Nachfrage zu berücksichtigen

C.V.3.1. Zähe Diskussion in Deutschland und bei den europäischen Institutionen

Während in den USA und in Großbritannien die Wirtschaftspolitik nach den Erfahrungen mit einseitiger Angebotspolitik zu einer gleichzeitigen Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage zurückkehrte und entsprechende Erfolge in der Wirtschaftspolitik erzielte, verharren im Euroraum die EZB und die meisten fiskalpolitischen Akteure weiterhin in ihrer angebotsfixierten Denkweise. So berücksichtigt die EZB bei ihrer Geldpolitik fast nur das Ziel der Preisstabilität, und in der Fiskalpolitik steht – orientiert am Europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt – die Senkung der Budgetdefizite im Vordergrund. Die in Lissabon von den europäischen Regierungschefs im März 2000 verabschiedete „Lissabon-Strategie", mit der die EU bis 2010 zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Ökonomie der Welt gemacht werden sollte, beschränkt sich ebenfalls auf Maßnahmen auf der Angebotsseite und blieb – ganz abgesehen von ihrer schleppenden Umsetzung – hinter den gesetzten Zielen weit zurück (Volz, 2006); denn einige von diesen (vor allem die Beschäftigungsquoten) hängen von der makroökonomischen Entwicklung ab.

Immerhin formulierte die Bundesregierung in ihrem Jahresbericht 2000 in ihrer Stellungnahme zum Jahresgutachten 1999 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ziffer 170 ihre Position differenzierter:

„Sie (die Bundesregierung – J.K.) teilt nicht die Auffassung des Rates, dass die gegenwärtige Beschäftigungskrise in Deutschland ausschließlich auf Funktionsmängel in der marktwirtschaftlichen Anpassung zurückzuführen ist, dass folglich Angebotspolitik die einzig wirksame Politik sei. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der Aufschwung auf dem deutschen Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren durch ein Zusammenwirken von ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einer unzureichenden Anpassungsfähigkeit der Märkte behindert wurde. Daher setzt die Politik der Bundesregierung sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite an, wie übrigens auch die Politik in Ländern mit erfolgreicher Beschäftigungsentwicklung."

Auf europäischer Ebene ist der ‚Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss' in dieser Richtung noch deutlicher geworden. In seiner Stellungnahme zum Thema „Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003 – 2005" schreibt er in Ziffer 1.4:

„Der EWSA ist – im Unterschied zu Kommission und Rat – der Ansicht, dass nur durch eine grundlegende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, insbesondere der makroökonomischen Politik, die innereuropäischen Blockaden für einen nachhaltigen und weiter tragenden konjunkturellen Aufschwung beseitigt werden können. Die EU muss sich auf ihre internen Kräfte stützen, um die europäische Wirtschaft wieder auf einen Pfad des Wachstums und der Vollbeschäftigung zu bringen. Dazu bedarf es einer aktiven, auf Expansion gerichteten, koordinierten Wirtschaftspolitik, welche die makroökonomischen Kreislaufzusammenhänge berücksichtigt. Zu einer solchen

ausgewogenen makroökonomischen Politik mit dem erklärten Ziel der Vollbeschäftigung gehört neben kostensenkenden Maßnahmen auf der Angebotsseite vor allem eine Stärkung der effektiven Nachfrage."

Das Beharren vieler Ökonomen auf der Angebotsfixiertheit ist angesichts der Ergebnisse rein angebotsorientierter Wirtschaftspolitik erstaunlich, umso mehr, als im Euroraum und besonders in Deutschland die Schwäche der Binnennachfrage inzwischen überall thematisiert wird. So überschreibt der Sachverständigenrat sein Jahresgutachten 2004 mit „Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland". Mit der Begründung der damit angesprochenen schwachen Binnen-Nachfrage tut sich die Ratsmehrheit schwer. Dabei ist deutlich, dass in Deutschland die verbesserten Angebotsbedingungen (sinkende Lohnstückkosten, niedrige Zinsen, steigende Gewinne) bis 2005 nicht zu höheren Anlageinvestitionen führten. Dies liegt vor allem daran, dass die Unternehmen keine genügend positiven, von steigender Nachfrage ausgelösten Absatzerwartungen haben, die sie veranlassen, ihre Kapazitäten zu erweitern. Die Unternehmen teilen zu Recht nicht die vom Say'schen Gesetz genährte Hoffnung, ihr zusätzliches Angebot schüfe sich die entsprechende Nachfrage selbst. Für den einzelnen Unternehmer und seine Investitionen gilt dies sowieso nicht, es gilt aber auch nicht für die Unternehmen als Aggregat; denn durch die Produktion zusätzlichen Angebots entsteht zwar zusätzliches Einkommen in gleicher Höhe. Aber wie viel Nachfrage daraus entfaltet wird, ist ungewiss. Der zusätzliche Konsum ist stets geringer als das zusätzliche Einkommen; ob die „Lücke" durch weitere zusätzliche Investitionen geschlossen wird, ist ungewiss und umso weniger wahrscheinlich, je höher die unausgelasteten Sachkapazitäten in der Volkswirtschaft sind.

C.V.3.2. Deutliche Ratschläge prominenter ausländischer Ökonomen

Während die deutschen Ökonomen in ihrer großen Mehrheit bei ihrer einseitiger Angebotssicht verharren, treten dieser einseitigen Sichtweise immer wieder prominente ausländische Ökonomen in Memoranden oder Einzelschriften entgegen; sie versuchen, auch in den europäischen Institutionen und in den Mitgliedstaaten – vor allem in Deutschland – einem ausgewogenen oder „beidhändigen" Ansatz zum Durchbruch zu verhelfen. Die wichtigsten Texte seien im Folgenden in der zeitlichen Abfolge ihres Erscheinens kurz vorgestellt:

1. Blanchard, Oliver u.a. (1995), Spanish Unemployment: Is there a Solution? London (CEPR). Erarbeitet von 11 Autoren, darunter neben Blanchard auch Charles Bean, Edmond Malinvaud, Dennis Snower, Robert Solow. Daraus zitiere ich folgende Passage (S. 5):

„Demand and supply policies naturally complement each other. A commitment of macroeconomic policies to sustain growth makes supply-side reforms easier to implement. Opposition to reductions in lay-off restrictions decreases in a buoyant labour market. Social pacts are easier to achieve and to respect when total output is growing steadily.

Supply-side reforms, in turn, make demand policies more likely to succeed. Only the implementation of such reforms can convince markets, especially financial markets, that demand expansions will lead to lower unemployment, not higher inflation. Absent such beliefs, demand policies, whether fiscal or monetary, are likely to be much less effective, or even to have perverse

effects.”

2. Bean, Charles (1997), The Role of Demand-management Policies in Reducing Unemployment. In Snower, Dennis u.a. (Hrsg.): Unemployment Policy. Government Options for the Labour Market. Cambridge (Cambridge University Press). , S. 83-115. Bean schreibt (S. 96):

“I am in favour of a ‘two-handed’ approach in which expansionary aggregate demand policies are adopted alongside the necessary improvements to supply – in other words a broadly accommodating approach.”

3. Modigliani, Franco u.a. (1998), An Economists’ Manifesto on Unemployment in the European Union. BNL Quarterly Review No. 206. Aus dem ‘Forword’:

“This Manifesto challenges a pernicious orthodoxy that has gripped Europe’s policy makes. It is that demand and supply side policies must have different aims, that a limited number of supply side policies are to be devoted to fighting unemployment, and that demand management (and particularly monetary policy) is to be devoted solely to fighting inflation.

We will divide the proposed actions into those bearing on the revival of aggregate demand (demand policies) and those addressed to the reform of the labour and product markets and the system of benefits for the unemployed (supply policies). But we stress form the very beginning that we regard our proposals as strictly complementary with one another. Each proposal, applied in isolation, may produce little or even perverse effects, while the simultaneous application can be counted upon to yield the desired outcome. This holds in particular with respect to the relation between demand and supply policies.”

Dieses Manifest wurde u.a. von Franco Modigliani, Dennis Snower und Robert Solow erarbeitet und von weiteren ca. 20 ausländischen Ökonomen (darunter Paul Samuelson) unterstützt.

4. Krugman, Paul (1998), The Return of Demand-Side Economics. Vortrag an der FU Berlin.

Krugman demonstriert die Rückkehr der nachfrageorientierten Politik an den Krisen in verschiedenen asiatischen Ländern.

5. Solow, Robert (2000), Unemployment in the United States and in Europe. ifo Studien, Heft 1, S. 1-12. Zitat aus dem ‘Summary’ (S. 12):

“In Europe, high and persistent unemployment is usually attributed entirely to labor-market rigidity. The only remedy seriously discussed is deregulation of the labor market. This essay argues that there are two further sources of high unemployment in Europe: over-regulation and weakness of competition in goods markets, and an excessively contractionary combination of fiscal and monetary policy. Opposition to demand-oriented policy is reinforced by biased measurement of the gap between current and “potential” output and – related to this – the belief that a market economy can deviate only trivially from a satisfactory equilibrium. A combination of increased flexibility in labor and goods markets and demand stimulus would be more effective and fairer than either one by itself.”

6. Steinherr, Alfred (2000), Europe's Unemployment: No Policy Issue?, ifo Studien, Heft 1, S 123-137. Im Summary (S. 136) formuliert Steinherr (er ist zwar ein deutscher Ökonom, war aber bis vor kurzem viele Jahre lang bei der European Investment Bank in Basel tätig):

"Most Europeans know fairly well the situation of unemployment in their own countries, but the diversity across Europe is such that it may be useful to have a look at that. That's the first point. The second is that there is something common to all countries participating in the EMS as an explanatory factor of unemployment. This common factor resides in the restrictive monetary and fiscal policies engendered by the convergence process leading to EMU. Then the paper goes beyond the sterile discussion for employment stimulation about whether one should favour demand policies or supply policies and makes the obvious point that both are interdependent and therefore both matter. Finally, the paper focuses in investment because investment plays quite an essential role in the employment creating process."

7. Die wichtigsten und meisten Stellungnahmen findet man in dem jüngst erschienenen von R.Schettkat und J.Langkau herausgegebenen Sammelband

„Aufschwung für Deutschland Plädoyer internationaler renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik." (Bonn, Dietz-Verlag, 2007). Darin fordert u.a. der Nobelpreisträger Robert Solow: "Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden"; der belgische Ökonom Paul de Grauwe weist nach, dass Geldpolitik dauerhafte reale Wirkungen hat, die die Zentralbanken berücksichtigen sollte; die englischen Ökonomen Wendy Carlin und David Soskice beleuchten die Zusammenhänge zwischen „Reformen makroökonomischer Politik und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland". Weitere Autoren widmen sich bestimmten notwendigen Reformen auf der Angebotsseite, z.B. um die Bildungsergebnisse zu verbessern und die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu erhöhen.

Es ist zu hoffen, dass diese Argumente für den beidhändigen Ansatz nicht völlig ungehört verhallen und dass auch von solchen Ökonomen, die nicht zu den unerschütterlichen Keynesianern zu rechnen sind, die sich in Deutschland jetzt zum Teil in der Keynes Gesellschaft zusammenfinden, die Notwendigkeit anerkannt wird, sich auch wissenschaftlich mit der Nachfrageseite zu beschäftigen.

Ein Beispiel für eine solche Entwicklung ist die im Jahr 2004 vom Münchner CESifo-Institut veranstaltete Konferenz zum Thema „Revival of Aggregate Demand-Policies". Die Beiträge dazu sind im Heft 4/2005 der „Economic Studies" dieses Institutes abgedruckt. Der abschließende Beitrag von F. van der Ploeg ist allerdings zu Recht mit „Back to Keynes?" überschrieben; denn er zeigt, wie weit die Modellwelt der eingeladenen internationalen Wissenschaftler noch von Keynes' Theorie entfernt sind. Dort fehlten immer noch Vorratsveränderungen, Kreditrationierungen und die Möglichkeit von Konkursen, und die Modelle erlaubten es nicht, Mengenrationierung zu berücksichtigen und die Arbeitslosigkeit als ein „catastrophic event" zu behandeln. Van der Ploeg beendet einen „Abstract" daher mit der Feststellung (S. 777): „The macroeconomics based on the New Keynesian Phillips curve have quite a way to go before the quintessential Keynesian features are captured".

C.V.3.3. Neuere Aufsätze und Aufrufe

1. Ein Aufruf, unterzeichnet von Gerhard Illing (München), Robert Solow (MIT) Paul de Grauwe (Leuven) plädiert für eine aktive nationale, am besten europaweit koordinierte Fiskalpolitik im Euroraum, da eine nationale Geldpolitik nicht mehr zur Verfügung.
Der Aufruf (im Internet:
http://www.sfm.vwl.uni-muenchen.de/makropolitik/makropolitik.pdf)
kritisiert die von europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt geforderte Haushaltsdisziplin als „von Prinzip her fehlerhaft und auch in der Anwendung kontraproduktiv". Die Unterzeichner lehnen diesen „Frankfurt-Brüssel-Konsens" nachdrücklich ab.

2. Die „Presidential Adress" von George Akerlof

Weltweites Aufsehen erregte in der Wirtschaftwissenschaft jüngst die „Presidential Adress" des Vorsitzenden der „American Economic Association", George Akerlof, auf der Jahrestagung dieser Gesellschaft. Diese Rede liegt inzwischen gedruckt vor („American Economic Review", Vol. 97, 2007, S. 5-36). Sie trägt den zurückhaltenden Titel „The Missing Motivation in Macroeconomics". In seinem Beitrag zeigt Akerlof, dass fünf zentrale Postulate der nichtkeynesianischen „mainstream economics" nur Bestand haben, wenn man die Präferenzen der Entscheidungsträger (Unternehmen und Haushalte) sehr eng definiert und wichtige Elemente ihrer Motivation außer Acht lässt. Akerlof bezieht sich dabei auf Wertvorstellungen und Normen, an denen sich Konsumenten und Investoren orientieren, die aber in den auf eng definierte ökonomische Argumente beschränkten Nutzenfunktionen des Mainstream nicht aufzutauchen pflegen.

Akerlof zieht dann realistische Wertvorstellungen und Normen in die Analyse ein; er zeigt, dass man dann zu makroökonomischen Aussagen gelangt, die wichtige Reste frühen keynesianischen Denkens enthalten, und dass fünf zentrale Neutralitätspostulate des Mainstream nicht haltbar sind (S. 6/7):

- A realistic norm regarding consumption behaviour will make consumption directly dependent on current income, in violation of the neutrality of consumption given wealth;
- A realistic norm will make investment directly dependent on cash flow, in violation of Modigliani-Miller;
- A realistic norm will make wages and prices dependent on nominal considerations and thus violate natural rate theory;
- A realistic norm will make income and employment dependent on systematic monetary policy, and thus violate rational expectations theory; and
- A realistic norm will make current consumption dependent on the current generation's social security receipts, in violation of Ricardian equivalence.

Akerlof zieht daraus den Schluss, dass die frühen Keynesianer einen großen Teil des Wirkens des ökonomischen Systems richtig erfasst haben, in einer Weise, die von den fünf Neutralitätspostulaten geleugnet wird.
In der Zeitschrift „Challenge" (im Juli/August-Heft 2007,50.Jahrgang, S.5-16) hat Akerlof seine

Thesen für ein breites Publikum in einem Interview erläutert. Das Interview ist überschrieben: „A New Case for Keynesianism“.

Die letzte Frage-Antwort-Sequenz lautet:

Frage: In sum, then?
Antwort: The Keynesians basically got it right.

Literatur

Bean, Charles (1997), The Role of Demand-management Policies in Reducing Unemployment. In Snower, Dennis u.a. (Hrsg.): Unemployment Policy. Government Options for the Labour Market. Cambridge (Cambridge University Press). , S. 83-115.

Blanchard, Oliver u.a. (1995), Spanish Unemployment: Is there a Solution? London (CEPR).

EZB - Europäische Zentralbank (2005), Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Monatsbericht August, Frankfurt,S.63-80.

Forschungsinstitute (2006), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006 (Gemeinschaftsprognose). DIW-Wochenbericht, 73 Jg., Nr. 18, S. 225-286.

Friedman, Milton (1968), The Role of Monetary Policy, ‘The American Economic Review’, Vol. 58. Deutsche Fassung: Die Rolle der Geldpolitik, in ders. Die optimale Geldmenge und andere Essays. München (Verlag Moderne Industrie) 1970, S. 135-156. Brunner/Morissen/Neumann (1974), Hrsg. Geldtheorie, Köln (Kiepenheuer & Wisch), S. 314-331.

Gilder, George (1981), Reichtum und Armut, Berlin (Severin & Siedler).

Kristol, Irving (1981), Ideology and Supply-Side Economics, in: Supply-Side Economics: Innovative Ideas, 1981.

Krugman, Paul (1998), The Return of Demand-Side Economics. Vortrag an der FU Berlin.

Lucas, Robert (1972), Expectations and the Neutrality of Money, ‘Journal of Economic Theory’, Vol. 4, S. 103-124.

Lucas, Robert (1973), Econometric Policy Evaluation: A Critique. Vortrag auf der 1. Carnegie-Rochester Konferenz. Veröffentlicht in: K. Brunner/A. Meltzer (Hrsg.), The Phillips Curve and Labor Markets. Amsterdam etc. (North Holland) 1976, S. 19-46.

Meißner, Werner (1980), Die Lehre der fünf Weisen. Eine Auseinandersetzung mit den Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Köln (Bund).

Modigliani, Franco u.a. (1998), An Economists’ Manifesto on Unemployment in the European Union. BNL Quarterly Review No. 206

Muscatelli, V. Anton u.a. (2004), Can Fiscal Policy Help Macroeconomic Stabilization ? Evidence from a New Keynesian Model with Liquidity Constraints. CESifo Working Paper Nr. 1171. München.

Muth, John (1961), Rational Expectations and the Theory of Price Movements, ‘Econometrica’, Vol. 29, S. 315-335.

Ricardo, David (1821), On the Principles of Political Economy and Taxation, 3. Auflage., London 1821. Neuausgabe als Bd. 1 von ‘The Works and Correspondence of David Ricardo’, hrsg. von Pierro Sraffa, Cambridge (Cambridge U.P.) 1951.

Rühmann, Peter (1980), Der Einfluss der Geldmenge auf den Konjunkturverlauf. Eine kritische Auseinandersetzung mit der von Milton Friedman vorgenommenen Auswertung empirischer Untersuchungen. Tübingen (Mohr).

Sachverständigenrat (1977), Jahresgutachten 1977. Bonn (Bundesanzeiger), Stuttgart/Mainz (Kohlhammer).

Sachverständigenrat(2004), Jahresgutachten 2004. Bonn (Bundesanzeiger), Stuttgart/Mainz (Kohlhammer).

Sargent, Thomas/Wallace, Neil (1975), Rational Expectations, the Optimal Monetary Instrument and the Optimal Money Supply Rule, ‘Journal of Political Economy’, Vol. 83, S. 241-254.

Schettkat, Ronald/ Langkau, Jochen (Hrsg),(2007) „Aufschwung für Deutschland Plädoyer internationaler renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik.“ (Bonn, Dietz-Verlag).

Sievert, Olaf (1980), Position des Sachverständigenrates, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahresheft Nr. 1/80.

Solow, Robert (2000), Unemployment in the United States and in Europe. ifo Studien, Heft 1, S. 1-12.

Strätling, Ansgar (2001), Sachverständigenrat im Wandel. Der theoretische Argumentationshintergrund des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur Beschäftigungspolitik von 1964-1999. Marburg (Metropolis).

Van der Ploeg, Frederick (205), Back to Keynes? “CESifo Economic Studies”, Vol. 51, S. 777-822.

Volz, Joachim (2006), Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Union. DIW-Wochenbericht, 73. Jg., Nr. 19, S. 295-299.
Wissenschaftlicher Beitrat beim Bundesministerium für Wirtschaft (1981), Gutachten:

Wirtschaftspolitik bei defizitärer Leistungsbilanz. Bonn.

D. Die monetaristische Gegenrevolution

D.I. Vorbemerkung

Nachdem Keynes die wirtschaftspolitische Forderung nach einem aktiven, die konjunkturelle Entwicklung mittels Geld- und Fiskalpolitik steuerndn Staat theoretisch untermauert hatte, startete Milton Friedman eine Gegenrevolution, die den Staat wieder auf eine möglichst passive Rolle zurückschrauben sollte. Dazu versuchte er zu zeigen, dass eine aktive Geld- und Fiskalpolitik entweder wirkungslos oder gar schädlich sei. Den theoretischen Unterbau lieferte der von ihm maßgeblich gestaltete Monetarismus.

D.II. Die fünf Schritte der Gegenrevolution

Den ersten Schritt vollzog Friedman (1959), indem er seine „permanent income hypothesis" formulierte, der zufolge der private Konsum weniger vom tatsächlich verfügbaren Einkommen der jeweiligen Periode abhängt als von dem Einkommen, das die Haushalte als permanent (dauerhaft) einstufen und für die Zukunft erwarten. Während in den einfachen keynesianischen Modellen Änderungen des verfügbaren Einkommens sofort und unmittelbar auf die Nachfrage durchschlagen, ist dies bei Friedman anders, da das erwartete, „permanente" Einkommen durch kurzfristige steuernde Eingriffe des Staates kaum oder wenig zu beeinflussen sei: Die Haushalte beurteilten – z.B. bei einer expansiven Fiskalpolitik – das zusätzlich verfügbare Einkommen als vorübergehend (transitorisch) und erhöhen ihren Konsum nur wenig. Friedman (1959, S.139) betont diesen Unterschied:

"*The permanent income hypothesis implies that the economy is much less sensitive to changes in investment [oder gegenüber Änderungen anderer autonomer Nachfragekomponenten; J.K.] than would be if consumption were adapted to measured rather than permanent income.*"

Im zweiten Schritt argumentiert Friedman, dennoch auftretende Wirkungen von Einkommensänderungen, die durch aktive Geld- und Fiskalpolitik herbeigeführt werden, liefen große Gefahr, wegen zeitlicher Verzögerungen die konjunkturelle Entwicklung zu destabilisieren statt sie zu glätten. Die Verzögerungen beruhten auf der Zeitdauer, die das Erkennen der Situation, die wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse und die Reaktionen der privaten Haushalte und Unternehmen in Anspruch nehmen. Sie können dazu führen, dass expansive Maßnahmen erst wirksam werden, wenn bereits – wegen der veränderten konjunkturellen Lage – wieder kontraktive Maßnahmen angezeigt wären. Friedman (1960, z.B. S.63) versuchte das Auftreten derartiger Wirkungsverzögerungen empirisch nachzuweisen und behauptete, diese schwankten zwischen 4 und 29 Monaten. Später hat Friedman (z.B. 1970, S.63) seine waghalsigen Berechnungen relativiert.

Immerhin hat Friedman auf diese Weise umfangreiche, bislang fehlende empirische Untersuchungen angeregt. Diese haben die Existenz von Wirkungsverzögerungen bestätigt (wenn auch von vorhersehbarer Länge) und damit die ursprüngliche keynesianische Überzeugung einer sicheren antizyklischen Wirkungsweise der Globalsteuerung erschüttert. Diese empirischen Untersuchungen haben andererseits gezeigt, dass insbesondere die staatliche Haushaltspolitik häufig gar nicht antizyklisch ausgerichtet war, weil z.B. die Gemeinden – aus mehreren Gründen – überwiegend ihre Ausgaben prozyklisch variieren.

Wegen seiner stark ausgeprägten Abneigung gegen einen starken und aktiven Staat bemühte sich Friedman in einem dritten Schritt, vor allem die Fiskalpolitik wenig wirksam erscheinen zu lassen. Deshalb versuchte er zu zeigen, dass im Wesentlichen Änderungen der Geldmenge die Entwicklung des nominalen Sozialproduktes bestimmen, und diese also monetär gesteuert sei (daher die Bezeichnung „Monetarismus"). Er verwies dafür auf die hohe Korrelation zwischen den Schwankungen von Geldmenge und nominalem Sozialprodukt, bei denen sich in den meisten Berechnungen ein „Vorlauf" der Geldmenge von ein bis zwei Quartalen ergibt. Die Monetaristen leiten daraus ab, dass die von der Geldpolitik bestimmten Schwankungen der Geldmenge die Fluktuationen des Sozialprodukts verursachen. Hiergegen sind jedoch zwei Einwendungen zu erheben: Erstens lässt sich aus der Korrelation zweier Zeitreihen keine Aussage über die Wirkungsrichtung ableiten. Auch wenn die eine der anderen vorauseilt, können beide die Folge einer gemeinsamen Ursache sein, in diesem Falle z.B. der Investitionsentscheidungen der Unternehmer, die sowohl eine Mehrproduktion als auch eine Erhöhung des Kredit- und Geldvolumens zur Folge haben. Mithin gilt nach wie vor Ehrlichers (1977, S.236) Schlussfolgerung:

"*auf die Frage nach der Kausalität, d.h. also, ob die Veränderungen des Einkommens Veränderungen der Geldmenge ausgelöst haben oder ob der umgekehrte Zusammenhang dominiert hat, sagt die Parallelität der Entwicklung der beiden Zeitreihen nichts aus.*"

Des weiteren folgt aus dem zeitlichen Zusammenhang nur dann eine Abhängigkeit der Entwicklung des Sozialprodukts von der Geldmengenänderung, wenn die Geldmenge eine exogene, vom privaten Sektor nicht beeinflusste Größe wäre. Dies ist jedoch selbst für die Zentralbankgeldmenge umstritten – insbesondere bei festen Wechselkursen – und gilt um so weniger für die Geldmengen M1, M2 und M3, die über den Geldschöpfungsmultiplikator mit der Zentralbankgeldmenge verbunden ist und nicht allein von der Zentralbank beeinflusst wird, sondern auch von den Entscheidungen der Unternehmen und der Haushalte. Dementsprechend bezeichnet die Deutsche Bundesbank, in deren Geldpolitik monetaristische Vorstellungen einfließen, die Geldmenge, für die sie seinerzeit ihr Geldmengenziel jährlich festlegte, zu Recht als „das Ergebnis des Geldschöpfungsprozesses, an dem neben der Notenbank zu jedem Zeitpunkt auch die Kreditinstitute und Nichtbanken beteiligt sind". (Deutsche Bundesbank 1985, S.16)

Zur Erklärung seines vierten Schrittes ist hervorzuheben ist, dass Friedmans Überlegungen sich bislang auf die Wirkung von Geldmengenänderungen auf das nominale Volkseinkommen beziehen; denn hätte er eine solche Wirkung auf das reale Sozialprodukt aufgezeigt, so hätte er doch wieder einer antizyklischen und einer generell expansiven Geldpolitik den von den Keynesianern behaupteten Einfluss auf Produktion (und Beschäftigung) zugesprochen.

Die Probleme, die ein Übergang zum realen Sozialprodukt aufwirft, lassen sich am einfachsten

anhand der Quantitätsgleichung aufzeigen. Diese definitorische Gleichung besagt: Das Produkt aus Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist gleich dem Produkt aus Handelsvolumen (real) mal Preisniveau. Bezogen auf die moderne Sozialproduktsberechnung lautet die entsprechend modifizierte Quantitätsgleichung: Das Produkt aus Geldmenge (M) mal Einkommenskreislaufgeschwindigkeit (v) ist gleich dem Produkt aus realem Sozialprodukt (Yr) mal Preisniveau (P). In Symbolen:

(1) $M \cdot v = Yr \cdot P$

Dabei können sich M und v auf die Geldmengenaggregate M1, M2 oder M3 beziehen. Entsprechend ist jeweils v anders zu definieren.

Die Bezeichnung Einkommenskreislaufgeschwindigkeit verdeutlicht, dass dieser Parameter angibt, wie oft im Durchschnitt jede Geldeinheit pro Periode zur Einkommenszahlung gedient hat. Die Problematik dieser Betrachtungsweise hat Stützel (1979) aufgezeigt.

Gleichung (1) zeigt, dass Änderungen von M nur dann eng mit den nominalen Sozialprodukt ($Yr \cdot P$) korreliert sind, wenn v nur in engen Grenzen schwankt. In Keynes‘ Analyse sind v solche Grenzen nicht gesetzt. Vielmehr kann es gesamtwirtschaftliche Lagen geben, in denen es zwar wegen einer ihnen angemessenen expansiven Geldpolitik zu einer steigenden Geldmenge kommt, die Zinsen aber dennoch kaum fallen und die wirtschaftliche Aktivität nicht ansteigt. Die Leute halten ihr Geld lieber in liquider Form, statt es in niedrig verzinslichen und mit Kursrisiken behafteten Wertpapieren anzulegen (Dies ist die berüchtigte Liquiditätsfalle). In einer solchen Situation sinkt die Einkommenskreislaufgeschwindigkeit und konterkariert die potentiell expansive Wirkung einer steigenden Geldmenge.

Friedman schließt diesen Fall aus, indem er den Kehrwert von v als eine Verhaltensgröße uminterpretiert; diese könne zwar im Konjunkturzyklus schwanken, sei aber langfristig stabil.

Nunmehr blieb in einem fünften und letzten Schritt zu klären, wie sich die Wirkungen einer Änderung der linken Seite der Quantitätsgleichung (also $M \cdot v$) auf Mengen und Preise verteilen. Auch hier unterschied Friedman zwischen der kurzen und der langen Frist.

Im Gegensatz zur keynesianischen Theorie, in der Änderungen der Nachfrage primär zu steigender Produktion führen (denn diese Theorie ist für Volkswirtschaften mit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und freien Kapazitäten entwickelt worden), zeigt Friedman für eine Volkswirtschaft ohne unfreiwillige Arbeitslosigkeit, dass steigende Nachfrage nur vorübergehend, aber nicht dauerhaft zu mehr Produktion und Beschäftigung führen kann (was eigentlich unstrittig ist). Friedman verschleiert den Unterschied in der betrachteten Ausgangslage, indem er davon spricht, in der von ihm behandelten Volkswirtschaft gäbe es nur „natürliche Arbeitslosigkeit“. Er benutzt also eine neue und erklärungsbedürftige, außerdem unscharf definierte Größe, die im Wesentlichen strukturbedingte Arbeitslosigkeit umfasst.

Mit dem Adjektiv "natürlich" will Friedman ausdrücken, dass das marktwirtschaftliche System von allein zu dieser Situation tendiert, auch weil sie

"sich aus dem Walrasianischen Gleichgewichtssystem ergäbe, vorausgesetzt, die aktuellen Strukturcharakteristika der Arbeits- und Gütermärkte sind eingebaut, und zwar einschließlich Marktunvollkommenheiten, Zufallsvariabilität von Angebot du Nachfrage, Kosten der Informationsbeschaffung über freie Stellen und Arbeitsreserven, Mobilitätskosten usw. (Friedman 1968, S.144).

Diese nicht sehr präzise Definition ist schon deswegen ungenau, weil das von Friedman herangezogene "Gleichgewichtssystem unter Berücksichtigung der tatsächlichen Strukturcharakteristika" noch gar nicht entwickelt ist. Hahn (1995, S.54) bemerkt dazu kritisch: *"Theories of the natural rate are among the class of shaky and vastly incomplete theories".*

Wie kommt es nun zu den kurzfristigen Mengeneffekten und zu ihrem langfristigen Verschwinden? Friedman untersucht die Wirkungen einer Geldmengenexpansion für die Situation der natürlichen Arbeitslosigkeit, also für eine Situation ohne nachfragebedingte Arbeitslosigkeit. Die vorhandene Arbeitslosigkeit beruht allein auf strukturellen Unterschieden zwischen dem Arbeitsangebot und der Arbeitsnachfrage. Alle Erwerbspersonen, die davon nicht betroffen sind und zu den herrschenden Reallöhnen arbeiten möchten, haben einen Arbeitsplatz. Daher können diese Erwerbspersonen nur durch einen höheren Reallohn für Mehrarbeit gewonnen werden. Die Unternehmen sind jedoch bei der gegebenen Arbeitsproduktivität auf Dauer nicht bereit diesen zu zahlen.

Eine höhere Beschäftigung ergibt sich nur kurzfristig, wenn nämlich die Unternehmen höhere Nominallöhne zahlen, von denen die Arbeitnehmer meinen, es seien zugleich höhere Reallöhne. Die Unternehmen aber wälzen die höheren Lohnkosten in den Preisen weiter. Nur solange sich die Arbeitnehmer in dieser Beziehung täuschen lassen, steigen Beschäftigung und Produktion; auf Dauer aber lassen sich die Arbeitnehmer nicht täuschen. Die Beschäftigung geht wieder zurück, die Mengen sinken auf das vorherige Niveau nur die Preise sind gestiegen.

Nur bei der gewählten Ausgangslage führen Anstöße von außen (von der Geldmenge, aber auch von der Fiskalpolitik oder aus dem Ausland) zu keiner Änderung der realen Größen. Nur dann gibt die folgende Behauptung eines anderen wichtigen Monetaristen, nämlich Karl Brunner (1970, S.75f.):

"*der private Sektor absorbiert Schocks und formt sie in eine stabilisierende Bewegung um [..] die Hauptinstabilitäten und Unsicherheiten des ökonomischen Prozesses [gehen] auf das Verhalten des staatlichen Sektors zurück. Die Unsicherheiten sind im Besonderen den Steuer- und Ausgabenprogrammen zuzurechnen sowie den Maßnahmen eingreifender Instanzen. Die Instabilität ist vor allem der Geld-, Kredit- und Fiskalpolitik zuzuschreiben*"..

Die Monetaristen verallgemeinern dieses Ergebnis zu der Aussage, der private Sektor sei stabil. Bei genauerer Betrachtung haben die Monetaristen die Stabilität der realen Größen jedoch nur für eine Situation gezeigt, in der keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit besteht und in der auch die Keynesianer keine expansive Politik empfehlen würden.

D.III. Abschließende Bemerkungen

Als Fazit lässt sich festhalten, dass der erste Schritt, die Einführung der „permanent income hypothesis", zwar keine Gegenrevolution darstellt, aber immerhin eine mögliche Einschränkung der Steuerungsmöglichkeiten hervorhebt. Der zweite Schritt (Einbeziehung von Wirkungsverzögerungen) ist ähnlich zu bewerten. Der dritte Schritt (Betonung der Bedeutung der Geldmenge) ist eine Gegenbewegung gegen die (auch bei Keynesianern damals zu findende) Verengung der antizyklischen Konjunktursteuerung auf die Fiskalpolitik (die sich aber nicht auf Keynes berufen kann – außer in der Ausnahmesituation der Liquiditätsfalle). Der vierte Schritt (stabile Umlaufsgeschwindigkeit) steht auf schwachen empirischen Füßen, die wiederbelebte Quantitätstheorie spielt jedoch in den Diskussionen über den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation auch heute noch eine wichtige, allerdings simplifizierende Rolle. Der fünfte Schritt schließlich steht – wenn man die semantischen Tricks aufdeckt – nicht im Widerspruch zur Keynes'schen Analyse. Insgesamt kann von einer erfolgreichen „monetaristischen Gegenrevolution" heute keine Rede sein.

Die große Debatte zwischen Keynesianern und Monetaristen um die Phillips-Kurve drehte sich dennoch lange Zeit um die Frage, ob es jenseits einer „natürlichen" Arbeitslosenquote langfristige Beschäftigungsgewinne durch monetäre Nachfragepolitik geben könne. Friedmans berühmte Presidential Address von 1968 arbeitete die unausweichlichen inflatorischen Konsequenzen einer solchen Politik heraus – aber diese Botschaft findet sich in nahezu identischen Worten schon in Keynes "General Theory" von 1936:

"*When a further increase in the quantity of effective demand produces no further increase in output and entirely spend itself on an increase in the cost-unit fully proportionate to the increase in effective demand, we have reached a condition which might be appropriately designated as one of true inflation."* (p. 303)

In der deutschen Übersetzung von 2009 lautet das Zitat:

"*Wenn eine weitere Zunahme in der effektiven Nachfrage keine weitere Zunahme in der Produktion hervorruft und ausschließlich auf eine Zunahme in der Lohneinheit völlig proportional zur Zunahme in der effektiven Nachfrage wirkt, haben wir einen Zustand erreicht, der zutreffend als eine Zustand wahrer Inflation bezeichnet werden könnte.*"(S.256)

Dreißig Jahre nach der "monetaristischen Konterrevolution" ist überdies evident geworden, dass die Prämisse einer unabhängig von der makroökonomischen Entwicklung gegebenen "natürlichen" Arbeitslosenquote unhaltbar ist.

Gemeinsamkeiten zwischen Keynes und Friedman leiten sich aus den quantitätstheoretischen Wurzeln ihres Denkens her. Beide sehen auch in der Geldmenge den Ansatzpunkt der Notenbankpolitik – und sind damit beide von dem neuen Konsens in der Theorie der Geldpolitik überholt, der den Zins als primäres Instrument der Zentralbank sieht und eine weitgehende Anpassung des Geldangebots an die Geldnachfrage postuliert. Friedmans Forderung nach einer strikten Geldmengenpolitik ist von den Zentralbanken aus gutem Grund niemals umgesetzt

worden: Die Geschichte des Finanzsektors zeigt, dass ein starres Geldangebot die Geldnachfrage destabilisiert. Dass die von Keynes so betonte Liquiditätspräferenz als Krisenfaktor in der Nachkriegszeit kaum entdeckt werden konnte, lag somit auch an einer flexiblen und insoweit keynesianisch inspirierten Geldpolitik.

Die unterschiedliche Einschätzung der Dauerhaftigkeit von Marktstörungen kennzeichnet den Gegensatz zwischen Keynes und Friedman. Inzwischen misstraut die herrschende Lehre und Praxis der monetaristischen Verheißung einer immanenten Stabilität des privaten Sektors und folgt im Grunde eher der Keynesschen Position: Die verschiedenen Regeln der Zinspolitik sehen im Prinzip eine Reaktion auf angebots- und nachfrageseitige Schocks vor (deren Stärke freilich Ermessenssache bleibt).

Literaturverzeichnis

a) Zitierte Literatur

Brunner, Karl (1970), “The Monetarist Revolution” in Monetary Theory. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 105. In deutscher Sprache veröffentlicht in: Kalmbach, P. (1973), (siehe unter 2.).

Deutsche Bundesbank (1985), Monatsbericht, 37. Jg.

Ehrlicher, Werner (1977), Zur Monetarismus-Diskussion. In „Kredit und Kapital“, 10. Jg. Wiederabgedruckt in: Ehrlicher, Werner/Becker, Wolf-Dieter, Die Monetarismus-Kontroverse. Eine Zwischenbilanz, Berlin, 1978.

Friedman, Milton (1959), The Demand of Money: Some Theoretical and Empirical Results, Journal of Political Economy, Bd.67. Deutsche Fassung in: Friedman, Milton, Die optimale Geldmenge und andere Essays. München (Verlag Moderne Industrie), 1970.

Friedman, Milton (1960), A Program of Monetary Stability, New York.

Friedman, Milton (1968), The Role of Monetary Policy. “The American Economic Review”, Vol. 58. Deutsche Fassung: Die Rolle der Geldpolitik. In: Die optimale Geldmenge und andere Essays, München (Verlag Moderne Industrie) 1970, S.135-156, sowie in: Brunner/Monissen/Neumann, (1974) Hrsg., Geldtheorie, Köln (Kiepenheuer&Witsch), S.314-331.

Friedman, Milton (1970), The Counter-Revolution in Monetary Theory, London. Deutsch in: Kalmbach, P. (1973), (siehe unter 2.).

Hahn, Frank (1995), Theoretical Reflections on the “Natural Rate of Unemployment”, In: Rod Cross (1995), Hrsg., The Natural Rate of Unemployment. Reflections on 25 Years of the Hypothesis, Cambridge (Cambridge U.P.). S.43-56.

b) Vertiefende Literatur

Ehrlicher, Werner/Becker, Wolf-Dieter, (1978) Die Monetarismus-Kontroverse. Eine Zwischenbilanz.

Berlin.

Kalmbach, Peter (Hrsg.) (1973), Der neue Monetarismus, München.

Kromphardt, Jürgen (1998), Arbeitslosigkeit und Inflation. Eine Einführung in die makroökonomischen Kontroversen, 2. Auflage, Göttingen.

Laidler, David (1981), Monetarism: An Interpretation and an Assessment. The Economic Journal, Bd. 91, S.1-28.

Mayer, Thomas (1975), The Structure of Monetarism. Kredit und Kapital, 8.Jg. Deutsch in: Ehrlicher, Werner/Becker,Wolf-Dieter (1978).

E. Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie

E.I. Strömungen des Keynesianismus

Die auf Keynes aufbauende oder zumindest von ihm ausgehende makroökonomische Theorie hat sich stark ausdifferenziert. Wie in der Rubrik "Von der neoklassischen Synthese zur AS/AD-Analyse" (C.III) beschrieben, haben sich viele Autoren dabei von der Theorie von Keynes weit entfernt und seine zentralen Ergebnisse neoklassisch umgedeutet und verfälscht, ihre Position aber dennoch als "keynesianisch" bezeichnet. Diese "Fehlentwicklung" wird nicht hier beschrieben, sondern in der Rubrik "Neoklassische Uminterpretationen", um deutlich zu machen, dass für sie die Bezeichnung "neoklassische Theorie unter Verwendung des keynesi-anischen Instrumentariums" treffender wäre. Joan Robinson (1971, S. 30) nennt in ihrem Buch "Economic Heresies. Some Old Fashioned Questions in Economic Theory" die neoklassische Synthese verächtlich "Bastardkeynesianismus".

E.I.1. Die Postkeynesianer

Die Umdeutung der Theorien von Keynes durch die neoklassische Synthese unter Beibehal-tung der Bezeichnung "Keynesianische Theorie" oder "Keynesianismus" hat viele Opponen-ten dieser Entwicklung veranlasst, sich vom so verstandenen Keynesianismus auch dadurch deutlich abzusetzen, dass sie sich als Postkeynesianer bezeichnen oder bezeichnen lassen. Die Kritik vieler Mitglieder dieser sehr heterogenen Gruppe richtet sich jedoch nicht nur gegen die neoklassische Vereinnahmung, sondern auch gegen diejenigen Keynesianer, die bei ihrer Arbeit mit keynesianischen Modellen und Modellbausteinen die Beziehungen zwischen den Kreislaufaggregaten als stabil und vorhersehbar betrachten. Diese Annahme einer zeitlichen Stabilität hat den Vorteil, dass man mit solchen, empirisch unterfütterten Modellen Prognosen über die künftige Entwicklung erstellen kann, die bei der wirtschaftspolitischen Beratung eine wichtige Rolle spielen. Die mit Wirtschafts-, Geld- und Finanzpolitik beauftragten Institutio-nen haben ein großes Interesse an solchen Prognosen, um rechtzeitig Handlungsbedarf erken-nen zu können.

Der Nachteil solcher Prognosemodelle besteht jedoch aus der Sicht vieler Postkeynesianer darin, dass sie die von Keynes so stark betonte Unsicherheit der Zukunft stark in den Hinter-grund treten lassen. Dies werde auch nicht dadurch geheilt, dass keine Punktprognose formu-liert (z.B. BIP-Wachstum 3,1 %), sondern nur ein Korridor angegeben wird, in dem sich die prognostizierte Größe bewegen dürfte (viele Nutzer verwenden dann einfach den mittleren Wert im Korridor). Vielmehr sei der Gegensatz grundsätzlicher Natur.

Keynesianer, die deshalb die Prognosemodelle, aber auch die dahinter stehende Vorstellung stabiler Zusammenhänge und dominierender Gleichgewichtstendenzen ablehnen, werden seit Coddingtons Artikel "Keynesian Economics. The Search for First Principles" aus dem Jahre 1976 als "Fundamentalistische Keynesianer", von anderen auch als "Radikale Postkeynesianer" bezeichnet;

sie bilden eine Untergruppe der Postkeynesianer.

Postkeynesianer betonen, dass sie die essentiellen Postulate von Keynes teilen. So schreibt King in der Einleitung seines "Elgar Compendiums to Post Keynesian Economics" (2003, S. XIV):

"Stripped down to the bare essentials, Post Keynesian rests on the principle of effective demand: in capitalist economies, output and employment are normally constrained by aggregate demand, not by individual supply behaviour. Since a decision not to have lunch today – as Keynes famously put it – does not entail a decision to have lunch tomorrow, investment drives saving and not the other way round. Moreover, there exists no automatic or even minimally reliable mechanism that will eliminate excess capacity and involuntary unemployment. Interest rates depend on monetary considerations, not on the so-called "real" forces of productivity and thrift. There is no 'natural rate of interest' to equilibrate investment and saving, so that an increase in the propensity to save will prove self-defeating, resulting in lower output and reduced employment but not in higher levels of saving."

Wenn man dann allerdings bei King liest, was die Postkeynesianer ablehnen, zeigt sich, dass sie sich unnötig weit vom Keynesianismus abgrenzen. Sie seien sich nämlich einig, sagt King,

"in denying the validity of the neoclassical synthesis and in rejecting the IS/LM model, the real balance effect and the notation of the long run as a sort of magic kingdom where the future is knowable (at least probabilistically), expectations are always fulfilled, money has no real significance and all resources are fully employed." (ebenda).

Klar ist, dass die Postkeynesianer die neoklassische Synthese (einschließlich des real balance-effect) und die von King beschriebene Langfristidylle ablehnen; aber mit dem Zurückweisen des IS/LM-Modells bringen sie sich selbst ins Abseits: Abzulehnen ist der Missbrauch des IS/LM-Modells durch die neoklassische Synthese, aber nicht das Modell selbst! Es muss stattdessen dafür gekämpft werden, dass es richtig, d.h. im Sinne von Keynes, interpretiert wird.

Bei der Betonung der Unsicherheit der Zukunft und der schwankenden Erwartungen können die Postkeynesianer sich auf das Kapitel 12 der "General Theory" sowie Keynes' Aufsatz "The General Theory of Employment" (1937, siehe die Rubrik "Ausgewählte Aufsätze", A.III.2.3) stützen. Es ist jedoch schwierig, auf diese Elemente eine überzeugendere Theorie aufzubauen. Deshalb bleibt die Kritik an dieser Stelle meist destruktiv. Auf der anderen Seite haben die Postkeynesianer viele konstruktive Beiträge auf Gebieten geliefert, die von Keynes nicht be-handelt worden sind und daher eine Anwendung seiner Analysemethode auf weitere Frage-stellungen darstellen. Geoffrey Harcourt (2006) hat in seinem Buch "The Structure of Post-Keynesian Economics. The Core Contributions of the Pioneers" in übersichtlicher Weise die konstruktiven Beiträge der Postkeynesianer dargestellt. Dabei handele es sich vor allem um:

• Theorien über die Verteilung des Volkseinkommens auf die Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) und auf soziale Gruppen (Unternehmen, Arbeitnehmer etc.),

• eine realistische Preistheorie (Preisbildung durch Zuschlagskalkulation: mark-up pri-cing),

• Theorien über Kapitalakkumulation und wirtschaftliches Wachstum,

• Theorien über die Endogenität des Geldes.

Die postkeynesianischen Beiträge zu diesen genannten Theoriegebieten werden in den nach-folgenden Unterrubriken dargestellt (werden). Bei weitem nicht alle Autoren, die dazu beige-tragen haben, haben sich als Postkeynesianer bezeichnet, und die eindeutigen Postkeynesianer bauen oft ganz „traditionelle" keynesianische Modelle.

Die wichtigsten Autoren unter den Postkeynesianern sind Nicholas Kaldor (1908-1986) und Joan Robinson (1903-1983). Harcourt zieht jedoch auch "dissenting economist" – also Ökonomen, die sich von mainstream distanzieren – in seine Darstellung ein und behandelt auch Beiträge von Richard Kahn (1905-1989), Michael Kalecki (1899-1970) und Piero Sraffa (1898-1983), von denen der erste immer in Cambridge arbeitete und die anderen, nachdem sie ihr Heimatland verlassen mussten. Über alle diese "pioneers" hat er im Anhang seines Buches biographische Kurzessays geschrieben. Erstaunlicherweise erwähnt Harcourt Paul Davidson nur ganz am Rande, obwohl dieser US-amerikanische Ökonom das "Journal of Post Keynesi-an Economics" herausgibt, von dem jetzt der 29. Jahrgang erscheint, und als der prominenteste US-amerikanische Postkeynesianer gilt.

E.I.2. New Keynesian Economics-Neu-Keynesianismus

Diese makroökonomische Strömung – häufig mit der Abkürzung "NKE" bezeichnet – wurde in den USA zu Beginn der 1990er Jahre von Mankiw/Romer (1991) in ihrem zweibändigen Sammelwerk "New Keynesian Economics" umfassend präsentiert und dabei zugleich als "neu" und als "keynesianisch" bezeichnet. Sie ist als Gegenentwurf zu der zeitweise in den USA sehr verbreiteten "Neuen Klassischen Makroökonomie" zu verstehen; diese hatte vor allem die walrasianische Theorie wiederbelebt. In dieser – konträr zu Keynes' Theorie stehenden – Theorie lösen sich alle makroökonomischen Probleme von selbst. Die Koordinie-rung der Entscheidungen von Anbietern und Nachfragern erfolgt auf allen Märkten über einen fiktiven "Auktionator" (den es in der Realität nur an organisierten Wertpapier-, Devisen- und Rohstoffbörsen gibt), sodass überall Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Dies wird auch für den Arbeitsmarkt behauptet. Daher kann es Arbeitslosigkeit nur aus strukturell bedingten Anpassungshemmnissen der an exogene Änderungen (Schocks) geben, aber nicht wegen eines generellen Mangels an Güternachfrage. Folglich können Schwankungen in der gesamt-wirtschaftlichen Nachfrage auch keinen Einfluss auf Produktion und Beschäftigung haben: Der reale Sektor ist von nominalen Größen unabhängig ("klassische Dichtomie2).

Von diesem walrasianischen Ansatz distanziert sich inzwischen sogar der Nobelpreisträger Edmund Phelps (2007) in seinem Artikel "Macroeconomics for a Modern Economy" mit der Aussage (S.545): "Walras" deus ex machina, the economy-wide auctioneer, is inapplicable to a modern economy in which much activity is driven by innovation…"

Auch Mankiw/Romer setzen sich von dieser walrasianisch-klassischen Position deutlich ab, wenn sie in die "New Keynesian Economics" alle Autoren einbeziehen, die folgende Fragen mit "Ja" beantworten (1991, S. 2):

>"Does the theory violate the classical dichotomy? Does it posit that fluctuations in nominal variables like the money supply influence fluctuations in real variables like output and employment? Does the theory assume that real market imperfections in the economy are crucial for understanding economic fluctuations? Are such considerations as imperfect competition, imperfect information, and rigidity in relative prices central to the theory?”

Wer diese Fragen bejaht, ist eindeutig kein Anhänger der Neuen Klassischen Makroökono-mie. Aber ist seine Theorie dadurch bereits keynesianisch? Problematisch sind in diesem Zu-sammenhang die Begründungen, die Mankiw/Romer dafür geben, dass sie die ausgewählten Fragen mit "Ja" beantworten:

"The classical dichotomy fails because prices are sticky. Real imperfections are crucial because imperfect competition and rigidity in relative prices are central to understanding why prices are sticky." (ebenda).

Ihre Argumentation stellt also voll auf die Starrheit von Preisen (und Löhnen) ab. Das aber widerspricht der zentralen These von Keynes, wonach flexible Löhne und Preise dann nicht zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage führen, wenn die effektive Nachfrage trotz dieser Flexibilität geringer bleibt als die Produktion, die bei Vollbeschäftigung möglich wäre. Dazu findet sich eine ausführliche Kritik an der NKE bei Hartwig (2003).

Die zentrale These von Keynes wird missachtet, wenn die Mengeneffekte von Nachfrage-schwankungen ausschließlich auf rigide Preise und Löhne zurückgeführt werden, was Ball/Mankiw/Romer schon 1988 (S. 1) taten:

"According to the Keynesian view, fluctuations in output arise largely from fluctuations in nominal aggregate demand. These fluctuations have real effects because nominal wages and prices are rigid."

Aus diesem Satz folgt völlig konträr zu Keynes die altbekannte walrasianisch fundierte Posi-tion: Wären Preise und Löhne voll flexibel, gäbe es keine Schwankungen von Produktion und Beschäftigung; vielmehr tendiert das Wirtschaftssystem immer zur Vollbeschäftigung aller Ressourcen. Diese Position entspricht auch dem Ergebnis der neoklassischen Synthese und zugleich dem Ergebnis einer (unkritischen) Analyse mithilfe des AS/AD- Diagramms, (siehe Rubrik "Neoklassische Synthese-AD/AS-Analyse", C.III), das im Rahmen der NKE häufig ver-wendet wird.

Möglicherweise leiten die Vertreter der NKE ihre Vorstellung, ihre Theorien seien keynesia-nisch, daraus ab, dass sie die Arbeitslosigkeit nicht durch den isolierten Arbeitsmarkt erklä-ren, sondern durch die Schwankungen der nominalen Nachfrage in Verbindung mit nomina-len Rigiditäten (In der Neoklassik dagegen war es der Reallohn, dessen falsche Höhe oder Rigidität die Arbeitslosigkeit verursachte). Dies ist sicherlich ein wichtiger Schritt in Rich-tung Keynes. Aber es reicht nicht aus, um das Adjektiv "keynesianisch" zu rechtfertigen. Das betont auch James Tobin (1917-2002), der führende US-amerikanische Keynesianer, der sich in seinem Artikel "Price Flexibility and Output Stability: An Old Keynesian View" (1993, S. 46) deutlich von der NKE abgesetzt:

"Keynesian macroeconomics neither asserts nor requires nominal wages and/or price rigidity. It

does assert and require that markets not be instantaneously and continuously cleared by prices. That is a much less restrictive assumption, and much less controversial" The central Keynesian proposition is not nominal price rigidity but the principle of effective demand."

Ferner bezweifelt Tobin, dass man die Schwankungen der Nachfrage als rein nominal interpretiereren kann, so dass sie durch Preissenkungen stets aufgegangen werden können. Vielmehr gelte (1993, S.47):

"In Keynesian business cycle theory, the shocks generating fluctuations are generally shifts in real aggregate demand for goods and services, notably in capital investment. Keynes would be appalled to see his cycle model described as one in which fluctuations in output arise largely from fluctuations in nominal aggregate demand."

Wenn zum Beispiel ein Unternehmer wegen verschlechterter Absatzerwartungen auf ein ge-plantes Investitionsprojekt verzichtet, dann kann dieser reale Nachfragerückgang auch durch eine zehn prozentige Preissenkung der ursprünglich zur Anschaffung vorgesehenen Maschi-nen und Anlagen nicht verhindert werden.

Tobin erinnert auch daran, dass Keynes über die möglichen destabilisierenden Wirkungen flexibler Preise und Löhne besorgt war und deswegen stabile Preis und Löhne für wün-schenswert hielt. Die möglichen destabilisierenden Effekte betonen auch Green-wald/Stiglitz(1993), die sich selber der NKE zuordnen, das Problem der Rigidität von Löhnen und Preisen jedoch weder für das zentrale Problem halten noch von der Flexibilität dieser Variablen sich die Lösung der Beschäftigungsprobleme versprechen. Vielmehr versuchen sie zu zeigen, dass – wie Keynes es befürchtete – flexible Löhne und Preise sogar die Schwan-kungen von Produktion und Beschäftigung verschärfen können (ebenda S. 25). Im Falle eines Rückgangs der nominalen Nachfrage würden nämlich sinkende Preise, die ihrerseits sinkende Löhne erfordern, damit die Angebotskurve sich nach unten verschiebt, einen kumulativen Prozess auslösen; denn bei gesunkenen Preisen und Lohnsätzen würde die nominale Nachfra-ge erneut absinken. Es ergäbe sich ein nominaler negativer Multiplikatorprozess. Dieser wür-de zwar bei Konstanz exogener Nachfragekomponenten zu einem neuen Gleichgewicht füh-ren, es ist jedoch fraglich, ob es im Zuge eines solchen kumulativen deflationären Prozesses konstante nominale Nachfragegrößen gibt, da z.B. auch die Steuereinnahmen des Staates sin-ken.

Für Greenwald/Stiglitz stellt die zusätzliche Unsicherheit, die im Zuge eines solchen Deflationsprozesses entsteht, das entscheidende Argument dar, deren Konsequenz Schultze (1986, S. 17) so formuliert hat:

„… the dynamic consequences of wage and price flexibility may generate more rather then less instability. Keynes himself took that view, Don Patinkin (1948- J.K.) long ago emphasized this possibility."

Dieser Argumentation wird häufig entgegengehalten, der zunehmende reale Wert der Nettoforderungen, also der Realkasseneffekt der in der Rubrik „Neoklassische Synthese-AS/AD-Analyse" (C.III) behandelt ist, werde diesen deflationären Prozess über kurz oder lang abfedern. Greenwald/Stiglitz (1993, S.36) halten es für falsch, sich auf den Realkasseneffekt zu verlassen:

"Indeed, in most new Keynesian models the mechanism by which wage and price flexibility would eventually restore the economy to full employment is the old real balance effect. The enormous attention that the real balance effect has received over the years hardly speaks well for the profession. Quantitatively, it is surely an nth order effect; one calculation put it that, even at the fastest rate at which prices fell in the Great Depression, it would take more than two centuries to restore the economy to full employment. And in the short run even its sign is ambiguous, as intertemporal substitution effects may (depending on expectations) more than offset the wealth effects."

Auch Hahn (1995, S.47) wendet sich gegen die Vorstellung, flexible Preise und Löhne wür-den immer zu einem neuen Gleichgewicht führen: "Here I note that there is no guarantee for convergence, leave alone convergence to a steady state. So, if nothing else, the process will generate extra uncertainty."

Diese Überlegungen bestärken die auf der Linie von Keynes gebliebenen Keynesianer in der Überzeugung, dass es wirtschaftpolitisch besser ist, nicht auf Lohn- und Preisflexibilisierung zu drängen, sondern die Preise und Löhne konstant zu lassen und die Geld- und Fiskalpolitik mit der Aufgabe zu betrauen, für eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu sorgen; denn diese ist nicht nur der primäre Ansatz zur Erklärung der Arbeitslosigkeit, son-dern auch zu ihrer Vermeidung oder Bekämpfung. Diese Aussage gilt selbstverständlich nur für Volkswirtschaften, deren Produktionspotential nicht voll ausgelastet ist und deren Produk-tion durch die Nachfrage beschränkt ist.

Dieser wirtschaftspolitischen Empfehlung stimmen auch die Neukeynesianer zu, weil sie zu Recht erkennen, dass Preis- und Lohnniveau wenig flexibel sind. Daher bleibt gar keine ande-re Möglichkeit, als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren. Trotz ihrer nicht-keynesianischen theoretischen Ansichten über das, was wäre, wenn Preise und Löhne flexibel wären, kommen sie zu keynesianischen wirtschafspolitischen Empfehlungen. Es ist zu begrü-ßen, dass sie auf diese Weise entscheidend zur Wiederbelebung keynesianisch orientierter Wirtschaftspolitik beitragen, wie sie zum Beispiel in den USA und Großbritannien betrieben wird.

Eine zentrale Rolle spielt bei den wirtschaftpolitischen Überlegungen der Neukeynesianer die Gestaltung der Geldpolitik. Große Beachtung hat der Aufsatz von Clarida/Gali/Gertler(1999) mit dem Titel "The Science of Monetary Policy: A New Keynesian Perspective" gefunden. Die Autoren formulieren auf der Grundlage der bestehenden Literatur ein Grundmodell, das aus einer gesamtwirtschaftlichen Nachfragegleichung und einer Phillipskurve zur Bestim-mung der Inflationsrate besteht. Charakteristisch für den neukeynesianischen Ansatz sind fol-gende Aspekte:

a) Erklärt werden soll nicht die gesamtwirtschaftliche Produktion (der Output), sondern nur der "Output gap", also die Lücke (die Abweichung) zwischen dem tatsächlichem Output und dem Potentialoutput, der sich bei völlig flexiblen Preisen und Löhne ergäbe. Diese nicht messbare Größe wird allerdings häufig dem langfristigen Trendwert des tatsächlichen Outputs gleichgesetzt. Das Modell beschränkt sich mithin auf die Analyse kurzfristiger oder konjunk-tureller Schwankungen. Die genauso wichtige Frage, ob bei Erreichung des Trendoutput in der Volkswirtschaft automatisch Vollbeschäftigung erreicht wird, stellt sich nicht, wenn man mit der NKE der neoklassischen

Annahme folgt, bei flexiblen Preisen und Löhne läge nur strukturelle Arbeitslosigkeit (die Arbeitslosigkeit, die nicht vom Outputniveau abhängt) vor. Dementsprechend ist in der NKE die Annahme üblich, die Ökonomie tendiere zu einem lang-fristigen Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt, in dem es nur strukturell bedingte Arbeitslo-sigkeit gibt.

b) Die Akteure orientieren sich an erwarteten Größen. So ist erstens der private Konsum posi-tiv vom erwarteten Outputgap abhängig: Da über die nutzenmaximierenden Konsumenten behauptet wird, sie wollten ihren Konsum über die Zeit glätten, konsumieren sie bereits in der Gegenwart mehr, wenn sie einen höheren Output (und damit höhere Einkommen) in der Zu-kunft erwarten. Zweitens hängt ihr Konsum negativ vom realen Zinssatz (definiert als nomi-naler Zinssatz abzüglich der erwarteten Inflationsrate) ab. Die Begründung hierfür lautet: Je höher die reale Verzinsung des Geldvermögens, desto mehr lohnt es sich, jetzt zu sparen und später zu konsumieren. Die Anlage-Investitionen, die man mit dem gleichen Vorzeichen von Realzins abhängig machen könnte, bleiben im Grundmodell "bequemlichkeitshalber" ("for conveniance") außer Betracht.

c) Die Inflationsrate hängt positiv vom Outputgap und von der erwarteten Inflationsrate ab. Da Outputgap und Arbeitslosenquote sich gegenläufig entwickeln, gibt es einen negativen Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote. Die Phillips-Kurve, die die-sen Zusammenhang wiedergibt, hat also kurzfristig einen fallenden Verlauf langfristig ist sie dagegen wegen dem unter (a) genannten Aspekt senkrecht (siehe zur Phillips-Kurve Abschnitt 3 der Unterrubrik "Keynesianische Inflationstheorien" in der Rubrik "Weiterentwicklung des Keynesianismus", E.III.3).

d) Beide Gleichungen enthalten Störterme, um zum Beispiel Einflüsse der Fiskalpolitik oder Angebotschocks (Ölpreisschocks) berücksichtigen zu können.

e) Der nominale Zinssatz wird als ein Instrument der Zentralbankpolitik betrachtet: Die Zent-ralbank steuert den Zinssatz, nicht die Geldmenge.

Kritisch zu betrachten ist vor allem die in Punkt (a) genannte Annahme einer langfristigen Tendenz zum Verschwinden nachfragebedingter Arbeitslosigkeit. Diese entspricht nicht den Vorstellungen von Keynes.

Der unter (b) genannte Verzicht auf die Behandlung der Anlageinvestitionen blendet einen wichtigen Problembereich aus. Die Annahme, der Konsum hänge negativ vom Zinssatz ab, weil die Konsumenten ein intertemporales Kalkül anwenden, ist zumindest umstritten. Die Annahme einer langfristig senkrechten Phillipskurve ist nur unter sehr einschränkenden An-nahmen begründbar, wie in dem oben genannten Abschnitt 3, auf den hingewiesen wird, nä-her erläutert wird.

Die in (e) genannte Wahl des Zinssatzes als Steuergröße der Zentralbank ist dagegen positiv zu bewerten. Damit entfällt nämlich die Behandlung der Geldmenge als exogene Größe. Dies ist zwar im IS/LM-Diagramm üblich, stellt aber ein Relikt der von Keynes abgelehnten "Quantitätstheorie" dar. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass der „Realkasseneffekt‟ der neo-klassischen Synthese (siehe die entsprechende Rubrik) wirksam werden kann. Außerdem wird die LM-Kurve überflüssig, da jetzt die Geldmenge endogen ist und von der Zentralbank an dem von ihr gesetzten Zinssatz

angepasst wird (siehe Clarida/Gali/Gertler, S. 1667). Wie sich das keynesianische Gesamtmodell ohne eine LM-Kurve darstellen lässt, haben Kromphardt/Schneider (2007) ausgeführt.

In einem weiteren Schritt wird dann präzisiert, an welchen Zielen die Zentralbank ihre Geld-politik ausrichtet. Da die NKE von sehr vielen US-amerikanischen Ökonomen vertreten wird, ist es nicht verwunderlich, dass die Antwort auf diese Frage davon geprägt ist, dass die US-amerikanische Notenbank zwei gesamtwirtschaftliche Ziele beachten soll, nämlich Preisstabi-lität und hohe Beschäftigung. Dementsprechend berücksichtigt die – in der NKE überwie-gend verwendete – Taylor-Regel beide Ziele, die in der einfachsten Version mit demselben Gewicht in die Zielfunktion der Zentralbank eingehen. Diese Taylor-Regel wird einerseits normativ verstanden, andererseits erklärt sie auch – wie in vielen empirischen Studien gezeigt – das tatsächliche Verhalten vieler Notenbanken.

Literatur

Ball, Laurence (1998), The New Keynesian Economics and the Output-Inflation Trade off, "Brooking Papers on Economic Activity", No. 1, 1988, S. 1-65.

Clarida, Richard/ Gali, Jordi/ Gertler, Mark (1999), The Science of Monetary Policy: A New Keynesian Perspective. "Journal of Economic Literature", Vol. 37, S. 1661-1707.

Coddington, Alan (1976), Keynesian Economics. The Search for First Principles. "Journal of Economic Literature", Vol. 14, S. 1258-1273.

Greenwald, Bruce/Stiglitz, Joseph (1993), New and Old Keynesians. "Journal of Economic Perspectives", Vol. 7, S. 23-44.

Hahn, Frank (1995), Theoretical Reflections on the "Natural Rate of Unemployment", In: Rod Cross, (Hrsg.), The Natural Rate of Unemployment. Reflections on 25 Years of the Hypothesis. Cambridge (Cambridge U.P.), 1995 S. 43-56.

Harcourt, Geoffrey (2006), The Structure of Post-Keynesian Economics. The Core Contributions of the Pioneers. Cambridge, University Press.

Hartwig, Jochen (2003), Eine Kritik der neukeynesianischen Rigiditäts-Argumentation aus Keynesscher Sicht. In: Hein, Eckhard/ Heise, Arnim/ Truger, Achim (Hrsg.), Neu-Keynesianismus – der neue wirtschaftspolitische Mainstream? Marburg (Metropolis), S. 85-115.

Keynes, John Maynard (1937), The General Theory of Employment. Quarterly Journal of Economics, Vol. 51, S. 109-123. Wiederabgedruckt in: John Maynard Keynes Collected Writings, Vol. XIV, Part II, S. 109-123, London etc. (Macmillan, C.U.P) 1973.

King, J.E. (2003), Elgar Compendium to Post Keynesian Economics. Cheltenham/ Northamp-ton, MA, (Edward, Elgar).

Kromphardt, Jürgen/ Schneider, Stephanie (2007), Verknüpfung des Arbeitsmarktes mit dem Güter- und Geldmarkt bei Zinssteuerung und Inflation. In: WISU – Das Wirtschaftstudium. 36. Jahrgang, S. 1117-1122, Heft 8/9.

Mankiw, Gregory/ Romer, David (Hrsg) (1991), New Keynesian Economics, 2 Bände. Cambridge, Mass/ London (MIT-Press)

Patinkin, Don (1948), Price Flexibility and Full Employment, "The American Economic Review", Vol. 38, S. 543-564.

Phelps, Edmund (2007), Macroeconomics for a Modern Economy. "The American Economic Review", Vol. 97.

Robinson, Joan (1971), Economic Heresies. Some Old Fashioned Questions in Economic Theory. New York (Basic Books).

Schultze, Charles (1986), Other Times, Other Places. Macroeconomic Lessons from U.S. and European Experiences. Washington (Brookings).

Tobin, James (1993), Price Flexibility and Output Stability: An Old Keynesian View, "Journal of Economic Perspectives", Vol. 7, S. 45-65.

E.II. Rolle und Gestalt des Arbeitsmarktes

E.II.1. Der Arbeitsmarkt in Keynes' "General Theory"

In der Theorie von Keynes wird die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung vor allem durch den Geld- und Gütermarkt bestimmt - abgesehen von der strukturellen Arbeitslosigkeit, die auf Diskrepanzen in der Struktur des Angebots und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Der Arbeitsmarkt ist also nachrangig. Auch deswegen hat sich Keynes in seinem Hauptwerk (1936) vorrangig mit dem Gütermarkt und dem Geldmarkt befasst und ist auf den Arbeitsmarkt nur knapp und bruchstückhaft eingegangen. Hicks (1937) hat ihn in seiner berühmten Darstellung der Theorie von Keynes mithilfe des IS/LM-Modells ganz weggelassen und nur den Güter- und den Geldmarkt auf zwei einfache, verständliche Gleichgewichtsbeziehungen reduziert. Daher fand der Arbeitsmarkt in den Lehrbuchdarstellungen, die sich alle an dem IS/LM-Modell von Hicks orientierten, über Jahrzehnte hinweg überhaupt keine Beachtung. Vielmehr beschränkte man sich auf den Hinweis, dass sich bei veränderter Produktionsmenge auch die Nachfrage der Unternehmer nach Arbeitskräften verändert. Dabei wurde der Einfachheit halber meistens eine proportionale Beziehung zwischen Produktion und Arbeitseinsatz unterstellt.

In diesem Punkt hatte Keynes das altehrwürdige Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag eines Faktors (bei konstantem Einsatz aller anderen Faktoren) übernommen, demzufolge das Grenzprodukt der Arbeit mit zunehmender Beschäftigung zurückgeht. Daher steigen bei gegebenem Lohnniveau mit steigender Produktion die Grenzkosten an, weil für jede zusätzliche Produktionseinheit eine größere Menge Arbeitseinsatz erforderlich ist. Keynes folgerte daraus, dass bei steigender Beschäftigung die Preise leicht ansteigen müssten. Von diesen Überlegungen distanzierte er sich allerdings bereits drei Jahre später in seinem Aufsatz "Relative Movements of Real Wages and Output" (Keynes, 1939), weil inzwischen empirische Untersuchungen vorlagen, wonach sich im Konjunkturverlauf – bei zunehmender und anschließend abnehmender Beschäftigung – die Arbeitsproduktivität fast gar nicht verändert und entsprechend weder die Preise noch die Reallöhne. Keynes bedauerte, die klassische Position übernommen zu haben, da sie der neoklassischen Interpretation des Zusammenhangs zwischen Reallohn und Beschäftigung Vorschub leiste.

Des Weiteren übernahm Keynes das Grundpostulat der klassischen Theorie, wonach der Lohn dem Grenzertrag der Arbeit gleich ist, allerdings macht er eine Einschränkung für den Fall unvollkommenen Wettbewerbs (Seite 5 der korrigierten Übersetzung): "… der Lohn eines beschäftigten Menschen ist gleich dem Wert, der verloren ginge, wenn die Beschäftigung um eine Einheit vermindert würde (nach Abzug aller anderen Kosten, die durch diese Verminderung der Produktion vermieden würde), jedoch unter dem Vorbehalt, dass die Gleichheit in Übereinstimmung mit gewissen Grundsätzen bei unvollkommenem Wettbewerb und Märkten verletzt werden kann."

Keynes akzeptiert also die Vorstellung, dass der Unternehmer als Gewinnmaximierer handelt und daher nur so lange jemanden einstellt, wie der zusätzliche Ertrag, den er aus der Beschäftigung dieser Person erzielt, größer ist als der Lohn, den er zahlen muss. Einige Seiten weiter (1936, S. 15) erläutert Keynes eine Konsequenz aus diesem Grundpostulat: "Es bedeutet, dass – bei gegebener Wirtschaftsordnung, Ausrüstung und Technik – Reallöhne und Produktionsmenge (und

daher die Beschäftigungsmenge) in einer eindeutigen Wechselbeziehung stehen, so dass im Allgemeinen die Beschäftigung nur zunehmen kann, wenn die Reallöhne gleichzeitig fallen."

Hier ist hervorzuheben, dass Keynes von einer Wechselbeziehung spricht. Man kann also nicht folgern, dass die Reallöhne die Beschäftigung bestimmen, aber auch nicht, dass die Beschäftigung die Reallöhne bestimmt; man kann also keine einseitige Wirkungsrichtung behaupten. Leider hat Keynes weder den Charakter dieser Wechselbeziehung weiter vertieft noch präzisiert, in welcher Weise die Übereinstimmung von Lohn und Grenzertrag der Arbeit bei unvollkommenem Wettbewerb verletzt wird.

E.II.2. Der Irrweg der neoklassischen Synthese

Beide Unterlassungen zusammen ließen es zu, dass der Ansatz, das Keynes'sche System der Geld- und Gütermärkte (also das IS/LM-Modell) mit einem neoklassischen Arbeitsmarkt zu verknüpfen (s. Rubrik Neoklassische Synthese), auch bei vielen Keynesianern positiv aufgenommen wurde. Durch diese Verknüpfung tritt jedoch bei der Arbeitsnachfrage an die Stelle der Wechselwirkung eine einseitige Wirkungsrichtung (die Reallöhne bestimmen die Beschäftigung). Diese Wirkungsrichtung bleibt jedoch nur dann als einzige übrig, wenn vollständige Konkurrenz auf allen Märkten herrscht; denn nur bei dieser Marktform ist für den einzelnen Anbieter die Nachfrage irrelevant – er kann zum herrschenden Preis jede von ihm gewünschte Menge kaufen. Der Zusammenhang ist negativ wegen des abnehmenden Grenzertrages der Arbeit: Je höher der Reallohn, desto weniger lohnt es sich, Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Auf der Seite des Arbeitsangebots wird in der neoklassischen Synthese das Arbeitskräfteangebot positiv mit dem Reallohn verknüpft: Je höher der Reallohn, desto mehr lohnt es sich zu arbeiten und desto mehr Leute möchten mehr Arbeitsstunden leisten. Diesem als Substitutionseffekt bezeichneten Einfluss steht jedoch der Einkommenseffekt gegenüber: Je höher der reale Stundenlohn, und damit das Realeinkommen, desto mehr Freizeit kann und möchte sich der Betreffende leisten.

Da die beiden Kurven gegenläufig verlaufen, gibt es immer einen Schnittpunkt. Folglich finden bei flexiblen Löhnen immer alle Personen, die zu dem jeweils herrschenden Reallohn arbeiten möchten, eine Erwerbstätigkeit. Diesem Grundmodell fehlt jedoch auf beiden Marktseiten die mikroökonomische Grundlage, wenn man berücksichtigt, dass in modernen Industriegesellschaften fast nirgends vollständige Konkurrenz besteht und dass für das Arbeitsangebot nicht nur der Substitutionseffekt, sondern auch der Einkommenseffekt rele-vant ist. Um diese beiden Kritikpunkte einzubeziehen, ist im Laufe der letzten Jahre ein Arbeitsmarktmodell entwickelt worden, das die unvollständige Konkurrenz auf den Arbeits- und Gütermärkten von Anfang an berücksichtigt.

E.II.3. Ein neuer Ansatz: Das arbeitsmarkttheoretische Standardmodell

Dieses neue Arbeitsmarktmodell basiert auf Ideen von Layard/Nickell (1986) und wurde von Layard/Nickel/Jackmann (1991) sowie vor allem von Carlin/Soskice (1990) weiterentwickelt. Charles Bean (1994) sowie Wolfgang Franz (1996) verwenden es in ihren Übersichtsaufsätzen zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit. Franz bezeichnet es dabei als "arbeitsmarkttheoretisches Standardmodell" und stellt es ausführlich dar. Sesselmeier/Blauermel (1997) bezeichnen dieses Modell als "Konsensmodell", behandeln es aber nur ganz kursorisch.

Auf der Seite der Arbeitsanbieter wird zwischen der aggregierten individuellen Angebotskurve und der kollektiven Lohnsetzungskurve unterschieden; dabei berücksichtigt letztere, dass Löhne überwiegend nicht individuell ausgehandelt, sondern in Tarifverträgen kollektiv vereinbart werden. Auf der Seite der Nachfrager nah Arbeitskräften wird nicht nur den kollektiven Lohnverhandlungen Rechnung getragen, sondern auch der unvollständigen Konkurrenz auf den Gütermärkten.

Die aggregierte, individuelle Arbeitsangebotskurve (AA) wird als unabhängig vom Reallohn angenommen, da die einzelnen Arbeitsanbieter auf Änderungen der Reallöhne unterschiedlich reagieren, je nachdem, welches Gewicht bei ihnen der Substitutionseffekt bzw. der Einkommenseffekt haben. Dies hat zum Ergebnis, dass der Saldo von Mehr- und Minderangebot an Arbeit bei einer Reallohnänderung unbekannt ist und sich in der Nähe von Null bewegen wird. Franz (1996, S. 6) weist darauf hin, dass diese Vermutung mit den Ergebnissen empirischer Untersuchungen, die meistens eine geringe Reallohnelastizität des Arbeitsangebots ermitteln, ziemlich gut übereinstimmt.

Die Lohnsetzungskurve (LS) gibt an, welchen Reallohn die Arbeitnehmer bei alternativen Beschäftigungsniveaus durchsetzen wollen. Dabei wird vermutet, diese Kurve habe einen ansteigenden Verlauf, weil sich bei besserer Beschäftigungssituation ihre Verhandlungsposition deutlich verbessert. Hervorzuheben ist, dass gegenüber der Arbeitsangebotskurve die Ursache-Wirkungs-Beziehung umgedreht ist: Während dort die Höhe des Reallohns das Arbeitsangebot bestimmt, bestimmt hier das Beschäftigungsniveau den Reallohn, den die Arbeitnehmer mittels der Gewerkschaften durchsetzen wollen. Carlin/Soskice (1990, S. 138f) haben diese Kurve als "Kurve des verhandelten Reallohns" bezeichnet, weil sie angibt, welchen Reallohn die Arbeitnehmer in den Tarifverhandlungen auf der Basis der von ihnen vermuteten Preisentwicklung ausgehandelt zu haben meinen.

Fig. 1 Das arbeitsmarkttheoretische Standardmodell gemäß Franz (1996, S. 5)

Die Behandlung der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes wirft noch viele Fragen auf. Graphisch wird sie durch eine Kurve dargestellt, bei der – ebenso wie bei der Lohnsetzungskurve – die Wirkungsrichtung bei unvollständiger Konkurrenz von der Beschäftigung zum Reallohn verläuft. Es ist allerdings ziemlich unklar, was genau die PS-Kurve angeben soll. Das zeigt sich schon an den unterschiedlichen Bezeichnungen für sie: Bean nennt sie die "wage employment curve", Carlin/Soskice präziser die "price-determined real wage curve". Franz (1996) wählt das wenig erhellende Kürzel WD-Kurve (wohl für "wage demand") und interpretiert sie je nach Marktform auf

den Gütermärkten als Arbeitsnachfrage- bzw. als Preissetzungskurve: Bei vollständiger Konkurrenz auf den Gütermärkten entspreche sie der traditionellen gewinnmaximalen Arbeitsnachfrage in Abhängigkeit vom realen Produktlohn, wobei in ihrer Steigung die abnehmende Grenzproduktivität der Arbeit zum Ausdruck komme. Bei unvollständiger Konkurrenz dagegen spiegele die PS-Kurve das Preissetzungsverhalten von Firmen in Abhängigkeit des Arbeitseinsatzes wider: "Eine höhere Beschäftigung führt zu höheren Preisen und damit bei gegebenem Nominallohn zu einem niedrigeren Reallohn". Der Verlauf der PS-Kurve wird bei dieser Wettbewerbssituation nicht nur vom Grenzprodukt der Arbeit, sondern auch vom Preissetzungsverhalten der Unternehmen bestimmt, für das in diesem Modell eine Zuschlagskalkulation mit einem variablem Aufschlag angenommen wird.

Die PS-Kurve wird stets mit fallendem Verlauf gezeichnet, obwohl dieser nicht zwingend ist. Ein fallendes Grenzprodukt der Arbeit ergibt sich, wenn die zunehmende Beschäftigung bei konstantem Kapitaleinsatz erfolgt, die Maschinenlaufzeiten also nicht verlängert werden oder wenn bislang stillgelegte Maschinen für die neu eingestellten Arbeitskräfte wieder in Betrieb genommen werden und diese eine unterdurchschnittliche Leistungsfähigkeit aufweisen (weil solche Maschinen bei abnehmender Beschäftigung als erste stillgelegt wurden).

Ein fallendes Grenzprodukt der Arbeit verringert bei zunehmender Beschäftigung den Spielraum für die Höhe des Reallohns. Hinzu tritt bei der Zuschlagskalkulation der variable Aufschlagsfaktor. Es ergibt sich ein fallender Verlauf der PS-Kurve selbst bei konstantem Grenzprodukt der Arbeit, wenn der Zuschlagssatz – wie Franz (1996, S. 5f) vermutet – positiv mit der Beschäftigung korreliert ist. Carlin/Soskice (1990, S. 140f) meinen dagegen, der Aufschlag werde mit steigender Beschäftigung zurückgehen. In seiner ökonometrischen Untersuchung für den Zeitraum 1970 bis 1990 kommt Linnemann (1999) passend zu Carlin/Soskice zu dem Ergebnis, der Aufschlag verändere sich antizyklisch: Je höher die Beschäftigung, desto niedriger der Aufschlag. Ein Argument für dieses Preissetzungsverhalten könne in den bei hohen Fixkosten degressiven Stückkosten vermutet werden. Bean (1994, S. 599) verweist auf empirische Studien, die darauf hindeuten, dass die PS-Kurve ziemlich flach verlaufe.

Wichtiger als der Verlauf der PS-Kurve sind jedoch folgende Punkte:

a) Wenn das Zusammenspiel dieser beiden Kurven betrachtet werden soll, ergibt sich ein Problem, das von den genannten Autoren jedoch vernachlässigt wird. Aus den Erläuterungen von Carlin/Soskice (1990, S. 140) wird nämlich implizit deutlich und Franz sagt explizit: Die PS-Kurve gilt für einen gegebenen Nominallohn. Die Lohnsetzungskurve dagegen gibt an, welche Reallöhne aus den Nominallohnabschlüssen in Abhängigkeit von dem bei der Lohnvereinbarung angenommenen Ausmaß der Preisüberwälzung resultieren. Werden die Nominallohnsteigerungen, die mit einer steigenden Beschäftigung einhergehen, voll überwälzt, so ändert sich an den Reallöhnen gar nichts. Wenn – wie in offenen Volkswirtschaften zu vermuten – eine volle Überwälzung nicht möglich ist, ergeben sich bei steigenden Nominallöhnen auch steigende Reallöhne und die LS-Kurve hat den von allen Autoren angenommenen steigenden Verlauf.

Unabhängig vom genauen Verlauf der LS- und PS-Kurve ist es verwirrend, in einer Grafik zwei Kurven zu kombinieren und sie für die Beschäftigungsentwicklung eine wichtige Rolle spielen zu lassen, von denen die eine von gegebenen, die andere von veränderlichen Nominallöhnen ausgeht. Diese Inkonsistenz lässt sich ausräumen, wenn man – wie in Abschnitt 4 vorgeschlagen – die PS-Kurve uminterpretiert.

b) Bei unvollständiger Konkurrenz auf den Gütermärkten ist die PS-Kurve keine Arbeitsnachfragekurve, denn ihre Wirkungsrichtung ist jener Kurve genau entgegengesetzt. Daher ist das von Franz präsentierte Arbeitsmarktmodell unvollständig. Das Fehlen einer Arbeitsnachfragekurve hat manche der Autoren dazu verleitet, die PS-Kurve dann doch wieder implizit als eine solche zu behandeln und zu behaupten, der Schnittpunkt zwischen der LS-Kurve und der PS-Kurve bestimme die Beschäftigung. So legt Franz (S. 6) dar, bei voller Reallohnflexibilität (keine kollektiven Lohnabschlüsse) wäre Vollbeschäftigung im Schnittpunkt von PS-Linie und AA-Gerade realisiert. Kollektive Lohnverhandlungen dagegen führten zu Arbeitslosigkeit, da nur die Beschäftigung A* erreicht werde.

Bei genauer Betrachtung der Begründungen, die für den Verlauf der beiden Kurven aufgeführt werden, gibt deren Schnittpunkt jedoch diejenige Beschäftigungsmenge an, bei der vereinbarter und realisierter Reallohn übereinstimmen, sodass Gleichgewicht herrscht zwischen den Verteilungsansprüchen der Arbeitnehmer und der Unternehmen. Bei einer Beschäftigung rechts von A* würden die Unternehmen den vereinbarten Reallohn nachträglich durch Preissteigerungen korrigieren. Geht man davon aus, dass diese Korrektur wiederum die Arbeitnehmer zu höheren Nominallohnforderungen veranlasst, die sie auch durchsetzen, so wird eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt. Wenn – wie zu erwarten – die Zentralbank ihrerseits mit einer restriktiven Politik reagiert, geht die Beschäftigung auf A* zurück. Insofern entspricht die zu A* gehörende Arbeitslosigkeit der NAIRU.

Darüber, was bei einer Beschäftigung unterhalb von A* geschieht, schweigt sich die Literatur weitgehend aus. Im Analogieschluss müsste man behaupten, dass bei A < A* die Unternehmen die Preise gegenüber den erwarteten Werten ständig absenken, sodass die Reallöhne höher als erwartet ausfallen; doch dies scheint so wenig realitätsnah zu sein, dass man darüber lieber nichts sagt. Möglicherweise sind die Autoren auch so sehr in der neoklassischen Denkweise gefangen, wonach bei Arbeitslosigkeit die Löhne immer zu hoch sind und zu inflationären Prozessen führen, dass sie den Fall A < A* nicht für relevant halten.

Analysiert man das Geschehen bei A < A* nicht, so kann man auch keinen Mechanismus beschreiben, der die Volkswirtschaft aus der Unterbeschäftigungssituation zu A* bringt. Die Existenz dieses Schnittpunktes mitsamt dem dazugehörigern Verteilungsgleichgewicht beweist noch nicht die Stabilität dieses Gleichgewichts und damit das Bestehen von Kräften, die zur Realisierung von A* führen.

Um diesen beiden Kritikpunkten Rechnung zu tragen, muss das "arbeitsmarkttheoretische Standardmodell" komplettiert und präzisiert werden.

E.II.4. Das komplettierte Arbeitsmarktmodell

Als erstes muss die Aussage der PS-Kurve präzisiert werden. Wenn sie direkt mit der LS-Kurve verknüpft wird, kann sie nicht mehr für einen gegebenen Nominallohn definiert werden. Vielmehr müssen beide Kurven kompatibel gemacht werden, indem beide auf den bei alternativen Beschäftigungsmengen unterschiedlich hohen Nominallohn bezogen werden. Dies ist möglich, wenn die PS-Kurve so interpretiert wird, dass sie den Reallohn angibt, den die Unternehmen bei alternativen Beschäftigungsniveaus in Abhängigkeit vom physischen Grenzertrag der Arbeit und von ihren Gewinnansprüchen (ausgedrückt durch den Zuschlagssatz auf die Lohnkosten) maximal zu zahlen bereit sind. Wenn in ungünstigen Beschäftigungssituationen (A <A*) die Arbeitnehmer diesen Reallohn nicht erreichen können, dann werden die Mindestgewinnansprüche der Unternehmen übererfüllt. Wie die aktuelle Entwicklung in Deutschland zeigt, gibt es bei entsprechenden Gewinnsteigerungen keinen Mechanismus, der dieses Ungleichgewicht in der Verteilung korrigiert.

Da die PS-Kurve keine Arbeitsnachfragekurve ist, muss das Modell zweitens durch eine solche Kurve ergänzt werden. Bei Franz bleibt hier eine Lücke, sie lässt sich aber mit Hilfe der Aussage von Carlin/Soskice (1990, S. 159) füllen, wonach die Nachfrage nach Arbeit (AN) von der Güternachfrage bestimmt wird.

"In the imperfect competition model, output, y, is fixed by the demand for output. The level of output in the economy depends on the level of aggregate demand in the IS/LM diagram, and this, via the short-run production function, determines the level of employment."

Daraus folgt eine Schar von senkrechten Kurven der Nachfrage nach Arbeit (AN) für alternative Niveaus der Güternachfrage. Diese Kurven sind allerdings nur bis zur PS-Kurve gültig.

Das vollständige Standardmodell kann nun in Fig. 2 dargestellt werden:

Fig. 2 Der Arbeitsmarkt im vervollständigten Arbeitsmarktmodell

E.II.5. Ursachen der Arbeitslosigkeit im komplettierten Arbeitsmarktmodell

Im vervollständigten Standardmodell, in dem unverändert die strukturelle Arbeitslosigkeit im Sinne von friktioneller und Mismatch-Arbeitslosigkeit nicht explizit betrachtet wird, kann die Arbeitslosigkeit nur zwei unterschiedliche Ursachen haben: Das Reallohnniveau kann die Beschäftigung begrenzen und damit ein Hemmnis für eine Beschäftigungsexpansion bei steigender Güternachfrage darstellen, oder die Güternachfrage stellt die entscheidende Begrenzung dar. Welche Ursache relevant ist, hängt von der Lage der Lohnsetzungskurve im Verhältnis zur Preissetzungskurve und von der Lage der AN-Kurve im Verhältnis zur AA-Kurve ab.

Um dies zu verdeutlichen, sind in Figur 2 zwei unterschiedliche Lohnsetzungskurven eingezeichnet. Die eine liegt niedrig und schneidet die PS-Kurve erst kurz vor Erreichen der Vollbeschäftigung. In diesem Fall würde eine Expansion der Arbeitsnachfrage aufgrund verbesserter Absatzaussichten auf den Gütermärkten bis zu diesem Schnittpunkt zu höherer Beschäftigung führen. Das Lohnniveau stellt dafür kein Hindernis dar; denn der für die Unternehmen hinnehmbare Reallohn liegt höher als der mit den Arbeitnehmern vereinbarte. Ein weiterer Anstieg der Arbeitsnachfrage über den Schnittpunkt der PS- und LS-Kurve hinaus würde nicht zu mehr Beschäftigung führen; dies scheitert an der Unvereinbarkeit von Lohnwünschen der Arbeitnehmer und Zahlungsbereitschaft der Arbeitgeber. Stattdessen ergäbe sich eine Lohn-Preis-Spirale, die vermutlich anschließend eine geldpolitische Restriktion hervorruft, durch die die Arbeitsnachfrage wieder reduziert wird. Dies macht deutlich, dass der Schnittpunkt von LS- und PS-Kurve die minimale Arbeitslosenquote bestimmt, bei der die Inflationsrate konstant bleibt (mit anderen Worten die NAIRU).

Liegt die Arbeitsnachfrage genau auf dem Niveau der NAIRU oder darunter, so kann aufgrund der Wirkungsrichtung bei der LS- und der PS-Kurve eine Lohnsenkung, also eine Verschiebung der LS-Kurve nach unten, nicht der Motor für mehr Beschäftigung sein, sie kann nur den Spielraum für mehr Beschäftigung vergrößern. Die Beschäftigungszunahme selbst muss von den Gütermärkten angestoßen werden, auf denen eine Mehrnachfrage eine höhere Produktion auslöst, für die mehr Arbeitskräfte (oder –stunden) benötigt werden.

Anders liegen die Dinge, wenn die weiter oben gelegene Lohnsetzungskurve gilt, die die Preissetzungskurve bereits bei einer Beschäftigung schneidet, die niedriger ist als die aktuelle Arbeitsnachfrage. In einer Volkswirtschaft, die durch diese Kurven zutreffend beschrieben wird, kann die Arbeitsnachfrage nicht voll, sondern nur in Höhe des Schnittpunkts befriedigt werden, weil sich die Ansprüche der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht in Übereinstimmung bringen lassen. Dies gilt auch für jede weitere Erhöhung der Arbeitsnachfrage, deren potentieller Beschäftigungseffekt ebenso an dieser Nichtvereinbarkeit scheitert. Hier stellt das Lohnniveau ein Hemmnis für mehr Beschäftigung dar. Wird diese Nichtvereinbarkeit ex ante nicht erkannt und die Beschäftigung in Höhe der Arbeitsnachfrage realisiert, so wird die NAIRU unterschritten und es entsteht ein inflationärer Prozess.

Man kann diese beiden Situationen auf dem Arbeitsmarkt auch dadurch charakterisieren, dass bei der gegebenen AN-Kurve im Falle der niedrigen Lohnsetzungskurve nachfragebedingte, also keynesianische Arbeitslosigkeit vorliegt, im Falle der höher gelegenen dagegen klassische (reallohnbedingte) Arbeitslosigkeit. Die tatsächliche Lage der Lohnsetzungskurve im Verhältnis zur Preissetzungskurve und ihre Steigungen sind so wenig bekannt, dass keine der beiden Fälle von

vornherein ausgeschlossen werden kann. Das Standardmodell, erst recht das komplettierte, ist also offen für beide Arten von Arbeitslosigkeit.

E.II.6. Gegen die Vereinnahmung des Standardmodells durch die Neoklassik

Es ist in der Literatur weithin üblich, die LS- und die PS-Kurve – allerdings ohne explizite Begründung - so in das Standardmodell zu zeichnen, dass der Reallohn die Beschäftigung bereits bei sehr hoher Unterbeschäftigung begrenzt (siehe Franz, 1996, aber auch Berthold/Fehn, 2000 sowie Beißinger/Möller, 2000). Hierdurch wird der Reallohn zur wichtigsten Beschäftigungsgrenze. Darin spiegelt sich die neoklassische Vorstellung wider, es müsse ein markträumendes Lohnniveau geben, dem man durch Lohnsenkungen näher kommen könne. Sie stammt aus einer Analogie zu einem Markt für ein einzelnes Gut, wie er aus der Mikroökonomie geläufig ist. Diese Vorstellung lässt sich jedoch nicht auf den Arbeitsmarkt übertragen (der ein gesamtwirtschaftlicher Markt ist), weil die Anpassungsmechanismen, die auf einem einzelnen Gütermarkt ablaufen, dort nicht zu erwarten sind: Sinken auf dem Markt für ein einzelnes Gut, z.B. Pralinen, durch verschärften Wettbewerb die Preise, so steigt die Nachfrage nach dem Produkt, weil sich mehr Leute Pralinen leisten können und weil viele Nachfrager von anderen, im Preis unveränderten Produkten auf das billiger gewordene Produkt umsteigen (also substituieren); gleichzeitig geht das Angebot an Pralinen zurück, weil es sich für die Produzenten weniger lohnt, Pralinen zu produzieren. Sie werden lieber verstärkt versuchen, andere Güter, die nicht billiger geworden sind, zu produzieren. Mit anderen Worten: Angebot und Nachfrage reagieren auf die Preissenkung, so dass die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage, die bei dem höheren Preis bestand, verringert wird oder ganz verschwindet.

Auf dem gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt dagegen sind beide Reaktionen nicht gegeben. Das Arbeitsangebot reagiert nach übereinstimmenden empirischen Untersuchungen kaum. Es wird zwar immer einige Leute geben, die wegen eines niedrigeren Stundenlohns weniger arbeiten, weil es sich weniger lohnt zu arbeiten, aber es wird mindestens ebenso viele Leute geben, die bei einem niedrigeren Stundenlohn länger arbeiten wollen und müssen, um ihr Monatseinkommen und damit ihren Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Deswegen wird in arbeitsmarktökonomischen Modellen die Arbeitsangebotskurve senkrecht gezeichnet.

Während sich beim Arbeitsangebot die geringe Reaktion auf Lohnänderungen aus den Nutzenüberlegungen der einzelnen Haushalte ergibt, kann die Reaktion der Arbeitsnachfrage nur aufgrund von gesamtwirtschaftlichen Überlegungen bestimmt werden. Zwar eröffnet für den einzelnen Unternehmer eine spezifische Verringerung der Löhne und damit der Lohnkosten in seinem Unternehmen die Möglichkeit, die Lohnkostensenkung in den Preisen weiterzugeben und die Produktion in der Hoffnung auszuweiten, bei niedrigeren Preisen mehr von seinen Produkten verkaufen zu können. Wenn es sich jedoch um eine allgemeine Lohnsenkung handelt, dann werden alle Produkte billiger; somit entfällt die Anpassung durch Substitution. Die Güternachfrage steigt aber auch nicht aufgrund gestiegenen Realeinkommens. Eine allgemeine Preissenkung würde zwar den realen Wert eines gegebenen nominalen Einkommens erhöhen, aber dieser verändert sich: Sinkt das Preisniveau im Ausmaß der allgemeinen Lohnsenkung, so sinken alle nominalen Größen, die realen Einkommen aber bleiben konstant und können keine Mehrnachfrage nach Gütern hervorrufen. Sinkt – was realistisch ist – das Preisniveau weniger als das Lohnniveau, so kommt es

zu einer Einkommensumverteilung: Das Realeinkommen der Arbeitnehmer sinkt, das Realeinkommen der Unternehmen steigt. Erstere werden weniger Konsumgüter kaufen (aber welche?), die Unternehmerhaushalte eventuell mehr (aber welche?). Ob die Investitionen der Unternehmen steigen, ist ungewiss.

Angesichts dieser Ungewissheit wird ein rational handelnder Unternehmer zunächst abwarten, wie sich sein Absatz entwickelt und nicht gleich neue Arbeitskräfte einstellen, um mehr zu produzieren. Dann aber wird die Minderung des Einkommens der bislang Beschäftigten auch nicht dadurch kompensiert, dass neu eingestellte Arbeitnehmer über mehr Einkommen verfügen als vorher. Insgesamt wird sich die Güternachfrage nicht erhöhen, eventuell sogar sinken. Es ist daher nicht damit zu rechnen, dass die Arbeitsnachfrage auf eine Lohnsenkung so reagiert, wie die Nachfrage nach einzelnen Gütern auf eine Preissenkung.

Obwohl bei unvollständiger Konkurrenz für die Unternehmen die erwartete Nachfrage nach ihren Produkten die entscheidende Bestimmungsgröße für ihr Produktions- und Beschäftigungsniveau ist, wird in der deutschen wirtschaftspolitischen Diskussion die Be-deutung der Güternachfrage zu wenig beachtet. Die Möglichkeit einer dauerhaften Schwäche der Güternachfrage wird sogar meistens bestritten. In der internationalen Diskussion wird dem Einfluss der Güternachfrage für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dagegen eine größere Bedeutung beigemessen. Insbesondere betonen ausländische Beobachter verstärkt, dass Deutschland auch unter einer Nachfrageschwäche leidet, die zu Wachstumsdefiziten führt und von diesen weiter verstärkt wird. Zu nennen sind hier vor allem das "Economists’ Manifesto on Unemployment in the European Union" von Modigliani u.a. (1998), das von vielen renommierten Ökonomen mitgetragen wird, sowie Krugman (1999), Modigliani (1995) und Solow (2000). Sie alle betonen die Notwendigkeit des kombinierten Einsatzes von Angebots- und Nachfragepolitik und entsprechen damit dem berühmten Diktum von Paul Samuelson: "The Lord gave us two eyes to watch both sides - demand and supply".

Auch bei den in den USA dominierenden Vertretern der "New Keynesian Economics" (siehe dazu den Sammelband von Mankiw/Romer, 1991) spielt die Güternachfrage für die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten eine große Rolle. Zusätzlich leitet Stiglitz (1988) aus Überlegungen über die Bedeutung der Kreditvergabe und –rationierung (und nicht der Geldmenge) für die Konjunkturentwicklung weitere Gründe dafür ab, dass Unternehmen auf Nachfrageänderungen eher mit Mengen- als mit Preisänderungen reagieren; auch bei ihm schlagen Änderungen bei der Güternachfrage auf den Arbeitsmarkt durch.

E.II.7. Relevanz der Reallohnschranke in Deutschland

Möchte man empirisch ermitteln, welche Rolle die Entwicklung des Reallohnniveaus für die Veränderung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung gespielt hat, so besteht eine erste Schwierigkeit darin, dass sich die LS-Linie und PS-Linie im Zeitablauf mit steigender Arbeitsproduktivität nach oben verschieben. Für die LS-Kurve gilt dies immer dann, wenn in den Lohnabschlüssen eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt vereinbart wird, sodass bei jedem Beschäftigungsniveau der Reallohn ansteigt. Gleichzeitig verschiebt sich auch die PS-Kurve als Maßstab der von den Unternehmen verkraftbaren Löhne nach oben; denn je produktiver die Arbeitskräfte sind, desto höher ist der Lohn, den die Unternehmen bei gegebener Beschäftigung zahlen können.

Um zu erkennen, ob sich der Schnittpunkt der LS-Kurve und der PS-Kurve verschoben hat und die Höhe des Reallohns eine stärkere oder schwächere potentielle Bedeutung als Beschäftigungsgrenze gewonnen hat, ist daher das Verhältnis von Reallohn zu Arbeitsproduktivität im Zeitablauf zu beobachten. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat diese Verhältnis als Reallohnposition bezeichnet und deren Veränderungen in seinen Jahresgutachten bis 1986/87 (unter Einbeziehung der Wirkungen von Veränderungen bei den terms of trade, bei den indirekten Steuern und bei den Abschreibungen auf die Kostensituation der Unternehmen) berechnet (siehe z.B. Jahresgut-achten 1986/87, Tab. 5, S. 60). Danach hat er sie zu Gunsten seiner stärker auf die Gewinnsituation der Unternehmen ausgerichteten "Erlös-Kosten-Relation" aufgegeben, weil er das Verhältnis von Gewinnen zu Investitionen in den Vordergrund rückte.

Ermittelt man die Reallohnposition aus den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, so zeigt die langfristige Entwicklung dieser Reallohnposition in den Schaubildern 1 und 2, dass von einer zu starken Erhöhung des Reallohnniveaus über den vom Arbeitsproduktivitätsanstieg gegebenen Spielraum hinaus seit langem keine Rede mehr sein kann. Ganz im Gegenteil! Nach 1982 hat sich in West-Deutschland die Reallohnposition unter leichten Schwankungen ständig verschlechtert, und zwar in einem erheblichen Ausmaß. Die Löhne sind also hinter der Produktivitätssteigerung deutlich zurückgeblieben, die WS-Kurve ist gefallen. Es ist keine Inflexibilität der Reallohnposition nach unten zu erkennen, die dem Anstieg des Beschäftigungsgrades nach 1987 im Wege gestanden hat. Insbesondere der Vereinigungsboom von 1990 bis 1992 konnte in West-Deutschland voll auf den Arbeitsmarkt durchschlagen; die Ausdehnung der Produktion wurde nicht durch Rigiditäten des Arbeitsmarktes verhindert.

a) Wegen Unterschieden in der Basierung ist das Verhältnis Reallohn/Arbeitsproduktivität im Niveau nicht mit den Zahlen für West-Deutschland in Schaubild 1 vergleichbar

Gegen den Versuch, in Neoklassischer Denkweise, im Rückgang der Reallohnposition die Ursache für den Anstieg des Beschäftigungsgrades zu sehen, spricht sowohl die Entwicklung von 1965 bis 1971 und 1977 bis 1980 in West-Deutschland, wo bei deutlich steigender Reallohnposition der Beschäftigungsgrad zunahm, als auch die Entwicklung von 1992 bis 1997 in Gesamtdeutschland,

wo eine sinkende Reallohnposition mit einem abnehmenden Beschäftigungsgrad verbunden war. Nach 1997 stieg der Beschäftigungsgrad vier Jahre lang an, die Reallohnposition bis 2000 ebenfalls. Der wechselhafte Zusammenhang zwischen Reallohnposition und Beschäftigung ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Beschäftigungssituation nicht ohne die Güternachfrage erklärt werden kann, wie dies das vervollständigte Arbeitsmarktmodell auch nahe legt.

E.II.8. Nominallohnniveau im internationalen Vergleich

Ein anderes Argument, um die Höhe des Lohnniveaus (jetzt aber des Nominallohnniveaus) für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, berücksichtigt die internationalen Zusammenhänge und behauptet, die Lohnkosten hätten sich in Deutschland stärker als in an-deren Staaten erhöht und deswegen sei tendenziell Produktion ins Ausland verlagert worden. Diese Behauptung trifft jedoch nicht zu. Vielmehr weisen die Lohnstückkosten (in nationaler Währung) von 1995 bis 2004 in Deutschland unter den Industriestaaten (außer Japan) die mit Abstand niedrigsten Zuwächse auf, nämlich zwei Prozent in 10 Jahren gegenüber 13% im Euro-Raum, 31% in Großbritannien und 21% in den USA (vgl. EU-Kommission, 2005). In den Jahren 2005 und 2006 hat sich diese Entwicklung verschärft: Unter allen OECD-Staaten weisen nur Japan und Deutschland rückläufige Lohnstückkosten auf, während diese im Euro-raum um ca. 1% und in der OECD um 1,9% gestiegen sind (OECD 2006, S.224).

Der stärkere Anstieg der Lohnstückkosten in den USA hat zwar die Leistungsbilanz der USA beeinträchtigt, nicht aber den Aufbau neuer Arbeitsplätze. Dieser Aufbau resultierte nämlich aus der von einer pragmatischen, tendenziell expansiven Geldpolitik und von einer hohen Konsumquote gestützten kontinuierlichen Expansion der Güternachfrage (Horn, 1998).

E.II.9. Fazit

Die Verwendung des für moderne Industriegesellschaften konzipierten und vervollständigten arbeitsmarkttheoretischen Standardmodells zeigt, dass Arbeitslosigkeit nicht aufgrund theoretischer Vorfestlegungen nur entweder als reallohnbedingt oder als nachfragebedingt interpretiert werden darf. Vielmehr können beide Ursachen relevant sein, und es muss die jeweilige Konstellation auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Gütermarkt analysiert werden, um zu einer zutreffenden Klärung der Ursachen der Arbeitslosigkeit zu gelangen und daraus die geeigneten beschäftigungspolitischen Maßnahmen abzuleiten.

Literatur

Bean, Charles (1994): European Unemployment: A Survey. Journal of Economic Literature, Vol. 32, S. 573-619.

Beißinger, Thomas/Möller, Joachim (2000): Unemployment: Theoretical Explanations. In: Wagner, Helmut (Hrsg.), Globalization and Unemployment, Berlin etc (Springer), S. 89-134.

Berthold, Norbert/Fehn, Rainer (2000): Labor Market Policy in a Global Economy. In: Wagner, Helmut (Hrsg.), Globalization and Unemployment, Berlin etc (Springer), S. 257-296.

Carlin, Wendy/Soskice, David (1990): Macroeconomics and the Wage Bargain. A Modern Approach to Employment, Inflation, and the Exchange Rate. Oxford (Oxford U.P.).

EU-Kommission (2005): Europäische Wirtschaft, Statistischer Anhang, Brüssel.

Franz, Wolfgang (1996): Theoretische Ansätze zur Erklärung der Arbeitslosigkeit. Wo stehen wir 1995? In: Gahlen/Hesse/Ramser (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten ihrer Überwindung, Tübingen (Mohr), S. 3-45.

Hicks, John (1937): Mr. Keynes and the ‚Classics': A Suggested Interpretation. Econometrica, Vol. 5, 1937, S. 147-159.

Horn, Gustav-Adolf (1998): Beschäftigungswachstum in den USA – Ein erklärbares Wunder. DIW-Wochenbericht, 68. Jg., S. 173-180.

Keynes, John M. (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money. Dt.: Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. 10., verbesserte Auflage, Berlin (Duncker & Humblot) 2006.

Keynes, John M. (1939): Relative Movements of Real Wages and Output. The Economic Journal, Vol. 49, 1939, wiederabgedruckt in: J.M. Keynes, Collected Writings, Vol. X, Appendix 3, London, New York (Macmillan-St. Martin's Press), 1973.

Krugman, Paul (1998): The Return of Demand-side Economics. Vortrag an der Freien Universität Berlin. http://sites.wiwiss.fu-berlin.de/collier/krugman/rede.html

Layard, Richard/Nickell, Stephen (1986): Unemployment in Britain. Economica, Vol. 53 (suppl.), S. 121-169.

Linnemann, Ludger (1999): Sectoral and Aggregate Estimates of the Cyclical Behavior of Markups: Evidence from Germany. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 135, S. 450-500.

Mankiw, Gregory/Romer, David (Hrsg.) (1991): New Keynesian Economics. Cambridge (Mass.) und London (MIT-Press).

Modigliani, Franco (1995): The European Unemployment Crisis: A Monetarist-Keynesian Approach and its Implications. In: Gebauer, Wolfgang/Rudolph, Bernd (Hrsg.), Finanzmärkte und Zentralbankpolitik. Frankfurt (Fritz Knapp), S. 11-37.

Modigliani, Franco et al. (1998): An Economists' Manifesto on Unemployment in the European Union, in: Banca Nazionale di Lavoro, Quarterly Review, Vol. 51, S. 1-19.

OECD (2006): OECD-Wirtschaftsausblick Nr. 79, Paris 2006.

Sachverständigenrat (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004, Wiesbaden.

Sesselmeier, Werner/Blauermel, Gregor (1997) Arbeitsmarkttheorien. Ein Überblick. Heidelberg, 2. Aufl. (Physica-Verlag).

Solow, Robert (2000): Unemployment in the United States and in Europe. A Contrast and the Reasons, in: Ifo-Studien, 46. Jg., Heft 1, S. 1-1

E.III. Keynesianische Inflationstheorien

Als Keynes während der Weltwirtschaftskrise seine „General Theory“ schrieb (siehe die entsprechende Rubrik, B), war Inflation kein aktuelles Thema. Sorgen bereitete ihr Gegenstück, die Deflation mit sinkenden Preisen und Löhnen, die damals zu beobachten war (siehe Unterrubrik „Weltwirtschaftskrise“, B.I). Schon deshalb werden in der „General Theory“ die Ursachen der Inflation nicht behandelt.

E.III.1. Nachfragesog- Theorie

Eine neue und ganz andere Situation ergab sich nach dem Ausbruch des 2.Weltkriegs; denn nun mussten in Großbritannien alle freien Arbeitskräfte und Ressourcen für die Produktion von Rüstungsgütern verwendet werden, und die staatlichen Ausgaben dafür mussten finanziert werden. Durch die Ausdehnung der Rüstungsproduktion fanden alle Arbeitssuchenden einen Arbeitsplatz und erzielten dadurch höhere Einkommen, aus dem sie mehr konsumieren wollten. An eine Steigerung der Konsumgüterproduktion war jedoch nicht zu denken.

Beide Probleme griff Keynes (1940) in seiner Publikation „How to pay for the war?“ auf (siehe die Unterrubrik 14 in der Rubrik „Monographien“, A.II.14). Dort entwickelt er einen Vorschlag, der zugleich die Finanzierungsfrage lösen und eine inflationäre Entwicklung verhindert sollte. Der Vorschlag basiert auf der Anwendung seines theoretischen Instrumentariums auf den Fall der Vollbeschäftigung. Keynes bedient sich nicht der Quantitätstheorie, wonach die Inflationsrate von der Entwicklung der Geldmenge bestimmt wird, sondern macht diese von der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abhängig. Keynes Grundidee lautet: Wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, dieses aber begrenzt ist, dann führt die Übernachfrage nicht zu mehr Produktion, sondern zu steigenden Preisen.

Diese Preissteigerung birgt in sich die Gefahr, dass die Arbeitnehmer in der nächsten Lohnrunde einen Ausgleich für diesen Verlust an realer Kaufkraft verlangen. Wird dieser Forderung nachgegeben, erhöht sich erneut die nominale Nachfrage, was – bei unverändertem Angebot – zu erneuten Preissteigerungen führt. Auf diese Weise wird eine Preis-Lohn-Spirale in Gang gesetzt.

In einem solchen Inflationsprozess ist die Nachfrage ständig größer als das Angebot; mithin erklärt die Nachfragesog-Theorie die schleichende Inflation aus übererhöhten Kaufansprüchen an das Sozialprodukt: Die Nachfragegruppen wollen insgesamt mehr Güter kaufen als produziert werden. Der Nachfrageüberschuss ergibt sich aus der Summe privater und staatlicher Nachfrage.

Die geschilderte Inflationserklärung setzt voraus, dass die Nachfragegruppen in der Lage sind, ihre Nachfrage nominal gemäß der Preisentwicklung auszuweiten. Dementsprechend müssen entweder ihre Einkommen oder ihre Kreditmöglichkeiten mit der Inflation steigen. Da insbesondere die privaten und staatlichen Investitionen zu einem erheblichen Teil aus Krediten finanziert werden, muss mithin die Inflation durch eine entsprechende großzügige Geldpolitik „monetär alimentiert“ werden. Eine wachsende Geldmenge ist daher eine notwendige Bedingung für eine dauerhafte Nachfragesog-Inflation, aber keine hinreichende: Erforderlich ist das ständige Wachstum der Nachfrage!

Die Konsumgüternachfrage kann dauerhaft nur ansteigen, wenn das Lohnniveau entsprechend dem Preisniveau ansteigt, die Arbeitnehmer also einen Inflationsausgleich erkämpfen. Dann steigen aufgrund der Lohnsteigerungen auch die nominalen Lohnkosten je Stück, falls sie nicht durch Steigerungen der Arbeitsproduktivität ausgeglichen werden. Ein derartiger Inflationsprozess ist mithin mit steigenden Lohnkosten verbunden. Diese stellen ein Prozessergebnis dar, das dann seinerseits den Inflationsprozess weitertreibt, wenn die Unternehmen die gestiegenen Lohnkosten in steigenden Preisen weiterwälzen.

Die wichtigste wirtschaftspolitische Schlussfolgerung aus der Nachfragesog- Inflationserklärung lautet: Da eine Übernachfrage die Ursache der Inflation ist, muss die Inflation durch Nachfragedrosselung via Geld- und Fiskalpolitik bekämpft werden. Die entscheidende Begrenzung dieser Theorie besteht darin, dass das Preisniveau nur solange ansteigt, wie ein Nachfrageüberschuss besteht. Sobald dieser Nachfrageüberschuss verschwunden ist, gibt es keine positive Inflationsrate mehr. In einer konjunkturellen Rezession müsste daher die Inflationsrate gegen Null gehen oder sinken. In der Nachkriegszeit ist dies jedoch nicht mehr der Fall; die Theorie umfasst offenbar nicht alle Inflationsursachen und kann Inflation bei Unterbeschäftigung nicht erklären.

E.III.2. Dauerhafte Inflation bei Unterbeschäftigung: Theorie der Anbieterinflation (Verteilungskampfinflation)

Für die Erklärung der schleichenden Inflation, wie sie in der Zeit nach dem 2.Weltkrieg fast überall zu beobachten ist, muss offenbar – so die Schlussfolgerung keynesianischer Autoren – dem Verhalten der Anbieter auf den Güter- und Arbeitsmärkten eine viel größere Aufmerksamkeit gewidmet werden; denn die Erklärung über die Nachfrageseite funktioniert bei Unterbeschäftigung nicht. Auch die monetaristische Erklärung aus der Entwicklung der Geldmenge kann nicht überzeugen, weil bei Unterbeschäftigung eine steigende, durch eine höhere Geldmenge ermöglichte (oder angeregte) steigende nominale Nachfrage durch Mehrproduktion befriedigt werden kann. Wie ist dann zu erklären, dass es kontinuierlich zu Preissteigerungen kommt?

Die Grundstruktur der keynesianischen Anbieterinflationstheorie lässt sich durch drei Hypothesen kennzeichnen (vgl. zu dieser Theorie u.a. das Kapitel IV.2. in Kromphardt, 1998, auf das sich dieses Abschnitt stützt):

a)In modernen Industriegesellschaften verfügen die Anbieter von Gütern und von Arbeit über Marktmacht, und sie nutzen diese Marktmacht, um über Preis- bzw. Lohnsteigerungen ihre Verteilungsansprüche durchzusetzen, die zusammen größer sind als der „Kuchen", der zu Verteilung zur Verfügung steht.

b)Diese Ansprüche steigen in einer wachsenden Wirtschaft kontinuierlich an, so dass die Verteilungsansprüche größer als das Sozialprodukt bleiben, obwohl dieses wächst, und damit miteinander unvereinbar bleiben.

c)Der hierdurch angefachte dauerhafte Verteilungskampf führt zu schleichender Inflation, auch bei Unterbeschäftigung; diese endet erst, wenn der Verteilungskampf beendet oder auf andere Gebiete verlagert wird.

E.III.2.1. Marktmacht der Anbieter

Marktmacht der Anbieter liegt dann vor, wenn die Anbieter die Macht haben, ihre Preisvorstellungen weitgehend durchzusetzen, indem sie entweder ihre Preise selbständig festsetzen oder bei gemeinsamer Festsetzung – in Verhandlungen mit den Nachfragern – ihre Interessen weitgehend durchsetzen können.

Die Anbietermacht ist im erstgenannten Falle am stärksten; sie ist auf vielen Gütermärkten gegeben. Dort wählen die Güterproduzenten auf der von ihnen angenommenen Preis-Absatz-Funktion den für sie günstigsten Preis aus, der ihre Gewinne maximiert. Die Nachfrager können auf die Preissetzung mit Variation der gefragten Gütemenge reagieren, sie haben aber keinen direkten Einfluss auf die Preissetzung selbst.

Auf solchen Märkten ist die Marktmacht der Anbieter umso größer, je mehr sie den Preiswettbewerb untereinander einschränken. Nach dem deutschen Kartellrecht ist zwar die Bildung von Preiskartellen im Allgemeinen verboten, die Unternehmen haben jedoch Ersatzlösungen gefunden, um den Preiswettbewerb dennoch einzuschränken, zum Beispiel:

a) Preisführerschaft
b) Stillschweigende Übereinkommen, die zu Parallelverhalten führen, z.B. zur Überwälzung zusätzlicher Lohnkosten aufgrund von Tariflohnerhöhungen
c) Frühstückskartelle

Diese Ersatzlösungen sind weit verbreitet und haben zum Teil eine uralte Tradition. Schon Adam Smith beklagte die Frühstückskartelle und stellte fest:
„Leute von demselben Gewerbe kommen selten auch nur zu Lustbarkeit und Zerstreuungen zusammen, ohne dass ihre Unterhaltung mit einer Verschwörung gegen das Publikum oder einem Plane zur Erhöhung der Preise endigt" (A. Smith, 1786, Band 1, S. 171-172).

Diese Vermutung von Adam Smith wird heute von führenden Unternehmern bestätigt. So schreibt Edzard Reuter (1994, S.44):
„Zugleich sei […] deutlich gesagt, was wir nicht sein wollen, nämlich ganz ordinäre Kartelle. Dazu haben sich bekanntlich gemeinsame Frühstücks-Veranstaltungen viel besser bewährt."

Auf dem Arbeitsmarkt ist der Preiswettbewerb durch die Zulassung von Gewerkschaften – um die im 19. Jarhundert heftige politische Kämpfe ausgefochten wurden – weitgehend abgeschafft. Dies ist wichtig für den Inflationsprozess; denn eine dauerhafte schleichende Inflation erfordert Marktmacht der Anbieter auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt und das daraus resultierende ständige Wechselspiel von Preissteigerung und Lohnsteigerung. Nur durch dieses Wechselspiel ergibt sich ein dauerhafter Anstieg der Preise und Löhne, die sich gegenseitig

hochschaukeln. Darauf haben als erste Ackleyn (1958) und Lerner (1958) hingewiesen. Lerner spricht von „Verkäuferinflation“.

Durch die genannte Einschränkung des Preiswettbewerbs haben mithin Arbeitnehmer und Unternehmer im Prinzip die Marktmacht, Preis- und Lohnsteigerung durchzusetzen, um damit ihre Verteilungsansprüche zu verwirklichen. Die daraus resultierende Inflation ist nur dann ein andauernder Prozess, wenn die Verteilungsansprüche in einer wachsenden Wirtschaft fortwährend das verteilbare Sozialprodukt übersteigen. Dazu ist es erforderlich, dass die Ansprüche ebenfalls ansteigen. Wie ist ein solcher Anstieg der Ansprüche zu erklären?

E.III.2.2. Verteilungsansprüche der Gruppen

Maßstab für die Verteilungsansprüche der Unternehmen ist vor allem die Verzinsung des eingesetzten Kapitals, also die Kapitalrendite. Da in einer wachsenden Wirtschaft das eingesetzte Kapital ständig ansteigt, muss für eine unveränderte Rendite (G/K) die Gewinnsumme steigen bleiben. Bleibt – wie langfristig zu beobachten – die Kapitalproduktivität (K/Y) konstant, muss dafür die Gewinnquote (G/Y) ebenfalls konstant bleiben.

Ein teilweiser Verzicht auf den erreichten Anteil am Sozialprodukt ist daher ausgeschlossen. Verschärfend auf den Verteilungskampf würde eine Abnahme der Kapitalproduktivität im Zeitablauf einwirken. Eine solche Entwicklung würde eine Zunahme der Gewinnquote erforderlich machen, um die Kapitalrendite zu halten. Dasselbe gilt für den Anspruch, eine höhere Kapitalrendite zu erzielen, der in jüngster Zeit von prominenten Unternehmern (zum Beispiel von J. Ackermann, Deutsche Bank) offen ausgesprochen wird.

Auf der Seite der Arbeitnehmer führt eine Orientierung der Verteilungsansprüche an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung je Arbeitnehmer) zu deren ständigem Steigen; denn die Arbeitsproduktivität erhöht sich durch technischen Fortschritt und höheren Kapitaleinsatz. Weshalb aber sind die Arbeitnehmer nicht mit dem erreichten Reallohnniveau als Grundlage ihres Lebensstandards zufrieden, sondern wollen dessen Verbesserung? Dass sie sich gegen dessen Verschlechterung wehren, bedarf wohl keiner Begründung.

Verschiedene Gründe finden sich in der Literatur:
a)„Die Wirtschaftssubjekte … haben sich an die fortgesetzten Verbesserungen der eigenen Einkommenssituation gewöhnt und erwarten generell …, dass auch die Zukunft Aufbesserungen von ähnlicher Größenordnung bringen wird.“ (Müller, 1976, S. 73). Auch sind die Arbeitnehmer nicht bereit, eine ständig sinkende Lohnquote hinzunehmen.

b)Das steigende Anspruchsniveau ist „Ausdruck eines geänderten Selbstvertrauens der Menschen in ihre Fähigkeit, gesetzte Ziele zu erreichen“ (ebenda). Daher geben sich die Menschen nicht mit dem gegenwärtigen Einkommen zufrieden, sondern verfolgen höhere Einkommensziele.

c) Duesenberry sieht (lt. N. Müller, 1976, S.72) die Ursache für die steigenden Anspruchsniveaus „in dem positiven Wertakzent, mit dem in der modernen Gesellschaft alle Bestrebungen zum Erreichen eines höheren Lebenshaltungsniveau versehen sind“.

d) Die steigenden Einkommensansprüche dürften auch damit zusammenhängen, dass in einer wachsenden Wirtschaft ständig neue Produkte entwickelt und angeboten werden, die immer mehr Haushalte unter dem Einfluss intensiver Werbung gerne besitzen möchten.

e) Vor dem Hintergrund der Entwicklung in den 1950er und 1960er Jahren vermutete Streißler (1973, S. 21) den Hauptgrund für steigende Anspruchsniveaus in der schwindenden Bereitschaft der Menschen, die vorgefundenen Einkommensunterschiede zu akzeptieren. Er sah daher die zentrale Ursache der damaligen weltweiten Inflation in dem Versuch, „… Einkommensdifferentiale rascher zu beseitigen, als sie von alleine dahinschmelzen". Streißler meint also, die Einkommensunterschiede wären in langfristiger Betrachtung geringer geworden. Soweit dies zutrifft, haben dazu vermutlich zwei Entwicklungen beigetragen: Der Anteil der großen Vermögenseinkommen am Volkseinkommen hatte sich (zum Beispiel durch höhere Erbschaftssteuern) gegenüber früher deutlich verringert, und die Knappheitsrente von Berufen mit hoher, insbesondere akademischer Ausbildung war deutlich gesunken. Diese langfristige Entwicklung möchten nach Ansicht von Streißler die Menschen beschleunigen. Streißler bezeichnet dies als Ausdehnung des Gleichheitsgrundsatzes von der politischen auf die ökonomische Sphäre.

Gegen die Aktualität dieser Argumente spricht jedoch, dass in den letzten 20 Jahren die Ungleichheit wieder zuzunehmen scheint.

Damit die Lohneinkommen bzw. die Gewinne wachsen können, gibt es zwei Lösungsansätze: Die leistungsorientierte Lösung besteht darin zu versuchen, selbst mehr zu leisten. Das hieße für den Arbeitnehmer, durch Überstunden oder Höherqualifikation eine Einkommensverbesserung anzustreben. Der Unternehmer kann eine verbesserte Gewinnsituation zum Beispiel durch Maßnahmen der Kostensenkung anstreben.

Die anspruchsorientierte Lösung besteht darin, dass man bei unveränderter Eigenleistung mehr von den anderen (der Gesellschaft) fordert. Diese Lösung ist eine geeignete Grundlage der Anbieterinflationstheorie; denn sie führt dazu, dass die Arbeitnehmer und Unternehmer versuchen, ihre miteinander unvereinbaren Einkommensansprüche durch ständige Erhöhung von Löhnen bzw. Preise durchzusetzen. Da die Lohn- und Preiserhöhungen zugleich die Einkommensverteilung beeinflussen, kann man sie auch als Instrumente des Verteilungskampfes bezeichnen.

Neben den Gruppen, die ihre wirtschaftliche Macht in der beschriebenen Weise einsetzen, bemühen sich Gruppen, die eine schwache Marktposition haben, z.T. mit großem Erfolg auf dem politischen Wege, eine entsprechende Verbesserung ihrer Einkommenssituation zu erreichen. Ein gutes Beispiel dafür sind die Landwirte, die früher aufgrund ihrer großen Zahl und aufgrund der relativ geringen Beeinflussbarkeit der Produktionsmengen eine schwache Marktposition hatten, bis sie die Preisbildung dem Markt entziehen und politischen Gremien übertragen konnten (in Europa auf die Träger der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik).

E.III.3. Anbieterverhalten in Abhängigkeit von der Beschäftigungssituation : Der Phillipskurvenzusammenhang

Die Vermutung liegt nahe, dass Arbeitnehmer und Unternehmer umso nachdrücklicher versuchen, ihre Verteilungsansprüche mittels Lohn- bzw. Preissteigerungen durchzusetzen, je günstiger die Situation auf den Gütermärkten und damit zugleich die Arbeitsmarktlage ist. Daraus folgen stärkere Preis- und Lohnsteigerungen, die allerdings solange an der Verteilung nichts ändern, wie sie im gleichen Umfang erfolgen.

Die Diskussion über die durch die Annäherung an die Vollbeschäftigung ausgelöste Verschärfung der Anbieterinflation intensivierte sich, als die Inflationsraten in den 1960er Jahren zu steigen begannen. Eine erste empirische Basis lieferte die Untersuchung von Phillips (1958), der für Großbritannien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts den vermuteten positiven Zusammenhang zwischen Beschäftigungsgrad und Nominallohnsteigerung fand. Er stellte ihn graphisch als einen negativen langfristigen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Nominallohnsteigerungen dar. Samuelson/Solow (1960) übertrugen dann dieses Ergebnis auf den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen der dann als (modifizierte) Phillipskurve die Diskussion beherrschte.

Grundlage des Zusammenhangs ist aus keynesianischer Sicht der inflationssteigernde Effekt sinkender Arbeitslosigkeit, der in einer Lohn- und in einer Preisgleichung präzisiert wird (siehe zum Beispiel das Modell von Rothschild (1974) sowie seine modifizierte Variante in Kromphardt (1998) sowie in vielen empirischen Untersuchungen).

Eine typische Lohngleichung enthält neben der (vergangenen) Inflationsrate, der Produktivitätsentwicklung und exogenen Schocks auf der Angebotsseite (insbesondere Ölpreisschocks) einen Ausdruck, der den Einfluss einer von einer lohnzuwachsneutralen Arbeitslosigkeitsquote (U*) abweichenden tatsächlichen Arbeitslosigkeitsquote (Ut) misst: Ist Ut < U* , hat dies einen inflationssteigenden Effekt (zusätzlich zu den anderen Faktoren), ist Ut > U*, wird der Lohnzuwachs abgebremst.

Die Preisgleichung wird meist als Ergebnis einer Preisbildung durch einen Lohnkostenzuschlag modelliert. Von der Inflationsrate angetriebene Lohnsteigerungen wirken also durch Lohnkostensteigerungen auf die Inflationsrate zurück; es entsteht eine Preis-Lohn-Preis-Spirale.

Sollte es beiden Parteien im Verteilungskampf gelingen, die sie belastenden Steigerungen (bei den Arbeitnehmern Preissteigerungen, bei den Unternehmen die Lohnkostensteigerungen) voll auf die andere Seite weiter zu wälzen, käme es zu einer ständig steigenden Inflationsrate (akzelerierende Inflation), sobald Ut < U*. Eine derartige Vollüberwälzung ist unwahrscheinlich; nur bei Vollbeschäftigung dürfte sie gelingen. Ohne Vollüberwälzung ist das Ergebnis des so geführten Verteilungskampfs eine bestimmte, langfristig stabile Inflationsrate.

Die meisten geeigneten empirischen Untersuchungen bestätigen, dass eine volle Überwälzung bei Unterbeschäftigung nicht auftritt. Es gibt allerdings viele Untersuchungen, die von vorneherein

Vollüberwälzung unterstellen, und dann nicht unerwartet zu dem Ergebnis kommen, die Inflationsrate müsste sich ständig beschleunigen, sobald Ut < U* ist. Daher sei U* die einzige Arbeitslosigkeitsquote, die mit einer stabilen Inflationsrate einhergehe. In graphischer Darstellung heißt das, die langfristige Phillipskurve verlaufe über U* senkrecht; ober- und unterhalb von U* gebe es keine stabile Inflationsrate. Eine solche A priori-Setzung ist eine Pseudo-Begründung und ohne empirische Aussagekraft.

Monetaristen wie Milton Friedman, die diese Position dennoch vertraten, suggerierten häufig, dieses von der keynesianischen Phillipskurve abweichende Ergebnis hinge damit zusammen, dass dort der Einfluss von Erwartungen vernachlässigt werde – dies ist aber nicht der Fall. Entscheidend ist die Vollüberwälzungsannahme. Trifft diese nicht zu, gibt es keine senkrechte Phillipskurve (vgl. W. Franz, 2005, S. 146).

Die wirtschaftspolitische Konsequenz aus der keynesianischen Phillipskurve lautet: Solange sich am Lohn- und Preisverhalten der Akteure nichts ändert, muss für eine niedrige Arbeitslosigkeitsquote eine höhere Inflationsrate im Kauf genommen werden. Ob man diesen Preis zu zahlen bereit ist, hängt von einem Werturteil ab: Wie groß ist der Vorteil der höheren Beschäftigung, wie groß ist der Nachteil einer höheren Inflationsrate? Dies ist ein Werturteil, weil unterschiedliche Gruppen unterschiedlich stark positiv oder negativ betroffen werden.

Aus der keynesianischen Phillipskurve folgt nicht die – oft fälschlich unterstellte – Aussage, man könne durch eine höhere Inflationsrate eine höhere Beschäftigung erreichen. Darüber macht diese Kurve keine Aussage; vielmehr läuft die Wirkungsrichtung von der Beschäftigungslage zur Inflationsrate, aber nicht umgekehrt.

Literatur

Ackley, Gardner (1958), A Third Approach to the Analysis and Control of Inflation; In: Joint Economic Committee (Hrsg.), The Relationship of Prices to Economic Stability and Growth, Compendium of Papers Submitted. Washington (D.C.), Wiederabgedruckt in: Perlman, Richard (Hrsg.), Inflation: Demand Pull or Cost Push?, Boston 1965.

Franz, Wolfgang (2005), Will the (German) NAIRU Please Stand UP?, “German Economic Review”, Vol.6, S. 131-153.

Keynes, John Maynard (1940), How to Pay for the War? London (Macmillan).

Kromphardt, Jürgen (1998), Arbeitslosigkeit und Inflation. Eine Einführung in die makroökonomischen Kontroversen. 2.Auflage, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

Lerner, Abba (1958), Inflationary Depression and the Regulation of Administred Prices. In: Joint Economic Committee (Hrsg.), The Relationship of Prices to Economic Stability and Growth, Compendium of Papers Submitted. Washington (D.C.).

Müller, Norbert (1976), Anspruchsverhalten sozialer Gruppen und Inflation, Köln.

Phillips, Alban W. (1938), The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1961-1957. „Economica", Vol. 25, S. 283-299.

Reuter, Edzard (1994), Strategische Allianzen und konglomerate Zusammenschlüsse. In: Neumann, Manfred (Hrsg.), Unternehmensstrategie und Wettbewerb auf globalen Märkten und Thünen-Vorlesung, Berlin (Duncker und Humboldt).

Rothschild, Kurt (1974), Die Phillips-Kurven-Diskussion. Eine Übersicht, in: Nowotny, Ewald (Hrsg.), Löhne, Preise, Beschäftigung. Die Phillips-Kurve und ihre Alternativen, Frankfurt (Fischer-Athenäum).

Samuelson, Paul/ Solow, Robert (1960), Analytical Aspects of Anti-Inflation Policy. „The American Economic Review", Vol. 50 (Supplement), S. 177-197.

Smith, Adam (1786), An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations, 1. Aufl, 1776, 4. Aufl., 1786. Deutsche Ausgabe nach der 4. Auflage: Eine Untersuchung über Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes, 3 Bände, Jena 1923. Ein Neuabdruck dieser Ausgabe erfolgte im A. Achenbach-Verlag, Gießen 1973.

Streißler, Erich (1973), Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie, Zürich.

E.IV. Keynesianische Verteilungstheorien

E.IV.1. Kreislauftheoretische Erklärung der Einkommensverteilung

Keynes hob wiederholt hervor, dass die Konsumgüternachfrage nicht nur von der Höhe des verfügbaren Einkommens abhängt, sondern auch von dessen Verteilung auf Haushalte mit hohen und mit niedrigen Einkommen, da diese sehr unterschiedliche Sparquoten haben. Er formulierte aber keine Theorie, um diese Verteilung zu erklären.

Diese Lücke versuchte Nicholas Kaldor (1955/56) zu schließen. Seine Verteilungstheorie ist keynesianisch, da sie auf Kreislaufzusammenhänge zurückgreift und das Modell zu einer Ver-teilung tendiert, bei der gesamtwirtschaftliche Investitionen und Ersparnisse übereinstimmen. Er konnte sich bei der Entwicklung seiner Theorie auf Keynes' Überlegungen über die Kreis-laufbestimmung der Gewinne stützen, die sich in Keynes' "Treatise on Money" aus dem Jahre 1930 finden (siehe zu dieser die Nr. 9 in der Rubrik "Monographien", A.II.9). Dort hatte Keynes ab-geleitet, dass bei einer Sparquote der Arbeitnehmer von Null alle Ausgaben der Unternehmen, ob für ihren Konsum (CU) oder für Investitionen, wieder an die Unternehmen als Gruppe zu-rückfließen; denn die Arbeitnehmer leiten das gesamte Lohneinkommen (L), das sie erzielen, wieder als Konsumausgaben (CL) an den Unternehmenssektor zurück. Daher sind die Gewin-ne der Unternehmen gleich ihren Gesamtausgaben abzüglich der Lohnzahlungen: Da Y = CU + CL + I und CL = L, folgt für den Gewinn der Unternehmen:

$$G = Y - L = C_U + I \qquad (1)$$

Keynes hatte dieses Ergebnis aus Unternehmerperspektive als "Witwenkrug-Theorem" bezeichnet, in Anspielung auf das Märchen von der Witwe, deren Krug nie leer wurde.

Kaldor entwickelte aus diesem Theorem eine Verteilungstheorie, indem er realistischerweise für beide sozialen Gruppen annahm, dass sie eine positive Sparquote haben, wobei die Spar-quote der Unternehmen (sU) deutlich größer ist als die Sparquote der Arbeitnehmer (sA). Unter diesen Annahmen lässt sich aus Gleichung (1) ableiten (s. dazu Kromphardt, 1993, S. 106 f.), dass es nur eine Gewinnquote (GU/Y) gibt, bei der gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht herrscht, in dem geplante Investitionen und Ersparnis übereinstimmen:

$$\frac{G_U}{Y} = \frac{\frac{I}{Y} - s_A}{s_U - s_A} \qquad (2)$$

Diese Gewinnquote ist also abhängig von der exogenen Investitionsquote und den Sparquoten der beiden Gruppen von Einkommensbeziehern. Sie stellt sich ein, wenn der Multiplikator-prozess

funktioniert und zum Ausgleich von Investitionen und Ersparnissen führt. Bei dieser Gleichung ist schon berücksichtigt, dass die Arbeitnehmer bei positiver Sparquote Vermögen bilden und Vermögenseinkommen beziehen. Dies hatte Kaldor zunächst nicht beachtet, aber Pasinetti (1962) hat diese Lücke geschlossen.

Kaldor hat seine Theorie für eine Vollbeschäftigungs-Situation formuliert. (Dies muss man berücksichtigen, wenn man Kaldors Theorie in Harcourt (2006) im Kapitel 2 (S. 6-10) nach-liest). Dann ergibt sich der folgende Prozess: Wenn bei Vollbeschäftigung die Nachfrage das Angebot übersteigt (also I > S ist), dann können die Unternehmen die Nachfrage nicht durch zusätzliche Produktion befriedigen; sie können nur die Preise erhöhen. Dadurch steigen – so-fern die Löhne konstant bleiben oder weniger ansteigen als die Preise – die Gewinne der Un-ternehmen, während die Lohnsumme konstant bleibt oder sich langsamer erhöht als die Ge-winne der Unternehmen. Damit ändert sich die Gewinnquote. Ein neues gesamtwirtschaftli-ches Gleichgewicht wird erreicht, sobald die reale Nachfrage insgesamt wieder dem Angebot (das sich bei Vollbeschäftigung nicht ändern kann) entspricht, indem der Nachfrageüber-schuss reduziert wird, weil durch die abnehmenden Realeinkommen der Arbeitnehmer, deren Konsumquote höher ist als jene der Unternehmen, der Konsum real zurückgeht.

Besteht dagegen in der Ausgangssituation eine Nachfragelücke, so kann der Prozess in umgekehrter Richtung verlaufen. Das setzt aber voraus, dass die Unternehmen ihre Preise senken. Tun sie das nicht, entsteht ein kontraktiver Multiplikatorprozess, der bei konstanter Investiti-onsquote kein Ende findet.

Bei Unterbeschäftigung verläuft der Anpassungsprozess an das Gleichgewicht in zwei Stufen. Zunächst erhöhen die Unternehmen bei einem Nachfrageüberschuss die produzierten Men-gen, ohne dass sich die Verteilung ändert. Je mehr sich die Volkswirtschaft dadurch der Vollbeschäftigung annähert, desto häufiger werden Unternehmen auch die Preise erhöhen; es be-ginnt die zweite Stufe, in der sich – wie bei Vollbeschäftigung - die Einkommensverteilung ändert.

Im Falle einer Nachfragelücke läuft der kontraktive Prozess so ab, wie in der Ausgangssitua-tion der Vollbeschäftigung in dem Falle, dass die Unternehmen ihre Preise nicht senken. Der Prozess führt also in beiden Fällen nicht notwendigerweise zum Gleichgewicht.

Problematisch ist bei Kaldors Theorie außerdem:

a) Die Investitionsquote wird als exogen angenommen; die Unternehmen investieren immer einen konstanten Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion.

b) Die sozialen Gruppen akzeptieren die Einkommensverteilung, die sich aus den Kreislaufzusammenhängen ergibt.

Die Exogenität der Investitionsquote bezeichnet Kaldor selbst als "critical assumption" (1955/56, S.231). Dem zweiten Problem versucht Kaldor dadurch Rechnung zu tragen, dass er den Geltungsbereich seiner Verteilungstheorie auf einen mittleren Bereich der Gewinnquo-te einschränkt (siehe dazu Kromphardt, 1993, S. 104 ff., insb. S. 109) und dadurch extreme Ausschläge ausschließt.

Kaldor wendet sich mit seiner Verteilungserklärung vor allem gegen die neoklassische, produktionstheoretisch fundierte Verteilungstheorie. Nach dieser Theorie bestimmt die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion mittels der technisch bestimmten Produktionselastizitäten von Arbeit und Kapital die Verteilung des Einkommens auf Arbeitskräfte und Kapitalgeber. Die

Einkommensverteilung erscheint also technisch determiniert; sie ist nicht von Marktposi-tionen beeinflusst und damit steuernden Eingriffen entzogen. Diese Erklärung gilt jedoch nur bei vollständiger Konkurrenz, bei der es keinen eigentlichen Unternehmergewinn gibt (d.h. einen Gewinn, der über die Verzinsung des eingesetzten Kapitals zum Marktzinssatz hinaus-geht). Sie ist daher für moderne Volkswirtschaften irrelevant (siehe dazu Kromphardt, 1993, S. 115-118; Preiser, 1953), in denen die Unternehmen auf praktisch allen Gütermärkten die Möglichkeit (die Marktmacht) haben, ihre Preise oberhalb der Grenzkosten anzusetzen. Das Ausmaß von Marktmacht bestimmt die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung, wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird.

E.IV.2. Erklärung der Einkommensverteilung aus der Marktmacht der Unternehmen

Während Kaldors Verteilungstheorie an der Nachfrageseite und den Kreislaufzusammenhän-gen ansetzt, steht bei dieser Erklärung der Einkommensverteilung die Angebotsseite im Vor-dergrund – ein gutes Beispiel für die Bereitschaft der Keynesianer, neben der Nachfrageseite auch die Angebotsseite zu betrachten, wenn dies zu besseren Erkenntnissen führt. Ein geeig-neter Ausgangspunkt, um den Einfluss der Marktmacht auf die gesamtwirtschaftliche Ein-kommensverteilung zu zeigen, ist der Begriff des Monopolgrads, wie ihn schon früh der spä-tere Keynesianer Abba Lerner (1933/34) definierte; er soll die Fähigkeit der Unternehmen messen, den Preis der Güter höher als die Grenzkosten anzusetzen. Zur Erinnerung: Bei voll-ständiger Konkurrenz stimmen Güterpreis und Grenzkosten überein; der Preis spielt sich auf dem Markt in Höhe der Grenzkosten ein und der einzelne Mengenanpasser hat keine Mög-lichkeit, einen höheren Preis zu fordern; die Nachfrager würden zu den konkurrierenden An-bietern abwandern.

Lerner definiert folgerichtig den Monopolgrad μ als

$$\mu = \frac{p - GK}{p} \qquad (3)$$

Je mehr die Marktverhältnisse von der vollständigen Konkurrenz abweichen, desto höher ist dieser Monopolgrad. Die Differenz p – GK stellt den Zuschlag (Z) auf die Grenzkosten (GK) dar. Man kann daher den Monopolgrad umformen zu

$$\mu = \frac{Z}{GK + Z} = \frac{Z}{p} = \frac{Z \cdot X}{p \cdot X} = \frac{G}{Y} \qquad (4)$$

Nimmt man nun zur Vereinfachung an, dass die Grenzkosten bis zur Kapazitätsgrenze hori-zontal verlaufen – eine durchaus realitätsnahe Annahme – und damit den variablen Stückkos-ten entsprechen, so ist der Monopolgrad das Ergebnis einer Zuschlagskalkulation auf diese Kosten. Mit der Gleichung (4) hat man eine Theorie zur Erklärung der Einkommensverteilung gefunden; denn die Höhe von Z im Verhältnis zu p bestimmt die Einkommensverteilung. Dies gilt allerdings nur, wenn man die fixen Kosten vernachlässigt. Dann ist Z•X (X entspricht der produzierten Menge an

BIP-Einheiten) gleich der Gewinnsumme und p•X = Y gleich dem nominalen Bruttoinlandprodukt. Also gibt μ den Anteil der Gewinne am BIP an.

Berücksichtigt man das Bestehen von fixen Kosten, so sind diese in der Summe Z•X noch enthalten. Dieses unschöne Ergebnis lässt durch die Annahme vermeiden, die Unternehmen bildeten ihre Preise durch einen Zuschlag auf die gesamten Stückkosten. Dann verbleibt Z•X den Unternehmen ungeschmälert als Gewinn, und in Gleichung (4) stehen statt der Grenzkos-ten die gesamten Stückkosten.

Keynes selbst hat sich zur Frage der Preisbildung, der Markformen und der Wettbewerbsin-tensität kaum geäußert. Er beschränkt sich in seiner "General Theory" auf den Hinweis, er übernehme die Gleichheit von Lohn und physischem Grenzertrag der Arbeit, die sich bei voll-ständiger Konkurrenz ergibt. Diese Gleichheit stehe unter dem Vorbehalt, dass sie "in Über-einstimmung mit gewissen Grundsätzen bei unvollkommenen Wettbewerb und Märkten ver-letzt werden kann" (Keynes, 1936, S. 5).

Wie diese "gewissen Grundsätze" lauten, führt Keynes nicht weiter aus. Er hielt das wohl für überflüssig, weil sein Lehrer, Alfred Marshall, dessen Lehrbücher und weiteren Bücher die englischsprachige Ökonomie zu jener Zeit dominierten, sich dazu geäußert hatte. Leijonhuf-vud (2006) hat noch einmal betont, wie sehr Keynes von Marshall beeinflusst war, weswegen ihm zum Beispiel die Vorstellung von Gütermärkten mit vollkommenem Wettbewerb und reinen Mengenanpassern völlig fremd war.

Michael Kalecki (1938) hatte schon vor Kaldor versucht, die Einkommensverteilung über einen Monopolgrad zu erklären. Kalecki (1899-1970) war ein herausragender polnischer Ö-konom, der unabhängig von Keynes viele Kernpunkte der Theorie von Keynes entdeckt hat (siehe dazu Harcourt, 2006, S. 161). 1936 kam er nach Cambridge (England), wo sich eine lange und tiefe Freundschaft mit Joan Robinson entwickelte.

In seiner Monopolgradtheorie unterscheidet er zwischen einer Marktpreisbildung bei Rohstof-fen und einer Preissetzung durch Zuschlagskalkulation. Spätere keynesianische Verteilungs-theorien, die auf Preisbildung durch Zuschlagskalkulation beruhen, haben auf diese Unter-scheidung verzichtet, so zum Beispiel Preiser (1970), der kurz auf Kalecki verweist. Das Hauptproblem der Monopolgradtheorie der Einkommensverteilung besteht darin, die Höhe der Zuschlagssätze und ihre zeitliche Veränderung zu erklären. Die Vermutung liegt nahe, dass die Zuschlagssätze neben den Gegebenheiten auf der Angebotsseite (Marktstruktur, Konkurrenzdruck o.ä.) auch von der Entwicklung der Nachfrage beeinflusst werden. Eine höhere Nachfrage erlaubt es den Unternehmen, weniger Angst davor zu haben, dass Preiser-höhungen zu rückläufigen Nachfragemengen führen.

Die Nachfrageseite kann noch über einen weiteren Zusammenhang ins Spiel kommen, der in keynesianischen Verteilungstheorien ebenfalls thematisiert wird, nämlich über den Zusam-menhang zwischen den erzielten Gewinnen und den daraus ganz oder teilweise finanzierten Investitionen, der allerdings nicht sicher ist; denn höhere erzielte Gewinne sind kein hinrei-chender Grund für höhere Sachinvestitionen, da ohne positive Absatzerwartungen die Unter-nehmen keinen Anlass haben, ihre Produktionskapazitäten zu erweitern; sie stecken ihr Geld dann lieber in Finanzanlagen. Falls dennoch ein positiver Einfluss der Gewinne auf die Inves-titionen auftritt, dann kann hier eine positive Spirale entstehen: Höhere Zuschlagssätze → höhere Gewinne → höhere Investitionen → höhere Nachfrage → höhere Zuschlagssätze. Von daher sind

Einkommensverteilung, Investitionen und Wachstum miteinander verknüpft; da-von wird in der keynesianischen Wachstumstheorie (siehe die entsprechende Unterrubrik, E.V) die Rede sein. Will man diese Verknüpfungen berücksichtigen, erge-ben sich rasch komplizierte Modelle, deren Darstellung den Rahmen dieser Website überstei-gen. Einen Einblick in die Komplexität solcher Modelle gibt die Lektüre des Kapitels 3 sowie die Wiedergabe des Modells von Hahn (1972) in Kapitel 2 von Harcourt (2006).

In der neueren Diskussion ist die Ableitung und ökonometrische Bestimmung von Preisset-zungsgleichungen, die alle die (Lohn-)stückkosten berücksichtigten, immer stärker zu einem Bestandteil der Inflationserklärung geworden, während ihre Auswirkungen auf die Verteilung kaum analysiert werden (siehe die Unterrubrik: Keynesianische Inflationstheorien, E.III).

E.IV.3. Kombination von Kaldor und Kalecki

Kombiniert man Kaleckis Hypothese, wonach die Preise durch eine Zuschlagskalkulation gebildet werden, mit Kaldors Verteilungstheorie, so lässt sich diese auf den Fall der Unterbeschäftigung erweitern. Dies zeigt Wolfgang Scherf in dem anschließend eingestellten Beitrag. Dieser zeigt auch im Rahmen dieser kombinierten Verteilungstheorie, dass Nominallohnerhöhungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen und damit die Lohnstückkosten erhöhen, keine positiven Wirkungen entfalten, wenn letztere von den Unternehmen in den Preisen weitergeben werden. Dies zeigt der folgende Text von Wolfgang Scherf, Uni Gießen.

Zur (Ir-) Relevanz der Kaufkrafttheorie

Wolfgang Scherf (Uni Gießen)

Nach der Kaufkrafttheorie belebt eine Erhöhung der (Nominal-) Löhne die Konsumnachfrage und führt somit in einer unterbeschäftigten Wirtschaft zu einem Anstieg von Produktion und Beschäftigung. Dahinter steht die kaldorianische Hypothese, dass eine Umverteilung des Einkommens zugunsten der Lohnempfänger die Nachfrage verstärkt, weil diese einen größeren Teil ihres Einkommens verausgaben als die Gewinnempfänger.

Im Folgenden wird theoretisch begründet, warum Erhöhungen der Nominallöhne, die nicht zu höheren Reallöhnen führen, sondern in den Preisen weitergewälzt werden, keine positiven Produktions- und Beschäftigungseffekte nach sich ziehen. Die Analyse bedient sich nicht der geläufigen neoklassischen Argumentationsmuster, sondern verwendet ausschließlich Elemente der Verteilungstheorien von Kaldor (1955/56) und Kalecki (1938), die als keynesianische Verteilungstheorien eingestuft werden (Keynes-Gesellschaft, 2012).

Die Einkommensverteilung bei Kaldor

Nach Kaldor (1955/56, 95) lautet die Gleichung für die Gewinnquote in einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Staat:

Danach ist Anteil der Gewinne (G) am Sozialprodukt (Y) positiv abhängig von der (realen) Investitionsquote (Ir/Yr) und negativ abhängig von den Sparquoten der Arbeitnehmer (sL) und Unternehmer (sG). Der damit korrespondierende Anteil der Löhne (L) lautet:

Die Kaldor-Formel (2) beschreibt die Verteilung eines real gegebenen Sozialprodukts. Die Lohnquote ist determiniert durch die Verwendungsstruktur des Sozialprodukts, die in der Investitionsquote zum Ausdruck kommt, und durch das Sparverhalten der Arbeitnehmer sowie der Unternehmer. Die Höhe der Nominallöhne spielt dagegen keine Rolle.

Dies wird deutlich, wenn man die Lohnquote in ihre Faktoren zerlegt. Sie entspricht definitionsgemäß dem Produkt aus Lohnsatz (w) und Beschäftigung (A) dividiert durch das Produkt aus Preisniveau (p) und Produktionsmenge (Yr) bzw. der Relation von Reallohn (w/p) und Arbeitsproduktivität (Yr/A):

Nominallohnerhöhungen und die daraus resultierende zusätzliche Konsumnachfrage werden im Kaldor-Modell durch einen entsprechenden Anstieg des Preisniveaus kompensiert. Bei gegebener Arbeitsproduktivität pegelt sich der Reallohn und damit die gleichgewichtige Lohnquote so ein, dass die geplanten Ersparnisse mit den geplanten Investitionen übereinstimmen. Folglich kann der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt durch Nominallohnpolitik nicht verändert werden. Ein Anstieg der Lohnquote ist nur durch Lohnverwendungspolitik erreichbar, also mittels einer Erhöhung der Arbeitnehmersparquote (Investivlohn, investive Gewinnbeteiligung).

Kaufkraft, Produktion und Beschäftigung

Nach der Kaufkrafttheorie sorgt ein Anstieg der Lohnquote für mehr Produktion und Beschäftigung. Lässt sich dieser Zusammenhang aus dem Kaldor-Modell ableiten, wenn man die Annahme eines gegebenen Sozialprodukts aufgibt? Schließlich kann die Koordination von Sparen und Investieren in einer unterbeschäftigten Wirtschaft nicht nur kaldorianisch über die Einkommensverteilung, sondern auch keynesianisch über das Einkommen selbst erfolgen.

Bei veränderlicher Höhe der Produktion mutiert Gleichung (2) für die Lohnquote zu einem positiven Zusammenhang zwischen Lohnquote und Sozialprodukt. Ein Anstieg der Produktion ist bei real konstanten Investitionen mit einer höheren Lohnquote verbunden. Nur die Verteilungsänderung zugunsten der konsumfreudigeren Arbeitnehmer kann den realen Mehrkonsum bewirken, der die wachsende Differenz zwischen Investitionen und Sozialprodukt überbrückt.

Das scheint für die Kaufkrafttheorie zu sprechen. Bei flexiblem Sozialprodukt erhält das Kaldor-Modell aber einen Freiheitsgrad und kann somit allein weder das Einkommen, noch seine Verteilung bestimmen. Vielmehr konkurriert die kaldorianische Lesart, nach der die Verteilung bei fixem Sozialprodukt bestimmt werden kann, mit der keynesianischen Sicht, nach der das Sozialprodukt bei konstanter Verteilung von den autonomen Investitionen und dem Multiplikator abhängt. Dieses Resultat ergibt sich durch Auflösen von Gleichung (2) nach Yr:

Der Multiplikator entspricht dabei dem Kehrwert der marginalen Sparquote. Letztere ist negativ mit der Lohnquote verknüpft. Eine keynesianische Sparfunktion, in der die marginale Sparquote trotz ungleicher gruppenspezifischer Sparneigungen fixiert ist, impliziert also eine konstante Einkommensverteilung.

Ohne eine weitere Brücke zwischen Einkommen und Verteilung lässt sich die Unbestimmtheit des kaldorianischen wie des keynesianischen Ansatzes nicht auflösen. Eine solche Verbindung kann in der Verteilungstheorie von Kalecki gesehen werden, die eine angebotsseitige Bestimmung der Verteilung aus dem Preissetzungsverhalten der Unternehmen liefert.

Kaldor plus Kalecki gleich Keynes

Prinzipiell argumentiert die von Kalecki (1938) begründete Monopolgradtheorie mit einer kostenbezogenen Preissetzung der Unternehmen. Bei Beschränkung auf die Lohnkosten gilt für das Preisniveau im einfachsten Fall folgende Zuschlagskalkulation:

Der Gewinnzuschlag z auf die Lohnstückkosten bringt die Marktmacht der Unternehmen zum Ausdruck. Daraus resultiert die angebotsseitig bestimmte Lohnquote:

Gleichsetzen mit der nachfrageseitig bestimmten Lohnquote von Kaldor (2) führt zu einem keynesianischen Resultat:

Der Einkommensmultiplikator enthält die divergenten gruppenspezifischen Sparquoten von Kaldor und den Monopolgrad von Kalecki in Form des Gewinnzuschlags. Letzterer fixiert jedoch die Verteilung und beseitigt die Flexibilität der Lohnquote. Kaldors Überlegungen werden darauf reduziert, dass der keynesianische Multiplikator von den unterschiedlichen gruppenspezifischen Sparneigungen abhängt. Die Nachfragefaktoren bestimmen aber nicht die Verteilung, sondern die Höhe des Sozialprodukts: Kaldor plus Kalecki gleich Keynes.

Das Sozialprodukt kann gemäß Gleichung (7) steigen,

wenn die Investitionen steigen,
wenn die Sparneigung der Arbeitnehmer sinkt,
wenn die Sparneigung der Unternehmer sinkt,
wenn der Gewinnzuschlag sinkt.

Die Höhe des Lohnsatzes spielt auch hier keine Rolle, solange es den Unternehmen gelingt, die Preise proportional zum Lohnsatz zu erhöhen und damit den Gewinnzuschlag zu stabilisieren. Nur eine faktische Reduktion des lohnbezogenen Gewinnzuschlags könnte die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer bewirken, deren Folge dann ein Konsumnachfragezuwachs und ein Anstieg von Produktion und Beschäftigung wäre.

Fazit

Die Kaufkrafttheorie stellt den Nachfrageeffekt der Löhne einseitig in den Vordergrund. Sie zeigt aber nicht, wie der Anstieg der Lohnquote herbeigeführt werden kann, der für den expansiven Nachfrageeffekt verantwortlich ist. Nominallohnerhöhungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, reichen hierfür nicht aus, denn sie werden - bei fixem Monopolgrad - durch entsprechende Preissteigerungen kompensiert. Der Nachfrageeffekt der Löhne eröffnet den Unternehmen den erforderlichen Überwälzungsspielraum, schafft aber keinen realen Kaufkraft- und Nachfragezuwachs.

Letztlich basiert die Kaufkrafttheorie auf der unrealistischen Annahme, dass die Unternehmer nur auf den Nachfrageeffekt, nicht aber auf den parallelen Kosteneffekt der Löhne reagieren. Berücksichtigt man Kosten- und Nachfrageeffekt, so spricht die Gesamtwirkung der Löhne für eine produktivitätsbezogene Lohnpolitik, die inflationäre Impulse vermeidet. Über den Produktivitätsfortschritt hinausgehende Nominallohnerhöhungen vergrößern das Kosten- und Preisniveau. Sie senken die internationale Wettbewerbsfähigkeit und provozieren eine restriktive Geldpolitik. Damit verbundene Zinssteigerungen gehen tendenziell zulasten der privaten Investitionen und des Sozialprodukts. Die Kaufkrafttheorie liefert also auch aus keynesianischer Sicht keine Basis für eine expansive Lohnpolitik, die bestenfalls neutrale und ansonsten negative Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung hat.

Literatur (Scherf)

Kaldor, Nicholas (1955/56), Alternative Theories of Distribution, The Review of Economic Studies, Vol. 23, 83-100.
Kalecki, Michael (1938), The Determinants of Distribution of the National Income, Econometrica, Vol. 6, 97-112.
Keynes-Gesellschaft (2012), Keynesianische Verteilungstheorien, URL: http://goo.gl/kkP06, Stand: 11.09.2012.
Scherf, Wolfgang (2000), Orientierungsgrößen und gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Nominallohnpolitik, WISU, Heft 10, 1374-1390.

Download

Literatur

Hahn, Frank (1972), The Share of Wages in National Income: An Enquiry into the Theory of Distribution. London (Weidenfeld & Nicholson).

Harcourt, Geoffrey (2006), A Critique of Mr. Kaldor’s Model of Income Distribution and Economic Growth. “Australian Economic Papers”, Vol.2, S. 20-36.

Kaldor, Nicholas (1955/56), Alternative Theories of Distribution. "The Review of Economic Studies". Vol.23 , S.83-100. Deutsch in: Schlicht (1976), S. 101-128.

Kalecki, Michael (1938), The Determinants of Distribution of the National Income. "Econometrica", Vol.6, S.97-112, Wiederabgedruckt in verbesserter Version in: Kalecki, Michael, Selected Essay on the Dynamics of the Capitalist Economy (1933-1970). Cambridge (UP) 1971, S. 62-77.

Keynes, John Maynard (1930), A Treatise on Money. London (Macmillan). Deutsch: Vom Gelde. Berlin (Duncker & Humboldt) 1931.

Keynes, John Maynard (1936), The General Theory of Employment, Interest and Money. London – New York (Macmillan – St. Martin's Press). Deutsch: Allgemeine Theorie der Be-schäftigung, des Zinses und des Geldes. 10. verbesserte Auflage Berlin (Duncker & Hum-boldt) 2006.

Kromphardt, Jürgen (1993), Wachstum und Konjunktur. Grundlagen der Erklärung und Steu-erung des Wachstumsprozesses. 3.Auflage, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

Leijonhufvud, Axel (2006), Keynes as a Marshallian, In: Backhaus, Roger/Bateman, Bradley (Hrsg.), The Cambridge Companion to Keynes. Cambridge (U.P.).

Lerner, Abba(1933/34), The Concept of Monopoly and the Measurement of Monopoly Power "The Review of Economic Studies", Vol. I, S. 157-175.

Pasinetti, Luigi (1962), Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth. "The Review of Economic Studies". Vol.29, S.267-279. Deutsch in: E. Schlicht (1976), S. 205-222.

Preiser, Erich (1953), Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie. „Schwei-zerische Zeitschrift für Volkswirtschaftslehre und Statistik", Band 89. Wiedergabedruck in: Erich Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens. 4.Auflage, Göttingen (Vanden-hoeck & Ruprecht) 1970, S. 265-289.

Preiser, Erich (1970), Wachstum und Einkommensverteilung, 3.Auflage, Heidelberg (Carl Winter-Universitätsverlag).

Schlicht, Ekkehard (1976), Einführung in die Verteilungstheorie. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt).

E.V. Keynesianische Wachstumstheorie

E.V.1. Vorläufer

Schon bald nach Erscheinen von Keynes „General Theory“ wurde man auf folgenden Widerspruch aufmerksam: Auf der einen Seite führt Keynes’ Theorie – am deutlichsten in der Version des IS/LM-Modells von Hicks (1937), siehe dazu die Rubrik „General Theory“ – bei gegebenen Erwartungen zu einem statischen Gleichgewicht, gekennzeichnet durch ein konstantes Sozialprodukt. Auf der anderen Seite werden in diesem Gleichgewicht Investitionen getätigt, die den Bestand an Sachkapital und damit das Produktionspotential der Volkswirtschaft erhöhen. Bei dieser Konstellation wird folglich der Auslastungsgrad des Sachkapitals immer kleiner. Dies wirft dann die Frage auf, wieso die Unternehmen weiter investieren sollten.

Den ersten Versuch, diesen Widerspruch aufzulösen, unternimmt 1939 der Oxforder Ökonom Roy Harrod (1900-1978), ein wichtiger Diskussionspartner von Keynes. Er entwirft ein dynamisches Modell, in dem sich die Werte der makroökonomischen Variablen im Zeitablauf ändern (können). In einem derartigen Modell muss mindestens eine Variable zeitlich verzögert von einer anderen abhängen, wodurch die Perioden miteinander verknüpft werden. Harrod gelingt dies, indem die Investitionen von der *Änderung* des Sozialprodukts (Y) von der vergangenen zur aktuellen Periode abhängen: $I = v \cdot \Delta Y$. Der Parameter v gibt die Stärke an, mit der die Investitionen auf die Änderung des Sozialprodukts reagieren: er wird auch als Akzelerator bezeichnet. Nach einigen Umformungen entspricht diese Funktion näherungsweise einer Funktion, in der die Investitionen vom Auslastungsgrad des jeweiligen Produktionspotentials abhängen. Deshalb spricht man auch bei Harrod von auslastungsgradabhängigen Investitionen.

Die Ersparnisse nimmt Harrod in seinem Modell ohne Staat und Außenhandel als proportional zum Einkommen an: $S_t = s\,Y_t$. Sollen in jeder Periode Angebot und Nachfrage und damit die geplanten Ersparnisse (S) mit den Investitionen übereinstimmen ($S_t = I_t$), dann folgt aus den beiden Verhaltensgleichungen die Gleichgewichtsbedingung:

(1)

Die Lösung des Modells hat also die Form einer Wachstumsrate. Allerdings ist Gleichung (1) nur eine Gleichgewichtsbedingung. Sie sagt aus, wie rasch Y wachsen muss, damit in jeder Periode Gleichgewicht herrscht: Das Sozialprodukt muss durch sein Wachstum mit der Rate s/v in jeder Periode genau soviel Investitionen hervorrufen, wie in der jeweiligen Periode gespart wird. Zur Erklärung des tatsächlichen Wachstums ist das Harrod-Modell deswegen ungeeignet. Es gibt nur an, wie sich das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft im günstigsten Fall entwickeln kann, wenn es gelingt, stets Investitionen in der Höhe der Ersparnis hervorzurufen. Mehr leistet übrigens auch das neoklassische Wachstumsmodell von Solow (1956) nicht, dessen großer Schritt vorwärts in der Einbeziehung einer Produktionsfunktion bestand. Denn auch dort wird das Zustandekommen von Investitionen in Höhe der Ersparnis nur unterstellt. Gelingen soll dies mittels eines Zinsmechanismus, der genauso angreifbar ist wie das Say’sche Gesetz (siehe Rubrik „Relevanz von Angebot und Nachfrage“, Abschnitt C.V.2.2).

In Harrods Modell wird diese Problematik dagegen offen gelegt und seine Lösung ist instabil: Eine Erhöhung der Sparquote erfordert und ermöglicht ein rascheres Wachstum. Sie bedeutet aber

zugleich ein Sinken des Konsums, sodass die Investitionen tatsächlich eher sinken werden. Harrod spricht deshalb von einem Wachstum auf des Messers Schneide.

Harrods Modell wird oft mit einem ähnlichen Modell von Domar (1946), das den Kapitalbestand und damit dessen Auslastungsgrad explizit einbezieht, zum Harrod-Domar-Modell zusammengefügt. Auch dieses Modell zeigt aber nur die Bedingungen für ein Wachstum im ständigen Periodengleichgewicht auf. Es enthält keinen Mechanismus, der das Wachstum auf diesen Wachstumspfad hinführen könnte. Einen solchen Mechanismus entwickeln erst Kaldor und Joan Robinson (siehe Abschnitte E.V.2 und E.V.3).

E.V.2. Kaldors Wachstumstheorie

Nicholas Kaldor (1908-1986, Ökonom an der London School of Economics, ab 1947 am King's College, Cambridge) veröffentlichte 1961 (nach einigen Vorversionen) sein Wachstumsmodell. Dieses weist zwei entscheidende Neuerungen auf: Erstens enthält es eine Investitionsfunktion, in der die Investitionen von zwei Faktoren abhängen, nämlich zum einen vom Auslastungsgrad des vorhandenen Sachkapitals, zum anderen von der erwarteten Rendite (=Profitrate),. Zweitens führt Kaldor – sicherlich angeregt durch die positive Würdigung, die Solows Modell von 1956 fand – eine Produktionsfunktion in sein Modell ein. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass Kaldor die übliche Trennung zwischen der Wirkung eines höheren Kapitaleinsatzes je Beschäftigten (also einer kapitalintensiveren Produktion) bei gegebener Technik und einer verbesserten Technik bei gegebenem Kapitaleinsatz aufhebt. Stattdessen wirken beide gemeinsam auf das Produktionsergebnis ein. Um dies zu verdeutlichen, bezeichnet Kaldor seine Produktionsfunktion als Technische-Fortschritts-Funktion(TFF). Außerdem ist bei Kaldor der technische Fortschritt nicht einfach (wie bei Solow) eine vorgegebene exogene Größe, sondern wird zum größten Teil durch die Kapitalintensivierung der Produktion erklärt, mit der er Hand in Hand geht.

Die übliche Trennung lehnt Kaldor als künstlich und willkürlich ab; denn:

„The use of more capital per worker … inevitably entails the introduction of superior techniques which require 'inventiveness' of some kind, though these need not necessarily represent the application of basically new principles or ideas. On the other hand, most, though not all, technical innovations which are capable of raising the productivity of labour require the use of more capital per man – more elaborate equipment and/or more mechanical power." (Kaldor, 1957, S. 264f)

Für Kaldors Vorgehensweise spricht auch, dass sich in ökonometrischen Regressionsrechnungen stets nur ein Parameter ermitteln lässt, nicht aber seine beiden fiktiven Bestandteile. Kaldor wählt dementsprechend eine graphische Darstellungsweise, bei der nur die Abhängigkeit der Wachstumsrate des Sozialprodukts je Kopf von der Wachstumsrate der Kapitalakkumulation je Kopf (K/A) in Erscheinung tritt, während keine Aussagen darüber gemacht werden, ob und wie sich das Sozialprodukt verändern würde, wenn der Kapitalbestand bei gegebener Technik anstiege. In seiner graphischen Darstellung werden daher an den Achsen die Wachstumsraten der Quotienten X/A und K/A abgetragen:

Abb.1 Kaldors Technische-Fortschritts-Funktion

Weiterhin behauptet Kaldor, die Steigung der TFF nehme mit steigender Rate der Kapitalakkumulation ab, so dass die TFF den in Abb. 1 eingezeichneten gekrümmten Verlauf aufweise. Kaldor betont diesen Verlauf, weil es dann nicht mehr möglich ist, die TFF in eine

neoklassische Produktionsfunktion umzuformen. Kaldor nennt dafür zwei Argumente: Erstens sei es wahrscheinlich, dass es ein Maximum gebe, „beyond which rate of growth of productivity could not be raised, however fast capital is being accumulated" (1957, S. 266). Die TFF muss daher schließlich zu einer Horizontalen werden. Zweitens werden bei steigender Kapitalintensität neue profitable Ideen umgesetzt, und man könne davon ausgehen, dass die ergiebigsten Ideen, bei denen die Produktion bei gegebener Kapitalakkumulation am raschesten steigt, zuerst herangezogen werden. Je größer dann aber die Wachstumsrate des je Arbeiter eingesetzten Kapitals wK/A wird, auf desto weniger profitable Neuerungen müsse zurückgegriffen werden (Kaldor 1961, S. 208/9).

Ein drittes Argument ist bei Arrow (1962) zu finden, der den gesamten technischen Fortschritt als Resultat des Lernens an vorhandenen Maschinen erklärt. Dabei behauptet er einen abnehmenden Lernertrag. Dieser entspreche den Erfahrungen in der Flugzeugindustrie, wo der zur Produktion eines bestimmten Flugzeugtyps erforderliche Arbeitseinsatz mit der Zahl der gebauten Flugzeuge zunächst stark, dann aber immer weniger abnehme. Die Verbesserung der Verfahren stößt offenbar an eine Grenze. Eine Begründung dafür, dass man diese Erfahrungswerte auf die Gesamtwirtschaft übertragen kann, liefert Arrow nicht. Sie ist allerdings auch nicht dringend erforderlich, weil es für die grundsätzliche Funktionsweise von Kaldors Wachstumsmodell gleichgültig ist, ob die TFF eine konstante Steigung aufweist oder nicht.

Der technische Fortschritt, der sich in der TFF manifestiert, schafft nicht nur ein höheres Produktionspotenzial und ermöglicht eine höhere Produktion. Vielmehr beeinflusst er auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen in einer Weise, dass das steigende Potential im Laufe der Zeit auch ausgelastet wird. Dies geschieht durch die renditeabhängigen Investitionen, da sich die erwartete Rendite in einer dafür geeigneten Weise verändert.

Zur Veranschaulichung dieses Zusammenhangs sei Kaldors Wachstumsmodell graphisch dargestellt:

Abb. 2 Kaldors Wachstumsmodell

Der wichtigste Baustein ist die schon aus Abb. 1 bekannte, hier linear gezeichnete technische Fortschrittsfunktion (TFF). Die 45°-Linie teilt die TFF in zwei Teile. Auf dem Ast links von der 45°-Linie steigt die Produktion je Kopf rascher als der Kapitalbestand je Kopf, und zwar wegen des autonomen technischen Fortschritts (F^{aut}). In diesem Bereich steigt also die Kapitalproduktivität (Y/K). Auf dem Ast rechts von PO ruft die raschere Kapitalakkumulation dagegen nur noch ein unterproportionales Wachstum des Sozialprodukts hervor, das hinter der Wachstumsrate des Kapitalbestandes zurückbleibt, sodass die Kapitalproduktivität sinkt.

Die Abweichungen zwischen den Wachstumsraten haben nun Konsequenzen für die Profitrate (G/K), die sich in zwei Komponenten aufspalten lässt, wie Gleichung (2) zeigt:

(2)

Gewinnquote (G/Y) und Kapitalproduktivität (Y/K) bestimmen also die Rendite. Die Kapitalproduktivität gibt an, wie viel Sozialprodukt pro Kapitaleinheit produziert wird, und die Gewinnquote besagt, welcher Teil davon als Gewinn den Kapitaleignern zufließt.

In seiner Wachstumstheorie setzt Kaldor die Gewinnquote konstant, sodass sich die Profitrate proportional zur Kapitalproduktivität verändert. Diese Annahme ist nur vertretbar für eine Volkswirtschaft, in der die Normalauslastung der Sachkapazitäten unterhalb der technisch

möglichen Vollauslastung liegt, sodass die Unternehmer auf Nachfrageschwankungen mit Mengenänderungen reagieren können und auch weitgehend reagieren. Würden sie dagegen rasch an Kapazitätsgrenzen stoßen und auf Nachfrageüberschüsse nur mit Preissteigerungen antworten können, würde sich die Gewinnquote erhöhen, es sei denn, die Löhne reagierten genau so schnell wie die Preise.

Die Profitratenabhängigkeit der Investitionen liefert Kaldors Wachstumstheorie einen Stabilisierungsmechanismus: Wächst die Wirtschaft langsamer als im Punkt PO, steigt Y/K, was zusätzliche Investitionen induziert und das Wachstum erhöht. Wird PO überschritten, sinkt Y/K, die Investitionen werden negativ beeinflusst, das Wachstum wird schwächer und die Volkswirtschaft kehrt zu PO zurück.

Damit dieser Stabilisierungsmechanismus unbeeinträchtigt funktioniert, müssen allerdings zwei von Kaldor getroffene Annahmen erfüllt sein:

a) Die Unternehmen produzieren stets mit normaler Kapazitätsauslastung (also auf der TFF) und sie erwarten, dass diese Normalauslastung auch in Zukunft realisiert wird. Dadurch schaltet Kaldor die destabilisierende Wirkung der auslastungsgradabhängigen Investitionen aus, die aus dem Harrod-Modell zu ersehen war.

b) Die Gewinnquote (G/Y) ändert sich nicht. Dies ist zwar eine in der Wachstumstheorie übliche Annahme. Sie widerspricht allerdings Kaldors Verteilungstheorie (siehe Rubrik „Keynesianische Verteilungstheorie"). Sofern der Stabilitätsmechanismus greift, tendiert Kaldors Wachstumsmodell zu einem Wachstum in Punkt P0. Damit hängt die langfristige Wachstumsrate von der Lage der TFF ab:

„The ‚technical dynamism' of the economy, as shown by the height or position of our technical progress curve is responsible, in a capitalist economy, both for making the rate of accumulation of capital and the rate of growth of production relatively large" (Kaldor, 1961, S. 209).

Dementsprechend sieht Kaldor die entscheidenden Faktoren für die Verwirklichung des technisch möglichen Wachstums in der Aufgeschlossenheit einer Gesellschaft für neue Produktionsverfahren und –ergebnisse und in der Geschwindigkeit, mit der sie neues Kapital "absorbiert", die ihrerseits abhängt von

„…its technical dynamism, ability to invent and introduce new techniques of production. A society where technical change and adoption proceed slowly where producers are reluctant to abandon traditional methods and to adopt new techniques, is necessarily one where the rate of capital accumulation is small" (Kaldor, 1957, S. 265).

Diese Faktoren sind jedoch einer quantitativen Analyse schwer zugänglich. Dies gilt noch mehr, wenn man – wie Abramovitz (1986, insb. S. 388-390) – von „social capability" spricht und darauf hinweist, wie schwer dieser Begriff zu definieren und zu messen sei.

Vielleicht liegt hier einer der Gründe dafür, dass Kaldor in späteren Veröffentlichungen (Kaldor 1966, 1967, 1972, 1977) einen quantifizierbaren Faktor, nämlich die Vorteile der Massenproduktion, also der zunehmenden Skalenerträge, in den Vordergrund rückt (siehe dazu insb. Thirlwall, 1987, chapter 7). Volkswirtschaften mit raschem Wachstum der Produktion haben durch sie Wettbewerbsvorteile, weil der Faktoreinsatz je Produkteinheit zurückgeht und die Stückkosten entsprechend sinken.

Die Vorteile der Massenproduktion sind zum Teil ein Ergebnis verstärkter Arbeitsteilung. Kaldor verweist daher auf die Rolle, die schon Adam Smith der Arbeitsteilung zugewiesen hat, und hebt die endogene Wachstumsdynamik hervor, die sich ergibt, wenn durch steigende Arbeitsteilung Arbeitsproduktivität und Einkommen steigen, wodurch die Absatzmärkte aufnahmefähiger werden und eine weitere Arbeitsteilung möglich machen (vgl. Kaldor, 1972, S. 1244ff). Offene Volkswirtschaften können von den Vorteilen der Massenproduktion um so mehr profitieren, je stärker sie ihre Produktion durch rasch steigende Exporte ausweiten und dadurch die Vorteile eines größeren Marktes ausnutzen können. Kaldor hält ein solches „exportgetriebenes Wachstum" („export led growth") für den wichtigsten Wachstumsmotor.

E.V.3. Wachstum und Einkommensverteilung – Joan Robinson Wachstumsmodell

Den klassischen Nationalökonomen erschien es fast selbstverständlich, dass rasches Wachstum eine ungleiche Einkommensverteilung erfordert, weil nur die „Reichen" so viel sparen, dass genügend Ressourcen für die Produktion von Investitionsgütern zur Verfügung stehen. Sie gingen dabei von der Vorstellung einer voll ausgelasteten und damit angebotsbeschränkten Wirtschaft aus. In einer solchen Wirtschaft führen zusätzliche kreditfinanzierte Investitionen zu steigenden Preisen und damit über eine höhere Gewinnquote zu einer höheren gesamtwirtschaftlichen Ersparnis; denn die Gewinnbezieher haben eine höhere Sparquote. Die Arbeitnehmer müssen wegen der höheren Preise ihren Konsum einschränken. Dies wird häufig als Zwangssparen bezeichnet. Durch die ungleichere Verteilung werden weniger Ressourcen für den Konsum in Anspruch genommen; sie werden auf diese Weise frei für die Investitionsgüterproduktion. Es besteht dort also ein positiver wechselseitiger Zusammenhang zwischen Wachstum und Ungleichheit der Einkommensverteilung.

In einer Wirtschaft mit unausgelasteten Kapazitäten ist dagegen für zusätzliche Investitionen kein „Zwangssparen" erforderlich; denn für die Ausweitung der Investitionen sind freie Kapazitäten vorhanden. Daher führen zusätzliche Investitionen in dieser Situation direkt und über den Multiplikatorprozess zu einem neuen Periodengleichgewicht mit höherer Produktion und größerem Volkseinkommen. Aus diesem wird so viel gespart, dass im neuen Gleichgewicht auch ohne eine Änderung der Einkommensverteilung den Investitionen wieder gleich hohe Ersparnisse gegenüberstehen.

Dennoch kann auch in unterbeschäftigten Wirtschaften ein positiver Zusammenhang zwischen Wachstum und Ungleichheit der Einkommensverteilung bestehen. Entsprechende Überlegungen hat Joan Robinson (1962) in ihrem „Model of Accumulation" pointiert veranschaulicht. In diesem Modell ergeben sich Tempo und Stabilität des Wachstums aus dem Zusammenspiel von Renditenansprüchen, -erwartungen und -realisierungen. Dabei wird die Rendite über die schon verwendete Beziehung $G/K \equiv G/Y \cdot Y/K$ von der Einkommensverteilung mitbestimmt.

Joan Robinson sieht die Haupttriebkraft des Akkumulationsprozesses in dem Drang der Unternehmen, zu überleben und zu wachsen. Gewinne werden eher angestrebt, um das Unternehmenswachstum zu finanzieren, als dass Wachstum angestrebt wird, um Gewinne zu erzielen (Joan Robinson, 1962, S. 38 bzw. S. 45). Dennoch sind Unternehmenswachstum und Profite miteinander wechselseitig verwoben; denn Kapitalakkumulation ist langfristig nur dann sinnvoll, wenn man damit auch Profite erzielt, die ihrerseits weiteres Wachstum ermöglichen. Dadurch kommt Joan Robinson zu folgender Ausgangshypothese (1962, S. 47): „The central

mechanism of our model is the desire of firms to accumulate, and we have assumed that it is influenced by the expected rate of profit.”

Diese Abhängigkeit der Akkumulationsrate von der erwarteten Profitrate ist jedoch nicht linear. Vielmehr formuliert Joan Robinson eine speziellere Hypothese: Jede Erhöhung der Akkumulationsrate erfordert jeweils eine überproportionale Steigerung der erwarteten Profitrate, weil mit zunehmendem Expansionstempo die Risiken für das Unternehmen immer größer werden. Daher ergibt dieser Zusammenhang eine Kurve mit einer mit w_K zunehmenden Steigung.

Die Akkumulationsrate wirkt ihrerseits auf die Profitrate (Rendite) zurück. Je rascher die Kapitalakkumulation, desto höher ist die tatsächliche Profitrate – und damit auch die erwartete, solange die erwartete von der tatsächlichen Profitrate abhängt. Diese Rückwirkung ist am einfachsten aufzuzeigen, wenn man – wie Joan Robinson – die „klassische‟ Sparfunktion verwendet, bei der nur die Unternehmen sparen ($0 < s_U < 1$), während die Arbeitnehmer eine Sparquote von Null haben. Da die Arbeitnehmer dann auch keinen Gewinnanteil erhalten, fließt der gesamte Gewinn den Unternehmen zu. Die Ersparnis ist insgesamt daher $S = s_U \cdot G$.

Da – bzw. solange – in der Volkswirtschaft Investitionen und Ersparnisse durch einen Multiplikatorprozess über Mengen oder über Preise zur Übereinstimmung gebracht werden, gilt im Gleichgewicht: $I = s_U G$ bzw. $GU = (1/s_U)\cdot I$. Teilt man beide Seiten durch den Kapitalbestand K, erhält man den gesuchten Zusammenhang zwischen der Profitrate (G/K) und der Akkumulationsrate (I/K):

(4)

Im Falle der klassischen Sparfunktion bestimmen also die Akkumulationsrate (I/K) und die Sparquote der Unternehmen die gleichgewichtige Profitrate. Es gilt also ein Phänomen, zu dessen Illustration Keynes die Geschichte vom „Krug der Witwe‟ aus dem Alten Testament

(1. Buch der Könige, Abschnitt 17) herangezogen hat, der niemals leer wird, wie viel Wasser ihm auch entnommen wird: Wenn die Unternehmer mehr Investitionen tätigen (I/K steigt) – oder mehr konsumieren (s_U sinkt) –, so steigen gemäß Gleichung (4) die Gewinne und damit die Profitrate. Dieses Ergebnis stellt sich ein, weil alle Ausgaben, die der Unternehmenssektor tätigt, an ihn zurückfließen; denn die Arbeitnehmer steigern (bei einer Sparquote von Null) sofort ihre Ausgaben, sobald ihre Einkommen steigen. Wie schon weiter oben betont, gilt dieser Zusammenhang nur für die Unternehmen als Gesamtaggregat, nicht für den einzelnen Unternehmer.

Das durch die Unternehmer hervorgerufene Ungleichgewicht zwischen I und S kann nur dadurch wieder beseitigt werden, dass die Gewinne der Unternehmer steigen, sodass die gesamtwirtschaftliche Ersparnis wieder auf das Niveau der Investitionen erhöht wird. In einer unterbeschäftigten Volkswirtschaft kann dies durch eine höhere Gesamtproduktion geschehen, nach Erreichen der Vollbeschäftigung jedoch nur durch steigende Preise. JoanRobinson betont daher, die Reaktion der Preise und der Einkommensverteilung könne mehrere Perioden auf sich warten lassen; denn bei Unterbeschäftigung werden neben Preisänderungen vor allem Mengenänderungen stattfinden. Während der Anpassungsprozesse könne für längere Zeit Ungleichheit von I und S bestehen (1962, S. 41).

Das Zusammenwirken der Änderungen in der Akkumulationsrate und der Profitrate hat Joan Robinson (1962, S. 48) mittels der Abb. 3 graphisch veranschaulicht:

Abb.3 Joan Robinsons Wachstumsmodell

In Abb. 3 gibt es zwei Gleichgewichtspunkte. Der mit D bezeichnet Punkt stellt ein stabiles Gleichgewicht dar, wenn man davon ausgeht, dass die Renditeerwartungen sich an der tatsächlichen Rendite orientieren: Liegt in der Ausgangssituation die Akkumulationsrate auf einem niedrigen Wert (aber oberhalb des Punktes C), stellen die Unternehmer fest, dass die tatsächliche Rendite höher war als die von ihnen erwartete, auf der ihre Investitionsentscheidung basierte. Dann werden die Unternehmer ihre – durch die tatsächliche Entwicklung übertroffenen – Renditeerwartungen nach oben korrigieren. Dies bedeutet, dass sie in der nächsten Periode die Akkumulationsrate erhöhen, also sich dem Punkt D annähern. Solange sie diesen Punkt noch nicht erreicht haben, werden sie aber immer wieder eine positive Überraschung erleben und ihre Akkumulationsrate entsprechend weiter ausdehnen. Ist der Gleichgewichtspunkt D erreicht, so entsteht durch den Verteilungsmechanismus genau jene Profitrate, die die Unternehmer zur Reproduktion der gleichgewichtigen Akkumulationsrate veranlasst. Ein analoger Anpassungsmechanismus wirkt, wenn die tatsächliche Akkumulationsrate oberhalb von D liegt.

Der Punkt C dagegen repräsentiert ein instabiles Gleichgewicht. Rechts von Punkt C tendiert die Volkswirtschaft zum Punkt D, links dagegen treibt die Volkswirtschaft „towards even greater ruin and decay than it now suffers" (Joan Robinson, 1962, S. 49). Es tritt also eine Entwicklung wie in Harrods Wachstumsmodell ein. Nur in diesem Bereich besteht wachstumspolitischer Handlungsbedarf. Aus dem Modell heraus ergeben sich dafür drei Ansätze:

a) Die Wirtschaftspolitik könnte versuchen, den Anspruch der Unternehmer auf ein bestimmtes Renditeniveau herabzusetzen (graphisch bedeutet dies eine Verschiebung der gekrümmten Kurve nach unten).

b) Durch geld-und finanzpolitische Maßnahmen könnte die Relation von verfügbaren Gewinnen zu Sachkapital verbessert werden; dafür kommen Zinssenkungen bzw. Senkungen von Unternehmensteuern in Frage.

c) Die Wirtschaftpolitik könnte versuchen, die Erwartungen über die zukünftige Rendite dadurch von der aktuellen Situation abzukoppeln, dass sie positivere Erwartungen weckt. Scharpf (1984, S. 19) verweist hierzu auf den Unterschied im Verhalten von japanischen und westdeutschen Unternehmen: Während von 1972 bis zur Rezession ab 1982 in West-Deutschland die Renditen im wesentlichen konstant blieben, aber die Akkumulationsrate zurückging, haben in Japan die Unternehmen – im Gegensatz zu Deutschland – trotz stark sinkender Renditen die Akkumulationsrate aufrechterhalten. Dies kann bedeuten: Sie haben ihre Investitionsentscheidungen von der aktuellen Rendite abgekoppelt und sich an langfristigen Renditeerwartungen orientiert.

Wenn diese Maßnahmen wie gewünscht wirken und der Modellwirtschaft über den Punkt C hinweghelfen, entwickelt diese sich in Richtung Punkt D. Dabei bestätigt sich der behauptete positive Zusammenhang zwischen Wachstum und Ungleichheit der Einkommensverteilung: Beide steigen auf dem Wege zum Gleichgewicht kräftig an.

Joan Robinsons Wachstumsmodell ist zwei Kritikpunkten ausgesetzt. Erstens ist die Existenz des instabilen Gleichgewichtspunktes C daran gebunden, dass die Einkommensverteilung sehr stark schwankt. Nimmt man im Gegensatz dazu an, die Profitrate differiere bei unterschiedlichen Akkumulationsraten nur wenig, wie es ein Blick in die Realität nahelegt, dann verläuft die Kurve der tatsächlichen Rendite wesentlich flacher, und es bleibt möglicherweise nur der stabile

Gleichgewichtspunkt D übrig. Damit ergäbe sich dann ein durchgängig stabiles Wachstumsmodell. Zweitens beruht die Stabilität des Gleichgewichtspunktes D auch darauf, dass in Robinsons Modell keine auslastungsgradabhängigen Investitionen enthalten sind, die – wie das Harrod-Modell zeigt – einen destabilisierenden Einfluss auf den Wachstumsprozess haben.

Ein vollständiges Wachstumsmodell sollte aber auslastungsgrad-und profitratenabhängige Investitionen berücksichtigen. Dazu geben auch die Ergebnisse von Statistiken der Deutschen Bundesbank (1986 und 1988) über zwei Teilperioden der 1970er und 1980er Jahre Anlass, in denen alle aufgrund ihrer eingereichten Jahresabschlüsse in der Bundesbankstatistik erfassten Unternehmen (mehr als 9000 mit mehr als 10 Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Handel) nach der Höhe der Rendite und der Veränderung des Umsatzes untergliedert worden sind. Allerdings handelt es sich dort bei der Rendite um die Umsatzrendite (Jahresüberschuss vor Steuern in Prozent des Umsatzes) und nicht um die in den Theorien verwendete Rendite des eingesetzten Kapitals. Dennoch sind diese Zahlen aufschlussreich. Sie zeigen erstens, dass die Kapitalakkumulation umso rascher erfolgt, je höher die Umsatzrendite ist. Zugleich ist auch die Entwicklungsrichtung der Umsatzrendite von Bedeutung ist: Es besteht bei gleichem Renditeniveau ein Unterschied zwischen den Unternehmen mit rückläufiger und mit positiver Gewinnentwicklung. Zweitens haben neben Veränderungen der Umsatzrendite Veränderungen des Umsatzes einen gleichgerichteten Einfluss auf die Investitionsentscheidungen.

Durch den Vergleich zwischen den beiden in der Statistik aufgenommenen Perioden 1970-1973 und 1984-1986 wird außerdem deutlich, dass die wirtschaftliche Gesamtlage mit ihren Auswirkungen auf die Gewinn-und Absatzerwartungen viel wichtiger ist als die realisierten Renditen; denn die Unterschiede in der Investitionstätigkeit sind zwischen den Perioden größer als innerhalb der beiden Perioden. (Näheres dazu in Kromphardt, 1993, S. 128-130).

E.V.4. Berücksichtigung des Geldmarktes

Die bisher dargestellten Wachstumsmodelle beschränken sich alle auf den Gütermarkt. Da in der Theorie von Keynes jedoch der Geldmarkt eine wichtige Rolle spielt und insbesondere über die zinsabhängigen Investitionen die Gleichgewichtslösung des Modells bestimmt, liegt es nahe, den Geldmarkt auch in den keynesianischen Wachstumsmodellen zu berücksichtigen. Dabei wäre es von vorrangigem Interesse zu analysieren, ob seine Einbeziehung eine stabilisierende Wirkung hat.

Leider findet man derart erweiterte Modelle in der keynesianischen Wachstumstheorie kaum, wohl aber in der Konjunkturtheorie (Rubrik E.VI). Einen der wenigen Versuche unternimmt Uzawa (1973), der vom IS/LM-System ausgeht und von dort aus ein „Keynesian Model of Monetary Growth" entwickelt. Dafür nimmt er für den Gütermarkt preisgeräumte Märkte an und erweitert das Modell um eine neoklassische Produktionsfunktion ohne technischen Fortschritt, um eine Preisbestimmungsgleichung, in die u.a. die Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital eingeht, sowie um Zinserwartungen. Für dieses Modell untersucht Uzawa dann die Stabilität des Gleichgewichts. Je nach Parameterwerten kann die Lösung stabil oder instabil sein.

Es ist fraglich, ob es sich bei diesem Modell – angesichts der neoklassischen Erweiterungen – noch um einen keynesianischen Ansatz handelt und ob man es als Wachstumsmodell interpretieren kann; denn im Mittelpunkt steht nicht das Wachstum, sondern die Stabilität bzw. Instabilität des Gleichgewichts. Da im Modell auch zyklische Entwicklungen auftreten können, könnte man es auch der Konjunkturtheorie zuordnen, aber es hat weder in der wachstums-noch in der konjunkturtheoretischen Diskussion eine Rolle gespielt.

E.V.5. Fazit

Die keynesianische Wachstumstheorie berücksichtigt im Kaldormodell den technischen Fortschritt. Sie geht weiter als die neoklassische Wachstumstheorie, da sie nicht nur die durch ihn hervorgerufene Veränderung des Produktionspotenzials betrachtet, sondern auch Hypothesen aufstellt, wie und unter welchen Bedingungen dieses Potenzial durch die Investitionstätigkeit der Unternehmen auch tatsächlich ausgenutzt wird. Die Investitionen der Unternehmen sind die treibende Kraft im Wachstumsprozess. Dies kommt auch im Wachstumsmodell von Joan Robinson zum Ausdruck, in dem die Investitionen von den Renditeerwartungen und -realisierungen bestimmt werden.

Darüber hinaus hat die keynesianische Wachstumstheorie durch die Einbeziehung von auslastungsgradabhängigen und profitabhängigen Investitionen die wichtigen destabilisierenden und stabilisierenden Faktoren herausgearbeitet, deren Zusammenspiel den tatsächlichen Wachstumsprozess bestimmt. Dieses Zusammenspiel ist in der keynesianischen Konjunkturtheorie (Rubrik E.VI) dann für zyklisch verlaufende Wachstumsprozesse analysiert werden.

Die behandelten Wachstumsmodelle stammen aus den frühen 1960er Jahren. Ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die Formulierung spezifisch keynesianischer Wachstumsmodelle nicht weiter fortgesetzt hat, besteht in dem Dilemma, vor dem jeder steht, der solche Wachstumsmodelle ausarbeiten will: Auf der einen Seite kann ein solches Modell den Wachstumsprozess nur erklären, wenn es Tendenzen enthält, die das System auf einen langfristigen Wachstumspfad bringen. Auf der anderen Seite bezweifelt die Keynes'sche Theorie jedoch, dass solche Tendenzen sich gegen destabilisierende Gegentendenzen (Stichwort: Auslastungsgradabhängige Investitionen) durchsetzen können. Ein weiteres Problem besteht darin, dass gemäß der Theorie von Keynes die langfristigen Wachstumspfade, auf denen die reale Volkswirtschaften wachsen, nur selten durchgehend mit Vollbeschäftigung verbunden sind.

Hinzukommt, dass die Berücksichtigung auslastungsgradabhängigen Investitionen nicht zu Modellen stetigen Wachstums, sondern zu Modellen zyklischen Wachstums führt. Mit solchen Modellen werden gleichzeitig die Konjunkturschwankungen und der Wachstumstrend erklärt, wobei letzterer auf technischen Fortschritt und auf Innovationen zurückgeführt wird, die als exogene oder endogene Faktoren behandelt werden können.

Da derartige Modelle leichter vor dem Hintergrund keynesianischer Konjunkturmodelle verständlich gemacht werden können, werden sie nicht hier, sondern in der Rubrik „Keynesianische Konjunkturmodelle" vorgestellt.

Die genannten Hindernisse beziehen sich auf die Ausarbeitung kompletter keynesianischer Wachstumsmodelle. Sie berühren aber nicht die Möglichkeit, keynesianische Überlegungen in anders fundierte Wachstumsanalysen einfließen zu lassen. Diesen Einfluss nachzuzeichnen, haben sich unter anderem Ramser/Stadler (1997) zum Ziel gesetzt.[1] Sie sehen „keynesianische Aspekte" vor allem darin, dass anstelle einer walrasianisch inspirierten Analyse mit vollständiger Konkurrenz und vollkommener Voraussicht nicht-walrasianische

[1] Vgl zur Weiterentwicklung der Wachstumstheorie auch Hagemann (1998)

Faktoren „wie unvollständige Konkurrenz einschließlich Beschränkungen des Markeintritts, zunehmende Skalenerträge (auf einzelwirtschaftlicher Ebene), Existenz externer Effekte und Informationsdefizite, u.a. mit dem Resultat fehlender Märkte" (S. 38) treten.

Zu diesen Aspekten sollte man, auch den „crucial factor of any Keynesian model" (Hart, 1982, S. 134) hinzufügen, dass die Entscheidungen der Akteure nicht nur von (relativen) Preisen, sondern auch von realisierten Transaktionen, also von Mengen, abhängen.

Diese Faktoren, die sich auf die mikroökonomischen Grundlagen makroökonomischer Theorien beziehen, werden zu Recht als keynesianisch bezeichnet, da Keynes' mikroökonomische Vorstellungen von Marshall geprägt sind, dem der realitätsferne Rigorismus der Theorie von Walras fremd ist und der einige der genannten Faktoren (insbesondere die Frage der abnehmenden oder zunehmenden Skalenerträge) ausführlich analysiert hat.

Insbesondere in der heute im Mittelpunkt der Wachstumsforschung stehenden „Neuen Wachstumstheorie" finden sich viele der genannten Faktoren wieder. Allerdings thematisieren die Modelle dieser Klasse von Wachstumstheorien vor allem die Rolle der (Aus-)Bildung, der Akkumulation von Wissen (Humankapital) sowie die Ursachen und die Ausbreitung von neuem technischen Wissen und Innovationen. Dies sind Faktoren, die weder spezifisch keynesianisch noch spezifisch neoklassisch sind. In walrasianischen Modellen lassen sie sich nicht sinnvoll diskutieren. Vielmehr muss deren statische Analyse überwunden werden, wie Joseph Schumpeter (1983-1950) betont, der als erster die Innovationen in das Zentrum der Wachstumsanalyse gerückt hat (siehe Unterrubrik „Schumpeter" in der Rubrik „Zeitgenössische Kritiker", B.VI.3).

Literatur

Abramovitz, Moses (1986), Catching Up, Forging Ahead, and Falling Behind. "Journal of Economic History", Vol. 46, S. 385-406.

Acham, Karl/Nörr, Knut/Schefold, Bertram (Hrsg.) (1998), Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste, Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts-und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren. Stuttgart (Franz Steiner)

Arrow, Kenneth (1962), The Economic Implications of Learning by Doing. "Review ofEconomic Studies", Vol. 29, S. 265-290.

Deutsche Bundesbank (1986, 1988), Monatsbericht, 38. Jahrgang, April 1986 sowie 40.Jahrgang, April 1988.

Domar, Evsey (1946), Capital Expansion, Rate of Growth and Employment. "Econometrica",Vol. 4. Deutsch in: Heinz König (1968).

Hagemann, Harald (1998), Wachstum-und Entwicklungstheorien der 1960er Jahre bis Endeder 1980er Jahre. In: Karl Acham/Knut Nörr/Bertram Schefold (Hrsg.)

Harrod, Roy (1939), An Essay in Dynamic Theory. "The Economic Journal". Vol. 49.Deutsch in Heinz König (1968), S. 35-54.

Hart, Oliver (1982), A Model of Competition with Keynesian Features Quarterly Journal ofEconomics, Vol. 97, S. 109-138.

Hicks, John (1937), Mr. Keynes and the Classics. A Suggested Interpretation."Econometrica". Vol. 5 (1937), S. 147-159. Deutsch in: Barens, Ingo/ Caspari, Volker, DasIS/LM-Modell. Entstehung und Wandel. Marburg (Metropolis 1994, S. 31-46). Für einekürzere Fassung (in deutscher Sprache) siehe die Rubrik „General Theory" dieser Web-Site.

Kaldor, Nicholas (1957), A Model of Economic Growth. „The Economic Journal", Vol. 67.Wiederabgedruckt in: Ders., Essay on Economic Stability and Growth. London (Duckworth)1960.ders. (1961), Capital Accumulation and Economic Growth. In: The Theory of Capital.Proceedings of a Conference Held by the I.E.A. Hrsg. von F. Lutz und D. Hague. London etc. (Mac Millian)ders. (1966), Causes of the Slow Rate of Economic Growth of the United Kingdom.Cambridge (Cambridge U.P.)ders. (1967), Strategic Factors in Economic Development. Ithaka (NY) (Cornell University).ders. (1972), The Irrelevance of Equilibrium Economics. "The Economic Journal", Vol. 82,

S. 1237-1255.ders. (1977), Capitalism and Industrial Development: Some Lessons from Britain'sExperience. "Cambridge Journal of Economics", Vol. 1, S. 193-204.

Keynes, John Maynard (1930), A Treatise on Money. Vol. I, Collected Writings, Vol. V. London etc (Macmillan) 1971.

König, Heinz (1968), (Hrsg.) Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft. Köln-Berlin (Kiepenheuer & Witsch).

Kromphardt, Jürgen (1993), Wachstum und Konjunktur. Grundlagen der Erklärung und Steuerung des Wachstumsprozesses. 3. Auflage, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

Ramser/Hans-Jürgen Stadler (1997), Keynesianische Aspekte der modernen Wachstumstheorie. In: „Der Keynesianismus VI", G.Bombach u.a. (Hrsg.), Springer, 1997, S. 35-75.

Robinson, Joan (1962), A Model of Accumulation. In: Dieselbe, Essays in the Theory of Economic Growth. London (Macmillan), S. 22-87.

Scharpf, Fritz (1984), Wege aus der Arbeitslosigkeit. Die Diskussion heute. „DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung", Heft 1/1984, S. 17-29.

Solow, Robert (1956), A Contribution to the Theory of Economic Growth. "The Quarterly Journal of Economics", Vol. 70 (1956), S. 65-94. Deutsch in: Heinz König (1968), S. 67-96.

Thirlwall, Anthony (1987), Nicholas Kaldor. New York (New York U.P.).

Uzawa, Hirofumi (1973), Towards a Keynesian Model of Monetary Growth. In: James Mirrlees/N.H. Stern, Hg., Models of Economic Growth. London (Macmillan), S. 53-70.

E.VI. Keynesianische Konjunktur- und Krisentheorie

E.VI.1. Einleitung

Hauptziel der keynesianischen Konjunkturtheorie ist die Entwicklung von Modellen, die den zyklischen Verlauf des Wachstumsprozesses erklären können, also die selbstverstärkenden Kräfte von Aufschwüngen und Abschwüngen sowie die oberen und unteren konjunkturellen Wendepunkte.

Ein Autor (Hyman Minsky) versucht darüber hinaus, auch die Ursachen außergewöhnlich tiefer und dauerhafter Krisen aufzuzeigen, wie z.B. die aktuelle, vom Finanzmarkt ausgelöste Nachfragekrise Ausgangspunkt der Modellanalyse ist die dynamische Theorie von Harrod (1939). Dieses in der Unterrubrik „Keynesianische Wachstumstheorie" vorgestellte dynamische Modell von Harrod (1939) ist eindeutig ein einfaches keynesianisches Modell: Es betrachtet nur die Nachfrageseite, da für die Angebotsseite stets genügend freie Kapazitäten angenommen werden, es beschränkt sich auf eine geschlossene Volkswirtschaft ohne Staat und mit rigiden Preisen, und es enthält eine Konsumfunktion, in der der Konsum sich proportional zum laufenden Einkommen entwickelt und eine Investitionsfunktion, bei der die Investitionen von der Differenz zwischen der Produktion in der laufenden und der vorangehenden Periode abhängen. Es führt zu zwei charakteristischen Ergebnissen: Erstens ist das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in jeder Periode instabil; Es gibt in diesem Modell daher nur ein Wachstum „auf des Messers schneide". Jede Abweichung vom Gleichgewicht führt das Modell immer weiter weg, entweder nach oben oder nach unten. Das tatsächliche Wachstum kann mit diesem Modell nicht prognostiziert werden.

Die Instabilität des Gleichgewichts ist bei Harrod auf die vom Akzelerator bestimmten, vom Auslastungsgrad abhängige Investitionen zurückzuführen.

E.VI.2. Das Hicks-Modell als erster Schritt zu einer Konjunkturtheorie

Während in der keynesianischen Wachstumstheorie die Investitionstätigkeit stabilisiert wird, indem auch profitratenabhängige Investitionen berücksichtigt werden, beschreitet die Konjunkturtheorie zunächst einen anderen Weg.

Gestützt auf eine mathematische Analyse von Samuelson (1939) nutzte Hicks (1950) die Möglichkeit, durch leichte Modifikationen des Harrod-Modells ein Modell zu entwickeln, das nicht nur zwei, sondern vier Verläufe außerhalb des Gleichgewichts aufweist. Dabei sind die beiden neu hinzugetretenen Verläufe durch Schwingungen gekennzeichnet, der eine mit zunehmenden, der andere mit abnehmenden Amplituden. Die Schwingungsverläufe können zur Abbildung von Konjunkturverläufen und damit zur Konjunkturerklärung herangezogen werden.

Die Modifikationen, die Hicks am Harrod-Modell vornahm, betrafen zum einen die Konsumfunktion: Hicks machte den Konsum vom Einkommen der Vorperiode abhängig:

(1.1)

Zum anderen modifizierte Hicks die Investitionsfunktion, indem er den Unternehmen eine Periode länger Zeit ließ, auf Änderungen der Produktion (und damit des Auslastungsgrades) zu reagieren:

(1.2)

Drittens führte Hicks autonome Investitionen ein, die vom Konjunkturverlauf unabhängig sind, weil sie von anderen Faktoren bestimmt werden. Hicks nennt:

– Investitionen aufgrund des technischen Fortschritts

– Investitionen des Staates

– Langfristige Investitionen, deren Erträge sich über mehrere Konjunkturzyklen erstrecken.

Hinzufügen sollte man:

– Investitionen wegen Änderungen der Produktions-oder Nachfragestruktur.

Zu diesen Arten autonomer Investitionen können noch Investitionen hinzutreten, die von finanzkräftigen Unternehmen bereits im Hinblick auf die nächste Hochkonjunktur vorgenommen werden. Eine lange Depression, wie z.B. die Weltwirtschaftskrise, beeinträchtigt allerdings auch solche Investitionen. Hicks nimmt in seinem Modell an, dass die autonomen Investitionen in einer wachsenden Wirtschaft kontinuierlich steigen.

Hicks schließt sein Modell durch die Annahme, dass sich die Produktion innerhalb jeder Periode an die Nachfrageentwicklung anpasst; Sozialprodukt (Angebot) und gesamtwirtschaftliche Nachfrage sind daher im Hicks-Modell in jeder Periode einander gleich. Es besteht mithin stets – und nicht nur auf dem Gleichgewichtspfad – ein Periodengleichgewicht, so dass die Bedingungen Yt = Ct + It bzw. It = St, erfüllt sind.

Aus den dargestellten Verhaltenshypothesen und Annahmen ergeben sich die fünf Gleichungen des Hicks-Modells mit fünf Variablen, von denen eine (nämlich Y) in drei Perioden auftritt:

(1.1) Ct= c · Yt-1

(1.2) Itind = v (Yt-1 -Yt-2)

(1.3) Itaut = I0aut · (1 + q)t

(1.4) It = Itind + Itaut (Definitionsgleichung)

(1.5) Yt = It + Ct (Periodengleichgewicht)

In Gleichung (1.3) ist I0aut der Ausgangswert der autonomen Investitionen und q deren vorgegebene Wachstumsrate.

Durch Einsetzen der Verhaltensgleichungen (1.1) bis (1.3) in die Gleichung (1.5) ergibt sich:

(1.6) Yt= c · Yt-1 + v (Yt-1 -Yt-2) + I0aut · (1 + q)t

Daraus folgt die linear-inhomogene Differenzgleichung 2.Ordnung:

(1.7) Yt – (c+v) Yt-1 + vYt-2 = I0aut · (1 + q)t

Mithilfe der Gleichung (1.7) lassen sich sowohl der dynamische Gleichgewichtspfad bestimmen als auch die Verläufe außerhalb dieses Pfades.

Die Wachstumsrate auf dem Gleichgewichtspfad ergibt sich aus folgender Überlegung: Da auf dem Gleichgewichtspfad alle Größen mit gleicher Rate wachsen müssen und gemäß der rechten Seite

die autonomen Investitionen mit der konstanten Rate q ansteigen, muss auch das Sozialprodukt mit der Rate q wachsen. Der Wachstumstrend wird also nicht durch das Modell erklärt, sondern ist durch q vorgegeben und damit exogen.

Durch das Einfügen der autonomen Investitionen muss die gleichgewichtige Wachstumsrate nicht mehr dem aus dem Harrod-Domar-Modell bekannten Quotienten s/ß entsprechen. Vielmehr gibt es zu jeder exogen vorgegebenen Wachstumsrate der autonomen Investitionen ein passendes, von den Parametern c und v abhängiges Niveau des Sozialprodukts, bei dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Diese Niveaugröße wächst auf dem Gleichgewichtspfad mit der Rate q und bleibt somit in einem konstanten Verhältnis zu den autonomen Investitionen. Hicks bezeichnet dieses Verhältnis als Supermultiplikator; für q = 0 reduziert dieser sich auf den gewöhnlichen Multiplikator.

Will man ein Konjunkturmodell entwickeln, so lautete nun die nächste Frage: Was geschieht, wenn sich das Modell nicht auf dem Gleichgewichtspfad befindet?

Bei einer Differenzengleichung 2.Ordnung sind bei einer Abweichung vom dynamischen Gleichgewichtspfad vier Entwicklungen möglich:

a) asymptomische Annäherung an den Gleichgewichtspfad,

b) Schwingungen mit abnehmender Amplitude um den Gleichgewichtspfad,

c) Schwingungen mit zunehmender Amplitude um den Gleichgewichtspfad,

d) explosive Entfernung vom Gleichgewichtspfad.

Liegen die Entwicklungen (a) oder (b) vor, so ist die Gleichgewichtslösung des Modells stabil; die Tendenz zum Gleichgewicht setzt sich durch. Die Modellwirtschaft kehrt entweder asymptotisch oder unter abnehmenden Schwingungen auf den Gleichgewichtspfad zurück. Ergeben sich die Entwicklungen (c) oder (d), ist das Modell instabil.

Diese vier Entwicklungspfade werden in Figur 1 veranschaulicht:

Figur 1: Entwicklungspfade bei Differenzengleichungen 2.Ordnung

Welche der Entwicklungen eintritt, hängt nur von der linken Seite der Gleichung (1.7) ab, die gleich Null gesetzt wird (sogenannte homogene Form von 1.7). Entscheidend sind die Stabilitäts-und Schwingungsbedingungen für Differenzengleichungen 2.Ordnung:

Der homogene Teil einer linearen Differenzengleichung 2.Ordnung lautet in allgemeiner Schreibweise:

$Y_t - a_1 Y_{t-1} + a_2 Y_{t-2} = 0$

Er hat eine stabile Lösung, wenn die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

(1) $a_2 < 1$

(2) $a_1<1+a_2$

Schwingungen ergeben sich, wenn die folgende Bedingung erfüllt ist:

(3) $a_1^2<4a_2$

Um zu sehen, bei welchem Parameter diese Bedingungen für das Hicks-Modell erfüllt sind,

betrachtet man Gleichung (1.7).

Dann zeigt sich:

-Die Stabilitätsbedingungen sind erfüllt, wenn:

(1.8) $v<1$ und $c+v<1+v$, d.h. $c<1$.

-Schwingungen treten auf, wenn1:

1 Behauptung:

Die Ungleichung $(c + v)^2 > 4v$ und damit die Bedingung für Nicht-Schwingung ist erfüllt, wenn $v > (1 + vs)^2$

oder wenn $v < (1 - vs)^2$. Voraussetzungen: $c, v, s > 0$; $c + s = 1$.

(1.9) $(c+v)^2 < 4v$, d.h., wenn $(1 - vs)^2 < v < (1 + vs)^2$

Ist nur (1.8) erfüllt, gibt es eine asymptotische Annäherung aus Gleichgewicht. Ist auch (1.9) erfüllt, erfolgt die Annäherung mit abnehmenden Schwingungen.

Die Kombinationen von v und c, die für das Eintreten einer der vier Entwicklungsmöglichkeiten (a), (b), (c), (d) verantwortlich sind, können wie folgt dargestellt werden:

Figur 2: Stabilitäts-und Schwingungsbereiche im Hicks-Modell

Die Grenze zwischen den beiden stabilen und den beiden instabilen Kombinationen von c und v kann man direkt der Stabilitätsbedingung $v < 1$ entnehmen; den Verlauf der Grenzlinie zwischen den Schwingungs-und Nichtschwingungsbereichen erhält man durch Einsetzen alternativer Werte von s und v in die Schwingungsbedingung (1.9).

Beweis:

Wenn $(c+v)^2 > 4v$ ist, dann gilt $c+v > \pm 2 vv$. Die stärkere (und daher entscheidende) Schranke ist $c + v > 2 vv$.

Sie lautet nach Umformung: $1 - s + v > 2 vv + v > s$ bzw. $1 - 2 vv + v > s$.

Diese quadratische Ungleichung hat zwei Lösungen, nämlich für $v > 1$ und für $v < 1$. Es gilt:

a) für $v > 1$: $(vv - 1)^2 > s$ bzw. $vv - 1 > \pm vs$;

b) für $v<1$: $(1 - vv^2 > s$ bzw. $1 - vv > \pm vs$.

Es muss wiederum die stärkere Schranke untersucht werden. Da die linken Seiten der beiden Ungleichungen

jeweils positiv sind, werden die stärkeren Schranken durch + vs gegeben. Damit lauten die Bedingungen:

a)fürv>1: b)fürv<1:

vv> vs+1 1– vs> vv

$v > (1 + vs)^2$ $v< (1– vs)^2$

Aus Figur 2 geht hervor: Bei jeder gegebenen Konsumquote nimmt das Modell um so eher einen instabilen Verlauf, je größer der Akzelerationskoeffizient v ist.

Will man Konjunkturschwankungen erhalten, so muss man den Bereich (a) ausschließen, da es dort keine Schwingungen gibt. Im Bereich (b) wird der Konjunkturzyklus in Analogie zu einem Schaukelstuhl erklärt, der nach einem Anstoß langsam ausschwingt, wenn er nicht immer wieder durch neue Anstöße, die unregelmäßig und unterschiedlich stark sein können, stets am Schwingen gehalten wird (auf dieser Vorstellung basiert zum Beispiel das von R. Frisch, 1933, entwickelte Modell der „erratic shocks").

Hicks schließt beide Bereiche durch das empirisch zutreffende Argument aus, der Akzelerationskoeffizient v übersteige den Wert von 1. Wenn die Investitionen dazu dienen, bei gestiegenem Auslastungsgrad den Kapitalbestand zu erhöhen, muss sich der Akzelerationskoeffizient am Kapitalkoeffizienten (dem Verhältnis von Sachkapital zu Produktionsvolumen) orientieren, und dieser Koeffizient liegt nach allen empirischen Daten deutlich über Eins.

Die Schwingungen, die sich in Hicks-Modell ergeben, weisen also zunehmende Amplituden auf, die immer größer werden. Eine solche Zunahme ist aber im allgemeinen im Zeitablauf nicht zu beobachten. Daher sieht Hicks sich gezwungen, eine exogene Obergrenze und eine exogene Untergrenze einzuführen.

Die Obergrenze wird durch die maximale Produktionskapazität der Volkswirtschaft bestimmt. Bevor sie erreicht wird, können die Unternehmer einer Branche, die sich – bei normal ausgelasteten Kapazitäten – einer Mehrnachfrage gegenübersehen, die Produktion durch Mehrauslastung der beschäftigten Arbeitskräfte oder durch Neueinstellung von Arbeitslosen ausdehnen. Auch können sie – solange die Investitionsgüterindustrie noch freie Kapazitäten hat – zusätzliche Produktionsanlagen installieren.

Die Obergrenze wird also erreicht, wenn keine Arbeitslosen mehr eingestellt werden können und die Arbeitskräfte alle durch Überstunden maximal ausgelastet sind; dann kann das Sozialprodukt gegenüber der Vorperiode nur im dem Maß erhöht werden, wie aufgrund einer Kapitalintensivierung der Produktion die Arbeitsproduktivität steigt. Die Produktion von Investitionsgütern kann also nicht so ausgeweitet werden, wie es der Nachfrage entspricht. An der Obergrenze wird mithin die Investitionsfunktion außer Kraft gesetzt: Die gemäß dieser Gleichung angestrebten induzierten Investitionen können nur zum Teil realisiert werden. Durch die Verlangsamung der Expansion geht das Wachstumstempo der Nachfrage zurück; es werden

weniger Investitionen induziert, die Obergrenze wird wieder verlassen; es gilt dann wieder die Investitionsfunktion und die Volkswirtschaft stürzt in die nächste Rezession. Dazu trägt auch folgender Umstand bei da an der Obergrenze die angestrebten Investitionen nur zum Teil realisiert werden konnten, ist ein Kapitalfehlbestand entstanden; diesen berücksichtigt die Investitionsfunktion in Form des Akzelerators jedoch nicht: Für die Investitionsnachfrage der nächsten Periode zählt nur die Differenz Yt-1 – Yt-2; der Kapitalfehlbestand wird offenbar von den Unternehmern vergessen.

Die Untergrenze ergibt sich daraus, dass die Investitionen nicht beliebig negativ werden können: Sie können nicht niedriger werden als die Abschreibungen (der Kapitalverzehr), da darüber hinausgehende Desinvestitionen durch Verschrottung u.ä. nach Hicks’ Meinung praktisch nicht ins Gewicht fallen. An der Untergrenze unterlassen die Unternehmen sämtliche Neu-und Ersatzinvestitionen; die Desinvestitionen sind gleich den Abschreibungen. Die Nettoinvestitionen, die als Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen definiert sind, sind dann in Höhe der Abschreibungen negativ. Falls im Abschwung die gemäß der Akzeleratorformel zu errechnenden Desinvestitionen die Abschreibungen übersteigen, werden diese nicht mehr durch diese Formel bestimmt, sondern durch die Abschreibungen begrenzt. Die Kapazitäten können also nicht so rasch abgebaut werden, wie die Investitionsfunktion des Schwingungsmodells es verlangt. Es bilden sich freie, ungenutzte Kapazitäten.

Wird die Untergrenze wieder verlassen, so werden diese ungenutzten Kapazitäten im Modell vergessen: Die Unternehmer lassen sich sofort zu induzierten Investitionen verleiten, sobald Yt-1 den Wert von Yt-2 übersteigt. Dieses Verhalten ist unwahrscheinlich, und Hicks nimmt daher auch an – abweichend von seiner Investitionsfunktion –, in diesem Falle könne „a rise in output …, proceed for some distance without there being any appreciable stimulus for positive induced investment. But the mere efflux of time (which gradually reduces the capital stock through lack of replacement) will remedy this“ (1950, S. 105).

Die Inkonsistenzen zwischen den Verhaltensgleichungen und den nachträglich eingeführten exogenen Grenzen führt zu zahlreichen Problemen. Deshalb wurde der Weg beschritten, die Investitionsfunktion des Hicks-Modells durch eine Kapitalanpassungshypothese zu ersetzen. Die Schwierigkeiten mit der Ober-und Untergrenze bleiben jedoch in veränderter Form bestehen (vgl. im Einzelnen Kromphardt, 1993, Abschnitt VI 2.4).

E.VI.3. Einbeziehung des Geldmarktes und flexibler Preise (Phillips-Modell)

Die Schwierigkeiten, den oberen und den unteren Wendepunkt überzeugend zu erklären, ließen sich erst durch die Einbeziehung des Geldmarktes überwinden. Dieser spielt in der „General Theory" von Keynes eine große Rolle; Hicks (1950, Kapitel XI/XII) hat bereits auf mögliche konjunkturstabilisierende Einflüsse des monetären Sektors hingewiesen, aber bekannt wurde sein Gütermarkt-Modell mit seiner heftigen, mit der Realität nicht vereinbaren Fluktuationen. Als erster bezieht Phillips (1961) den Geldmarkt in ein formales Konjunkturmodell ein. Er verwendet einen gegenüber Keynes (1936) modifizierten Geldmarkt und lässt überdies gleichzeitig flexible Preise zu.

Zunächst wird die Frage behandelt: Wovon hängt es ab, wie stark der Geldmarkt auf die vom Gütermarkt ausgehenden Konjunkturschwankungen einwirkt, wenn man das traditionelle IS/LM-Modell zugrundelegt?

E.VI.3.1. Die Wechselwirkung zwischen Güter und Geldmarkt im IS/LM-Modell

Das IS/LM-Modell ist von Hicks (1937) entwickelt worden, um den Kern der Aussagen der „General Theory" von Keynes (1936) unter Vernachlässigung vieler Einzelaspekte in einer Graphik zu veranschaulichen (siehe dazu auch die Unterrubrik „Ihre Interpretation durch Hicks" zur Rubrik „The General Theory" auf der Website der Keynes-Gesellschaft, B.IV). Wesentlich ist, dass Güter- und Geldmarkt über die zinsabhängigen Investitionen und die vom Sozialprodukt abhängige Nachfrage nach Transaktionskasse (LT) zweifach miteinander verknüpft sind. Die Wechselwirkungen sind um so stärker, je mehr die Investitionen auf Zinssatzänderungen reagieren und je mehr der Zinssatz durch eine Veränderung der Nachfrage nach Transaktionskasse beeinflusst wird. Letzterer Effekt ist umso größer, je stärker die Geldnachfrage (LT) vom Sozialprodukt abhängt, weil dann eine Änderung des Sozialprodukts zu starken Zinsänderungen führt. Diese werden ihrerseits um so mehr gemildert, je stärker die Nachfrage nach Spekulationskasse (Ls) vom Zinssatz abhängt. Diese Zusammenhänge lassen sich anhand des IS/LM-Modells graphisch veranschaulichen:

2 Einen solchen Geldmarkt haben Smyth (1963) und Tewes (1966) in ihr Konjunkturmodell eingebaut, ohne auf das damals schon vorliegende Phillips-Modell zu verweisen.

ii

LMB

LMA

IS1

ISo

Y Y

Yo Y1BY1A Y0 Y1A

Figur 3: Auswirkung einer exogenen Nachfragesteigerung auf Y

Die linke Hälfte der Figur 3 zeigt: Eine exogene Nachfrageänderung auf dem Gütermarkt (Verschiebung der IS-Kurve nach rechts) verändert das Sozialprodukt um so weniger, je steiler die LM-Kurve verläuft. Dabei ergibt sich die Steigung der LM-Kurve für den Fall einer linearisierten Geldnachfragefunktion LT = a1 YT -a2 it und einer gegebenen Geldmenge Mo durch Differenzieren der daraus gewonnenen Gleichung a2 it = a1 Y -Mo als d i/d Y = a1/ a2. Die LM-Kurve verläuft mithin um so steiler, je mehr LT von Y abhängt (großes a1) und je weniger die Geldnachfrage Ls auf Zinssatzänderungen reagiert (kleines a2).

Die rechte Hälfte zeigt, dass bei gegebener LM-Kurve die Wirkung um so geringer ausfällt, je flacher die IS-Kurve ist, d.h. je zinsabhängiger die Investitionen sind. Dieses Ergebnis lässt sich jedoch für die konjunkturtheoretische Fragestellung, wie der Geldmarkt auf vom Gütermarkt ausgehende konjunkturelle Schwankungen einwirkt, nicht heranziehen. Figur 3 zeigt nur, bei welchen Parameterkonstellationen in komparativ-statischer Analyse die vom Gütermarkt ausgehenden Nachfrageänderungen eine geringe Auswirkung auf die Gleichgewichtslösung haben. Das schließt aber nicht aus, dass bei einer dynamischen Analyse die Schwankungen um die Gleichgewichtslösung stärker sind.3 Eine Antwort kann mithin nur in einem dynamischen Modell gegeben werden; ein solches ist das Phillips-Modell (1961), das wohl als das repräsentative keynesianische theoretische Konjunkturmodell bezeichnet werden kann.

3 Dies ist zum Beispiel im Modell von Tewes der Fall. (siehe Fußnote 37 in Kromphardt, 1933, S. 138)

E.VI.3.2. Phillips-Modell: Zielsetzung, Annahmen und Lösung

Das von Phillips (1961) entwickelte Modell soll dem Zweck dienen, „to study both the problem of reducing short-period fluctuations of an economy and the problem of attaining longer-term objectives relating to employment, interest and money“ (Phillips, 1961, S. 360).

Im Gegensatz zu Hicks (und den Autoren, die Varianten dieser Modelle entwickeln) sucht Phillips die bestimmenden Faktoren von Wachstum und Konjunkturschwankungen nicht nur im Gütermarkt, sondern er bezieht auch den Geldmarkt in die Betrachtung ein. Außerdem sind in seinem Modell die Preise nicht mehr fest, sondern variabel. Das Modell enthält weder Staat noch Außenhandel. Für alle variablen Größen wird eine stetige Differenzierbarkeit nach der Zeit unterstellt.

Für den Gütermarkt gelten drei Verhaltensgleichungen, in denen alle Größen real sind. Die Sparfunktion ist konventionell:

(2.1) $S=s \cdot X$.

Bei der Investitionsfunktion bestimmt Phillips zunächst die von den Unternehmen angestrebte Wachstumsrate des Sachkapitalbestands (auch als Akkumulationsrate wK bezeichnet):

(2.2) $(wK)ang = bz (z-1) + b1 \cdot wxang + b2 (r-i)$

Darin gibt bz an, wie stark die Akkumulationsrate auf Abweichungen des Auslastungsgrads ($z = X/XK$) des Produktionspotentials XK von der Normalauslastung ($z = 1$) reagiert. b1 und b2 geben entsprechend die Reaktion auf die erwartete Wachstumsrate bzw. auf die Differenz zwischen der (als konstant angenommenen) erwarteten Rendite und dem Marktzinssatz an.

Weicht die tatsächliche von dieser angestrebten Wachstumsrate ab, passen die Unternehmer sie nicht sofort, sondern nur schrittweise an. Sie verändern die Wachstumsrate also kontinuierlich in der Zeit. Daher gilt die Differentialgleichung (2.3).

(2.3) $dwK / dt = b3 [bz (z-1) + b1 \cdot wxerw + b2 (r-i) - wK]$

b3 gibt die Reaktion der Unternehmer auf Abweichungen zwischen angestrebter und tatsächlicher Wachstumsrate an.

Wegen der auslastungsgradabhängigen Investitionen ist der Gütermarkt bei gegebenem Zinssatz instabil. Für Stabilität müsste bZ extrem niedrig sein; denn die Stabilitätsbedingung lautet $bzß < s$ (Beweis siehe Kromphardt, 1993, Fußnote 38 auf S. 139).

Die Inflationsrate macht Phillips von drei Faktoren abhängig, nämlich von der exogenen Änderungsrate der Produktionskosten (wPk), von der Über-bzw. Unterlastung des Produktionspotentials (z-1) sowie von dessen Wachstumsrate (wXK). Damit lautet die Preisänderungsgleichung (g ist ein Reaktionsparameter):

(2.4) $wP = wPk + g (z-1) - wXK$.

Phillips berücksichtigt also als preisbestimmende Einflüsse auf der Kostenseite autonome Kostensteigerungen und eine preisdämpfende Erhöhung der Produktionskapazitäten. Eine Überlastung der Kapazitäten wirkt sowohl als Ausdruck eines Nachfragesogs als auch via Kostendruck (bei steigenden Kosten nahe der Kapazitätsgrenze) preissteigernd.

Der Verhaltensfunktion auf dem Geldmarkt ähneln jenen des Keynes-Systems. Allerdings hebt Phillips die Trennung in Transaktions-und Spekulationskasse auf. Bei ihm haben die Wirtschaftssubjekte eine Gesamtkasse, deren Größe gemäß Gleichung (2.5) linear vom Transaktionsvolumen und nichtlinear vom Marktzins abhängt:

(2.5) k·p·X·e-h ·i=L mitk,h=konstant

Der Parameter h gibt die Stärke des Zinseinflusses auf die gewünschte Geldhaltung an. Bei h = 0 wäre der Einfluss des Zinses gleich Null. Da der Zinssatz nicht negativ werden kann, ist die Nachfrage nach Geldhaltung am höchsten bei i = 0. Dort ist L = k · p · X und folglich k = L / (p · X). Je höher der Zinssatz, desto stärker wird die Geldhaltung eingeschränkt, weil die Opportunitätskosten zunehmen. Sie bleibt jedoch wegen der nichtlinearen Zinsabhängigkeit im endlichen Bereich stets positiv. Erst bei i . 8 geht sie gegen Null. Auch wenn k eine Konstante ist, ist die Zinselastizität veränderlich; denn es gilt: .L =-h·i

Die Geldnachfrage ist in Figur 4 graphisch dargestellt:

L(i, Y)

L

Figur 4: Die Geldnachfrage im Phillips-Modell

Das Angebot an Geld wird im Modell exogen von der Zentralbank gesteuert (M = Maut), und zwar so, dass die Geldmenge mit konstanter Rate wächst. Daher gilt:

(2.6) M = Maut und wM = wMaut .

Flexible Zinssätze auf dem Geldmarkt sorgen für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage nach Geld. Daher gilt stets:

(2.7) L=Mund wL=wM

Aus diesen sieben Gleichungen lässt sich durch mehrere Rechenschritte und einige Vereinfachungen wie im Hicks-Modell eine Differenzengleichung 2.Ordnung ableiten. Diese besagt, dass für mittlere Werte des Parameters bz aus Gleichung (2.2) Schwingungen mit abnehmender oder zunehmender Amplitude auftreten können. bz darf wie der Akzelerationskoeffizient im Hicks-Modell nicht zu groß und nicht zu klein sein. Die genaue Breite des Schwingungsbereichs hängt von fünf Verhaltensparametern aus den Gleichungen

(2.1

bis 2.5) sowie vom Kapitalkoeffizienten ab (für die Einzelheiten siehe Kromphardt, 1993,

S.

141ff). Es gibt – im Gegensatz zum Hicks-Modell – keine Notwendigkeit, auf exogene Ober-und Untergrenzen zurückzugreifen; auf dem Geldmarkt steigt mit dem Aufschwung der Zinssatz, der die Investitionen und damit den Aufschwung selbst nach wenigen Perioden wieder dämpft. Entsprechendes gilt für den Abschwung, Auch die flexiblen Preise tragen zur Dämpfung bei: Eine gegebene Erhöhung der Nachfrage wird zum Teil über Preissteigerungen aufgefangen, sodass ihre Auswirkung auf die produzierten Mengen reduziert wird.

Die von Phillips einbezogenen zinsabhängigen Investitionen und die flexiblen Preise dämpfen also beide die von den auslastungsgradabhängigen Investitionen verursachten Konjunkturschwankungen. Dies Ergebnis setzt allerdings voraus, dass die Geldmenge sich konjunkturunabhängig entwickelt, zumindest aber weniger schwankt als die Geldnachfrage. Nur dann sind die Zinsen in der Hochkonjunktur hoch, weil die Geldnachfrage rascher steigt, als es dem Wachstumstrend entspricht, das Geldangebot hingegen sich gemäß dem Wachstumstrend entwickelt.

In der Literatur ist umstritten, ob die Geldmenge sich exogen entwickelt, wie in der Quantitätstheorie angenommen wird. Die Gegenposition besagt, dass entweder die Nachfrage-und Produktionsentscheidungen einen Einfluss auf die Geldmenge haben oder dass beide Folge einer vorangehenden Investitionsentscheidung und der damit verbundenen Kreditaufnahme sind: Wenn die Unternehmer mehr Investitionen vornehmen wollen, dann führen die damit verbundenen Auftragsvergaben und Kreditaufnahmen zu einer höheren Produktion und zugleich durch die Giralgeldschöpfung zu einer höheren Geldmenge. Dieser Entwicklung kann die Zentralbank allerdings mit geeigneten Instrumenten entgegensteuern, so dass es auch vom Verhalten der Zentralbank und ihren Einflussmöglichkeiten abhängt, ob die Geldmenge sich konjunkturunabhängig entwickelt oder nicht.

Neben der Geldmenge muss sich auch die (bei Phillips exogene) erwartete Rendite der Untenehmen weniger prozyklisch entwickeln als der Zinssatz. Dies könnte im Wohnungsbau der Fall sein, wo die langfristigen Renditeerwartungen angesichts der Lebensdauer der Wohnungen nicht von der aktuellen Konjunkturlage abhängig sind. Bei kurzfristigen Investitionen können jedoch die Renditeerwartungen im Konjunkturverlauf genau soviel oder gar noch stärker schwanken als die Marktzinssätze. Dies macht erneut deutlich, wie zentral die schon von Keynes hervorgehobenen langfristigen Erwartungen für die Konjunkturentwicklung sind (vgl. dazu Tichy, 1992).

Schließlich ist ein wichtiger destabilisierender Faktor nicht berücksichtigt, nämlich die finanzielle Position der investierenden Unternehmen. Deren Wichtigkeit ist von Minsky (1975) herausgearbeitet worden.

E.VI.4. Destabilisierung durch die Finanzbeziehungen: „Financial Instability Hypothesis" von Minski

Minsky entwickelt aufgrund der mit der Fremdfinanzierung verbundenen Risiken eine dem Phillips-Modell entgegengesetzte Hypothese: Die für das kapitalistische Wirtschaftssystem charakteristischen Finanzbeziehungen führen zu Instabilität („Financial Instability Hypothesis"). Minsky hat seine Hypothese in zahlreichen Veröffentlichungen (siehe insbesondere 1975, 1980, 1982, 1986) dargestellt. Er geht von der Tatsache aus, dass die Unternehmen ihre Investitionen nur zum Teil mit eigenen, selbsterwirtschafteten Mitteln finanzieren, den verbleibenden Teil aber mit Fremdmitteln. Letzteres ist für den Geldgeber (den Gläubiger) und für den Kreditnehmer (den Schuldner) mit Risiken verbunden: Der Gläubiger trägt das Risiko, dass der investierende Unternehmer seine Schulden nicht zurückzahlen kann, der Schuldner trägt das Risiko, dass die Renditeerwartungen, aufgrund derer er seine Investitionsentscheidung traf, sich als zu optimistisch erwiesen, er aber dennoch den festen Betrag des aufgenommenen Kredits zurückzahlen muss.

Die Hypothese Minskys ist durch die derzeitige Finanzkrise wieder sehr aktuell geworden. In Minskys Modell ist die Entscheidung über die Art der Finanzierung nicht der Entscheidung über Investitionen nachgeordnet; vielmehr beeinflussen sie sich gegenseitig, so dass die Finanzierung einen Einfluss auf das Investitionsvolumen bekommt. Dies liegt daran, dass die Finanzierungskosten nicht unabhängig vom Investitionsvolumen sind. Vielmehr steigt das Risiko des Kreditgebers (Gläubigers), weil das Verhältnis von Kreditsumme zu Sicherheiten sich verschlechtert und die Gefahr wächst, dass der Schuldner die fälligen Zins-und Tilgungszahlungen nicht leisten kann. Dieses Risiko berücksichtigen die Gläubiger durch steigende Risikozuschläge auf den Zinssatz.

Aber auch das Risiko des Schuldners steigt. Es besteht darin, dass er bei Nichteintreffen seiner Ertragserwartungen Gefahr läuft, Konkurs anmelden zu müssen und sein eingesetztes Kapital zu verlieren. Die Gefahr wächst, weil mit steigender Verschuldung höhere vertraglich fixierte Zahlungen den unsicheren Erträgen gegenüberstehen. Bei seinen Entscheidungen über fremdfinanzierte Investitionen trägt der Schuldner diesem Risiko durch entsprechende Risikoabschläge Rechnung.

Die Höhe der entsprechenden Risikozuschläge bzw. –abschläge hängt von der Risikoeinschätzung ab. Minsky vertritt die These, eine gute konjunkturelle Lage führe dazu, dass Gläubiger und Schuldner diese Risiken für geringer halten und entsprechend mehr Fremdmittel aufnehmen. Das Investitionsvolumen nimmt zu. Gleichzeitig verringern die Unternehmen in solchen Zeiten ihre liquiden Finanzaktiva zugunsten anderer Finanzaktiva

(z.B Konsumentenkredite, Lieferantenkredite, zinstragende Aktiva). Wenn dank der guten Konjunktur die Gewinne steigen, dann können mehr Investitionen selbstfinanziert werden. Schließlich können verbesserte Ertragserwartungen zu mehr Investitionen führen. Alle diese Entwicklungen erklären, dass ein konjunktureller Aufschwung selbstverstärkende Elemente enthält.

Minsky präzisiert seine Hypothese, indem er die Anschaffungskosten (einschließlich der Finanzierungskosten) als Angebotspreis eines Kapitalguts bezeichnet und den Wert der auf die Gegenwart herabdiskutierten Nettoerträge als Nachfragepreis.4 Wie anfällig das Investitionsvolumen für negative Störungen der konjunkturellen Lage ist, hängt u.a. davon ab, welche Finanzierungsstruktur sich im Verlaufe des konjunkturellen Aufschwungs herausbildet.

Minsky unterscheidet dafür drei Finanzierungssituationen, nämlich die Vorsichtsfinanzierung, die spekulative und die Ponzi-Finanzierung. Von Vorsichtsfinanzierung (hedge financing) spricht Minsky (1986, S. 206ff), wenn die erwarteten Erträge aus den Investitionen in jeder Periode höher sind als die Zins-und Tilgungsverpflichtungen. Ein Investor, der eine solche Finanzierungsstruktur aufweist, ist bezüglich seiner bereits getätigten Investitionen von der künftigen Entwicklung auf den Kreditmärkten unabhängig, da er keine neuen Kredite aufnehmen muss.

Anders ist dies bei spekulativer Finanzierung, bei der für einige Perioden nur die Zinsausgaben durch die erwarteten Erträge gedeckt sind. Werden die bestehenden Kredite fällig, müssen sie verlängert oder es müssen neue Kredite aufgenommen werden. Eine typische spekulative Finanzierung liegt vor, wenn die Banken langfristige Investitionen der Produktionsunternehmen durch langfristige Kredite auf der Grundlage kurzfristiger Einlagen ihrer Kunden finanzieren. Daher sind „commercial banks „the prototypical speculative

4 Diese Gegenüberstellung von Angebots-und Nachfragepreis der Kapitalgüter, die schon Keynes (1936) trifft, hat Minsky Ansatz auch mit dem Q-Modell von Tobin (Tobin-Brainard, 1977) gemein. Auch Tobin geht davon aus, dass die Unternehmer darin investieren, wenn die erwarteten Erträge aus den Investitionen, die auf einen gegenwärtigen Nachfragepreis herabdiskontiert werden, größer sind als der Anschaffungspreis. In Tobins Q-Modell wird dann allerdings angenommen, die Kapitalmärkte seien „effizient" und die erwarteten Erträge schlügen sich in den Aktienkursen niederschlagen. Auf diese Weise wird das Q-Modell empirischer Überprüfung zugänglich, indem die nicht beobachtbaren erwarteten Erträge durch die Aktienmarktbewertung approximiert werden. Die Kühnheit der Hypothese, der Kapitalmarkt erkenne diese Erwartungen, führt dazu, dass das Q-Modell bei der Berechnung von Investitionsfunktionen auch nicht besser abschneidet als alternative Ansätze, wie die Akzelerator-Funktion oder eine neoklassische Investitionsfunktion á la Jorgensen (siehe dazu Poret und Torres, 1989).

financial organization"(Minsky, 1986, S. 207). Spekulativ ist diese Finanzierung, weil sie darauf "spekuliert", dass die künftigen Zinsen so niedrig bleiben, dass bei den zur Refinanzierung aufzunehmenden oder zu verlängernden Krediten der Zinsaufwand die Erträge nicht übersteigt. Ein Unternehmen mit geplanter „vorsichtiger" Finanzierung kann in eine spekulative Finanzstruktur hineingeraten, wenn die tatsächlichen Erträge niedrig sind als erwartet.

Eine Ponzi-Finanzierung liegt vor, wenn für einige Perioden die erwarteten Erträge nicht einmal die Zinsverpflichtungen decken. Bei einer solchen Finanzierung, die z.B. im Wohnungsbau auftreten kann und die in den USA 2007 die Finanzkrise ausgelöst hat, muss in diesen Perioden sogar die aufgenommene Kreditsumme erhöht werden, fällige Kredite müssen also durch höhere Kredite ersetzt werden.

Wenn im Laufe eines konjunkturellen Aufschwung die Zinsen steigen, so wird die Reaktion der Investoren von ihrer Finanzstruktur beeinflusst: Bei „vorsichtiger" Finanzierung gibt es keine Rückwirkungen auf die bereits finanzierten Investitionen; betroffen sind mithin nur neue Investitionen, deren Finanzierung sich nunmehr verteuert. Bei Unternehmen, die ihre Investitionen spekulativ oder à la Ponzi finanziert haben, wird dagegen auch die Rückzahlung der Kredite für bereits getätigte Investitionen verteuert. Dies kann Rückwirkungen auf ihre geplanten Neuinvestitionen haben, wenn die Unternehmen sich durch die steigenden Zinsen veranlasst sehen, ihre Ausgaben zu reduzieren. Eventuell sind sie dazu sogar gezwungen, falls die Gläubiger nicht bereit sind, ihnen neue Kredite zu gewähren.

Zusätzlich gefährden diese Unternehmen den Finanzstatus und die Investitionen anderer Unternehmen, wenn sie sich gezwungen sehen, Finanzaktiva (z.B. Wertpapiere) oder gar Sachkapital zu verkaufen, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Solche Verkäufe drücken die Kurse bzw. Preise der Aktiva, so dass nun andere Unternehmen, die solche Aktiva als Sicherheiten für aufgenommene Kredite gegeben hatten, Gefahr laufen, dass ihnen bestehende Kredite gekündigt werden. Tritt dies ein, müssen auch diese Schuldner eventuell Aktiva verkaufen, wodurch Kurse bzw. Preise noch weiter fallen. Die sinkenden Kurse der Finanzaktiva bedeuten zugleich einen weiteren Zinsanstieg. Insgesamt wird der durch den Zinsanstieg ausgelöste konjunkturelle Abschwung, der selbst schon zu einer Verschlechterung der Ertragserwartungen und zu höherer Risikoeinschätzung führt, durch eine Finanzkrise drastisch verstärkt und beschleunigt. Diesen Effekt hatte bereits Irving Fisher (1933) für die Erklärung der Weltwirtschaftskrise herangezogen.

Solange der steigende Zinssatz, der die geschilderten Reaktionen auslöst, von außen kommt (z.B. von der Zentralbank), ist der obere Wendepunkt der Konjunktur ebenfalls exogen. Minsky versucht dagegen, die Zinssteigerung am Ende der Hochkonjunktur aus dem System heraus zu erklären. Seine Überlegungen dazu fasst Rothfelder (1985, S.207) wie folgt zusammen:

„Die Finanzierungsbedingungen bleiben im Aufschwung nicht konstant. Früher oder später kommt es mit stark zunehmender Nachfrage nach Finanzierungsmitteln zum Anstieg des kurzfristigen Zinssatzes. Bei ansteigendem kurzfristigen Zinssatz erhöhen sich einerseits die Produktionskosten für Investitionsgüter… und andererseits wird die Refinanzierung langfristiger Investitionsprojekte teurer. Der starke Anstieg des kurzfristigen Zinssatzes führt auch zu einem zunehmenden langfristigen Zinssatz, wodurch der Gegenwartswert der erwarteten Erträge… sinkt... Anders ausgedrückt: Die Angebotskurve für Investitionsgüter verschiebt sich nach oben und die Nachfragekurve nach unten. Sinkende Investitionen sind die Folge. Bei nun rückläufigen Gewinnen werden auch die Ertragserwartungen nach unten korrigiert… (was) den konjunkturellen Abschwung verstärkt.‟

Umstritten ist, ob die „Financial Instability Hypothesis‟ auf diese Weise die oberen konjunkturellen Umkehrpunkte zutreffend erklärt. Tobin (1989, S. 106) z.B. war der Ansicht, das Finanzsystem habe die Umkehrpunkte in den USA nicht bewirkt: „All the recessions during this period (1970s and 1980s), and most previous postwar recessions as well, were the result of deliberate counterinflationary Federal Reserve policy. ‟

Aufschlussreicher ist Minskys Hypothese vielleicht für die Entwicklung in der Rezession, insbesondere wenn man sie mit der Idee von Lejonhufvud (1991) verknüpft, demzufolge es im Konjunkturverlauf einen Bereich um den Trend herum gibt, den er als Korridor bezeichnet, innerhalb dessen die Entwicklung relativ stabil verläuft, weil die Verhaltensänderungen der Unternehmer und Konsumenten recht gering sind. Wird jedoch dieser Korridor verlassen, dann setzen sich destabilisierende Kräfte durch.

Weniger umstritten ist der konjunkturverstärkende Einfluss der Finanzierungsseite. So kommt Niggle (1989) in einer empirischen Analyse der Entwicklung der fünf Konjunkturzyklen von 1954-1980 in den USA zu einem eindeutigen Schluss:

„This analysis confirms that…borrowing by nonfinancial corporations (taken as a sector) behaves cyclically and secularly much as Minsky theory would have it‟ (Niggle, 1989, S. 218).

Die von den Unternehmern eingegangenen Zahlungsverpflichtungen können daher einen konjunkturellen Abschwung drastisch verschärfen und dazu beitragen, dass aus der Rezession eine tiefe Krise wird. So argumentiert nach Irving Fisher auch Kindleberger (1978, 1988), um die Weltwirtschaftskrise und andere tiefe Depressionen zu erklären. Damit wird zugleich die Aufgabe der Notenbanken deutlich, solchen durch Finanzmärkte verstärkten oder gar ausgelösten Krisen entgegenzusteuern, wie dies anlässlich des „Börsenkrachs" vom Oktober 1987 auch erfolgreich geschehen ist und in der gegenwärtigen Finanzkrise versucht wird.

Das Interesse an Minskys Hypothese ist durch die jüngste Finanzkrise wieder sehr lebhaft geworden; ganz erloschen war es nie. Dies zeigen die Artikel in Semmler, 1986; Friedman/Laibson, 1989; verschiedene Beiträge zu den „Causes of Financial Instability" im „Journal of Postkeynesian Economics", Vol. 12, 1990.

Minsky zieht aus seiner Hypothese die wirtschaftspolitische Konsequenz, risikoreiche Investitionen sollten zugunsten von Konsum und staatlichen Investitionen zurückgedrängt werden. Eine expansive Geld-und Fiskalpolitik gegen den Abschwung hält er für weniger geeignet, da sie inflationsfördernd sei. Diese Gefahr ist jedoch gering, wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist oder steigt. Deshalb ist erfreulich, dass die Notenbanken derzeit energisch eingreifen, weil die Finanzkrise auf die reale Wirtschaft überzugreifen beginnt.

E.VI.5. Der Einfluss der außenwirtschaftlichen Beziehungen

In den bisherigen Abschnitten wurde eine geschlossene Volkswirtschaft behandelt. Die heutigen Volkswirtschaften sind jedoch überwiegend sehr weitgehend in die Weltwirtschaft integriert und unterliegen daher außenwirtschaftlichen Einflüssen. Diese müssen in die Konjunkturanalyse einbezogen werden. Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob die außenwirtschaftlichen Beziehungen einen dämpfenden (stabilisierenden) oder einen destabilisierenden Einfluss auf den Konjunkturverlauf haben. Diese Frage soll hier anhand der Wirkungszusammenhänge im Phillips-Modell als dem ausgereiftesten keynesianischen Konjunkturmodell erörtert werden. Die Ausgangssituation sei dabei durch ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht gekennzeichnet; dieses werde zu Beginn der Analyse durch einen zusätzlichen positiven autonomen inländischen Nachfrageimpuls gestört. Ein solcher Impuls erhöht gemäß dem Phillips-Modell in einer geschlossenen Volkswirtschaft die Produktion und die Geldnachfrage und diese den Zinssatz. Die erhöhte Produktion vergrößert den Auslastungsgrad, der seinerseits die Investitionstätigkeit und die Inflationsrate erhöht, während der höhere Zinssatz die zinsabhängigen Investitionen dämpft.

Ist nun in einer offenen Volkswirtschaft, der expansive Impuls der autonomen Nachfragesteigerungen größer oder kleiner ist als in der geschlossenen Volkswirtschaft?

In einer offenen Volkswirtschaft wird ein Nachfragezuwachs zum Teil durch höhere Importe befriedigt. Deshalb wird die Ausdehnung der Produktion geringer ausfallen als ohne Außenhandel. Damit steigt auch der Auslastungsgrad des Produktionspotentials weniger; daher werden die auslastungsgradabhängigen Investitionen weniger stark auf den Nachfrageimpuls reagieren. Außerdem ergibt sich gemäß der Preisbestimmungsgleichung im Phillips-Modell ein geringerer Anstieg der Preise. Somit wird der Wert des Sozialprodukts aufgrund des Außenhandels weniger steigen, so dass auch die Geldnachfrage und damit der Zinssatz weniger stark ansteigen. Die zinsabhängigen Investitionen werden bei unveränderten Renditeerwartungen daher weniger sinken. Bei den Investitionen liegen mithin zwei gegenläufige Effekte vor. Je wichtiger die auslastungsgradabhängigen Investitionen sind, desto eher wird der Einfluss des Außenhandels konjunturdämpfend sein.

Über das Phillips-Modell hinaus müssen die internationalen Kapitalbewegungen berücksichtigt werden, durch die das autonome Anwachsen der Geldmenge beeinträchtigt werden kann. Wie soeben abgeleitet, steigt auch in einer offenen Volkswirtschaft aufgrund eines Nachfrageimpulses bei gegebener Geldmenge der Zinssatz wegen des erhöhten Bedarfs an Transaktionskasse. Dadurch wird es für Geldvermögensbesitzer interessanter, ihr Kapital im Inland anzulegen. Dies bedeutet bei festen Wechselkursen, dass zusätzliche Devisenzuflüsse von der Notenbank aufgekauft werden müssen, so dass die inländische Geldmenge steigt. Dadurch wird der Zinsanstieg abgebremst, es gibt daher mehr zinsabhängige Investitionen, die den Aufschwung wiederum verstärken.

Bei flexiblen Wechselkursen dagegen führt ein solcher Kapitalzufluss zu einer Aufwertung mit der Folge, dass die Exportmengen zurückgehen und die Importmengen ansteigen, so dass die Nachfrage nach inländischen Erzeugnissen insgesamt abnimmt. Die mit der Aufwertung einhergehende Verbilligung der importierten Güter können allerdings zu einem langsameren Anstieg des Güterpreisniveaus führen und damit tendenziell zu einem Anstieg der realen Nachfrage. Dennoch verstärken die Kapitalbewegungen bei flexiblen Wechselkursen insgesamt den

dämpfenden Einfluss des Außenhandels auf die durch einen autonomen Nachfrageimpuls ausgelöste Expansion im Inland, bei festen Wechselkursen dagegen nicht.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der autonome Nachfrageimpuls sogar vollständig kompensiert wird, falls die Aufwertung sehr hoch ausfällt. Deren Ausmaß hängt davon ab, wie preiselastisch die Export-und Importgüternachfrage ist, d.h. wie stark die Export-und Importwerte auf die Aufwertung reagieren und dadurch den Kapitalzufluss kompensieren. Eine Tendenz zum Ausgleich der Leistungsbilanz besteht bekanntlich nur dann, wenn die Marshall-Lerner-Bedingung erfüllt ist. Dies besagt, dass – ausgehend von einer ausgeglichenen Leistungsbilanz – eine Aufwertung dann zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz führt, wenn die Summe der absoluten Nachfrageelastizitäten von Importen und Exporten größer als 1 ist. Ist dagegen die Exportnachfrage nur mäßig preiselastisch und die Importnachfrage preisunelastisch, wie das z.B. kurzfristig bei Energie und Nahrungsmittel der Fall ist, so tritt eine anomale Reaktion der Leistungsbilanz auf: Die Aufwertung führt zur Verbesserung der Leistungsbilanz statt zur Kompensation der Kapitalzuflüsse. Daraus resultieren weitere Aufwertungen, so dass der auslösende autonome Nachfrageimpuls eventuell vollständig kompensiert wird.

Bei einer vertieften Analyse kann man desweiteren berücksichtigen, dass bei einem größeren Land die inländische Konjunkturentwicklung auch auf das Ausland ausstrahlt. Bei einem inländischen Aufschwung wird das Ausland daraufhin aus dem Inland mehr importieren, so dass sich im Inland ein zusätzlicher Nachschub ergibt, der wieder zu neuen Importen aus dem Ausland führt, so dass sich die Expansion in beiden Ländern gegenseitig aufschaukelt.

Dieser Zusammenhang kann jedoch bei flexiblen Wechselkursen durch zinsinduzierte Kapitalbewegungen beseitigt werden. Diese können – wie gezeigt – die Wirkung eines inländischen Nachfrageimpulses auf die inländische Wirtschaft reduzieren und sogar zum Verschwinden bringen. Dies gilt auch für den hier berücksichtigten zusätzlichen Nachfrageimpuls aus dem Ausland. Führt z.B. der ausländische Konjunkturaufschwung zu steigenden Exporten des Inlandes, so führt der damit verbundene Leistungsbilanzüberschuss über steigende Zinssätze zu Kapitalzuflüssen, diese zur Aufwertung der inländischen Währung und damit zu sinkenden Exporten und steigenden Importen. Das Inland ist dadurch von der ausländischen Konjunktur abgekoppelt. Die Kapitalzuflüsse entfallen jedoch, wenn der Konjunkturaufschwung im Ausland auch dort zu steigenden Zinsen führt.

E.VI.6. Ausblick

Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der keynesianischen Konjunkturtheorie in ökonometrischen Konjunkturmodellen

Theoretische Konjunkturmodelle wie das Phillips-Modell enthalten viele Parameter, deren Größe bekannt sein muss, um Aussagen über den Modellverlauf treffen zu können, der aus exogenen Schocks resultiert. Dazu ist es nötig, die Größe der Parameter im Rahmen eines ökonometrischen Konjunkturmodelles zu ermitteln. Solche Konjunkturmodelle sind für Deutschland und viele Industriestaaten in großer Zahl aufgestellt und geschätzt worden und haben zu vertieften Einsichten in die konjunkturellen Zusammenhänge geführt.

Bei vielen Konstrukteuren solcher Modelle besteht allerdings des Hauptinteresse nicht so sehr in der Erklärung der Konjunkturzyklen, sondern in der Prognose der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung. Sie lassen sich daher nicht nur von den Hypothesen über Wirkungszusammenhänge leiten, die sich aus der ökonomischen Theorie (darunter insbesondere der Konjunkturtheorie) ergeben, sondern wählen die Verhaltensgleichungen so, dass die bisherige Entwicklung der makroökonomischen Variablen, von den Gleichungen möglichst gut reproduziert wird („best fit" – Kriterium), ohne dass der ökonomische Erklärungsgehalt besonders hoch sein muss.

Literatur

Friedman, Benjamin/ Laibson. David (1989), Economic Implications of Extraordinary Movements in Stock Prices. "Brooking Papers on Economic Activity", No. 2, 1989, S. 137-189.

Fisher, Irving (1933). The Debt-Deflation Theory of Great Depressions. "Econometrica", Vol. 1, S. 337-357.

Harrod, Roy (1939), An Essay in Dynamic Theory. "The Economic Journal", Vol. 49. Deutsch in H.König, Hrsg., Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft, Köln/Berlin (Kiepenheuer & Witsch), 1968, S. 35-54.

Hicks, John (1950), A Contribution to the Theory of the Trade Cycle. Oxford (Clarendon Press).

Howitt, Peter (1978), The Limits to Stability of a Full-Employment Equilibrium. "Scandinavian Journal of Economics", V. 30, S. 265-282.

Keynes, John Maynard (1936), The General Theory of Employment, Interest and Money. London (Macmillan). Wiederabgedruckt als Vol. VII der Collected Writings of John Maynard Keynes, London (Macmillan). Deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. 10. korrigierte und überarbeitete Auflage. Berlin (Duncker & Humblot) 2006.

Kindleberger, Charles (1978), Manias, Panics, and Crashes: A History of Financial Crisis. New York (Basic Books). -, -(1988), The International Economic Order: Essays on Financial Crisis and International Economic Goods. Hemel Hempstead (Harvester Wheatsheaf).

Kromphardt, Jürgen (1933), Wachstum und Konjunktur Grundlagen der Gelderhöhung und Steuerung des Wachstumsprozesses. 3. Auflage Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

Leijonhufvud, Axel (1981), Effective Demand Failures. In: Ders. Information and Coordination. New York, Oxford (Oxford U.P.).

Minsky, Hyman (1975), John Maynard Keynes. New York (Columbia University Press). Deutsch: John Maynard Keynes. Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus. Marburg (Metropolis) 1990.

-, -(1980), Capitalist Financial Processes and the Instability of Capitalism. "Journal of

Economic Issues", Vol. 14 (1980), S. 505-523.

-, -(1982), Can "It" Happen Again? Essays on Instability and Finance. Armonk (New

York) (Sharpe).

-, -(1986), Stabilizing an Unstable Economy. New Haven u. London (Yale U.P.).

Niggle, Christopher (1989), The Cyclical Behaviour of Corporate Financial Ratios and Minsky's Financial Instability Hypothesis. In: Willi Semmler (1986), S. 203-220.

Poret, Pierre/Torres, Raymond (1989), What does Tobin's Q Add to Modelling of Investment Behaviour? In: Michael Funke, Hg., Factors in Business Investment. Berlin (Springer), S. 9

28.

Phillips, Alban W. (1961), A Simple Model of Employment, Money and Prices. "Economica", Vol. 28, S. 360-370.

Rothfelder, Helmut (1985), Zyklisches Wachstum, Struktureffekte und Stabilisierungspolitik. Regensburger (Transfer-Verlag).

Samuelson, Paul (1939), Interactions between the Multiplier Analysis and the Principle of Acceleration. "Review of Economics and Statistics", Vol. 21, S. 75-78. Deutsch in: Wilhelm Weber, Hrsg., Konjunktur und Beschäftigungstheorie. 2. Auflage. Köln, Berlin (Kiepenheuer & Witsch), 1969, S. 235-241.

Semmler, Will, Hg. (1986), Financial Dynamics and Business Cycles: New Perspectives. Armonk (New York) & London (Sharpe).

Smyth, D.J., (1963), Monetary Factors and Multiplier-Accelerator Interaction. "Economica", Vol. 30, S. 400-407.

Tewes, Torsten (1966), Ein einfaches Modell der monetären Konjunkturerklärung und seine Verbindung mit dem elementaren Konjunkturmodell von Hicks. „Weltwirtschaftliches Archiv". Band 96, S. 102-118.

Tichy, Gunther (1992), Erwartungsbildung und Konjunkturforschung: Axiomatik versus Erhebungen. „IfO-Studien", 38. Jahrgang, S. 43-82.

Tobin, James/Brainard, William (1977), Asset Markets and the Cost of Capital. In: Bela Belassa und Richard Nelson (Hg.), Economic Progress, Private Values und Public Policy., Amsterdam etc. (North Holland), S. 235-262.

Tobin, James (1989), Besprechung von Minsky (1986). Journal of Economic Literature", Vol. 27, S. 105-108.